

DAS ARGUMENT 125

A 22352 F

Gewerkschaftliche Politik/Wissenschaft

Gerhard Brosius und Harald Mattfeldt Wirtschaftspolitik im Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms	3
Arnim Wöhrle Gesellschaftspolitische Programmatik der Gewerkschaften seit 1919	16
Rainer Rilling Gewerkschaftliche Organisierung und Linksorientierung der Wissenschaft	29
Michael Daxner: Die Zerstörung politisierter Wissenschaft	48
Volker Braun: »Wie schön leuchtet mir die Natur«; »Verfahrensfrage«	53
<u>Spontaneismus</u>	
Gert Mattenklott: Was interessiert Marxisten am Frühling? * * *	56
Rolf Hosfeld und Michael Kreutzer Weiss' »Ermittlung«; Faschismus und juristische Ideologie	61
Ilse Bindseil: Krankheit und Metapher	70
<u>Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (5)</u>	
Jörg Hallerbach: Ökologische Technik	73
<u>Kongreßankündigungen und -berichte</u>	
Lehrerausbildung; IV. Russell-Tribunal; Sommerhochschule Hamburg; Language and History; Herforder Thesen; Reformismus in Weimar; Philosophinnen-Kongreß	89
<u>Dokumentation</u>	
Ernesto Cardenal: »Sie griffen aus Liebe zu den Waffen«	104
Herforder Thesen (Auszüge)	109
<u>Besprechungen</u>	
Anthropologie und Sozialphilosophie; Gegenwartsliteratur; Kulturosoziologie; Arbeiterbewegung und Faschismus; Gewerkschaftliche Politik	115
<u>Zeitschriftenschau</u>	III
<u>Über die Autoren</u>	IX
<u>Summaries</u>	XI

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Harberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag und Redaktion:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030/8314079

Auslieferung und Anzeigen:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Krauss, Werner</i> : Zur Anthropologie des 18. Jahrhunderts (<i>W. Rügemer</i>)	115
<i>Zelner, Hermann</i> : Sozialphilosophie. Die Kategorien der menschlichen Sozialität (<i>C. Knobloch</i>)	116
<i>Schulz, Walter</i> : Ich und Welt. Philosophie der Subjektivität (<i>R. Konersmann</i>)	117
<i>Christian, Petra</i> : Einheit und Zwiespalt. Zum hegelianisierenden Denken in der Philosophie und Soziologie Georg Simmels (<i>W. Jung</i>)	118
<i>Tillich, Paul</i> : Die sozialistische Entscheidung (<i>M. Blankenbühl</i>)	119
<i>Lindtner, Burckhardt, und W. Martin Lüdtke (Hrsg.)</i> : Materialien zur ästhetischen Theorie Theodor W. Adornos (<i>M. Schneider</i>)	121

(Fortsetzung auf S. XIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1981 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 1114401300, BLZ 10010111; Postscheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 10010010. — Satz: Barbara Steinhardt, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin.

1. — 8. Tausend Januar 1981.

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält — in Teilaufgabe — einen Prospekt der elefanten-press und des *spw*-Verlages

Editorial

Wir bringen in diesem Heft zwei Untersuchungen zu Vorgeschichte und Brauchbarkeit des neuen DGB-Programmentwurfs. Der Entwurf gibt einen Einblick in den gegenwärtigen Zustand der Gewerkschaftsbewegung. Bestimmend ist das verschlungene Doppelverhältnis der Arbeiter zu den Unternehmern einerseits, zum Staat andererseits. Der Gegensatz zu den Unternehmern wird wieder schärfer. Zugleich bleibt das politische Einverständnis mit den Sozialdemokraten-an-der-Regierung stabil. Wie ist das vereinbar? Manche versuchen dies damit zu erklären, daß es den westdeutschen Arbeitern *noch* so gut gehe. Darin ist die alte These von der ökonomischen »Bestechung« enthalten und zugleich eine Prognose: bei weniger »Bestechungsgeld« werde der Zusammenhalt von SPD und Gewerkschaften zerbrechen. Davon ist freilich nichts zu sehen. Das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften wird so nur ökonomisch, nicht auch politisch begriffen. Dagegen sollen, wenn von der sozialdemokratischen *Hegemonie* in den Gewerkschaften geredet wird, die politischen Prozesse ernstgenommen werden, in denen die ökonomischen Widersprüche übersetzt und lösbar werden. Die Gewerkschaften stabilisieren sich zu einem guten Teil durch die Art, wie sie die Widersprüche bei der Durchsetzung von Arbeiterinteressen benennen, anordnen und lösen. Das geschriebene Programm bietet einen Einblick in diesen Vorgang. Indem es Kompromisse zwischen gegensätzlichen Lösungsvorschlägen fixiert, versucht es, die verschiedenen »latenten Parteien« in den Gewerkschaften unter der Führung der SPD zu einigen.

Die Autoren des Programmentwurfs wollen einen »volkswirtschaftlichen Rahmenplan«, der sich zugleich in den »Rahmen einer grundsätzlich am Wettbewerb orientierten Ordnung« fügen soll. Sie glauben, diesen Widerspruch lösen zu können durch staatliche Politik: »Wettbewerb und Planung dienen der Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele.« Hier haben wir die entscheidende Verknüpfung der beiden Beziehungen Arbeiter - Unternehmer und Arbeiter - Regierung. »Wettbewerb« können wir übersetzen mit »profitorientierter Produktion«, »Planung« mit »gesellschaftlich geplanter bedürfnisorientierter Produktion«. »Wettbewerb« steht so für eine an Unternehmerinteressen orientierte Produktion, »Planung« für eine, die von Arbeiterinteressen bestimmt ist. Dies wird vom Programm nicht als Gegensatz dargestellt. Es artikuliert die antagonistischen Produktionsweisen als Mittel einer einzigen staatlichen Politik. Darin ist stillschweigend vorausgesetzt der Staat als neutrale politische Instanz, die Gemeininteressen vertritt.

Einer wirksamen Vertretung von Arbeiterinteressen stehen entgegen SPD-Hegemonie und Staatsgläubigkeit in den Gewerkschaften. Diese Sperrkette können sozialistische Gewerkschafter sprengen, wenn es ihnen gelingt, alternative Politiken zu entwerfen und in einer konsensfähigen Programmatik zu formulieren. Dazu brauchen sie Begriffe zum vorurteilslosen Denken des Klassengegensatzes, aber auch wissenschaftliche Analysen, die die Politikkonzepte des heutigen Staates in Frage stellen. Zwischen zwei Fronten operieren die Gewerkschaften: gegen die Unternehmer und gegen den Staat. Verlauf und Zusammenhang der Fronten sind durch die in den Gewerkschaften führende Partei bestimmt.

Ist dann die leninistische Auffassung noch richtig, wonach gewerkschaftliche Politik grundsätzlich auf die »Ebenen« der Klasseninteressen beschränkt ist und für die Macht im Staat die Partei »zuständig« ist? Wenn die Gewerkschaften zunehmend selbst Alternativen zur staatlichen Politik ausarbeiten müssen, um Arbeiterinteressen wirksam vertreten zu können, — was bedeutet das für das Verhältnis der Gewerkschaften zum Sozialismus und zu marxistischen Parteien? Wie verändert sich die Position des wissenschaftlichen Sozialismus zwischen diesen Instanzen? Was kann er zur Fundierung gewerkschaftlicher Programmatik beitragen? Das sind ungelöste Fragen einer marxistischen Gewerkschaftstheorie, die im *Argument* weiter untersucht werden sollen.

»Was ist in die Argument-Leute gefahren?«, werden manche Leser fragen, wenn sie entdecken, daß wir nicht nur eine bereits weit verbreitete Rede eines katholischen Theologen nachdrucken, sondern auch noch Gedichte veröffentlichen. Wir tun das, um zum Abbau hemmender Schranken und falscher Entgegensetzungen beizutragen. Nicht nur muß die Theorie sich zur Politik öffnen, sondern beide müssen gelebt werden können. Wissenschaft und Politik kontra Gefühle — das wäre das schlechte Leben der »Vernünftigen«, das dann eines tags plötzlich in Irrationalismus umkippt, wenn nicht gar in Selbsterstörung. Wir brauchen eine neue Anordnung von »Theorie«, »Politik« und »Gefühl«, auch neue Begriffe, sie zu denken. Die Ebene, auf der sich eine solche Umordnung entscheidet, scheint uns die des Kulturellen. Innerhalb der Entwicklung einer vielfältigen antikapitalistischen Kultur »von unten« bedarf es auch der Entwicklung politischer und theoretischer Kultur. Man kann die Beiträge von Mattenklott, Braun und Cardenal unter dieser Frage zusammenlesen. Wir schlagen vor, an der berühmten Rede von Ernesto Cardenal etwas Neues zu entdecken: die Umartikulation von Bedeutungen. Er löst *Revolution* aus dem Terrorismus-Diskurs heraus und verbindet sie mit *Liebe*. Er löst den Krieg mit dem Frieden artikulieren, zu dem sich das Volk in Nicaragua befreit hat. In der großen Veränderung werden verbunden Revolution und Auferstehung, Sozialismus und Christentum, Umkehr und Rückkehr des Volkes zu sich aus der Entfremdung. Wie *Liebe* ruft *Frühling* in uns die Vorstellung eines Lebens wach, das sich selbst Zweck ist, nicht nur Mittel. Wenn uns Gert Mattenklotts Frage »Was interessiert Marxisten am Frühling?« irritiert, dann sind wir auf den Reiß gestoßen, der durch uns hindurchgeht: zwischen dem, was wir für sinnvoll halten und dem, was wir sinnlich genießen können. Die Alltags-Schizophrenie von Verstand und Gefühl finden wir auch auf dem Feld literarischer Praxen. Da gibt es die trocknen wissenschaftlichen Abhandlungen und politischen Verlautbarungen, da gibt es den Gipfel der Gefühle, die Lyrik. Volker Brauns Gedicht »Wie herrlich leuchtet mir die Natur« redet von dieser Spaltung und widersetzt sich ihr. Kein zeitgenössischer Dichter ist zugleich so »theoretisch« und so »lyrisch«. Der Begriffsgegensatz zeigt sich als hilflos. Brauns Texte geben, indem sie die Zerrissenheit unerträglicher machen, zugleich eine Ahnung, in welche neue, lebbarere Ordnung wir das zerstückte Leben bringen müssen. Das ist nicht so utopisch, wie man fürchten könnte. »Ich glaube«, sagt Cardenal, »Nicaragua ist das einzige Land der Welt, in dem von der Polizei Gedichte veröffentlicht werden.«

Praxisferne Theoriestreits und festgefahrene politische Zerstrittenheit in der Linken waren Formen der Unlebbarkeit von Theorie und Politik. Viele flüchteten ins Private oder in entlastende Theoriefeindschaft. Hier ändert sich etwas: die Linke trifft sich, läßt sich Probleme von den sozialen Bewegungen vorgeben, probiert ihre kontroversen Begriffe zur Lösung aus und diskutiert untereinander. 15 Seiten Kongreßberichte in diesem Heft dienen der Vermittlung und Verbreiterung dieses Prozesses. — Keine der linken Gruppierungen kann heute ein sozialistisches Programm für die Bundesrepublik vorschlagen. Aber sie haben unter sich einen *programmatischen Prozeß* in Gang gesetzt und eine neue Diskussionsebene gefunden: die Perspektive gemeinsamer sozialistischer Politik zwingt zur Zuspitzung und Umgewichtung alter theoretischer Probleme und läßt neue aufwerfen. Ein wichtiger Anstoß kommt von Marxisten aus der SPD: wir dokumentieren strategische Kernpunkte der *Herforder Thesen* und berichten über die begonnene Diskussion. — Den angekündigten Text von *E.P. Thompson*: »Der Exterminismus, das letzte Stadium der Zivilisation« mußten wir aufs nächste Heft verschieben.

Verlagsmitteilung: *Verspätete Argument-Sonderbände aus 1980:* Wie schon im Gesamtverzeichnis 1980/81 angekündigt, erscheinen AS 55 (Automationsarbeit: Empirie 2), AS 56 (Alternative Umweltpolitik) und AS 58 (Die Wertfrage in der Erziehung) erst im Frühjahr. AS 54 (Materialistische Wissenschaftsgeschichte) und AS 61 (Selbstverwaltung. Internationale Sozialismuskussion 1) werden im März/April ausgeliefert.

Gerhard Brosius und Harald Mattfeldt

Wirtschaftspolitik im Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms

1. Entstehungsgeschichte des Programmentwurfs von 1979

Seit der Verabschiedung des Düsseldorfer Programms 1963 haben einige bedeutsame politische und ökonomische Veränderungen stattgefunden. Mit der Großen Koalition 1966-69 wurde die SPD in die Regierung einbezogen, mit der knapp gewonnenen Bundestagswahl 1969 stellte die sozialliberale Koalition die Regierung. Die in diese Zeit fallende Studentenbewegung ist eines der Indizien dafür, daß dies verbunden war mit einer in weiten Teilen der Gesellschaft gewachsenen Kritik an den bestehenden Machtverhältnissen und Ergebnissen politischer und ökonomischer Entscheidungen. Das Wort von der damals herrschenden Reformeuphorie, die die Notwendigkeit und zugleich Machbarkeit vielfältigster Reformen zum Ausdruck bringt, ist inzwischen fester Bestandteil sozialgeschichtlicher Betrachtungen geworden.

Der Glaube an die Machbarkeit von Reformen stützte sich materiell auf die Erfahrung der ökonomischen Entwicklung bis zur Mitte der 60er Jahre: Das starke wirtschaftliche Wachstum schien ausreichende Finanzierungsspielräume für die Durchführung von Reformen zu bieten. Der Einbruch der Rezession 66/67 wurde dabei zunächst nur als Betriebsunfall interpretiert. Solche Interpretation wurde noch genährt durch den geradezu rasanten Aufschwung 1969/70. Als allerdings ab 1974 erneut eine ökonomische Krise ausbrach, die zu Arbeitslosenzahlen über der Millionengrenze führte und die bis heute anhält, wurde der bis dahin bei weiten Teilen der Gesellschaft und insbesondere auch in den Gewerkschaften vorherrschende Wachstumsoptimismus gebrochen.

Die politische und ökonomische Entwicklung spiegelte sich, wenn auch mit einem time-lag, in der gewerkschaftlichen Diskussion, in Forderungen und Entschlüssen auf Gewerkschaftstagen wider. Zunächst richteten sich die Hoffnungen auf die neue sozialliberale Koalition, in deren Regierung so prominente Gewerkschaftsführer wie Georg Leber und Walter Arendt Ministerposten übernommen hatten. Der Glaube vieler Gewerkschafter, sich im gesellschaftlichen Aufwind zu befinden und sich bei der Durchsetzung von fortschrittlichen Konzepten auf »unsere« Regierung stützen oder gar verlassen zu können, trug sicher dazu bei, daß sich ab Anfang der siebziger Jahre im DGB und in den Einzelgewerkschaften verstärkt eine Reformdiskussion entwickelte, nachdem zuvor über einen Zeitraum von mehr als einem Jahrzehnt gesellschaftstheoretisch und -politisch weitgehend Funkstille geherrscht hatte. Dies schlug sich nieder in den verstärkt vorgetragenen Forderungen zur Ausweitung der *Mitbestimmung*¹, Vorschlägen zur *Bildungs- und Hochschulreform*², Diskussionen über eine differenziertere *Investitionslenkung*³, Forderungen zur *Reform des öffentlichen Dienstrechts* (vgl. Weiß 1978, 218ff.); mit der Herausstellung der *Humanisierung der Arbeit* (vgl. Vetter 1974) und der *Qualität des Lebens*⁴ wurde deutlich, daß der gewerkschaftliche Gestaltungswille künftig über den Rahmen der reinen Tariflohnpolitik hinaus weit in den Bereich der allgemeinen Gesellschaftspolitik hineinreichen sollte.

Aus diesem verstärkten gewerkschaftlichen Gestaltungswillen heraus entstand auch der Antrag⁵ der IG Metall an den 9. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB, in dem die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm ihren äußeren Ausgangspunkt hat.

Der vom Kongreß angenommene Antrag forderte den DGB auf, sich systematisch mit Fragen des quantitativen und qualitativen wirtschaftlichen Wachstums zu beschäftigen, weil sich, so die Begründung, immer deutlicher gezeigt habe, daß es nicht nur um Wachstum schlechthin ankomme, sondern auch darauf, wohin die Wirtschaft wachse, welche Richtung das Wachstum nehme. Als Beispiele für ein qualitativ falsches Wachstum wurden in dem Antrag die kritische Situation im Gesundheitswesen, im Wohnungs- und Städtebau, in Verkehr und Umwelt sowie im Bildungswesen genannt. Ziel des Antrags war es letztlich, ein Programm zur Finanzierung und Durchsetzung gesellschaftlicher Reformen auszuarbeiten, was eine nach damaligem Verständnis halbwegs verlässliche Prognose der zumindest mittelfristig zu erwartenden Wachstumsraten voraussetzte und, auf dem Erfahrungshintergrund einer bis dahin verhältnismäßig krisenfreien Entwicklung, auch machbar erschien.

Am Schicksal, das den Arbeiten zur Erfüllung des im Antrag 7 formulierten Auftrags widerfuhr, wird die Illusion deutlich, die seinen Absichten zugrundelag: Der DGB legte im März 1975 einen Zwischenbericht zum Antrag der IG Metall vor, der wegen der inzwischen eingesetzten krisenhaften Entwicklung zu der Erkenntnis kam, daß die wirtschaftliche und politische Entwicklung zu unsicher geworden sei, um verlässliche Prognosen über die Finanzierung von Reformen anstellen zu können. Daher wurde der Vorschlag gemacht, auf eine Quantifizierung reformpolitischer Ziele der Gewerkschaften zu verzichten und diese stattdessen programmatisch zu formulieren.

Auf diesem Hintergrund ist es erklärlich, daß ein Antrag der HBV an den 10. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB angenommen wurde, der den Bundesvorstand aufforderte, »... den Gesellschaftspolitischen Ausschuß mit dem Entwurf einer Überarbeitung des geltenden Grundsatz- und Aktionsprogramms des DGB zu beauftragen«. In der Begründung dazu hieß es, daß Fragen der Qualität des Wachstums und der menschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen immer mehr in das Bewußtsein der Arbeitnehmer rückten. Diese Bewußtseinsänderung müßte sich auch im neuen Grundsatzprogramm in programmatischen Perspektiven wie Umweltschutz, Investitionslenkung, multinationale Unternehmen oder Humanisierung der Arbeit niederschlagen. Genaue »Richtlinien« für das neue Grundsatzprogramm wurden auf dem Kongreß allerdings nicht beschlossen.

Daher mußte die »Kommission Gesellschaftspolitik«, die mit der Erarbeitung eines Programmentwurfs beauftragt wurde, den nur knappen Beschluß des 10. Bundeskongresses interpretieren. Ihre anfängliche Interpretation war so, daß »... das geltende Grundsatzprogramm im Licht der einschneidenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft gründlich überprüft werden ...« sollte (Jung 1980, 15). Eine dieser Interpretation folgende Ausarbeitung, die das neue Grundsatzprogramm nach großen Zielkomplexen wie *Sicherung des Friedens*, *Verwirklichung der Vollbeschäftigung*, *Humanisierung der Arbeit*, *soziale Sicherung* oder *Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft* gliedern wollte und auf die Notwendigkeit des gleichzeitigen Einsatzes »... eines komplexen Bündels von gewerkschaftlichen und staatlichen Mitteln ...« (ebd.) zur Erreichung dieser Ziele hinwies, wurde jedoch vom DGB-Bundesvorstand im Juni 1977 verworfen. Volker Jung, Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB, gibt dafür eine zurückhaltende Begründung, die jedoch zwischen den Zeilen deutlich werden läßt, daß die Konservativen im Bundesvorstand einen weitergehenden als den nun vorgelegten Programmentwurf »rechtzeitig« verhindert haben: »Befürchtungen, ein völlig

neu konzipiertes Grundsatzprogramm könnte traditionelle, weitgehende Forderungen der Gewerkschaftsbewegung preisgeben, trafen sich offensichtlich mit Besorgnissen, eine gründliche Analyse der derzeitigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation würde überwundene, zu weit gehende Schlußfolgerungen nahelegen. Daher wurde festgelegt, bei der Überarbeitung von dem Text des geltenden Grundsatzprogramms auszugehen, um sich auf seine unbestrittene Autorität stützen zu können und nur begründete Änderungsvorschläge, die sich zwingend aus der programmatischen Diskussion der letzten Jahre ergeben, zu berücksichtigen.« (ebd., 15f.) Die nachfolgende Analyse der wirtschaftspolitischen Teile des Programmentwurfs zeigt, daß die Kontinuität mit dem 63er Programm bei weitem die Änderungen überwiegt.

2. Probleme der Konstruktion eines Bezugsrahmens

Einen übersichtlichen und systematischen Bezugsrahmen zur Beurteilung der wirtschaftspolitischen Aussagen des DGB-Grundsatzprogrammentwurfs (PE) und seine Diskussion in den Gewerkschaften und außerhalb zu konstruieren, stößt auf einige Schwierigkeiten. Schon die Ausgrenzung eines »wirtschaftspolitischen Teils« aus dem Gesamtentwurf ist höchst problematisch, läßt sich doch eine strenge Trennung zwischen einem wirtschaftspolitischen Teil und den sonstigen gesellschaftspolitischen Bereichen kaum vornehmen. Bezüglich dieses Problems werden wir uns der Einfachheit halber nach den Überschriften des Entwurfs richten und die Kapitel 5 bis 12 hier einordnen.

Die Konstruktion geeigneter Meßpunkte läßt sich nicht formal lösen. In der Diskussion um den Entwurf des Grundsatzprogramms und seiner Bewertung finden sich als Maßstäbe frühere programmatische Aussagen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und insbesondere der Gewerkschaften. Kritik, die vor diesem Hintergrund formuliert wird, bezieht sich in der Regel auf das Fehlen einer sozialistischen Perspektive im jetzigen Entwurf. Dieser Entwurf, ebenso wie das noch gültige Grundsatzprogramm von 1963 (GP), liefern in der Tat wenig Anhaltspunkte dafür, daß die Einheitsgewerkschaft angetreten ist, um eine sozialistische Gesellschaftsordnung als derjenigen Wirtschaftsordnung, in der am ehesten die in der Präambel genannten Ziele erreichbar sind, zu verwirklichen. Eine solche sozialistische Meßlatte würde am jetzigen Selbstverständnis der meisten Gewerkschafter vorbeigehen. Warum dies so ist, bedarf einer genauen Analyse, die hier nicht geleistet werden soll (vgl. den Beitrag von Arnim Wöhrle in diesem Heft). Ohne eine genauere Analyse würde ein solcher Bewertungsmaßstab, wie an zahlreichen Beispielen belegbar wäre, allein politisch-polemisch oder, noch schlechter, personalisierend ausfallen.

Sinnvoller ist u.E. deshalb eine Bewertung der wirtschaftspolitischen Aussagen des Entwurfs vor dem Hintergrund von in der letzten Zeit selbst formulierten Ansprüchen, etwa auf dem DGB-Bundeskongreß von 1978 in Hamburg, als die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm schon innerhalb der Gewerkschaften geführt wurde. Es ist zu prüfen, inwieweit die dort zum Ausdruck gekommenen Forderungen ihren Niederschlag im Entwurf gefunden haben. Dies gilt sowohl für die Formulierung von Zielen als auch von Mitteln zur Erreichung der Ziele. Dies führt dazu, daß als Maßstab für die Bewertung herangezogen wird, ob die Aussagen im Entwurf handlungsanleitend sind, also eine gemeinsame Stoßrichtung angeben und somit eine Stärkung der Einheitsgewerkschaft bewirken. Solch ein Bewertungskriterium setzt voraus, daß in der Diskussion

um den Programmentwurf eine Verarbeitung der Erfahrungen mit dem Programm von 1963, mit seinen Zielsetzungen und Mitteln und ihrer Kritik im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung seit 1963, stattfindet. Diese Aufarbeitung muß ja ihren Niederschlag im Programmentwurf selbst gefunden haben, etwa in Neuformulierungen oder Akzentverschiebungen. Nur so läßt sich überhaupt die Notwendigkeit eines neuen Grundsatzprogramms ableiten.

Neben den selbstformulierten Ansprüchen der Gewerkschaften sollen als weiterer Maßstab die programmatischen Aussagen der, neben den Gewerkschaften, größten politischen Arbeitnehmerorganisation in der BRD, nämlich der SPD, dienen. So wie das GP des DGB von 1963 in zahlreichen wirtschaftspolitischen Passagen nur vor dem Hintergrund des Godesberger Programms verständlich wird, ist zu fragen, ob ähnliche Abfärbungsprozesse etwa zwischen dem Orientierungsrahmen 85 der SPD und dem PE stattgefunden haben.

Dieser Vergleich zwischen SPD- und DGB-Programmatik wird, zumindest indirekt, von den Gewerkschaften selbst angeregt, so wenn der Leiter der maßgeblich an der Erarbeitung des Entwurfs beteiligten Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, V. Jung, Parallelen zwischen dem Auftrag des SPD-Parteitagess von 1970 zur Entwicklung eines längerfristigen gesellschaftspolitischen Programms und des entsprechenden Beschlusses des DGB-Bundeskongresses von 1972, der dann zu dem Auftrag von 1975 zur Entwicklung eines neuen Grundsatzprogramms führte, zieht (vgl. Jung 1980, 10f.).

Leminsky hat in seiner Darstellung des Grundsatzprogramms im gewerkschaftlichen Diskussionsprozeß versucht, die Rolle der Wissenschaft in der Diskussion um den PE zu relativieren, indem er darauf hinweist, daß an ein gewerkschaftliches Grundsatzprogramm hinsichtlich seiner Konsistenz nicht die gleichen Anforderungen gestellt werden können wie an ein wissenschaftliches System (vgl. Leminsky 1980, 203). Hiermit hat er Recht, ebenso wie mit dem Hinweis darauf, daß wissenschaftliche Aussagen Interessen transportieren. Wenn das aber so ist, dann ist der Entwurf des Grundsatzprogramms daraufhin zu untersuchen, ob er z.B. in seinen wirtschaftspolitischen Passagen zumindest auf diese Inkonsistenzen hinweist und vor allen Dingen auch darauf, ob er nicht selbst Positionen enthält, z.B. Marktideologien, die ein Kontern der gerade auch in letzter Zeit starken antigewerkschaftlichen Offensiven aus dem Bereich der ökonomischen Wissenschaften und darauf aufbauender wirtschaftspolitischer Konzepte erschweren. Der Programmentwurf sollte hierauf zumindest aufklärerisch, besser mit Gegenvorstellungen auf der Grundlage arbeitnehmerorientierter Wissenschaft, reagieren.

Vor dem Hintergrund dieses im wesentlichen aus drei Punkten bestehenden Bezugsrahmens sollen im folgenden einige Passagen aus dem wirtschaftspolitischen Teil des PE exemplarisch untersucht werden. Dabei handelt es sich um die Bereiche Vollbeschäftigung, Investitionslenkung und volkswirtschaftlicher Rahmenplan sowie um den Themenbereich Markt und Macht.

3. Vollbeschäftigung, volkswirtschaftlicher Rahmenplan und Investitionslenkung

a. Die Position des Programmentwurfs

Als Arbeitnehmerorganisation ist eines der wesentlichen Ziele von Gewerkschaften immer gewesen, das Recht auf Arbeit durchzusetzen, d.h. die Vollbeschäftigung der

Arbeitnehmer zu erreichen und zu sichern. Diese Zielsetzung wird auch im GP 63 betont, tritt aber im PE 79 sehr viel klarer hervor als im GP 63, wo die Vollbeschäftigung eher als gleichrangiges Ziel neben anderen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen wie etwa der Geldwertstabilität steht. Das GP 63 lehnt sich insofern enger an die wirtschaftspolitischen Positionen an, wie sie sich im Sachverständigenratsgesetz und im Stabilitätsgesetz wiederfinden. Im Vergleich zum GP 63 hat es hier eine ganz starke Akzentverschiebung gegeben. Zwar wird auch im 63er-Programm vom Recht auf Arbeit als einem Grundrecht des Menschen ausgegangen. Diese Auffassung schlägt sich aber, anders als im GP, im PE 79 durchgängig nieder. Alle Teilbereiche des 63er-Programms sind im Entwurf in diesem Sinne geändert worden bzw. neue Passagen sind hinzugekommen. Das Vollbeschäftigungsziel ist eindeutig oberste wirtschaftspolitische Zielsetzung geworden. So wird auch gefordert, daß die Deutsche Bundesbank (vgl. Abschnitt 12 des PE) auf die Vorrangigkeit des Vollbeschäftigungsziels verpflichtet werden soll. Die Unterordnung der Preisniveaustabilität unter das Vollbeschäftigungsziel wird damit deutlich.

In dieser Betonung der Vollbeschäftigung als wichtigstem wirtschaftspolitischen Ziel schlagen sich die Erfahrungen der beiden großen Konjunktur- und Wachstumseinbrüche Mitte der 60er und Mitte der 70er Jahre nieder, die entsprechende Diskussionen in den Gewerkschaften ausgelöst haben. Dies war auch das beherrschende Thema auf dem 11. Bundeskongreß des DGB in Hamburg 1978. H.O. Vetter in seiner Rede auf diesem Kongreß: »... sondern (wir müssen uns) auf den für die Arbeitnehmer jetzt entscheidenden Punkt konzentrieren: auf die Durchsetzung des Rechtes auf Arbeit.« (Vetter 1980, 142) Auf diesem Kongreß wurden auch zahlreiche Anträge zum Thema Vollbeschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit gestellt.

Hinsichtlich der Konkretisierung der Mittel zur Erreichung dieses Zieles bleibt der Entwurf unscharf und sehr allgemein. Er erreicht, obwohl zwei Jahre später verabschiedet, in dieser Hinsicht nicht einmal den Konkretheitsgrad des Vollbeschäftigungsprogramms des DGB von 1977. Sonstige Äußerungen aus einzelgewerkschaftlichen Kreisen sind hier sehr viel konkreter. So wird der Aspekt Arbeitszeitverkürzung nicht programmatisch auf die 35-Stundenwoche festgelegt. Der Entwurf ist hier unverständlicherweise zu offen und damit wenig handlungsorientiert.

Zur Erreichung der Vollbeschäftigung erstreben die Gewerkschaften danach ein angemessenes, gleichmäßiges qualitatives Wachstum sowie eine technologische Entwicklung, die nicht zu sozialen Härten führt. Sie soll vielmehr in den Dienst der Sicherung der Beschäftigung und der Humanisierung der Arbeit gestellt werden. Darüber hinaus wird eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Maßnahmen zur Stabilisierung des Preisniveaus dürfen nicht zu Lasten der Vollbeschäftigung gehen. Diese und ähnliche Ausführungen geben wenig Anhaltspunkte für konkrete Forderungen.

Im Programmentwurf findet sich kein wissenschaftlich auswertbarer Hinweis darauf, welches nach Meinung der Gewerkschaften die Gründe für die Krisen in der BRD und für die anhaltende Dauerarbeitslosigkeit sind, um von daher geeignete wirtschaftspolitische Mittel und Forderungen abzuleiten. Das Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB für den Bereich der Wirtschaftspolitik, Alois Pfeiffer, führt die Wachstumsschwächen auf die Veränderungen der Nachfragestruktur im Inland wie im Ausland zurück sowie auf die technologischen Entwicklungen (vgl. Pfeiffer 1980, 422). Rudolf Henschel, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im DGB, weist ebenfalls auf

diese Punkte hin. Darüber hinaus geht er auf den Konzentrationsprozeß ein, der die Preisrelationen verzerrt und damit Störungen des Marktprozesses hervorruft und damit langanhaltende, konjunkturunabhängige Wachstumsstörungen verursacht (vgl. Henschel 1978, 125). Dies führt in der Konsequenz des PE dann entweder zu der Forderung der Intensivierung des Wettbewerbs oder der stärkeren Kontrolle der Monopole im Rahmen etwa der Kartellgesetzgebung. Die Mobilisierung des Wettbewerbs soll erreicht werden durch öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen.

Diese Maßnahmen werden allerdings im PE nicht unter dem Vorzeichen der Vollbeschäftigung diskutiert, sondern finden sich im Abschnitt 7, der sich mit der Kontrolle wirtschaftlicher Macht befaßt.

Offenbar im Zusammenhang mit der Desillusionierung über die Möglichkeiten der Vermeidbarkeit von Krisen und der Verwirklichung von Reformen durch die Politik der Regierung, die im GP 63 in Anlehnung an Godesberg stärker durchklingen, wird im PE 79 auch die Frage der Wirtschaftsordnung angesprochen. So etwa in der Präambel, wo es heißt:

»Das Grundgesetz trifft keine Entscheidung für eine bestimmte Wirtschaftsordnung. Das Sozialstaatsgebot fordert aber eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch muß dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.«

Die Frage der Wirtschaftsordnung und damit die Eigentumsfrage, die im Münchener Programm des DGB von 1949 noch stark im Mittelpunkt stand und im Kapitel »Die Kontrolle wirtschaftlicher Macht« als letzter Punkt im GP 63 auftaucht, wird im PE auch gestellt, und zwar explizit im Zusammenhang mit dem Rechr auf Arbeit.⁷ Im Abschnitt über die Vollbeschäftigung wird dieser Punkt allerdings dann nicht wieder aufgegriffen und in einen Maßnahmenkatalog aufgenommen, sondern erscheint, wie im GP 63, wiederum als letzter von vielen anderen Punkten im Abschnitt über die Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Dies macht deutlich, daß die Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum in keiner Weise die Hauptstoßrichtung des PE ist. Viel deutlicher erkennbar ist das Bemühen im Entwurf um die Lösung des Vollbeschäftigungsproblems im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung. Der Optimismus hinsichtlich der Vermeidbarkeit von Arbeitslosigkeit und der Managebarkeit von Krisen, der das 63er-Programm in Anlehnung an das Godesberger Programm der SPD durchzieht, ist wohl spätestens mit den letzten Krisen, mit dem Versagen der Globalsteuerung und allemal der »Selbsteilungskräfte« bei der Verwirklichung der Vollbeschäftigung zumindest etwas verflogen. Von daher wird auch die Notwendigkeit erkannt, an den Rahmenbedingungen des Wirtschaftens partiell etwas zu ändern. Die wirtschaftspolitischen Ausführungen im PE enthalten deshalb Ambivalenzen und Widersprüche.

Im Grunde möchte der PE zur Verwirklichung seiner wirtschaftspolitischen Zielsetzungen sowohl mehr Markt als auch mehr staatliche Lenkung und Steuerung bzw. mehr Wettbewerb und mehr Planung. Der Entwurf packt dies zusammen und formuliert: »Jede Volkswirtschaft bedarf im Rahmen einer grundsätzlich am Wettbewerb orientierten Ordnung der Planung.« Dies ist offenbar das alte globalsteuernde »Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig« des Godesberger Programms mit achtzig Prozent Ordoliberalismus und zwanzig Prozent Keynes. Die achtzig Prozent Ordoliberalismus sollen beibehalten werden, aus zwanzig Prozent Keynes sollen

im PE dreißig Prozent werden, eine etwas problematische Vorstellung.

Mehr Wettbewerb soll erreicht werden durch ein wirksameres Wettbewerbsrecht und durch die Mobilisierung des Wettbewerbs durch öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, mehr Planung soll erreicht werden durch einen volkswirtschaftlichen Rahmenplan und durch Investitionslenkung. Auch bei der wirksameren Gestaltung des Wettbewerbsrechts soll die Sicherung der Arbeitsplätze berücksichtigt werden. Dieser Einschub im PE 79 ist neu. Eine Konkretisierung und damit stärkere Handlungsorientierung fehlt aber auch hier. Nach den Erfahrungen mit dem jetzigen Kartellgesetz und der weiteren Entwicklung des Konzentrationsprozesses mit seinen arbeitsplätzevernichtenden Wirkungen wäre hier eine genauere Bestimmung notwendig. Ansonsten muß etwa die Forderung nach einem verstärkten Einsatz öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Unternehmen zur Mobilisierung des Wettbewerbs als naiv und nicht ernst gemeint bezeichnet werden.

Die Forderung nach einem volkswirtschaftlichen Rahmenplan und nach Investitionslenkung im Entwurf ist in gewisser Weise eine konsequente Fortsetzung des keynesianischen Globalsteuerungsmodells in Richtung auf stärkere wirtschaftspolitische Eingriffe im regionalen und sektoralen Bereich. Der Rahmenplan ist nämlich die Zusammenfassung von Regional- und Branchenprojektionen zu einheitlichen Landesentwicklungsplänen und einem Bundesentwicklungsplan. Die Richtlinien des Rahmenplans sind für die Organe der staatlichen Wirtschaftspolitik verbindlich, für die einzelnen Unternehmen sollen sie mit Hilfe einer differenzierten Investitionslenkung durchgesetzt werden. Konkrete Investitionslenkungsmaßnahmen werden nicht genauer beschrieben, vor allen Dingen wird im Kapitel über die Investitionslenkung nicht auf das Problem eingegangen, wie mit ihrer Hilfe verhindert werden kann, daß zu wenig investiert wird bzw. durch Investitionen, die vom Staat initiiert und gefördert werden, Arbeitsplätze vernichtet werden. Im Kapitel 12 über den öffentlichen Haushalt, die Finanz-, Steuer- und Geldpolitik findet sich zwar der Hinweis, daß etwa Subventionen und öffentliche Aufträge mit beschäftigungspolitischen Auflagen verbunden werden müssen und die Erfolgskontrolle darüber verbessert werden muß. Doch hier fehlt der Hinweis auf die Investitionslenkung. Es heißt dann nur, daß alternative Planungs- und Lenkungsmaßnahmen entwickelt werden müssen, wenn die verfolgten Ziele mit Finanzhilfen und Subventionen nicht erreicht werden können. Eine Konkretisierung im Abschnitt über die Investitionslenkung hätte es ermöglicht, hierauf zu verweisen, zumal ja in den Gewerkschaften zu Beginn der 70er Jahre eine intensive Diskussion um die Investitionslenkung stattgefunden und in verschiedenen Modellen (IG Chemie z.B.) und Anträgen etwa auf dem 10. Bundeskongreß des DGB im Jahre 1975 ihren Niederschlag gefunden hat. Die Vorstellungen zur Investitionslenkung im PE sind dabei nahezu identisch mit denen des Orientierungsrahmens 85 der SPD.

Grundlage der Investitionslenkung soll dabei ein System der Information, Koordination und Erfolgskontrolle sein, u.a. mit einer Investitionsmeldestelle, der die großen Unternehmen ihre Investitionsvorhaben mit ihren beschäftigungspolitischen Folgen anzuzeigen haben. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften auf staatliche investitionslenkende Maßnahmen über Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte auf volkswirtschaftlicher Ebene sind nicht klar. Für den volkswirtschaftlichen Rahmenplan wird gefordert, daß die Gewerkschaften bei der Vorbereitung der Planungen auf Landesebene und Bundesebene zu beteiligen sind. Wie verhindert werden kann, daß

Arbeitnehmerinteressen nicht durch konzertierte Aktionen weitgehend unter den Tisch fallen, wird nicht behandelt. Gerade die Erfahrungen mit der indikativen Planung des französischen Planifikationsmodells und seinem Scheitern bei der Erreichung des Vollbeschäftigungszieles hätten erwarten lassen, daß die Forderungen der Gewerkschaften in diesem Bereich dezidierter sind. Hier hätten Vorstellungen überbetrieblicher und gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung (Wirtschafts- und Sozialräte) einfließen müssen, um so von vornherein auch institutionell die hinreichende Einflußnahme von Arbeitnehmerinteressen zu sichern, um eben nicht durch Konzertierte Aktionen ins Hintertreffen zu geraten. Das hätte auch vorausgesetzt, daß die Rolle des Staates im Grundsatzpapier explizit und realistisch behandelt worden wäre. Trotz des verfliegenen Optimismus hinsichtlich der Durchsetzbarkeit von arbeitnehmerfreundlichen Reformen durch Staat und Regierung schleichen sich in zahlreiche wirtschaftspolitische Abschnitte des PE wieder Illusionen bezüglich der Durchsetzbarkeit wesentlicher gewerkschaftlicher Forderungen allein durch Appell an den Staat und die Regierung ein. Insofern findet sich die vielbetonte »Rückbesinnung auf die eigene Kraft« im wirtschaftspolitischen Teil des PE nur wenig wieder.

b. Programmwurf und Orientierungsrahmen 85

Wir haben schon verschiedentlich auf den Orientierungsrahmen 85 (OR) der SPD Bezug genommen. Vergleichen wir den PE mit dem OR der SPD, so fällt zunächst auf, daß der OR eine sehr viel detailliertere Darstellung der Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Reformpolitik liefert als der PE. Die Bedeutung des Staates bzw. der Regierung bei der Verwirklichung wirtschaftspolitischer Zielsetzungen und Reformen wird sehr viel stärker beleuchtet. Beide Programmatiken gleichen sich allerdings hinsichtlich ihrer Einschätzung und damit ihrer Illusionen über die Machbarkeit von Reformen im Sinne der Arbeitnehmer durch die Regierung. Trotz der Enttäuschungen der Gewerkschaften in dieser Hinsicht in der jüngsten Vergangenheit und der daraus resultierenden Forderung zur Besinnung auf die eigene Kraft, hat sich in der grundsätzlichen Einschätzung der Funktion des Staates, wie sie im Grundsatzprogrammwurf durchscheint, wenig geändert. Die Illusionen über die Stellvertreterposition des Staates unter sozialdemokratischer Regierungsführung bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessen unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen wirken fort. Hier hat die Position des Orientierungsrahmens auf den PE stark abgefärbt.

In den vorher von uns angesprochenen Fragen der Prioritäten bei den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen stimmen PE und OR überein. Im OR wird formuliert: »Vollbeschäftigung in allen Regionen unseres Landes zu sichern, ist die Grundforderung unserer Wirtschaftspolitik.« Insgesamt aber spielt dieser Aspekt im OR nicht die Rolle wie im PE. Das mag vor allem daran liegen, daß das Problem der Dauerarbeitslosigkeit bei der Erarbeitung und Verabschiedung des OR durch den SPD-Bundesvorstand im Jahre 1975 noch nicht die Bedeutung hatte wie bei der Entwicklung des PE.

Die Vorstellungen und Forderungen der Gewerkschaften hinsichtlich eines volkswirtschaftlichen Rahmenplans und der Investitionslenkung sind, wie wir bereits angemerkt haben, bis in die Formulierungen hinein in weiten Teilen identisch, jedoch findet sich auch hier im OR in der Regel eine größere Detailliertheit bei vielen Ausführungen, allerdings nicht hinsichtlich der Mitwirkungsmöglichkeiten für die Gewerkschaften.

Insgesamt kann, bis auf die Sozialisierungspassagen im PE, festgestellt werden, daß

sich die entsprechenden Abschnitte von OR und PE in wesentlichen Punkten nicht oder nur geringfügig unterscheiden. Der Programmwurf des DGB von 1979 enthält also in wesentlichen wirtschaftspolitischen Aussagen die Programmatik der deutschen Sozialdemokratie, wie sie sich im OR niedergeschlagen hat. In beiden findet sich die wirtschaftspolitische Konzeption von Godesberg wieder, mit Weiterentwicklungen in Richtung auf eine Einflußnahme auf regionale und sektorale wirtschaftliche Prozesse, also stärkeren Staatseingriffen als dies im ursprünglichen Konzept der Globalsteuerung vorgesehen war. Im grundsätzlichen Festhalten an der einzelwirtschaftlichen Dispositionsfreiheit und an der neoliberalen und ordoliberalen Wettbewerbsvorstellung, ergänzt durch Vorstellungen vom funktionsfähigen Wettbewerb unter Einschluß öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen, stimmen die beiden Programme ebenfalls überein. Ebenfalls identisch ist das dafür vorgesehene Instrumentarium, so der Vorschlag, die Bundesbank auf alle Ziele des Stabilitätsgesetzes, also auch das Vollbeschäftigungsziel, zu verpflichten. Der OR wird aber konkreter und fordert eine entsprechende Änderung des Bundesbankgesetzes. Bei all diesen Ähnlichkeiten darf natürlich nicht vergessen werden, daß die regierenden Sozialdemokraten nicht die Programmatik des OR praktizieren.

c. Programmwurf und Marktideologie

Im PE ist an zahlreichen Stellen die Rede von der Macht der Kapitaleseite, die es einzuschränken gelte: Da wird vom Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit gesprochen, davon, daß der soziale Rechtsstaat die bestehenden Machtverhältnisse für die Entfaltung der Grundrechte aller Menschen verändern müsse, daß starke Gewerkschaften nötig seien gegenüber der Macht und dem Einfluß, die die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel verleiht; es wird konstatiert, daß die Abhängigkeit der Arbeitnehmer von Wirtschaftsmacht nicht überwunden sei, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland die alten Macht- und Besitzverhältnisse nicht wesentlich geändert habe. Speziell habe der fortschreitende Konzentrationsprozeß zu einer Machtzusammenballung ungewöhnlichen Ausmaßes geführt, wodurch die Gefahr des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht ständig wachse, wobei die multinationalen Unternehmen besonders herausragend seien.

Gleichfalls wird auf den Markt oder den Wettbewerb (übrigens im PE synonym verwendete Begriffe) an mehreren Stellen eingegangen. So wird als Grundsatz formuliert, daß die von den Gewerkschaften erstrebte Wirtschaftsordnung Wettbewerb und Planung zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele einsetzen soll, bei eingeschränktem Wettbewerb soll dieser durch öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen mobilisiert werden; der Vorrang von Wettbewerb vor Planung wird implizit deutlich an der schon zitierten Kernaussage: »Jede Volkswirtschaft bedarf im Rahmen einer grundsätzlich am Wettbewerb orientierten Ordnung der Planung.« Auch für eine differenzierte Investitionslenkung gilt der Grundsatz, daß die Entscheidung über Art und Umfang der Investitionen nicht aus dem Bereich des einzelnen Unternehmens herausgenommen werden darf. In seiner Erläuterung zu den wirtschaftspolitischen Teilen des PE schreibt Alois Pfeiffer dies noch deutlicher: »Die Gewerkschaften akzeptieren das Gewinnstreben, soweit es sich dabei um die Verwirklichung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit handelt ...« (Pfeiffer 1980, 423); ferner sehe der DGB »... im Wettbewerb miteinander konkurrierender Unternehmen die einfachste, unbürokratischste und, wo im-

mer möglich, grundsätzlich zu praktizierende Marktsteuerung ...« (ebd., 430). Eingriffe seien nur bei Wettbewerbsstörungen vorzusehen.

Vergleicht man diese Aussagen mit den entsprechenden im 63er Programm, so zeigt sich keinerlei grundsätzliche Änderung. Auch dort wurde bereits dem Wettbewerb der Vorrang vor planerischen Elementen eingeräumt.

Daß dies im PE wie auch schon im 63er Programm nicht offen als Widerspruch erscheint, liegt wohl vor allem daran, daß die im Grundsatz kritischen Aussagen zur unternehmerischen Macht, die es ja schließlich einzuschränken gelte, in keiner Weise theoretisch mit den wirtschaftsideologischen bzw. wirtschaftskonzeptionellen Aussagen verbunden sind. Wäre ein solcher Versuch unternommen worden, so hätte sich bei einigermaßen vorurteilsfreier Reflexion zeigen müssen, daß die zu bekämpfende Unternehmensmacht ihre Entstehung und Reproduktion gerade der wettbewerblich-marktwirtschaftlichen Regulierung verdankt. Dies gilt im sehr allgemeinen Sinne wie auch für den speziellen Fall der Konzentration und Zentralisation von Kapital bei Großunternehmen.

Das allgemeine Kriterium für Markteingriffe, daß nämlich Wettbewerbsstörungen vorliegen sollen, wird nicht weiter präzisiert. Es wird dagegen in mehr pragmatischer Weise für verschiedene Einzelprobleme auf die Notwendigkeit von staatlichen und gewerkschaftlichen Eingriffen in die rein wettbewerbliche Regulierung hingewiesen. Dabei handelt es sich im wesentlichen um zwei Bereiche: Wettbewerbsstörungen werden im Falle hochkonzentrierter Märkte angenommen, weshalb dort öffentlich interveniert werden soll. Der wichtigste Bereich ist jedoch zweifellos der Arbeitsmarkt. Für Zustandekommen und Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen, für die grundsätzlich ebenfalls der marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismus anerkannt wird, wird eine Fülle z.T. recht detaillierter staatlicher und tarifvertraglicher »flankierender Maßnahmen« gefordert, mit denen die Unterlegenheit individueller Arbeitnehmer bei der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses abgemildert werden, der Warencharakter der Arbeitskraft also eingeschränkt werden soll.

Der prinzipielle Vorrang marktwirtschaftlicher Steuerung vor öffentlich lenkenden Maßnahmen auch für den zentralen Bereich der Arbeitsverhältnisse wird deutlich sichtbar an einer scheinbar kleinen, tatsächlich aber bedeutsamen Änderung gegenüber dem 63er Programm. Dort wurde die Forderung erhoben, jedem Arbeitnehmer »... eine seiner Persönlichkeit entsprechende dauerhafte Tätigkeit ...« zu sichern. Im PE wird diese Formulierung ersetzt durch die Forderung nach einem »... angemessenen Arbeitsplatz unter menschenwürdigen Bedingungen ...«. A. Pfeiffer begründet diese Änderung damit, daß wegen der vielfältigen strukturellen Wandlungen höhere Mobilitätsanforderungen an die Arbeitnehmer gestellt würden als früher, weshalb die Forderung nach einem dauerhaften Arbeitsplatz nicht mehr zu vertreten sei. Betrachtet man diese Anerkennung wettbewerblich hervorgebrachter erhöhter Mobilitätsanforderungen der Unternehmer als Datum im Kontext der Auseinandersetzung um die Mobilität im Rahmen des Zumutbarkeitsbegriffs beim Arbeitslosengeld, so wird die Gefahr deutlich, daß die Unternehmenseite das so formulierte Bekenntnis zur Mobilität der Arbeitskräfte gegen diejenigen Gewerkschaftsvertreter als Argument benutzt, die sich gegen eine Umstrukturierung unserer Gesellschaft zu einer »Wohnwagengesellschaft« zur Wehr setzen. In gewisser Hinsicht stellt die Preisgabe der Forderung nach einem dauerhaften Arbeitsplatz (dieser müßte ja nicht jahrzehntelang im selben Betrieb sein, aber positive

Aussagen zu regionaler und beruflicher Bindung von Arbeitnehmern hätten schon gut getan) eine Einschränkung des geforderten Rechts auf Arbeit dar.

Priorität des Wettbewerbs und seiner Ergebnisse ist auch dafür verantwortlich, daß dort, wo mit Vorschlägen zur Investitionslenkung versucht wird, die unternehmerische Macht der alleinigen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel einzuschränken, dieser Versuch wenig wirksam sein dürfte. Dies ergibt sich einmal daraus, daß letztverantwortlich über Art und Umfang der Investitionen weiterhin die Unternehmer entscheiden sollen. Es folgt dies aber auch aus der theoretischen Untermauerung, die solcher Auffassung von der Wirtschaftspolitischen Abteilung des DGB gegeben wird: A. Pfeiffer (1980) und R. Henschel (1978 und 1980) machen für die Wachstumsverlangsamung des letzten Jahrzehnts Strukturprobleme verantwortlich. Diese hätten sich vor allem aus unvorhersehbaren Nachfrageänderungen bei einem starren Produktionsapparat, der sich nicht hinreichend schnell anpassen könnte, ergeben. Nachfrageänderungen hat es zwar schon immer gegeben, sie seien aber in den letzten Jahren größer geworden, weil bei dem hohen Realeinkommen in der Bundesrepublik der Wahlbedarf (im Gegensatz zum relativ starren Grundbedarf) an Bedeutung zugenommen habe. Fazit solcher Wachstumsstagnations-Theorie ist also: Stärkere Nachfrageänderungen, verbunden mit größerer Unvorhersehbarkeit ihrer Entwicklungsrichtung, sind die eigentliche Ursache für die Wachstumsverlangsamung und damit für die Beschäftigungsprobleme, die natürlich auch anhalten müssen, weil es keinen Grund gibt, in Zukunft andere Nachfrageentwicklungen zu erwarten.

Ein Widerspruch zur zentralen Forderung im Rahmen der Investitionslenkung nach einer vorausschauenden Regional- und Strukturpolitik muß sich dabei aber bei gleichzeitiger Betonung von Unvorhersehbarkeit und Priorität des marktwirtschaftlich hervorbrachten Strukturwandels ergeben. Es ist daher auch nicht unbedingt überraschend, wenn im Konzept der Investitionslenkung des PE für die Erfolgskontrolle, die bezüglich Investitionen erfolgen soll, keinerlei Präzisierung vorgenommen wird, womit die »Erfolgskontrolle« weitgehend Worthülse bleibt.

Zusammenfassung

Prüfen wir abschließend, welche Einschätzung des wirtschaftspolitischen Teils des PE sich insgesamt ergibt, wenn die anfangs genannten Beurteilungskriterien zugrundegelegt werden.

1) Werden handlungsanleitende Aussagen gemacht, um zur Stärkung der Einheitsgewerkschaft eine gemeinsame Stoßrichtung festzulegen?

Die wirtschaftspolitischen Aussagen des PE zeichnen sich dadurch aus, daß sie eine Reihe von den Gewerkschaftsmitgliedern allgemein akzeptierter Ziele angeben: Daß das Vollbeschäftigungsziel in der Wirtschaftspolitik Vorrang haben sollte, dürfte von kaum einem Gewerkschaftsmitglied bestritten werden, daß die technische Entwicklung zur Verbesserung und nicht zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse beitragen soll, wird wohl ebensowenig bezweifelt, selbst daß planerische Elemente die marktwirtschaftliche Steuerung zumindest ergänzen sollten, dürfte auf breiten Mitgliederkonsens stoßen. Die Angabe eines solchen sehr allgemeinen Minimalkonsens allein führt allerdings noch nicht zu einer Stärkung der Einheitsgewerkschaft. Es müßte auch eine positive Perspektive angegeben werden. Es müßten konkret Mittel und Wege aufgezeigt

werden, welchen Beitrag die einzelnen Mitglieder leisten können, um sichere und menschenwürdige Arbeitsplätze zu erhalten. Der PE ist jedoch, weil er solche Mittel und Wege praktisch nicht angibt, für das Praxisfeld nicht geeignet, den Gewerkschaftsmitgliedern einen Rahmen oder eine konkrete Aufforderung dafür zu geben, den Bereich ökonomischer Fragen zu ihrem eigenen Gestaltungsfeld zu machen. Dies letztere trifft allenfalls für den Bereich des unmittelbaren betrieblichen Arbeitsverhältnisses zu. Welche Stoßrichtung gewerkschaftliches Handeln haben muß, damit zur Sicherung und Gestaltung der Arbeitsplätze auf die ökonomischen Entwicklungen Einfluß genommen wird, die schließlich den Datenkranz liefert, innerhalb dessen mit Mitteln der Tarifpolitik und des Arbeitsrechts den Arbeitsplatz unmittelbar betreffende Regelungen getroffen werden können, bleibt offen. Das Problem, wie die in den Vorständen und Aufsichtsräten der Unternehmen tätigen Gewerkschaftsvertreter ihre Arbeit stärker koordinieren und aufeinander beziehen können, um so der Gewerkschaftspolitik eine größere Stoßkraft zu verleihen und die Einheitsgewerkschaft zu stärken, wird nicht in Angriff genommen. Insofern werden auch keine dringend notwendigen Vorschläge zur Organisation überbetrieblicher Mitbestimmung unterbreitet. Von den wirtschaftspolitischen Aussagen des PE erhält die Einheitsgewerkschaft daher kaum neue Impulse.

2) *Wie verhält sich der PE zu programmatischen Aussagen der SPD?*

Angesichts der Geschichte von Gewerkschaften und Sozialdemokratie ist es natürlich nicht überraschend, daß der Vergleich von PE und Orientierungsrahmen der SPD eine weitgehende Übereinstimmung, z.T. bis in die Formulierungen hinein, zeigt. Damit bestätigt sich erneut ein Aspekt der deutschen Einheitsgewerkschaft, nämlich der weitgehenden ideologischen und konzeptionellen Einheit von gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Programmatik.

Immerhin wäre es vor Veröffentlichung des PE eine zulässige Spekulation gewesen, wenn man einen PE erwartet hätte, der die Tatsache einer über zehnjährigen Regierungsverantwortung der SPD berücksichtigt, die bei manchem Gewerkschafter Illusionen über eine quasi automatische Umsetzung gewerkschaftlicher Positionen in staatliche Politik hat verschwinden lassen. Die oft proklamierte und vielzitierte Rückbesinnung auf die eigene Kraft, der angemeldete Anspruch auf stärkere Wahrnehmung gewerkschaftlicher Gestaltungsfunktion, hätte bei konsequenter Verfolgung dieser Vorschläge an verschiedenen Stellen dazu führen können, daß das Programm der Einheitsgewerkschaft einer in Regierungsverantwortung stehenden SPD »Dampf macht«. Tatsächlich ist dies nicht geschehen, die programmatischen Aussagen des PE gehen über diejenigen des SPD-Orientierungsrahmens nicht hinaus. Man kann jetzt allenfalls darauf hoffen, daß der DGB der SPD wenigstens insofern Dampf macht, als er auf die Verwirklichung der im Orientierungsrahmen und im PE formulierten konzeptionellen Ansprüche drängt, weil dies bisher nicht geschehen ist.

3) *Werden arbeitnehmerorientierte wissenschaftliche Gegenpositionen gegen die antigewerkschaftliche unternehmerorientierte ideologische Offensive bezogen?*

In den letzten Jahren hat es zahlreiche Offensiven gegen einen angeblich drohenden oder in Teilbereichen gar bereits realisierten Gewerkschaftsstaat gegeben. An praktischen Handlungen seien nur die Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz oder der Tabu-Katalog der Unternehmer genannt, an ideologischen Absicherungen sol-

cher praktischer Offensiven sei nur auf das Zurückdrängen keynesianischer Positionen in Wissenschaft und Politik zugunsten monetaristischer (weniger Staat, weniger Gewerkschaft, mehr Markt) hingewiesen. Der PE reagiert hierauf im wesentlichen damit, daß ausführlich aus den ersten 20 Artikeln des GG zitiert wird, was einem Bekenntnis zur sozialen Gestaltbarkeit der Wirtschaftsordnung und einer Absage an einseitige Interpretationen der zulässigen Wirtschaftsordnung im Unternehmersinne gleichkommt. Die ausführliche Erinnerung an die Verfassungsrechte ist ein deutliches Indiz dafür, wie weit die publizistisch veröffentlichte Meinung in der BRD seit 1949 nach rechts abgedriftet ist. Sie ist aber zugleich eine verhältnismäßig defensive Reaktion auf die antigewerkschaftliche Offensive der Unternehmer und ihrer Verbündeten in Publizistik und Wissenschaft. Zu einer entsprechenden Gegenoffensive ist es im PE nicht gekommen. Dies hätte im Bereich der Wirtschaftspolitik konkretere Aussagen zu Defiziten marktwirtschaftlicher Steuerung und zu Konzepten gesellschaftlicher Planung und Kontrolle ökonomischer Prozesse verlangt. Statt dessen findet sich im PE die gleiche Marktideologie wieder, wie sie bereits im GP 63 vertreten wurde, angereichert lediglich um noch sehr allgemein gehaltene, auf die strukturelle und regionale Ebene disaggregierte keynesianische Steuerungselemente. Da die Neuerungen, die zum Punkt Investitionslenkung und generell zu den Zielen Vollbeschäftigung und Humanisierung vorgeschlagen werden, mehr Forderungen als Mittel zur Erreichung von genannten Zielen sind, fällt es nicht so schnell auf, daß mit »80 % Markt und 30 % Struktur-Keynes« ein so nicht realisierbares Konzept vorgeschlagen wird.

Anmerkungen

- 1 Der Gesetzgeber reagierte auf die Forderungen zur Ausweitung der Mitbestimmung mit einem Mitbestimmungsgesetz und einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, das den gewerkschaftlichen Forderungen nur scheinbar entgegenkam, weil die Regelungen deutlich unterhalb der Paritätsgrenze blieben.
- 2 Vgl. beispielsweise »bildungspolitische Grundsätze« der GEW, verabschiedet auf deren Gewerkschaftstag Okt./Nov. 1977.
- 3 Vgl. z.B. Heft 12/73 der Gewerkschaftlichen Monatshefte, das mit verschiedenen Beiträgen von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern die Investitionslenkungsdebatte belebte.
- 4 Vgl. z.B. Antrag 7 der IGM an den 9. ordentlichen DGB-Bundeskongreß, Berlin, Juni 1972, abgedruckt in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/76, 249/250.
- 5 Ebenda.
- 6 Antrag 1 der HBV an den 10. ordentlichen DGB-Bundeskongreß, Hamburg, Mai 1975, abgedruckt in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/76, 250/251.
- 7 Henschel 1978, 119: »... ein hocheffizientes Wirtschaftssystem, das Dauerarbeitslosigkeit einschließt (ist abzulehnen).«

Literaturverzeichnis

- Henschel, R.: 1978: Krise der Wirtschaftspolitik — die Sicht der Gewerkschaften, in: Krise der Wirtschaftspolitik (hrsg. v. H. Markmann u. D. B. Simmert), Köln.
- Henschel, R.: 1980: Arbeitslosigkeit, Folge einseitig quantitativ orientierter Wachstumspolitik, in: WSI-Mitteilungen 4/80, 209ff.
- Jung, V.: 1980: Die Struktur des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/80, 12-27.
- Leminsky, G.: 1980: Das Grundsatzprogramm im gewerkschaftlichen Diskussionsprozeß, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/80.
- Pfeiffer, A.: 1980: Die Wirtschaftspolitik im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/80.
- Vetter, H. O.: 1974 (Hrsg.): Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe, Frankfurt/Köln.
- Vetter, H. O.: 1980: Grundsatzreferat auf dem 11. ordentlichen Bundeskongreß des DGB in Hamburg 1978, in: DGB wohin? (hrsg. v. IMSF), 2. Aufl., Frankfurt/M.
- Weiß, G.: 1978: Die ÖTV. Politik und gesellschaftspolitische Konzeption der Gewerkschaft ÖTV von 1966 bis 1976, Marburg.

Gesellschaftspolitische Programmatik der Gewerkschaften seit 1919

Für eine Sozialistische Gesellschaftsordnung (1919-1933)

Die Zielperspektiven der Grundsatzforderungen der deutschen Gewerkschaftspolitik vor dem Faschismus waren ausgerichtet auf den Aufbau einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dies belegen u.a. die beiden wichtigsten Grundsatzdokumente der Gewerkschaftsbewegung zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg.

In den »Richtlinien über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften«, die im Juni/Juli 1919 auf dem 10. Gewerkschaftskongreß in Nürnberg verabschiedet wurden, heißt es bezüglich der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielperspektive:

»3. Die Revolution hat die politische Macht der Arbeiterklasse gestärkt und damit zugleich ihren Einfluß auf die Gestaltung der Volkswirtschaft vergrößert. Der Wiederaufbau des durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens wird sich in der Richtung der Gemeinwirtschaft, unter fortschreitendem Abbau der Privatwirtschaft vollziehen. Die Umwandlung muß planmäßig betrieben werden und wird von den Gewerkschaften gefördert.

4. Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation ...« (Schraepfer 1964, 152)

Die Mittel zur Umsetzung dieser Zielperspektive werden deutlich in den Forderungen nach freigewählten Arbeitervertretungen für den Betriebsbereich (Betriebsräte), für den Gemeinde- bzw. Wirtschaftsbereich (örtliche Arbeiterräte) und Arbeitervertretungen für größere Bezirke und das Reich, Forderungen nach Umwandlung von Einzelarbeitsverträgen in Kollektivverträge und einer »zielbewußten Arbeiterpolitik innerhalb der Wirtschaftskammern, (die) die Kräfte auslösen (sollen), die zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsweise nötig sind.« (ebd. 154)

Diese Forderungen machen deutlich, daß der Aufbau des Sozialismus als Tagesaufgabe gesehen wurde und keineswegs als fernes Ziel. Aus diesem Grunde mußte auch in den »Richtlinien ...« eine Aussage dazu gemacht werden, welche Funktion die Gewerkschaften im Sozialismus übernehmen bzw. ob sie dann überflüssig sein werden. In diesem Zusammenhang heißt es u.a.:

»5. Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten. Sie sind deshalb auch im Zeitalter des Sozialismus notwendig...

6. Die Interessengegensätze zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können. Selbst wenn Arbeitseinstellungen infolge des sozialen Arbeitsrechts und demokratischer Mitverwaltung der Arbeitnehmer eingeschränkt werden können und im Interesse der sozialistischen Volkswirtschaft durch schiedsgerichtliches Verfahren nach Möglichkeit verhütet werden müssen, können die Arbeitnehmer auf das Streikrecht nicht verzichten.« (ebd. 152f.)

Der Grundzug der gewerkschaftlichen Strategie jener Zeit, die mit dem Ziel Sozialismus beschrieben wurde, ist jedoch nicht im revolutionären Klassenkampf zu sehen. Vielmehr ging die gewerkschaftliche Politik davon aus, daß die entscheidenden Weichen in Richtung Sozialismus bereits gestellt seien und daß sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Umorganisation — ohne klassenkämpferische Entmachtung der herrschenden Klasse — nahtlos bis zu sozialistischen Formen entwickeln ließen.

Diese Handlungsstrategie des »friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus« auf der Basis der Anerkennung des bestehenden demokratischen Staatswesens prägte auch

die Diskussion auf den Gewerkschaftskongressen in Breslau (1925) und Hamburg (1928). Die auf dem 13. Kongreß in Hamburg verabschiedete Grundsatzposition — »Entschließung über die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie« — spiegelt deutlich dieses Konzept:

»Die Gewerkschaften erblicken ... im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus ... Nicht als fernes Zukunftsziel, sondern als täglich fortschreitender Entwicklungsprozeß stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar ...

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schrittweise mit der immer deutlicher sichtbaren Strukturwandlung des Kapitalismus ...

Auf zwei Wegen ist die Kraft der Gewerkschaften hierfür einzusetzen. Auf der einen Seite stehen die Forderungen an die Gesetzgebung und die öffentliche Verwaltung. Sie werden sich in dem Maße durchsetzen, wie die Gewerkschaften und die politische Macht der Arbeiterschaft im demokratischen Staat sich Geltung und Einfluß erringen. Auf der anderen Seite stehen die Aufgaben des Aufbaues neuer demokratischer Wirtschaftsformen, die unmittelbar von der organisierten Arbeiterschaft selbst, ohne den Umweg über den Staat zu erfüllen sind.« (ebd. 155f.)

Das hier deutlich werdende Ziel der »Wirtschaftsdemokratie« war in der damaligen gewerkschaftlichen Diskussion nahezu unumstritten. Diskussionen gab es jedoch um seinen strategischen Stellenwert in Bezug auf letztendliche Zielperspektiven der Arbeiterbewegung. War »Wirtschaftsdemokratie« für Teile der Bewegung letztendliches Ziel bzw. »Ideal« anstelle der »geplatzten sozialistischen Illusion« (Tarnow 1925, 42f.), so war sie für den stärksten Teil der Bewegung lediglich Zwischenstation und ersetzte keineswegs das letztlich angestrebte Ziel des Sozialismus. Diese Auffassung, die u.a. von Theodor Leipart und Fritz Naphtali (vgl. Naphtali 1928) vertreten wurde, scheint sich auch in der oben zitierten »Entschließung ...« des Hamburger Kongresses weitgehend durchgesetzt zu haben.

Das Konzept einer alternativen Wirtschaftsordnung nach 1945

Die menschenverachtende Herrschaft des Faschismus und die große Aufgabe des Wiederaufbaus hatte 1945 alle friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes einander näher rücken lassen. Die unfreiwillige Gemeinschaft von kämpferischen Christen, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten in den Konzentrationslagern der Faschisten legte bereits den Grundstein für die 1949 gegründete Einheitsgewerkschaft. Mit ihr zog die Arbeiterbewegung eine entscheidende Lehre aus der Aufarbeitung der Ursachen des Faschismus. Die Überwindung der Kräftezersplitterung sollte die Basis zur Verhinderung jeglicher zukünftiger Entwicklung in eine faschistische Richtung legen.

Auch die weiteren und zentralen Ursachen von Faschismus und Kriegstreiberei wurden von den Gewerkschaften klar herausgearbeitet: »Zwei Weltkriege haben den Beweis erbracht, daß die zum Krieg treibenden Kräfte in Deutschland in der Zusammenballung der Kapitalmächte in Monopolen, Kartellen, Konzernen und Trusts und in dem Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung zu sehen sind.«¹ — So hieß es in der »Entschließung der Interzonen-Konferenz deutscher Gewerkschaften« am 18./19. Dezember 1946 in Hannover.

Auch bezüglich dieser Einschätzung gab es erstaunlich weitgehende Übereinstimmung bei unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kräften, die sich denn auch in Forde-

rungen für einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuaufbau ausdrückten.

Es ist für uns heute nicht sehr erstaunlich, in den Aufrufen, Grundsatzserklärungen usw. von SPD, KPD und Gewerkschaften nach 1945 Forderungen zu lesen, die auf die Enteignung der Schlüsselindustrien und eine breite Demokratisierung des gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zielen. Erstaunlicher ist schon, daß sich die genannten Kräfte in ansatzweiser Kooperation mit christlich-demokratischen Kräften auf einen antifaschistisch-demokratischen Block zum Aufbau einer Republik mit demokratisch-sozialistischen Zügen zubewegten.²

Für die SPD, die KPD und die Gewerkschaften stand der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft und einer demokratisch-antifaschistischen Republik auf der Tagesordnung.³ Und, was für uns heute besonders erstaunlich ist, auch die CDU (und CSU) war von dieser Perspektive nicht weit entfernt, sondern bekannte sich mit zentralen Aussagen und Forderungen zu den damals allgemein anerkannten Lehren aus der jüngsten Geschichte und ihren notwendigen Aufgaben für den zukünftigen Aufbau von Staat und Wirtschaft.⁴

Auf dem Hintergrund des breiten Konsenses einer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaftsperspektive, die selbstverständlich auch eine Demokratisierung der Wirtschaft voraussetzte, und auf der Basis einer breiten und starken Arbeiterbewegung, die u. a. im Generalstreik vom 12. November 1948 zum Ausdruck kam⁵, werden die Perspektive und Stoßrichtung der »wirtschaftlichen Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes« von 1949 verstehbar. Sie beinhalten:

1. Die Kritik der sogenannten »freien Marktwirtschaft« während der Weimarer Republik und des Faschismus, die auch 1949 noch keine grundlegende Umgestaltung erfahren hatte:

»Als die Wirtschaftswissenschaft die Gesetze der freien Marktwirtschaft niederschrieb, rechnete sie nicht mit der immer stärkeren Entwicklung jener Großunternehmen, Trusts, Konzerne und Kartelle, die die Gesetze der freien Marktwirtschaft aufhoben. Heute ist die Marktwirtschaft weder frei noch sozial. Heute verhindert sie freie Entfaltung; sie verschärft die ohnehin schon großen Gegensätze zwischen reich und arm. Sie ist unsozial und durch ihre Planlosigkeit unfähig, den schwierigen Aufgaben des Wiederaufbaues in Deutschland gerecht zu werden.«

2. Die Kennzeichnung der Wirtschaftspolitik als

»... Kampfplatz, auf dem sich entscheidet, wieviel die einzelnen Interessengruppen an Arbeit und Leistung für die Gesamtheit aufzubringen haben und in welchem Umfange sie am volkswirtschaftlichen Ertrag beteiligt werden.«

3. Folgende Grundforderungen:

I. Eine Wirtschaftsordnung, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigsten Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs sichert.

II. Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.

III. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrsbetriebe und der Kreditinstitute.

IV. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werkstätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhalts für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen.

Eine solche wirtschaftliche Willensbildung und Wirtschaftsführung verlangt eine zentrale volkswirtschaftliche Planung, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeit der Gesamtwirtschaft triumphiert.«

Hinter der Forderung eines »volkswirtschaftlichen Gesamtplanes« stand das Ziel, »alle Mittel der gesamten Wirtschaftspolitik zur Durchführung des Planes einzusetzen«. Die Rolle der Gewerkschaften wird in einer maßgeblichen Beteiligung an dieser Planung gesehen: »Als Vertreter des Produktionsfaktors Arbeit haben die Gewerkschaften ein Anrecht darauf, an allen Planungs- und Lenkungsorganen maßgeblich beteiligt zu sein.« Für die Betriebe braucht diese Forderung nicht mehr besonders dargestellt zu werden.⁶

Viktor Agartz — führender Wirtschaftstheoretiker in der SPD und in den Gewerkschaften nach 1945 und zeitweise Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft in der britischen Besatzungszone, sowie später des Verwaltungsrates für Wirtschaft — bewertet die »wirtschaftlichen Grundsätze ...« folgendermaßen:

»Die Forderungen sind eine Einheit, aus der man nicht Teilstücke herauslösen kann. Die deutschen Gewerkschaften waren zu diesem Zeitpunkt der Ansicht, daß die klassische kapitalistische Gesellschaft nach dem 2. Weltkrieg, nach dem Zusammenbruch des Faschismus in Deutschland unter keinen Umständen wiedererstehen dürfte und wiedererstehen könnte. Da sie jedoch nicht willens waren und auch nicht die Fähigkeit und Möglichkeiten hatten, eine revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung in Westdeutschland zu erreichen, glaubten die Gewerkschaften mit der kombinierten Formel von Vergesellschaftung — Planwirtschaft — Mitbestimmung den dritten Weg zwischen dem kapitalistischen System des Westens und dem sozialistischen System des Ostens gefunden zu haben ...

Dabei ist hervorzuheben, daß in der breiten Öffentlichkeit in Westdeutschland und insbesondere in den Führungsgremien beinahe aller Parteien die Ansicht herrschte, daß die zukünftige Ordnung Westdeutschlands und Gesamtdeutschlands nur eine sozialistische sein könne. Nur im Hinblick auf diese allgemeine sozialistische Zielsetzung der deutschen Gewerkschaften nach 1945 erhält die Konstruktion der Mitbestimmung ihren sinnvollen Inhalt.«⁷

Restauration und kompromißhafte Umgestaltung der Grundsatzforderungen

Zwischen der in ihren Grundzügen weitgehend übereinstimmenden Perspektive einer antifaschistisch-demokratischen Republik, die von den christ-demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Kräften des deutschen Volkes in Verarbeitung der Lehre des jüngst vergangenen dunkelsten Teils deutscher Geschichte angestrebt wurde, und der weitgehenden Restauration aller Verhältnisse in Wirtschaft und Staat, damit der Wiederherstellung alter Machtverhältnisse, liegen nur wenige Jahre.

Eingebunden in das strategische Blockdenken der Westmächte, wurde der kapitalistische Wiederaufbau in der entstehenden Bundesrepublik beschleunigt vorangetrieben (Marshallplan u.a.), die Entnazifizierung nur sehr halbherzig betrieben und die Tradition reaktionärer Verwaltungs- und Staatsbürokratie nicht gebrochen. Weitgehende Reformansichten wurden in Kooperation zwischen den Westmächten und den entstehenden bundesrepublikanischen Staatsorganen verschleppt, bis unter einem Klima des »Kalten Krieges« die Zementierung der restaurierten Machtverhältnisse (samt Reorganisation des Militärs und der Wiederaufrüstung) gewerkschaftliche Vorstellungen der Neuorganisation von Wirtschaft und Gesellschaft, unter Beteiligung der abhängig Beschäftigten, zunehmend undenkbar wurden.

Bereits im Gesetzesvorschlag des DGB »zur Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft« vom 14. April 1950 kommt zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften die im Grundsatzprogramm von 1949 geforderte alternative Wirtschaftsordnung nicht in der erstrebten Einheit für durchsetzbar hielten. Man beschränkte sich in diesem Gesetzesentwurf auf Mitbestimmungsforderungen, ohne diese grundsätzlich an Sozialisierungsforderungen zu binden.

Die Durchsetzung der Mitbestimmung im Eisen-, Kohle- und Stahlbereich verdankte sich zwei unabhängig voneinander erhobenen Forderungen und Zielvorstellungen: Zum einen den Vergesellschaftungsforderungen, die von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wurden und in die Richtung einer antifaschistisch-sozialistischen Demokratie wiesen, die jedoch keineswegs den Zielvorstellungen der westlichen Besatzungsmächte entsprachen, und zum anderen der Konzeption der westlichen Besatzungsmächte zur Entflechtung der großen deutschen Konzerne (eine Mittelposition zwischen der Zielsetzung einer umfassenden Zerschlagung der westdeutschen Wirtschaftskapazität mittels rigoroser Demontage einerseits und der uneingeschränkten Freigabe der westdeutschen Wirtschaftsproduktion in der Kohle- und Stahlwirtschaft im Rahmen der geplanten atlantischen Aufrüstung).

Entscheidend für die Durchsetzung der Mitbestimmung in den genannten Bereichen war die hohe Kampfbereitschaft der organisierten Werktätigen, die sich in den Urabstimmungsergebnissen im Dezember 1950 und Januar 1951 bei der IG Metall und der IG Bergbau und Energie ausdrückte. Ohne daß es zum Streik kam, wurden am 25. Januar 1951 Vereinbarungen getroffen, die den Kern des Montan-Mitbestimmungsgesetzes bildeten.

Doch nicht einmal dieser Teilerfolg konnte auf andere Sektoren der bundesrepublikanischen Wirtschaft ausgedehnt werden. Auf Grund des Wiedererstarkens der Unternehmerseite, ihrer antigewerkschaftlichen Kampagnen, die auf dem Boden des »Kalten Krieges« und seines Antikommunismus besonders gedeihen konnten, auf Grund der beinahe ungebrochenen Kontinuität des bundesrepublikanischen Justizwesens und nicht zuletzt auf Grund der Zurückhaltung der Gewerkschaften, ihre stärksten Kampfmittel einzusetzen, kam es im Juli 1952 zu einem Betriebsverfassungsgesetz, das einen schweren Rückschlag für die gewerkschaftlichen Gestaltungsvorstellungen bedeutete.

Von Viktor Agartz und anderen fortschrittlichen Kräften des DGB, die den Auftrag des Grundsatzprogramms von 1949 verwirklicht sehen wollten, wird ein tiefer Einschnitt für die Geschichte der Bundesrepublik gesehen:

»Diese Niederlage der deutschen Gewerkschaften in der Bundesrepublik im Kampf um ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz, das heißt um die Ausdehnung der Mitbestimmung auf andere Sektoren der deutschen Wirtschaft, muß als eine Wende in der innerpolitischen Geschichte der Bundesrepublik gewertet werden. Der Inhalt des Betriebsverfassungsgesetzes hat ... mit der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung grundsätzlich nichts mehr gemein, vor allem richtet er sich gegen das Prinzip des alleinigen Repräsentationsrechtes der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften. Die Betriebsräte sind in diesem Betriebsverfassungsgesetz grundsätzlich Teile der Betriebsgemeinschaft und haben mit der Arbeiterbewegung selbst nichts mehr zu tun.«⁸

Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses dokumentierte sich in den nachfolgenden Aufweichungen der Mitbestimmungsregelungen:

»Der Gesetzgeber hatte im Jahre 1951, bei der allgemeinen Regelung der Mitbestimmung in Eisen, Kohle und Stahl aus den Gründen, die sich aus der Halbsouveränität der Bundesrepublik ergeben, die Mitbestimmung in zukünftigen Konzernen nicht berücksichtigt und nicht berücksichtigen können. Die Gewerkschaften glaubten, durch Abmachungen mit den neu entstehenden Konzernverwaltungen diese Frage juristisch für sich entschieden zu haben. Diese Annahme erwies sich als ein auch schon vorher erkennbarer Irrtum, der im Verlaufe des Jahres 1953 bei der ersten Hauptversammlung der Aktionäre der Mannesmann-AG von der Unternehmenseite revidiert wurde. Da innerhalb der Mannesmann-AG Unternehmungen mit verschiedenen Betriebsverfassungen existierten, war es fraglich, nach welchem Gesetz — nach dem Gesetz über die Mitbestimmung in Eisen, Kohle und Stahl oder nach dem Betriebsverfassungsgesetz — der neue Aufsichtsrat gewählt werden sollte. In der Begründung des Urteils durch das Landgericht stellte sich dieses

auf den Standpunkt, daß für die neue Obergesellschaft der Mannesmann-AG das Betriebsverfassungsgesetz zu gelten habe. Die Unternehmerpresse sprach in diesem Zusammenhang von einer 'Begrädigung des Frontvorsprungs'. Die folgenden Beratungen über die Mitbestimmung in den Obergesellschaften wurden durch ein Ereignis noch wesentlich beeinflusst. Im Januar 1955 demonstrierte die Belegschaft der Hüttenwerke Oberhausen AG gegen die Behauptungen ihres Konzernherren Reusch, daß die Mitbestimmung aufgrund gewerkschaftlichen Zwanges entstanden sei. Dieser Demonstration schlossen sich die Belegschaften in den großen Untertunehmen der westdeutschen Kohle- und Stahlwirtschaft in einem Demonstrationstreik an. Trotzdem konnten sich die Gewerkschaften nicht entschließen, gegen die Einschränkungen der Mitbestimmung, wie sie offensichtlich in dem Gesetz zur Regelung der Mitbestimmung in den Obergesellschaften der Montanunternehmen der Bundesrepublik vorliegt, mit gewerkschaftlicher Macht zu demonstrieren.

Da die Abhängigkeit der sogenannten Tochter-Gesellschaften vom Spitzenmanagement der Obergesellschaften eindeutig ist, stellt diese Einschränkung der Mitbestimmung in den Obergesellschaften gleichzeitig eine Aufweichung der Mitbestimmung in den einzelnen Unternehmen der Eisen-, Kohle- und Stahlindustrie dar.⁹

Die ideologische Aufrüstung während der Phase des »Kalten Krieges« hatte auch verschiedene Auswirkungen auf die Kräfteverhältnisse und Diskussionsprozesse innerhalb der Gewerkschaften. Vom Gedanken eines antifaschistischen Blocks war nun nicht mehr viel zu spüren. Vielmehr wurde das außenpolitische Feindbild auch in die innenpolitische und innergewerkschaftliche Auseinandersetzung hineingetragen. Die in der Fassung des Grundgesetzes nachweislich mitberücksichtigten Ideen und Perspektiven einer demokratisch-sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wurden nun in der öffentlichen Diskussion nahezu unvertretbar. Das Feindbild der sozialistischen Systeme und der an den Faschismus anknüpfende Antikommunismus ließen alle kommunistischen und sozialistischen Ideen und Perspektiven im Rahmen einer Art Agententheorie als staatsfeindliche Aktivitäten erscheinen.

Noch vor dem Verbot der KPD (im August 1956) wurde in den Gewerkschaften durch bestimmte CDU und SPD nahestehende Kräfte eine »Säuberung« einflußreicher Gewerkschaftspositionen von KPD-Mitgliedern vorgenommen.¹⁰

Aber auch Positionen wie die von Viktor Agartz gerieten nun auf die Abschußliste. Agartz wurde 1955 auf Druck der CDU/CSU von der Leitung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB beurlaubt. 1957 wurde er verhaftet. Der Bundesgerichtshof erhob gegen ihn die Anklage wegen angeblich »hochverräterischer Beziehungen« zum FDGB und zur DDR und zur CGT Frankreichs. Trotz erwiesener Unschuld und Freispruch blieb Agartz diskriminiert. Die von ihm herausgegebene »Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften« (WISO), die den klassenkämpferischen Flügel in der SPD ansprach, verlor an Bedeutung (vgl. z.B. Abendroth 1976, 224ff.).

Das am 1. Mai 1955 vorgelegte Aktionsprogramm des DGB ist ein kompliziert-widersprüchlicher Ausdruck dieser, für die Arbeiterbewegung schwierigen Situation:

Hatte die Geschichte der jungen Bundesrepublik nach 1945 mit einem Machtübergewicht der Arbeiterbewegung begonnen, so haben die Gewerkschaften ihre Macht zu keiner Zeit ausgenutzt. »Sie glaubten hingegen, aufgrund der veränderten Machtverhältnisse das System einer Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden, das heißt die Idee einer umfassenden Sozialpartnerschaft verwirklichen zu können.«¹¹

In der Phase der umfassenden »Tendenzwende« der 50er Jahre waren sie mit diesem Konzept weitgehend der Entwicklung ausgeliefert und konnten in Bezug auf die beschriebenen Einschränkungen des gewerkschaftlichen Gestaltungsauftrages nicht oder

nicht konsequent genug mit wirksamen gewerkschaftlichen Kampfmitteln reagieren.

Die Diskussion in den Industriegewerkschaften jener Zeit entwickelte die Forderung, daß der Rückzug der Gewerkschaften gegenüber der Restauration aufzuhalten sei. Als programmatisches Hilfsmittel hierfür wurde ein Aktionsprogramm gefordert, quasi ein systematischer, koordinierter Kampfplan zur gewerkschaftlichen Offensive. In der Diskussion wurden zudem harte Vorwürfe gegen die sozialpartnerschaftliche Politik des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes laut.

Die Ergebnisse, die diesen Forderungen folgten, waren vor allem durch die auseinanderlaufenden Erwartungen von Geschäftsführendem Hauptvorstand und Einzelgewerkschaften, aber auch durch fehlende Entschlossenheit, sich auf richtungsweisende Konzepte (z.B. des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes — WWI) einzulassen, vorprogrammiert. Die WISO bewertet die Ergebnisse 1956 folgendermaßen:

»Die Gewerkschaften waren jedoch nicht bereit, eine umfassende personelle Veränderung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes vorzunehmen. Der Kompromiß war die einzig mögliche Lösung in einer Lage, die ohne Willen zu einer eigenen Konzeption ein Ergebnis erwartete, dem man zugleich die Zustimmung versagte. Einmütigkeit bestand über die notwendige Auswechsellung des Geschäftsführenden Vorstandes. Es lag jedoch keine Vorstellung und Einmütigkeit darüber vor, ob die bestehende Bundesverfassung geändert werden sollte, etwa im Sinne eines verkleinerten *politischen* Vorstandes oder im Sinne einer Sekretärverfassung. Noch weniger Einmütigkeit bestand über eine personelle Nachfolgerschaft, die auf dem Kongreß (3. Ordentlicher Bundeskongreß des DGB in Frankfurt 1954; Anm. A. W.) hätte entschieden werden müssen. Man forderte ferner ein Programm, man nannte Einzelforderungen, lehnte es aber ab, sie aus dem politischen und ökonomischen Raum zu entwickeln, wie etwa die Lohnpolitik als Bestandteil eines konjunkturpolitischen Eingreifens. Dem Kenner innergewerkschaftlicher Verhältnisse war daher klar, daß trotz gelegentlicher Höhepunkte dieser Kongreß aus Richtungslosigkeit und Unentschlossenheit eine weitere gewerkschaftliche Schwächung erwarten ließ.«¹²

»Die Programmkommission lehnte einen Vorschlag des WWI mit Entschiedenheit ab, der die einzelnen Industriegewerkschaften zum einen fester verpflichtet hätte und zum anderen insbesondere die Fragen der Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt rückte. Die Programmkommission und der Bundesausschuß nahmen dagegen einen Programmvorschlag an, der gerade das war, was noch ein halbes Jahr vorher die Anträge zu einem Aktionsprogramm nicht im Sinne hatten, nämlich ein neues Bukett reiner gewerkschaftlicher Forderungen an die Arbeitnehmer und an die Bundesregierung. Völlig fallengelassen wurde in diesem Vorschlag zum Aktionsprogramm die Forderung des Bundeskongresses, Mittel und Wege für die Verwirklichung des zu schaffenden Programms aufzuzeigen. Das Aktionsprogramm wurde so mehr im Hinblick auf seine propagandistische Wirkung zum 1. Mai 1955 konzipiert, denn als ein umfassendes Kampfprogramm gegen die Restauration in der Bundesrepublik.«¹³

Obwohl als erwartungsvolle Rückbesinnung auf die eigene Kraft geplant, war aus diesen Erwartungen ein Ausdruck fast resignativer Anpassung an das eingeschränkt Mögliche geworden. Der Rückzug auf rein gewerkschaftliche Forderungen deutete denn auch bereits die Linie an, auf der die Gewerkschaften in den Folgejahren festgelegt werden sollten: Es sollte ihnen lediglich ein begrenzter Spielraum als »befestigte Interessenvertretung« innerhalb einer gleichgeschalteten »formierten Gesellschaft« (damaliger Begriff des Bundeskanzlers Ludwig Erhard) zugestanden werden.

Dieser Umschwung von einer kämpferischen antifaschistischen Gewerkschaftsbewegung mit sozialistischen Zielperspektiven zur Festschreibung als systemstabilisierender Faktor in einem von seinen Grundzügen her nicht veränderten kapitalistischen Gesellschaftssystem, muß erläutert werden:

Die großen Erfolge des Kampfes der Arbeiterbewegung, die einerseits zur Aufhebung ihres Verbotes und zur gesellschaftlichen Anerkennung ihrer Rechte führten, er-

führen andererseits mit der Institutionalisierung und »Verrechtlichung« eine Eingliederung und tendenziell instrumentalisierende Vereinnahmung durch den bürgerlichen Staat und seine Kräfte. Damit entstand auch die Strategie der »Befestigung« der Gewerkschaften mit dem Ziel, ihre Handlungsfähigkeit durch juristische Norm und staatliche Gewalt in klar vorgeschriebenen, möglichst engen und kalkulierbaren Grenzen zu halten. Diese Strategie mußte dann erfolgreich sein, wenn die Gewerkschaften selbst ihre Kampfmittel brachliegen ließen. Sie kann also nur entstehen und zum Tragen kommen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung es zuläßt, daß eine »kooperative Sozialpartnerschaft« zwischen abhängig Beschäftigten und Unternehmern entsteht, d.h. wenn relativ konfliktfrei auf dem Verhandlungswege die grundlegenden Interessen der abhängig Beschäftigten nach Vollbeschäftigung und gesichertem Lebensstandard erfüllt werden können. Diese Bedingungen waren in der wirtschaftlichen Aufschwung- und Blütephase der 50er und 60er Jahre gegeben. Verstärkend für diesen Trend der Interessenvertretung wirkte das Betriebsverfassungsgesetz. Seine Bestimmungen beförderten die zunehmende Entfremdung von Betriebsräten und Belegschaften großer Unternehmen gegenüber den Gewerkschaften (vor allem auch mittels innerbetrieblicher Vereinbarungen, die über den Tarifabschlüssen lagen).

Auf diesem Hintergrund entwickelten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie Konzepte, die sich zwar scharf abgrenzten von einem Kurs der totalen Ausschaltung der Gewerkschaften, wie dies CDU/CSU-Konzepte der »formierten Gesellschaft« vorsahen, die jedoch selbst der »Befestigung« Vorschub leisteten. Grundlage dieser Vorstellungen war die Perspektive einer »modernen Industriegesellschaft«, die durch Staatseingriffe rational lenkbar sei und ein krisenfreies stetiges wirtschaftliches Wachstum auf der Grundlage der bestehenden Wirtschaftsordnung entfalten könne. Das Wirtschaftswachstum wurde als Grundlage einer nahezu automatischen Sicherung der Interessen der abhängig Beschäftigten angesehen sowie als Ausgangspunkt für schrittweise durchzuführende soziale Reformen. Auf dem Hintergrund derartiger Vorstellungen steuerten bestimmte Gewerkschaftskräfte auf eine Art »Godesberger Programm« der Gewerkschaften zu.

Der 6. Bundeskongreß in Hannover (Herbst 1962) kann als Ausdruck einer in den Gewerkschaften wachsenden Gegenbewegung gegen die Einschränkung gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit angesehen werden. Die Delegierten wehrten sich nicht nur gegen Satzungsänderungen, die zur Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie — damit zur besetzten Lavierbarkeit der Gewerkschaften im Interesse einer sozialpartnerschaftlich-integrationistischen Politik — geführt hätten, sie erteilten auch der Aushöhlung von Verfassung und Demokratie der Bundesrepublik eine entschiedene Absage.

Im Grundsatzprogramm von 1963 laufen nun diese widersprüchlichen Entwicklungslinien zusammen und münden in einen Kompromiß, der deutlich die weit auseinanderliegenden Positionen abbildet:

Zwar konnte sich die integrationistische Position nicht so weitgehend durchsetzen, daß die Elemente des einheitlichen Konzeptes einer alternativen Wirtschaftsordnung aus dem Grundsatzprogramm von 1949 völlig verschwunden waren, jedoch waren diese Elemente nun auseinandergerissen worden. Sie erfuhren eine tendenzielle Umwertung: Aus einer umfassenden Zielperspektive wurden Mittel zum Abwehren von Mißbrauch innerhalb der bestehenden Ordnung. So sind nun:

- Vergesellschaftung ein Mittel zur Abwehr wirtschaftlichen Machtmißbrauchs,
- Planung und Investitionslenkung Mittel zur Sicherung und zum Ausbau des Lebensstandards über die Sicherstellung stetigen Wirtschaftswachstums.

Allein beim Mittel der Mitbestimmung bleibt die Perspektive einer dadurch zu erreichenden »Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft« erhalten, deren Ziel die gleichberechtigte Teilnahme aller Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung ist.¹⁴ Durch die Unverbundenheit mit den anderen Elementen bleibt diese Perspektive nun ebenfalls kraftlose Aussage.

Das Grundsatzprogramm durchzieht ein tiefgehender Widerspruch, in dem sich die beschriebene widersprüchliche Entwicklung wie die an der Entstehung des Programms mitwirkenden unterschiedlichen gewerkschaftlichen Positionen abbilden: Grundsätzliche Kapitalismuskritik und Forderungen zur Reform und Neuordnung bestehender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Teilbereiche im Interesse der abhängig Beschäftigten stehen im Programm neben harmonisierenden Vorstellungen eines unbegrenzten »optimalen« Wirtschaftswachstums, innerhalb dessen Spielräumen die Interessen der abhängig Beschäftigten optimal zu befriedigen seien.

Kriseneinbrüche und kämpferischere Tendenzen

Die Bedingungen, die zur beschriebenen Entwicklung der Gewerkschaften als tendenziell »befestigte Interessenvertretungen« geführt hatten, kamen mit den wirtschaftlichen Krisen, die Ende der 60er Jahre erstmalig erkennbar, Mitte der 70er Jahre zum erstenmal deutlich spürbar wurden, in Bewegung.

Verringerte wirtschaftliche Wachstumsraten verengten die Konzessionsspielräume für die Lohnrunden. Die durchgesetzten Lohnerhöhungen wurden auf die Preise abgewälzt, was steigende Inflationsraten mit sich brachte. Das wirtschaftliche Tief Mitte der 70er Jahre führte in Verbindung mit dem zweiten großen Rationalisierungsschub zu hoher Arbeitslosigkeit, die sich insbesondere auf die schwächsten Gruppen der abhängig Beschäftigten auswirkte: auf Ausländer, Frauen und über die Verknappung von Ausbildungsplätzen auf Jugendliche.

Die »wilden« Streiks vom September 1969 signalisierten bereits Unzufriedenheit mit der kooperativen Lohnpolitik. Sie bildeten geradezu den Auftakt einer — mit allen quantitativen und qualitativen Streikindikatoren nachweisbaren (vgl. Müller-Jentsch 1979) — Zunahme der lohnpolitischen Auseinandersetzungen. Hatten in den Jahren 1967 und 1968 die Tarifloohnerhöhungen noch genau den Orientierungsdaten der Bundesregierung entsprochen, so wurden die Orientierungsdaten 1969 deutlich durchbrochen (Orientierungsdaten: + 5,5 bis 6,5%; tatsächliche Tariflohn- und Gehaltsabschlüsse: + 10,3%). Die Tarifabschlüsse blieben auch in den Folgejahren darüber (vgl. Adam 1972, bes. 54).

Mit dem Sichtbarwerden der wirtschaftlichen Krise und dem dadurch verengten Spielraum für die Konzessionen der Unternehmenseite wurde nun von dieser Seite aus die »sozialpartnerschaftliche« Gangart aufgekündigt. Im Rückgriff auf vorkeynesianische Krisentheorien wurden die staatlichen Interventionsversuche und die Gewerkschaften zu den entscheidenden Hindernissen und Störvariablen erklärt, die das »freie Spiel« der wirtschaftlichen Kräfte behinderten und die Überwindung der Talfahrt verzögerten bzw. verunmöglichten. Die Unternehmenseite schlug seit 1971 eine härtere Gangart an: Der Ausbau von Hilfsfonds, die Ausgabe von Streik- bzw. Ausspernungs-

instruktionen, die Mobilisierung von antigewerkschaftlichen Kampagnen in den Massenmedien (z. B. die Parole vom »Gewerkschaftsstaat«) waren Beispiele des Auftakts. Sie gingen zum klassenkämpferischen Angriff über, indem sie den in den Landtagswahlen von 1974 wahrnehmbaren öffentlichen Stimmungswandel (»Tendenzwende«) voll für ihre Interessen ausnutzen wollten. Ihr Angriff umfaßte u. a. folgende Vorstöße: die Verfassungsschutzbeschwerde gegen das im Mai 1976 durch den Bundestag verabschiedete Mitbestimmungsgesetz¹⁵, den sog. Tabu-Katalog von Punkten, die bei Tarifverhandlungen keinesfalls zur Debatte stehen dürfen und den rigorosen Einsatz der Aussperrung, der zur Austrocknung der Gewerkschaftskassen führen sollte.

Die »Konzertierte Aktion« — der deutliche Ausdruck einer sozialpartnerschaftlichen Form der Interessenregulierung — ging auf dem Hintergrund der Zunahme lohnpolitischer Kämpfe in die Brüche. Bereits lange Zeit (zumindest bei den kämpferischen Teilen der Gewerkschaften) umstritten, brach der DGB aus Protest gegen die Verfassungsschutzbeschwerde die Teilnahme an den Sitzungen der »Konzertierten Aktion« nach dem 29. Juni 1977 ab.

Ein weiteres Symptom der Gegenwehr der Gewerkschaften gegen eine »Befestigung« und damit Einengung ihres Handlungsspielraums ist die aufkommende Kritik an den Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichtes zu Streik und Aussperrung, ja die Sensibilitätszunahme gegenüber der »Verrechtlichung« der Tarifauseinandersetzungen, bei der verschärfend wirkt, daß die Rechtsinterpretation Einseitigkeiten zuungunsten der abhängig Beschäftigten und der Gewerkschaften aufweist.¹⁶

Es nahmen nicht nur die lohnpolitischen Auseinandersetzungen linear zu, sondern die beschäftigungspolitische Situation erbrachte spezifische Problemlagen und neue Notwendigkeiten der Kampfführung für die Gewerkschaften.

Die tarifpolitischen Auseinandersetzungen hatten zunehmend qualitative Regelungen der Arbeitsplatzsicherheit und der Arbeitsbedingungen zum Ziel. Zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik wurden im Herbst 1973 Verdienstsicherung, Kündigungsschutz usw. mit Hilfe eines großen gewerkschaftlich organisierten Streiks erkämpft (Lohnrahmentarifvertrag II).¹⁷ Obwohl die Umsetzung in die betriebliche Praxis bis heute Schwierigkeiten macht, folgten dennoch auch Firmentarifverträge in diese Richtung nach (z. B. bei VW). Die Aufnahme von Arbeitszeitverkürzungen (35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, mehr Urlaub usw.) in den gewerkschaftlichen Forderungskatalog ist ein weiterer Ausdruck des Ziels der Vollbeschäftigung und Vermeidung von Rationalisierungsfolgen.

Die Hochschulen — lange Zeit argwöhnisch als Lieferanten für die Chefetagen betrachtet und aus dem gewerkschaftlichen Handeln ausgeklammert — wurden mit der Zunahme des Einsatzes neuer Technologien und ihrer Rationalisierungsfolgen in Bezug auf Arbeitsbelastung und Arbeitslosigkeit nun von den Gewerkschaften mit ihren Anliegen zu erreichen gesucht. Die seit den 70er Jahren zunehmende Kooperation zwischen einzelnen Hochschulen und Gewerkschaften hat das Ziel, dem fast ungebrochenen Unternehmereinfluß längerfristig eine gewerkschaftliche Alternative, eine Forschung und Hochschulpolitik im Interesse und zum Nutzen der abhängig Beschäftigten entgegenzustellen.¹⁸

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums brachte jedoch nicht nur für die Unternehmerseite einen verengten Verhandlungsspielraum. Sie engte auch die staatlichen Spielflächen ein, so daß nun die mit dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition

angekündigten Reformvorhaben verwässert wurden oder ganz auf der Strecke blieben. Die bereits angesprochene ideologische »Tendenzwende« feierte gar das Stoppen der Reformpolitik als Wende zu einer realistischen Politik. Die gewerkschaftliche Strategie der positiven Verbundenheit mit der sozialliberalen Reformpolitik, die durchaus in den beginnenden 70er Jahren mobilisierend und politisierend gewirkt hatte, kam jetzt ebenfalls unter Druck. Wollten die Gewerkschaften nicht der Resignation (und damit ihrer eigenen Handlungsunfähigkeit) Raum geben, waren sie zunehmend gefordert, als letztlich allein übrigbleibende gesellschaftlich relevante Kraft auf den Reformen im Sozial- und Bildungsbereich zu bestehen.

Weitere Probleme entwickelten sich mit der zu erwartenden Energieverknappung und der Kernenergie Diskussion, den in der Folge der »Terroristenhysterie« durchgesetzten Gesetzen und Maßnahmen, die zu einer faktischen und potentiellen Einschränkung demokratischer Rechte führte bzw. führen könnte (Radikalerlaß/Berufsverbote, Abhörpraxis der Nachrichtendienste, Verdattung persönlicher Informationen/unzureichender Datenschutz, Einschränkung von Verteidigerrechten sollen hier als Stichpunkte genügen). Diese Entwicklung wirkte sich bereits auf die Wahrnehmung gewerkschaftlicher Rechte aus (geheimdienstliche Überprüfung von Betriebsräten und aktiven Gewerkschaftsmitgliedern, Weitergabe von Fakten der Staatsschutzpolizei über abhängig Beschäftigte an Unternehmensleitungen usw.). Weiter verschärfte sich das politische Klima auch außenpolitisch unter anderem mit den sog. Nachrüstungsbeschlüssen der NATO, der »Iran-Krise« und dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan.

Dies ist etwa die Situation, in der die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm ansteht.

Anmerkungen

- 1 Aus der »Entschließung der Interzonen-Konferenz deutscher Gewerkschaften« am 18./19.12.1946 in Hannover; zit. aus: Bayrische Landeszentrale 1978, 137.
- 2 Vgl. den »Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands« vom 11.6.1945 (Bayr. Landeszentrale 1978, 168); »Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Zentralauschuß)« vom 15.6.1945 (ebd. 169); »Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands« vom 26.6.1945 (ebd. 172).
- 3 Die SPD formuliert ihre Zielperspektive in den »Politischen Leitsätzen«, beschlossen auf dem Hannover Parteitag am 11.5.1946 folgendermaßen: »Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Profitwirtschaft zu ertragen ... Die jetzt noch herrschenden Eigentumsverhältnisse entsprechen nicht mehr den sonstigen gesellschaftlichen Zuständen und Bedürfnissen. Sie sind zu dem schwersten Hemmnis der Erholung und des Fortschritts geworden. (...) Die Sozialdemokratie erstrebt eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaftliche Gestaltung. Entscheidend für Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion darf nur das Interesse der Allgemeinheit sein.« (zit. n. ebd. 177)
- 4 Vgl. den »Aufruf...« vom 26.6.1945 (ebd. 171f.); das Grundsatzprogramm der CSU von 1946 (ebd. 182); das Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU Nordrhein-Westfalens vom 3.2.1947 (Bayr. Landeszentrale 1979, 253f.).
- 5 Unter den Forderungen der Gewerkschaften anlässlich des Generalstreiks waren u. a. : »7. Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kredite sowie für den Außenhandel und den Großverkehr. — 8. Überführung der Grundstoffindustrien und Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft. — 9. Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.« (zit. n. Beier, 1975, 41).

- 6 »Protokoll des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes«, München 12. bis 14.10.1949, 318ff.; zit. n. Schraepfer, 1964, 205ff.
- 7 Zum gewerkschaftlichen Aktionsprogramm, S.143 bis 162 in: WISO — Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Schriftleitung: Viktor Agartz/Walter Horn, Nr. 13 v. 15.9.1956, Zit. 152/153 (Unterstreichungen im Original: »Da sie jedoch nicht willens waren ... eine revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung ...«).
- 8 Ebd. 156 (Unterstreichungen im Original: »Diese Niederlage der deutschen Gewerkschaften ... eine Wende in der innerpolitischen Geschichte der Bundesrepublik ... grundsätzlich Teile der Betriebsgemeinschaft und haben mit der Arbeiterbewegung selbst nichts mehr zu tun.«).
- 9 Ebd. 157 (Unterstreichungen im Original: »... konnten sich die Gewerkschaften nicht entschließen, gegen die Einschränkungen der Mitbestimmung ... mit gewerkschaftlicher Macht zu demonstrieren«).
- 10 Georg Leber — damaliges Hauptvorstandsmitglied der IG Bau-Steine-Erden — berichtet über einen innergewerkschaftlichen Vorgang jener Tage, den man kaum als demokratisch bezeichnen kann: »... Die Verwaltungsstellen unserer Gewerkschaft waren in vielen Städten unterwandert. Viele Vorstände setzten sich in der Mehrheit aus Kommunisten zusammen und dementsprechend waren auch Kommunisten als Geschäftsführer eingesetzt worden. Von Mainz bis zur holländischen Grenze waren im Rheinland zwei Drittel der Verwaltungsstellen fest in der Hand von Kommunisten ...

Es wurde beschlossen: Bezirksvorstand und Bezirksleitung der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden im Bezirk Nordrhein werden mit Wirkung vom 16. Januar 1956 aufgelöst. Dergleichen werden mit diesem Zeitpunkt die Verwaltungsstellen Düsseldorf, Duisburg, Duisburg-Hamborn, Mülheim, Essen, Wuppertal, Niederberg, Moers und Mönchengladbach aufgelöst. In den Auflösungsbeschlüssen sind alle Vorstände, Jugend- und Fachgruppen einbezogen. Das Dienstverhältnis aller Angestellten der Gewerkschaft in den aufgelösten Verwaltungsstellen ist mit Wirkung von diesem Zeitpunkt zu kündigen. Am gleichen Tage werden in den genannten Orten neue Verwaltungsstellen gegründet. Der Hauptvorstand wird beauftragt, bis zur Durchführung ordnungsgemäßer Wahlen in den neu gebildeten Verwaltungsstellen und zur Leitung des Bezirkes provisorische Vorstände zu bilden, die ihre Tätigkeit solange im Auftrag des Hauptvorstandes ausüben ...

Unsere Vorbereitungen waren vertraulich geblieben. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, hätten wir wohl vor jedem Gewerkschaftshaus mit Demonstrationen zu rechnen gehabt, die uns den Weg in die Büros versperrt hätten ...

Wir mußten uns Tag für Tag und Abend für Abend in einer Vielzahl von Veranstaltungen, Versammlungen und Konferenzen unseren Mitgliedern stellen. Wir erlebten und erfuhren dabei, was die kommunistischen Funktionäre auf die Beine zu bringen vermochten, welchen Widerstand sie mobilisieren und organisieren konnten und wozu sie in der Hitze zum Bersten gefüllter großer Säle fähig waren. Fast immer war der Empfang schon feindselig. Dabei wußten wir, daß die Mehrzahl der Anwesenden natürlich keine Kommunisten waren. Aber sie übten Solidarität, es ging um die von ihnen gewählten Funktionäre, sie ließen sich von ihnen führen ...«

Aus: Georg Leber: Vom Frieden, Seewald Verlag, Stuttgart 1979 — zit.n.d. Vorabdruck in: FAZ v. 22.8.1979, 5f.

- 11 WISO, a.a.O., 158.
- 12 Ebd. 144f.
- 13 Ebd. 146 (im Original hervorgehoben: »... einen Programmvoorschlag an, der gerade das war, was noch ein halbes Jahr vorher die Anträge zu einem Aktionsprogramm nicht im Sinne hatten, nämlich ein neues Bukett reiner gewerkschaftlicher Forderungen an die Arbeitnehmer und an die Bundesregierung, ... Mittel und Wege für die Verwirklichung des zu schaffenden Programms aufzuzeigen ... ein umfassendes Kampfprogramm gegen die Restauration in der Bundesrepublik.«)
- 14 Vgl. Absatz 14 der Präambel des »Grundsatzprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes« — beschlossen auf dem Außerordentlichen Bundeskongress am 21./22.11.1963 in Düsseldorf — Manuskript hrsg. v. DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf o.J.
- 15 Das neue Mitbestimmungsgesetz umfaßt alle Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften und GmbHs mit mehr als 2000 Beschäftigten (ausgenommen sog. Tendenzbetriebe).

Die Aufsichtsräte sollen nun zwar paritätisch besetzt sein, dabei muß jedoch mindestens ein Sitz auf Arbeitnehmerseite an einen leitenden Angestellten gehen. Bei Stimmgleichheit fällt dem Vorsitzenden eine zweite Stimme zu. Die Gewerkschaften waren keineswegs zufrieden mit diesem Kompromiß.

- 16 Hierzu Heinz Oskar Vetter: »Die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen, die seit der letzten Wirtschaftskrise an Schärfe erheblich zugenommen haben, werden häufig nicht mehr in der direkten Auseinandersetzung der Tarifparteien oder im Parlament entschieden, sondern den Gerichten zur Entscheidung vorgelegt. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß dies — bei allem Respekt vor der Unabhängigkeit unserer Rechtsprechung — zu einer Verlagerung der Gewalten führt, die durch unsere Verfassung nicht gedeckt ist. (...) Die Richter schöpfen ihre Entscheidungen angeblich aus den objektiven Normen des Grundgesetzes — in Wirklichkeit aber aus einer Verfassungs*interpretation*, die immer noch einseitig ist.« Aus: H.O. Vetter: Zum Beginn der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm, 3ff., in: Referenten-Material zum Entwurf des Grundsatzprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hrsg.: DGB-Bundesvorstand, Vorstandsbereich Vorsitzender (vgl. auch: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/80), Zit. S.9.
- 17 Werktage werden besser. Der Kampf um den Lohntarifvertrag II in Nordwürttemberg/Nordbaden, Frankfurt/M. 1977.
- 18 Vgl. z.B.: Bamberg/Kröger/Kuhlmann (Hrsg.): Hochschulen und Gewerkschaften (Erfahrungen, Analysen und Perspektiven gewerkschaftlicher Kooperationspraxis), Köln 1979.

Literaturverzeichnis

- Abendroth, W.*, 1976: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/M.
- Adam, W.*, 1972: Die Konzertierte Aktion in der Bundesrepublik, Köln.
- Bayrische Landeszentrale* für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), 1978: Auf dem Weg zur Republik 1945-47. Bd.I, München.
- Bayrische Landeszentrale* für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), 1979: Das Entscheidungsjahr 1948. Bd.II, München.
- Beier, G.*, 1975: Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948, Frankfurt/M.-Köln.
- Müller-Jentsch, W.*, 1979: Streiks und Streikbewegung in der Bundesrepublik 1950-1978, in: Joachim Bergmann (Hrsg.): Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt/M., 21ff.
- Naphatali, F., u.a.*, 1928: Wirtschaftsdemokratie, Wesen, Weg und Ziel, Berlin (verfaßt im Auftrag des ADGB-Vorstandes).
- Schraepfer, E.*, 1964: Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland, Bd.II: 1871 bis zur Gegenwart. Göttingen/Berlin/Frankfurt./M., 2. neubearbeitete u. erweiterte Auflage.
- Tarnow, F.*, 1925: Die Wirtschaft und die Gewerkschaften, Berlin.



Strauß, das Kapital und die Linke.
Kampf der Blöcke um Massenloyalität
in Außen-, Sozial-, Kommunalpolitik.
Strauß-Diskursanalyse. Korporatismus.
Konservatismus. Grüne. SPD-Linke.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)

Rainer Rilling

Die »Social Relations of Science Movement«

Gewerkschaftliche Organisation und politische Linksorientierung in der britischen Wissenschaft 1917 - 1945*

Vorbemerkung

Untersucht man das *Verhältnis von Wissenschaft und sozialer Bewegung*, den Weg des Wissenschaftlers vom *scientist* zum *scientific worker*, der Schritt von der *scientific community* zur *scientific factory*, die *Professionalisierung*, *Institutionalisierung*, und die *Organisierung* der Wissenschaftler selbst in wissenschaftlichen Gesellschaften, Berufsverbänden, endlich auch Gewerkschaften, dann zeigt sich, daß im *England* der Jahre 1917 bis 1945 vielfältige Probleme, Prozesse und Konflikte vorweggenommen wurden, die nach verbreiteter Ansicht eben erst nach 1945 oder gar erst seit Mitte der 60er Jahre eine Rolle gespielt haben:

So die Diskussion um die *soziale Verantwortung* des Wissenschaftlers für die gesellschaftlichen und politischen Folgen seiner Tätigkeit, die keineswegs erst nach Nagasaki und Hiroshima oder nach Vietnam und Kambodscha einsetzte.

So die Tatsache, daß an der Spitze der *Linkswendung* eines Großteils der britischen Intelligenz im »thirties movement« eine große und rasch wachsende Gruppe Wissenschaftler stand, die sich nicht nur auf die Arbeiterklasse *orientierte*, sondern auch in *deren Formen politisch und gewerkschaftlich organisierte*, die nach dem ersten Weltkrieg die *erste Wissenschaftlergewerkschaft der Welt* bildete, welche sich in den 30er Jahren zu einer einflußreichen und militanten Organisation entwickelte.

So endlich die Diskussion um den anzustrebenden vernünftigen *Organisations- und Steuerungsmodus* des Wissenschaftssystems, die sich auf eine bislang in kapitalistischen Ländern unerreicht prononcierte Kontroverse um Sinn und Möglichkeiten von *Wissenschaftsplanung* zuspitzte.

Zu dieser Vor- und Frühgeschichte gegenwärtiger Entwicklungen einige ereignisgeschichtliche Bemerkungen und Überlegungen zur Erklärung dieser Sonderentwicklung.

Die »National Union of Scientific Workers« (NUSW) und die »Association of Scientific Workers« (AScW)

1917/18 hatte es in England eine ganze Reihe von Versuchen gegeben, die aufeinander bezogenen Probleme der ökonomischen Verelendung, beruflichen Unsicherheit und politischen Ohnmacht des Wissenschaftlerstandes durch Organisations- und Verbandsbildung zu lösen.¹ Schon die Namensgebung dieser ersten Wissenschaftlergewerkschaft zeigt den Traditionsbruch an: die Begründer der Organisation nahmen den gängigerweise in durchaus abschätziger Absicht benutzten Begriff »scientific worker« auf und nannten ihre Gewerkschaft »*National Union of Scientific Workers*« (NUSW).

Die Initiative zur Gründung einer Wissenschaftlerorganisation ging Ende 1917 zunächst von einer Reihe Cambridger Wissenschaftler aus. Sie wollten jedoch keine Gewerkschaft gründen. Erst auf Druck von Angehörigen des National Physics Laboratory

* Gekürzte Fassung eines Habilitationsvortrags, gehalten am 16.7.1980 vor dem Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften der Philips-Universität Marburg.

— NPL — der größten staatlichen Forschungseinrichtung Englands, die seit ihrer Gründung 1898 bereits eine Reihe scharfer Gehaltskonflikte gekannt hatte, wurde dann eine *Berufsgewerkschaft* gegründet.

Die NUSW, die binnen Jahresfrist 500, 1921 700 Mitglieder aufwies — insgesamt dürfte es in England damals ca. 13 000 Wissenschaftler gegeben haben —, verstand sich als eine *Schutzorganisation*, welche die Verkaufsbedingungen wissenschaftlich qualifizierter Arbeitskraft zu verbessern suchte. Zugleich strebte sie als *berufspolitischer* Verband den Einsatz der Wissenschaft zur Lösung der politisch-ökonomischen Probleme Englands in der Nachkriegsphase an. 1918/19 — 1920 versuchte die NUSW, den Weg von dem, was man berufsständische Gewerkschaft nennen könnte, zur Berufsgewerkschaft zu beenden, indem sie eine Fusion mit NAIC, BAC und STE (Society of Technical Engineers) versuchte. Doch es gelang nicht einmal, eine einheitliche Dachorganisation auf Dauer zu schaffen. Die NUSW geriet in die Isolierung und in die Krise. Einem Anschluß an den TUC verweigerte sie sich.

1927 gab sie die Bezeichnung »Union« und den Gewerkschaftsstatus auf. Mit nunmehr 800 Mitgliedern nannte sie sich nun »*Association of Scientific Workers*«. Angesichts der Niederlage der englischen Arbeiterklasse im Generalstreik 1926 und der allgemeinen Tendenz zur Deunionisierung — die Mitgliederzahl der Gewerkschaften sank von 8,35 Mio im Jahre 1926 auf 3,3 Mio im Jahre 1934 — schien diese gegen den Willen einer beträchtlichen Minderheit der NUSW durchgesetzte politische Wende erfolgversprechend. Doch die AScW stagnierte.

Erst 1935 wurde nach einer dreijährigen Übergangsphase diese Entwicklungsetappe beendet — wiederum ausgehend von Cambridge. Das Führungspersonal wurde fast vollständig ausgewechselt. Eine neue, sozialökonomisch ansetzende und militante Gewerkschaftsprogrammatik wurde ausgearbeitet — von *John Desmond Bernal*. Der Ansatzpunkt dieser Programmatik war nun eindeutig, daß Wissenschaftler ihre Arbeitskraft als Ware auf dem Arbeitsmarkt verkaufen mußten, um leben zu können.

Auf dieser Einschätzung der Wissenschaftler als Lohnabhängige aufbauend entwickelte sich die AScW rasch. Die Mitgliederzahl stieg auf 1 319 (1939), 4 500 (1942), 11 000 (1943) und 17 211 (1946). Die AScW, das sei am Rande vermerkt, ging 1968 in die »*Association of Scientific, Technical and Managerial Staffs*« auf, die 1973/74 220 000 Mitglieder hatte.²

1940 wurde die AScW als Gewerkschaft anerkannt und registriert. 1942 nahm sie der TUC-Kongreß als Mitglied auf. Während ein großer Teil der englischen Wissenschaftsintelligenz — wie das Cambridge Magazine Mitte Februar 1918 geschrieben hatte — »had ... made acquaintance with Power (and) ... shaken hands with money«, entdeckten sich die in der AScW organisierten Wissenschaftler als soziale Kraft, an der Seite der Arbeiterbewegung oder als ihr Bestandteil. Sie war zugleich seit Mitte der 30er Jahre die entscheidende organisatorische Plattform der britischen Wissenschaftslinken, über welche die Forderungen vorgetragen wurden nach

- *Einsatz der Wissenschaft zur Lösung der sozialen Probleme* der englischen Gesellschaft
- *Planung* der Wissenschaft und verstärkte finanzielle Wissenschaftsförderung
- *Verwissenschaftlichung von Politik und Produktion*
- *Aufgabe des Mythos der Neutralität* der Wissenschaft im Zeichen der faschistischen Bedrohung.

Die englische Entwicklung strahlte aus: in den USA entstand die American Association of Scientific Workers, in Frankreich das Syndicat de l'Enseignement Supérieur.

»British Association for the Advancement of Science« (BAAS)

Eindeutig (wenn auch moderater) in dieselbe Richtung weist die Entwicklung der »British Association for the Advancement of Science« (BAAS), welche als 1831 gegründete nationale wissenschaftliche Gesellschaft der britischen Natur- und Geisteswissenschaftler die repräsentativste Organisation der englischen Wissenschaft war.

Noch die Hundertjahrfeier der Gesellschaft wurde 1931 im Geist der pure science zelebriert. Massenarbeitslosigkeit, Finanzkrise, Regierungskollaps wurden ignoriert. Doch ein Jahr später trat auf der Tagung der Sektion Ökonomie der BAAS ein Laienmitglied mit der Anklage auf: »There are millions of unemployed and of people suffering privation. If this is what economics and politics can do, I say damn them.« In einer Resolution forderte die Sektion eine engere Kooperation der Gesellschaft mit der Regierung, um auf dem Wege der Wissenschaftsberatung eine durchschlagende Politik zustandezubringen. Ein weitreichender Umschwung geschah dann 1932/33. Präsident der BAAS wurde der Cambridger Biochemiker und Nobelpreisträger Hopkins. Wesentlich unter seinem Einfluß wurde 1933 der für wissenschaftliche, gelehrte Gesellschaften einmalige Beschluß gefaßt, daß sich jede der 13 Sektionen der Gesellschaft mit den unmittelbaren Problemen der Gesellschaft befassen sollte, sofern sie ihren Wissenschaftszweig betrafen. 1938 wurde sogar beschlossen, ein »Department for Social and International Relations of Science« zu bilden, das sich mit dem Studium der Auswirkungen der Wissenschaft auf die soziale Welt befassen sollte.³

Die Höhepunkte der entsprechenden Aktivitäten der BAAS waren der mit der AScW gemeinsam veranstaltete Kongreß »Science and World Order« (1941) — eine Veranstaltung der nationalen wissenschaftlichen Gesellschaft Englands und einer radikalen Wissenschaftlergewerkschaft! — und die Konferenz »Scientific Research and Industrial Planning«, die sich u. a. auch mit »planned research« befaßte und 1945 durchgeführt wurde. Nach Kriegsende brachen diese Aktivitäten ab.

NATURE und die SSSRS

Verhaltens- und Bewußtseinsverschiebung zeigen sich auch an den Reaktionen auf eine *Umfrage* des führenden britischen Wissenschaftsjournals »Nature« von Anfang 1938 bei den bekanntesten Wissenschaftlern des Landes, die um ihre Stellungnahme zu dem Projekt gebeten wurden, eine »Society for the Study of the Social Relations of Science« zu gründen.

Die 40 — fast durchweg positiven — Antworten beschäftigen sich mit *drei* Problemkomplexen: den Auswirkungen der Wissenschaft auf die *Gesellschaft* (Ökonomische Krise, Genetik), den Auswirkungen auf die *Politik* (Mißbrauch für Kriegszwecke, zu geringer Einfluß der Wissenschaft) und mit Fragen der *Wissenschaftsentwicklung* selbst (Trennungen zwischen Kunst und Wissenschaft, den einzelnen Disziplinen, Natur- und Gesellschaftswissenschaft).

Hier zeigte sich deutlich, daß einem beträchtlichen Teil der englischen Wissenschaftselite erstmals das Verhältnis Wissenschaft-Gesellschaft ins Blickfeld geraten und zugleich problematisch geworden war.

Einen noch deutlicheren Hinweis auf die Verschiebung des Problemhorizonts erhält

man durch eine *Inhaltsanalyse der Leitartikel* der bereits erwähnten »Nature«, die man nicht zu Unrecht die »Times« des Wissenschaftsjournalismus genannt hat. Unter den 535 Leitartikeln der »Nature« von 1920 bis 1929 gab es vier Schwerpunktthemen: Ausbildung, Industrieforschung, Wissenschaftspolitik und Rationalisierungsfragen. In der folgenden Dekade 1930 bis 1939 hat sich dies stark geändert. Unter den 11 Themenschwerpunkten der 554 Leitartikel dieses Zeitraums lagen nun die vormals führenden Ausbildungsprobleme erst an fünfter Stelle. Ein anderer Gegenstand, dem insgesamt ein Drittel mehr Leitartikel gewidmet werden, rückt statt dessen nach den Fragen der Rationalisierung und Industrieforschung an die dritte Stelle: das Themenfeld der »*social relations of science*«. Völlig neu — an 7.-9. Stelle — tauchen als Themen auf: *Social responsibility, social biology, social science*.

Fassen wir bis hierher zusammen: *Syndikalisierung* und *Politisierung »nach links«* sind die zwei hauptsächlichsten Wandlungen in der politischen Kultur der britischen Wissenschaft der dreißiger Jahre, die zu zeigen versucht wurden anhand

- des für die Zwischenkriegsphase im kapitalistischen Europa originären Versuchs des *Aufbaus einer nationalen Wissenschaftlergewerkschaft*;
- der, wenn auch begrenzten, politisch-ideologischen *Umorientierung der nationalen wissenschaftlichen Gesellschaft*;
- der *Verschiebung der Problemperzeption* innerhalb der Wissenschaftselite und dem Hauptträger bürgerlicher Wissenschaftsöffentlichkeit, der Zeitschrift »Nature«.

Was sich an diesen Vorgängen zeigt, ist zunächst nichts anderes als die Entstehung und Entwicklung einer ideologisch, politisch und sozial relativ kohärenten Gruppe, eines sozialen Netzwerks innerhalb der englischen Scientific Community, eines »visible college« (Werskey) aus wissenschaftlichen, politischen und publizistischen Führungsfiguren, einem Organisationsskelett, einer im Verlauf des Jahrzehnts in die Tausende gehenden Vielzahl von Publikationen, einer um das Konzept der Wissenschaftsplanung zentrierten Wissenschaftsstrategie, einer parteilichen Wissenschaftskonzeption mit gesellschaftstheoretischem Anspruch.

In dieser Bewegung fanden über ein Jahrzehnt lang *drei sehr unterschiedliche Richtungen* zusammen: eine antifaschistische, auf die Reorganisation des Produktivkraftsystems und die Modernisierung der Politik und Produktion abzielende *staatsmonopolistische Reformfraktion innerhalb der herrschenden Klasse Englands*, für welche auf der Seite der Wissenschaft etwa die Zeitschrift »Nature« und ihr einflußreicher Herausgeber Gregory stehen mag; eine ebenfalls *antifaschistische, liberale, bürgerliche Strömung* innerhalb der akademischen Wissenschaft, als Ausläufer der ursprünglichen Hauptkraft in der englischen Wissenschaft, die mit dem Zusammenbruch des politischen Liberalismus als Repräsentant des »liberalen Ethos« in der Wissenschaft zunehmend an Bedeutung verloren hatte; endlich eine auf die *Arbeiterbewegung orientierte, gewerkschaftlich organisierte* und großenteils *sozialistisch-kommunistische Richtung* aus der *High Science* und der *Rank and file Science* gleichermaßen.⁴

In ihr fanden sich zusammen die Sprachrohre und die führenden Ideologen der nationalen Linken in allen Fragen der Wissenschaft. Sie stehen für Hunderte von englischen Wissenschaftlern und Technikern der 30er Jahre. Mit Poeten und Schriftstellern, Künstlern und Schauspielern marschierten sie auf das politische Kampffeld. Sie glaubten optimistisch, daß ihre Gedichte, ihre Organisationen und Bündnisse, ihre Schriften und Reden den Krieg verhindern, die Reaktionäre schlagen, den Faschismus zerschmet-

tern, eine neue — sozialistische — Gesellschaft in England schaffen würden. Inmitten der politisch-ökonomischen Krise versuchte das »social relations for science-movement«, eine umfassende Philosophie, Geschichte und Soziologie der Wissenschaft zu entwickeln, welche eine sinnvolle Brücke zwischen wissenschaftlichem Denken und politischer Aktion zu schlagen vermochte. Ihr konzeptionelles Credo läßt sich in *zehn Thesen* zusammenfassen:

1. Wissenschaft ist ein *sozial-historisches Phänomen*. In den Worten von Hymen Levy: Wissen ist »primär eine Bewegung, ein gesellschaftliches Produkt (social outgrowth), das gesellschaftlichen Zwecken dient, und alle Versuche, irgendeinen Aspekt von ihr zu isolieren — und sei es sogar die reinste Mathematik — von der sozialen Bewegung, deren integraler Bestandteil sie ist, kann nur zu falschen und gefährlichen Schlußfolgerungen führen« (Universe of Science).

2. Wissenschaft ist damit auch *politisch*. »Even if professors leave politics alone«, notierte JBS Haldane Anfang der 30er Jahre, »politics won't leave professors alone.«

3. Wissenschaftler müssen daher die Auswirkungen von Wissenschaft und Technik auf die Gesellschaft und aber auch die *Einwirkungen von Politik und Gesellschaft auf die Wissenschaft bedenken*. Was gefordert war, formulierte Bernal in seiner Antwort auf eine »Nature«-Umfrage des Jahres 1938 so: »Science has grown so great that it must take cognizance of itself. We need to create a science of science. This means taking our own activity and the social environment with which it reacts as a new field of study.« (»Nature« v. 23.4.1938, 736)

4. Eine sich ihrer selbst durch wissenschaftliche Reflexion bewußte Wissenschaft ist fähig zur *sozialen Verantwortung*. Das bedeutet den Versuch zu wagen, Theorie und Praxis miteinander zu verknüpfen. In seinem »Social Function« bemerkt Bernal, daß die »freedom of science needs to be considered in its modern aspects as freedom to act and not merely to think« (323).

5. Dabei wird sich eine sozial bewußte und verantwortliche Wissenschaft unweigerlich mit der Rolle der Wissenschaft im *Kapitalismus* auseinandersetzen müssen, in dem sich diese Rolle grundlegend geändert hat. Nie zuvor entwickelte sich eine vergleichsweise umfangreiche und radikale *Kritik an der kapitalistischen Weise der Vergesellschaftung von Wissenschaft*. Beginnend bei dem Sammelband »The Frustration of Science« des Jahres 1934 und kulminierend in Bernals historischer Begründung der Wissenschaftsforschung — der »Social Function of Science« 1939 — ist das Bestreben durchgängig, die konstruktive wie die destruktive Rolle der Wissenschaft zu zeigen und zu interpretieren. Die social-relations of science-Bewegung macht die gesellschaftlichen Beziehungen verantwortlich für Unterfinanzierung und Unterausstattung, Geheimhaltung und Wissenschaftsrepression, Monopolisierung und fehlende Forschungscoordination, entfremdete Spezialisierung und Mißbrauch der Wissenschaft für Kriegszwecke.

6. Der zweite Teil von Bernals »Social function« trägt die Überschrift »What Science could do«. Hier faßt er die im Laufe eines Jahrzehnts erarbeiteten Vorschläge zur *Neu- und Reorganisation* des englischen Wissenschaftssystems zusammen. Sie reichen von der Brechung des Bildungsprivilegs und der Unterstützung der Amateurwissenschaft über die Verbindung von Theorie und Praxis im forschenden Lehren und die Demokratisierung der wissenschaftspolitischen Entscheidungsprozesse bis hin zur Reorganisation der wissenschaftlichen Kommunikation und zum Schlüsselkonzept der Bewegung: der

Forderung nach Planung des Wissenschaftsprozesses als Bedingung einer freien Wissenschaft und der konkreten Umsetzung und Umorientierung der Wissenschaft auf die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.

7. *Ohne Wissenschaft*, so das Credo des größten Teils der Bewegung, könne es *keinen Sozialismus, ohne Sozialismus keine freie und uneingeschränkte Wissenschaft, ohne Wissenschaft und Sozialismus keine Zukunft*, sondern nur faschistische Barbarei geben. Sie gehen damit über einen gewerkschaftlichen, interessenorientierten Ansatz weit hinaus und tücken in den Mittelpunkt, wozu Wissenschaft, sind die gesellschaftlichen Bedingungen einmal gegeben, imstande ist. Während auf der einen Seite um den Herausgeber der »Nature«, Sir Gregory, eine Gruppe stand, welche man eher als Anhänger eines *korporativen, technokratisch gesteuerten geplanten Kapitalismus* bezeichnen könnte — man denke an die 'Next Five Years Group', der MacMillan, Gregory, Lodge, Huxley, Rutherford oder Wells angehörten und die für einen geplanten Kapitalismus eintrat —, stand auf der anderen Seite des Spektrums der Bewegung eine starke Gruppe, welche im Sozialismus der *Sowjetunion* ein System erblickte, das in vielfältiger Weise der Wissenschaft einen anderen Platz in der Gesellschaft einräumte: Wissenschaft habe einen hohen *Stellenwert in der Kultur*; die Stachanov-Bewegung sei der beispielhafte Versuch der *Aufschließung der Wissenschaft für die Arbeiterklasse*; die *Entscheidungssträger* folgen einer Ideologie mit wissenschaftlichem Anspruch im Gegensatz zur wissenschaftsfeindlichen britischen Elite; die relativen *Wissenschaftsausgaben* der UdSSR beliefen sich Mitte der 30er Jahre auf fast das Zehnfache Englands; und die *Planungsrationalität* biete der Wissenschaft ausgewogene Entwicklungsmöglichkeiten, die sie im England der 30er Jahre nicht hatte. So wird die Sowjetunion zum Grundmodell eines geplanten Wissenschaftssystems, und die Matadoren der Bewegung, die Betnal, Crowther, Haldane oder Needham fahren in den 30ern ebenso wie die Shaw, Laski, Webbs, Lady Astor in die Sowjetunion und erblicken in ihr die Stätte einer neuen Zivilisation.

8. Wissenschaft als soziale Kraft, welche auf die Veränderung ihrer Vergesellschaftungsbedingungen abzielt, wird aktiv und betreibt bewußt diese Vergesellschaftung: sie wendet sich an die Bevölkerung. Alle Mitglieder der SRS-Bewegung sind sich einig in der Anstrengung, *Wissenschaft zu popularisieren*. Es ist die große Zeit des *Wissenschaftsjournalismus* als Instrument der Aufklärung. Jeder der führenden Vertreter der SRS schrieb in englischen Tages- und Wochenzeitungen, publizierte, trat in der BBC auf, gründete Bibliotheken und hielt in Volksbildungseinrichtungen Vorträge. Haldane veröffentlichte im Daily Worker, dem Zentralorgan der britischen CP, seit 1938 13 Jahre lang Woche für Woche eine Wissenschaftskolumne.

9. Eine Radikalisierung des Popularisierungskonzepts findet sich theoretisch wie praktisch bei jenen SRS-Mitgliedern, die sich im Laufe der 30er Jahre auf die *Organisationen der Arbeiterbewegung* beziehen. In einem sehr interessanten Abschnitt seiner »Social Function« mit der Überschrift »Popular Participation in Science« hat Bernal kritisiert, daß die Popularisierungskonzepte auf der Annahme eines passiven Empfängers aufbauen: »They are presentations of science which can either be listened to or rejected by a public which has no part in them. Science will never really be popular unless all citizens at some part of their lives and many citizens throughout their lives, play an active part in scientific research themselves. (...) It should be possible, however, to bring a whole new set of interests into play by concentration of scientific research on industrial

conditions, and enlisting the help of the trade unions, ... by getting the workers themselves to engage in research on both the technical and the human factors in their own conditions ... Any such developments calls for a joint movement on the part of workers and scientists.« (Social function, 307f.).

10. Damit wird bereits eine Konsequenz aus den hier zusammengefaßten Thesen andedeutet: notwendig ist die *Organisation der Wissenschaftler in Verbindung mit den Organisationen der Arbeiterbewegung*. Bernal formuliert: »As an individual he (der Wissenschaftler; R.R) has no less but no greater influence than any other citizen; only by combination among scientists can the social importance of science make itself felt. But mere combination in itself is not enough. The technical importance of science, great as it is, is not sufficient to give even united scientists any serious political influence, as long as they stand alone. This can only be achieved if scientists, through their organizations, can combine with other groups having the same goal of social progress.« (398)

In der verächtlichen Denunzierung dieser Konzeption durch Teile der akademischen Wissenschaftssoziologie von heute — Ben-David sprach von »amateur-sociologists« — kommt genau der elitäre Professionalismus zum Ausdruck, gegen den sich das SRS wandte. Seine Konzeption repräsentiert eine *Konstitutionslinie der Wissenschaftswissenschaft und insbesondere -soziologie*, welche durch ihre partielle theoretische *Verankerung im Marxismus*, ihre *Wissenschafts- und Kapitalismuskritik*, ihre positive Hervorhebung der *sowjetischen Wissenschaftsorganisation*, ihr Votum für *Wissenschaftsplanung*, schließlich ihre *klassenbezogene Orientierung* auf die Arbeiterbewegung und ihre *Forderung nach Selbstorganisation* der Wissenschaftler in Gewerkschaften und politischen Organisationen völlig konträr steht zu den Normen des akademisch-liberalen Wissenschaftsethos, dessen Kodifizierung am Beginn der amerikanischen funktionalistischen Wissenschaftssoziologie des Robert K. Merton steht und dessen Paradigmatisierung in den folgenden drei Jahrzehnten erkauft wurde mit einem vollständigen Verdrängen dieser theoretischen, sozial-emanzipativen Tradition, die am Beginn der Entwicklung der Wissenschaftswissenschaft steht.⁵

Ursachen

Das, was Levy rückblickend »a revolution in thought« genannt hat, bedarf der *Erklärung*. Zwei Fragen sind zu beantworten:

- a) Weshalb setzte sich in England im Unterschied zu anderen kapitalistischen Ländern die Ausbildung des Lohnarbeiterstatus in der wissenschaftlichen Arbeit — zumindest partiell — in *gewerkschaftliches Organisationsverhalten* um?
- b) Wie ist das eigenartige Phänomen zu erklären, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der britischen *Wissenschaftselite*, der zweifellos der herrschenden Klasse Englands zuzurechnen ist, *Dissens* entwickelt, abweicht, ausbricht, das herrschende Funktionsmuster verläßt?

Auch die Theoretiker des SRS-Movement haben sicherlich zu Recht darauf hingewiesen, daß sich der *sozialökonomische Status* der Wissenschaft grundlegend zu ändern begonnen hatte. In einer oft zitierten Formulierung des Vorworts der »Social function« heißt es: »Science has ceased to be the occupation of curious gentlemen or of ingenious minds supported by wealthy patrons, and has become an industry supported by large industrial monopolies and by the State. Imperceptibly this has altered the character of science from an individual to a collective basis.« (Social Function, Vorwort, XIII)

Quantitativ ist diese Entwicklung nicht exakt zu erfassen; Bernal's Buch von 1939 stellt den ersten Versuch dar, die Voraussetzungen für eine nationale Wissenschaftsstatistik zu schaffen. 1900 gab es in England rund 2000 graduierte Wissenschaftler, von denen 50% Schullehrer waren, 420 an den Hochschulen und 250 im öffentlichen Dienst tätig waren. Bis 1914 vervierfachte sich die Zahl der Graduierten auf 7-8000, d.h. in diesen 12 Jahren kamen mehr Wissenschaftler auf den Arbeitsmarkt als im vorangegangenen 1/2 Jahrhundert.

Bernal hebt in seinem »Social function« hervor, daß sich dieser *Vergesellschaftungsschub nicht automatisch in trade-unionistische oder kapitalismuskritische Orientierungen der Wissenschaftler umsetzt*. Er schreibt: »If the capitalist system could manage without war or Fascism it could safely count on the continued support of the rank and file of scientific workers, and even on man of the greatest scientists of the time.« (Social function, 389) Den Grund dafür sieht er im *Inhalt wissenschaftlicher Arbeit, welche »itself is an eminently satisfactory occupation«* (ebd.).

1. Neben »war and fascism« gibt es jedoch auch *materiell-ökonomische Sachverhalte*, welche die mit dem Arbeitsinhalt verbundene Privilegiertheit des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses *relativierten* und zur Umsetzung der Veränderungen des sozialökonomischen Status der wissenschaftlichen Intelligenz — der zweifellos als der allgemeinste Basisprozeß anzusehen ist — in eine gewerkschaftliche Organisierung beitragen.

Mit an *erster Stelle* sind die *Professionalisierungsprobleme* der Universitätsabsolventen zu nennen, die in England wesentlich schärfer und größer waren als in den anderen kapitalistischen Ländern, da die Beschäftigungsmöglichkeiten für graduierte Universitätsabsolventen in der Industrie und im öffentlichen Dienst sich nur langsam ausdehnten. Erwartungsgemäß eng verknüpft mit der *Enge des Arbeitsmarktes* war, daß die *Gehaltseinkommen* der Wissenschaftler in England verglichen mit Deutschland *wesentlich niedriger lagen, nur unterdurchschnittlich zunahmen bzw. stagnierten* und *extrem hierarchisiert* waren.⁶

In den 30er Jahren kommen die Auswirkungen der bislang tiefsten ökonomischen *Krise* des englischen Kapitalismus und die damit verbundene *Arbeitslosigkeit* hinzu. Noch 1938 lag in England die allgemeine Arbeitslosigkeit bei 13,3 %. Nun wird oft behauptet, daß die *akademische* Arbeitslosigkeit in England (etwa im Unterschied zur Weimarer Republik) vernachlässigenswert gering gewesen sei. Auch in den Schriften des *SRS-Movement* spielt sie keine sehr große Rolle. Doch die (soweit ersichtlich) einzige Analyse der akademischen Arbeitslosigkeit legt eine differenziertere Betrachtungsweise nahe.⁷

Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß im England der 30er Jahre *jeder zehnte Akademiker* von Arbeitslosigkeit betroffen worden war — eine ebenso *unterdurchschnittliche Quote* wie eine *historisch neue Erfahrung*. Man kann durchaus annehmen, daß sich diese Probleme auch im Organisationsverhalten der Akademiker ausdrücken. So ist bemerkenswert, daß die Mitgliederzahlen der englischen Chemical Society kontinuierlich abnahm von 4083 (1925) auf 3695 (1940), die des berufsständischen Institute for Chemistry dagegen (wie eben auch der AScW) nahmen zu.

2. Neben diesen *ökonomischen*, auf der Ebene des Arbeitsmarktes und der Einkommensgestaltung liegenden Besonderheiten der englischen Situation, welche zur Erklärung der frühen Syndikalisierungs- und Politisierungstendenzen in der englischen Wissenschaft herangezogen werden können, sind *soziale* zu nennen: nämlich die offenbar

extreme *soziale Stratifizierung*, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausbildete.

Bis hinein in die 30er Jahre war in England die *Rekrutierungsbasis* der universitären »High Science« *völlig homogen* — im Unterschied zu Deutschland, wo sich die Universitätswissenschaft zunehmend aus den Mittelklassen rekrutierte. Die englische universitäre High Science rekrutierte sich sozial ausschließlich aus dem Wirtschaftsbürgertum und der Aristokratie. Die »rank and file« - Wissenschaft der staatlichen Forschungseinrichtungen und auch der Provinzuniversitäten rekrutierte sich dagegen aus den Mittelschichten und partiell auch aus der Arbeiterklasse. So führte die Professionalisierung der Wissenschaft zwar zur Beseitigung der Tradition des Wissenschafts*amateurs*, nicht aber zur Beseitigung der *Genilemence* in der Universitätswissenschaft der alten Universitäten.

3. Die gerade im Vergleich zu Deutschland geringe Rolle und öffentliche Gering-schätzung der Wissenschaft in England führten dazu, daß frühzeitig *berufspolitische* Gesichtspunkte — Förderung des Ansehens des Berufs — eine besondere große Rolle spielten. Daraus ergab sich, daß die gewerkschaftlichen und zahlreichen berufsverbandlichen Organisationsformen, die sich zwischen 1900 und 1919 in England im Intelligenzbereich ausbildeten, *organisationspolitisch* in eine *Funktionslücke* hineinstießen, welche durch die mangelhafte Anpassungsfähigkeit der englischen wissenschaftlichen Gesellschaften entstanden war.

Aufgrund des allgemeinen Anwendungsrückstandes von Wissenschaft in England Ende des letzten/Anfang dieses Jahrhunderts und des hartnäckigen Widerstandes, der von der »High Science« gegen berufspolitische Organisationsversuche geleistet wurde, erfolgte die *Ausdifferenzierung von Berufsverbänden* aus den wissenschaftlichen Gesellschaften in der englischen Wissenschaft nicht, sehr spät (wie in der Chemie und in der Physik) oder bereits mit einem gewissen *Bias* in Richtung auf 'Berufsgewerkschaft' (z.B. Association of University Teachers — AUT). Das schloß nebenbei eine ungewöhnliche Zählebigkeit der Laien-tradition und Amateurwissenschaft ein, die auch mit den unterschiedlichen Traditionen der wissenschaftsinteressierten Sozialgruppen in England zusammenhängt.⁸

Die mit dem *fehlenden bzw. späten Staatseingriff* zusammenhängende *Enge des Arbeitsmarktes* für wissenschaftlich qualifizierte Arbeitskräfte scheint ein ganz entscheidender Faktor für die Entstehung einer *eigenständigen, stark anwendungsbezogenen* und nicht selten mit *Laienelementen* vermischten wissenschaftlichen Kultur in England gewesen zu sein.

Zusammengefaßt bedeutet dies: die Existenz einer solchen anwendungsorientierten, oftmals noch im Laienkontext stehenden rank-and-file-Traditionslinie und die verspätete Ausdifferenzierung von Berufsverbänden führten dazu, daß in einer Situation des allgemeinen rapiden Aufschwungs der englischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung — die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stieg von 4 Mio in 1914 auf 8,5 Mio in 1920 — *die Chance zur Vertretung berufspolitischer Belange in einem gewerkschaftlichen Kontext* vergleichsweise hoch war. Dadurch wurde andererseits die Herausbildung einer typisch gewerkschaftlichen Organisationspraxis gehemmt. Die NUSW beispielsweise verzichtete explizit auf die Waffe des Streiks, obwohl sie sich hatte als Gewerkschaft registrieren lassen.

4. In der Syndikalisierung wissenschaftlicher Arbeiter reflektierten sich natürlich

auch *allgemeinpolitische und parteipolitisch differenzierte politische Richtungen*. Die NUSW war zunächst weitgehend von Fabiern und Labour Party kontrolliert. Ihre Rückverwandlung in einen ständischen Berufsverband und die Deregistrierung 1927 als Gewerkschaft hing mit der Periode des *Mondismus* zusammen.⁹

Die Ablösung der Episode des Mondismus führte erst in dem Maße dann in den 30er Jahren zu einer Kursänderung der AScW, in dem antifaschistische, antimilitaristische und auch sozialistisch-kommunistische Strömungen an Bedeutung gewannen. Die politische Orientierung der AScW war wesentlich durch sie bestimmt; bemerkenswert, daß Labour zu keinem Zeitpunkt einen entscheidenden politischen Einfluß auf die AScW hatte. Sicherlich noch wesentlicher aber war, daß die Linksorientierung und Syndikalisierung die Enttäuschung eines großen Teils der wissenschaftlichen Intelligenz über die Hilflosigkeit und Halbherzigkeit des nicht nur akademischen Liberalismus im Kampf gegen den Faschismus reflektierte, eines Liberalismus, dessen Sozialprophetie und Moralcode angesichts Weltwirtschaftskrise und drohender faschistischer Barbarei versagt hatte.¹⁰

Wendet man sich nun dem *zweiten* Problem des *Elitendissens* zu, so macht das Bild der englischen *Intelligenz* bzw. ihrer *Eliten* des letzten Jahrhunderts die Orientierung einer einflußreichen Gruppe auf die Arbeiterbewegung in den 30er Jahren zu einem besonders schwer zu erklärenden Vorgang. Denn die englische Intelligenz war keine dem Staat und der Gesellschaft gegenüber *distanziert-kritische* Schicht. Sie war weder eine *entfremdete* Intelligentsia wie die russische, noch eine *'freischwebende'* wie zum Teil die Intelligenz der Weimarer Republik, noch eine staatsgeförderte *technokratische* wie die französische.

Drei Merkmale besaß die englische Intelligenz: sie war ungewöhnlich *kohärent*; sie *reproduzierte sich fast vollständig selbst*; und sie *schloß* aus ihrer intellektuellen *Gentlemankultur* das *Wirtschaftsbürgertum* zunächst weitgehend aus. Das Bürgertum brachte seine *Repressivität* und seinen *Puritanismus*, die Aristokratie ihre *Arroganz* und ihren *Amateurismus* ein. In beiden Fällen gingen Wissenschaft und Technik über Bord. *Die neoaristokratische Kultur der Old Universities war industriefeindlich*. In der Wissenschaftspraxis der Wissenschaftselite — für welche Werskey den treffenden Begriff »*High Science*« einführte — reflektiert sich dieses Milieu. High Science, das ist:

- *reine*, nicht-angewandte, nicht-utilitaristische Forschung
- *harte* und *experimentelle* Forschung mit der Tendenz zur Diskriminierung der nur-theoretischen Arbeit
- *fashionable*, *heiße* Wissenschaft: also — *Frontforschung*
- *Expertenwissenschaft* ohne jeden Bezug auf die *Amateurtradition*
- *apolitische Wissenschaft* — Politik ist *Privatsache*
- Die »*High Science*« war eine soziale Gruppe, die ihre Mitgliedschaft begrenzte auf
 - *eine Klasse, nämlich die bürgerliche*
 - *ein Geschlecht, nämlich das männliche*
 - *eine Rasse, nämlich die weiße*
 - *eine Einkommensart, nämlich die Revenue*.
- Mitglieder der »*High Science*« sind *konformistisch*: Bernal nannte als Beispiel, daß vor noch nicht einmal hundert Jahren der *Kampf der Wissenschaft und Religion* der zentrale Konflikt der intellektuellen Welt war. Wer Wissenschaftler war, war Atheist. Im England der 30er Jahre dagegen saßen Bischöfe und Wissenschaftler ein-

trächtig zusammen und produzierten *Mystizismus*. Die Ursache dafür sieht Bernal in der Entwicklung der *Idee der reinen Wissenschaft*, die einhergehe mit der spezialistischen Verarmung. Wenn die Wissenschaft selbst die allgemeinen menschlichen Sinnbedürfnisse nicht mehr befriedigen kann, folgen die Wissenschaftler zumindest außerhalb der Wissenschaft den herrschenden Ideen, welche die Ideen der Herrschenden sind.

- die »High Science« ist daher endlich *prokapitalistisch*: sie schafft die Grundlage für die science based industries, sie ist in das bürgerliche Politikberatungssystem (wenn auch nur in Ansätzen) integriert, sie kontrolliert die Scientific Community.

Der Ort der reinen, harten, heißen Expertenwissenschaft war *Cambridge*. Im Zentrum dieser Wissenschaft stehen das *Cavendish Laboratorium* unter Rutherford und das *Sir William Dunn Institute of Biochemistry* unter Hopkins. Wer dort arbeitet, gehörte zu einer kohärenten Subkultur, die sich im goldenen Zeitalter der Wissenschaft wähnte. Nichts hat das Evangelium dieser »High Science« knapper auf den Begriff gebracht wie die Formel Gregory's, des Herausgebers der »Nature« und späteren Präsidenten der BAAS: »My grandfather preached the gospel of Christ, my father preached the gospel of socialism, I preach the gospel of science.«

Wie nun ist es zu erklären, daß sich Bewußtsein und Verhaltensmuster dieser Wissenschaftselite im England der 30er Jahre ändert, differenziert, eine beträchtliche Gruppe sich radikalisiert und weitgehend abspaltete?

Zum Verständnis der Entwicklung in der englischen Wissenschaftselite der 30er Jahre ist es durchaus sinnvoll, von einem miteinander vermittelten Einfluß kognitiver und sozialer Sachverhalte auszugehen. — *Fünf Thesen* lassen sich aufstellen:

- I. Die Cambridger Wissenschaftler stehen im Zentrum *disziplinstituierender und überschreitender wissenschaftlicher Revolutionen*.

Das Jahr 1932 war nicht nur das Jahr der Politisierung, sondern auch *das Jahr der wissenschaftlichen Revolutionen*: Cockroft und Walton spalteten das Atom, Chadwick entdeckte das Neutron, Blackett das Positron — und dies alles im Cavendish Laboratorium. Während in diesem Laboratorium die Revolution in der Physik fortgesetzt wurde, trug der Kristallograph Bernal mit als Erster Physik und Chemie in die Biologie. Durch die Anwendung der Röntgenkristallographie auf große organische Moleküle begründete Bernal eine bedeutende kristallographische Schule, die entscheidende Beiträge zur Strukturaufklärung von Proteinen lieferte und zur Begründung der modernen Molekularbiologie beitrug.

- II. Soziologisch lassen sich die dabei ablaufenden kognitiven Prozesse spezifizieren: sie stehen tendenziell im Mittelpunkt *gesellschaftlicher Grundkonflikte* oder werden von ihnen zumindest stark beeinflusst.

Kernphysik und *Biologie* stehen potentiell im Zentrum der *sozialen Basiskonflikte* der Zeit. In den 30er Jahren wird vollends deutlich: war der 1. Weltkrieg ein Krieg der Chemie, so der 2. ein Krieg der Physik. Doch nicht nur in der Physik — oder gar bloß in der Kernphysik mit ihren aufdämmernden Perspektiven der atomaren Vernichtungspraxis — drängt sich die Frage der *Anwendung und Verwendung wissenschaftlicher Ergebnisse* für friedliche oder kriegerische Zwecke auf zu einem Zeitpunkt, wo der faschistische Militarismus rüstete. Die Mobilisierung der Wissenschaft durch den italienischen und spanischen Faschismus in Äthiopien und spanischen Bürgerkrieg 1935/36 im Luftkrieg und der Einsatz von Giftgas zwang vielen englischen Naturwissenschaftlern

eine Stellungnahme zum Verantwortungsproblem auf, der sie sich bislang entzogen hatten.

Auch die *Biologen* fanden sich in grundlegende ideologische Auseinandersetzungen involviert: waren wirtschaftliche Armut und soziale Verelendung, Arbeitslosigkeit, Unbildung und Verslumung Ergebnis angeborener Anlagen — so etwa die Eugeniker, die einen zukünftigen Premier Neville Chamberlain, einen Wirtschaftstheoretiker Keynes und einen Sozialisten wie Laski einschlossen? Wenn Armut und Arbeitslosigkeit letztlich Ausdruck einer genetisch bedingten mangelnden Intelligenz waren, dann mußte Arbeitslosen nach einer gewissen Zeit verboten werden, Kinder zu bekommen. Die adäquateste Sozialpolitik war dann Geburtenkontrolle, Sterilisierung der Arbeitslosen und sogar Zwangsterilisierung der Unruhestifter, die ohnehin niemals das für den Sozialismus notwendige Intelligenzniveau erreichen würden. Die führenden Vertreter des SRS — nicht aber etwa Gregory's »Nature« — griffen den Sozialdarwinismus der Eugeniker scharf an und denunzierten sie zunehmend als nazistisch, zumal diese wachsende Schwierigkeiten hatten, sich von den faschistischen Rassen- und Vererbungslehren abzugrenzen. Über diese Diskussion sah sich die Biologie damit eingebunden in zwei soziale und politische *Grundprobleme der Zeit*: die Bewältigung der tiefgreifenden *ökonomischen Krise* und der *Arbeitslosigkeit* einerseits, der Kampf gegen den *Faschismus* und die mit ihm verbundene Rassenlehre andererseits.

III. Die führenden Repräsentanten des Social Relations of Science Movement weisen (je unterschiedliche) *abweichende Sozialmerkmale* auf, die als Vermittlungskatalysatoren bei der Rezeption der Wissenschaftsvergesellschaftung fungieren.

Oftmals ist das *bizarre Verhalten*, das Außenseitertum gerade von solchen Wissenschaftlern beschrieben worden, die für wichtige Erfindungen oder Entdeckungen verantwortlich waren. Dabei wurde versucht, zwischen diesen Innovationen und den unterschiedlichsten Persönlichkeitsvariablen Zusammenhänge aufzudecken. Die führenden Repräsentanten des Movement gehörten meist derselben Generation an (sie waren zur Zeit der Depression 35), kamen aus dem Bürgertum, waren in Oxbridge erzogen und in innovationsträchtige Randgebiete der Physik oder Biologie vorgedrungen. Sie weisen allesamt vom Sozialprofil der Wissenschaftselite frühzeitig *abweichende Sozialmerkmale* auf.

Levy stammte aus dem Edinburger Proletariat und war Jude. Haldane, der aus dem Bürgertum kam, erhielt über seinen Vater — einen Oxforder Physiologen — schon als Jugendlicher Einblick in die Arbeitsbedingungen von Minenarbeitern und wurde im 1. Weltkrieg zum Pazifisten. Hogben stammte aus einem extrem religiösen Elternhaus (Evangelisten) und entwickelte sich in Cambridge unter dem Einfluß von Bertrand Russell zum Atheisten. Er war Kriegsdienstverweigerer, seine Frau Feministin, er war frühzeitig in der Arbeiterbildung tätig. Bernal war ein drahtiger, rothaariger Ire mit quicker Brillanz, natürlich Nationalist, Sozialrebell, Atheist, schon nach Studiumsende Kommunist. Nur Joseph Needham paßte in den mainstream der Cambridger Wissenschaftskultur.

Schon lange vor der Radikalität der 30er Jahre begannen sie diese *Devianz zu vertiefen*: im *Bruch sozialer Konventionen*, auch sexueller — joie de vivre als Kampfmittel und Identitätssuche —, sicher auch im privaten Sozialverhalten — Kingsley Martin nannte den Bourgeoisabkömmling Haldane einen »cuddly cactus« — einen verhätschelten Kaktus —; der — vor allem wissenschaftsjournalistischen — *Suche nach dem Laien* und Amateur, der *Theoretisierung* (Bildung des Theoretical Biology Club), der Durch-

brechung der von Snow beschriebenen Schranken zwischen den *zwei Kulturen* ebenso wie zwischen den *Disziplinen*, der Entwicklung und Perspektiven wissenschaftlicher Arbeit in Richtung auf grundlegende *weltanschauliche Fragen* (man denke an Bernals sein Leben lang andauernde Reflexion der »Origins of Life«) und *praktische Anwendungen* (als frühes Beispiel Levys Tätigkeit auf dem Gebiet der Aerodynamik). Und alle waren *politisch*: radikal wie Bernal, moderat wie die Labourunterstützer Needham und Haldane, freisozialistisch wie Hogben, gewerkschaftlich und später kommunistisch wie Levy; doch daneben durchaus auch *konform: rassistisch* wie Haldane in den 20ern, der für den Einsatz Farbiger im Gaskrieg plädierte, da sie Senfgas besser aushielten; *prokapitalistisch* wie Needham, der im Generalstreik 1926 seine Streikbrecherdienste als Lokomotivführer anbot; *szientistisch* in ihren gemeinsamen Glauben an die prinzipielle Lösbarkeit — und zwar die praktische Lösbarkeit — gesellschaftlicher Probleme durch die »wissenschaftliche Methode« und ihre Anwendung.

IV. Der Elitendissens ist eine *subjektive Reaktion* auf die Zuspitzung einer *Widerspruchsstruktur* zwischen dem Wissenschaftssystem und der sie repräsentierenden Elite einerseits, andererseits dem Rückstand bei der Verwissenschaftlichung von Produktion und Politik, der geringen Anerkennung der Wissenschaft und dem Mißbrauch bzw. der Bedrohung der Wissenschaft durch Faschismus und Krieg.

Doch gerade der Glaube an die wissenschaftliche Methode mußte in Widerspruch zu einer sozialen und politischen Realität geraten, die von einer Anwendung dieser Methode weit entfernt schien — die Massenarbeitslosigkeit und Verelendung hervorbrachte, die sogar, wie der Faschismus, Ansätze ihrer gesellschaftlichen Anwendung wieder zunichte zu machen drohte. Die Politisierung hatte viel damit zu tun, daß sie ihren Beruf liebten. Reaktion, Krise und Faschismus bedrohten sie, dazu die Weltanschauung, der sie verpflichtet waren. Würden sie bedeutungslos, dann auch ihr Leben. Den Widerspruch, dem sie sich ausgesetzt sahen, hatte schon Bernal in seiner 'Social function' hervorgehoben: »With what appears to be a strange coincidence, the disturbing events of the Great War, the Russian Revolution, the economic crisis, the rise of Fascism, and the preparation for newer and more terrible wars have been paralleled inside the field of science by the greatest changes in theory and in general outlook that it has undergone in the past three centuries.« Wurde dieser Widerspruch in den Köpfen der Wissenschaftler erst einmal *bewußt* gemacht, so gab es durchaus noch *verschiedene Möglichkeiten*: den Weg *zum Faschismus* (doch im Unterschied zu anderen Ländern gab es keine führenden bürgerlichen Wissenschaftler, die Faschisten wurden. Auch Konservative wie Ernest Rutherford waren antifaschistisch). Und es gab den Weg in *den technokratischen, utopistischen Reformismus*: das war der Weg, der etwa in Julian Huxley's »If I were a Dictator« (1934) vorgezeichnet war, der die Ersetzung des Parlaments durch einen Wissenschaftsrat vorschlug. Dies war aber vor allem der Weg des *liberalen Reformflügels der »High Science«-Mitglieder der SRS-Bewegung*, die von der Lösbarkeit dieses Widerspruchs im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ausging und daher auch prinzipiell *antisozialistisch* und insbesondere *antisowjetisch* eingestellt war, sogar 1938 — wie die »Nature«-Leitartikel zeigen — durchaus breit dazu überging, Faschismus und Kommunismus gleichzusetzen, und schon vor Kriegsbeginn zu versuchen, über die Lysenko-Affaire Sozialismus, Totalitarismus und Repression gleichzusetzen — ohne daß dieser Flügel freilich seine praktische politische Kooperation mit den sozialistischen und kommunistischen Kräften im SRS-Movement eingestellt hätte.

- Es gab aber auch den *Weg zur Arbeiterbewegung*, den ein großer Teil der SRS-Bewegung ging. Er sah hier die soziale Kraft, welche imstande schien, diesen Widerspruch aufzulösen — jenseits des Kapitalismus. Eines englischen Kapitalismus,
- der sich bei der Entwicklung der fortschrittlichsten Organisationsform des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses der damaligen Zeit, dem *Forschungsinstitut*, gegenüber Deutschland um 20-25 Jahre verspätet hatte
 - der noch Anfang des Jahrhunderts außerstande war, die *universitäre Nachwuchswissenschaft* (Forschungsstudenten) zu entwickeln
 - der hinsichtlich der *Grundlagenforschung* wiederum verglichen mit Deutschland als dem fortgeschrittensten imperialistischen Land den Staatseingriff um knapp 20 Jahre *zu spät* entwickelte (das NPL wurde 1899 gegründet), hinsichtlich der *direkten oder indirekten (militärischen!)* Forschungsförderung, welche die wachsende Unfähigkeit des Kapitals zur Entwicklung der Produktivkräfte kompensieren sollte, viel zu *geringen* Umfang hatte und der es endlich nicht verstand, die strategisch entscheidende Disziplin *Chemie* (wiederum: der erste Weltkrieg war der Krieg der Chemie!) zu entwickeln
 - der erst 1890 — also 25-30 Jahre nach dem deutschen Kapitalismus — eine *Industrieforschung* hervorbrachte und jahrzehntlang mit der Dominanz der deutschen Wissenschaftsmacht konfrontiert war.

Dieser *Rückstand in der Einführung der Wissenschaft in die kapitalistische Produktion hat entscheidend* zu tun mit der Stellung des ersten kapitalistischen Landes: als *Weltmarktmonopol*, als *Kolonialmonopol*, als *unproduktives Finanzmonopol* der Londoner City. Die science based industries in England waren denen Deutschlands immer weit an Kapitalmacht und Verwissenschaftlichung unterlegen.¹¹ Das Beratungswesen der Politik existierte kaum. Der wissenschaftssteuernde Apparat, dessen zentralstaatliche Institutionen sich ebenfalls vergleichsweise *spät* (1917 DISR) und mit *geringer Reichweite* entwickelte, hatte innerhalb des bürgerlichen Staatsapparats nur *wenig Gewicht* — einem Staatsapparat, der als scheinbar feudale Hierarchie der Ränge und Abstufungen strukturiert schien, die durch eine Vielzahl trivialer und zeremonialistischer Insignien — Akzent, Vokabular, Kostüm etc. — das Bild einer immobilen Gesellschaft vortäuschte und dabei real nur reflektierte, daß der strenge Elitarismus des englischen Staatsapparates und seine Durchsetzung mit aristokratischen Sozialfossilien ein *Defizit an imperialistischer Modernisierung der politischen Organisation des englischen Kapitalismus* anzeigte, welche die Staaten des Kontinents aufgrund ihrer äußeren Schwäche (im Gegensatz zu England) im letzten Viertel des letzten Jahrhunderts massiv betrieben hatten. Dieser Rückstand wurde in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts zu einem massiven *Hemmnis* für die Entwicklung der allgemeinen wissenschaftlichen Produktivkräfte. Sozial hat dieses Modernisierungsdefizit viel zu tun mit der aristokratisch-agrarkapitalistischen Repräsentanz im englischen Staatsapparat, welche die Aktionspielräume der wissenschaftsinteressierten Sozialgruppen einschränkte und die charakteristische Spaltung markierte zwischen produktivem Sektor und City, technisch orientiertem Unternehmer und Banker und Broker, zwischen Wissenschaftler und Amateur/Gentlemen.

Das SRS-Movement war in sich differenziert in der Radikalität der Interpretation dieses Modernitätsrückstands und der Vorschläge, wie dieser Rückstand zu beseitigen sei. Mit Sicherheit erleichterte dieser Rückstand an Verwissenschaftlichung der herrschen-

den Klasse es der Linken, Wissenschaft als kulturelles Eigensymbol zu besetzen.

V. Syndikalisierung und Politisierung als *kollektive* Prozesse setzten ein hohes Entwicklungsniveau der *Vergesellschaftung der Wissenschaft* voraus.

Probleme auf dem Wege der kollektiven Syndikalisierung und politischen Aktivierung zu lösen, war eine Strategie, in der sich die unerschiedlichen Richtungen des Movement einig waren. Sollte diese Strategie realistisch sein, mußte sie auf einem Minimum an *Wissenschaftsvergesellschaftung* und politischer Organisiertheit aufbauen. Cambridge konzentrierte Anfang der 30er Jahre mit ca. 500 Wissenschaftlern mehr als 20mal soviel Wissenschaftler an einem Ort wie andere Wissenschaftseinrichtungen Englands.

Auf der Basis dieses Vergesellschaftungskontextes gelang es, die Verknüpfung der gesellschaftspolitischen Dimensionen der wissenschaftlichen Arbeit mit den allgemeinen gesellschaftlichen bzw. politischen Basiskonflikten (insbesondere Kampf gegen den Faschismus und den drohenden Krieg) in *Organisiertheit* umzusetzen: die Antikriegs-Gruppe nicht nur der Cambridger Wissenschaftler, die zahlreichen antifaschistischen Volksfrontkomitees, die KP und Labour, die ASeW, Organisationen, über welche erstmals in der Geschichte eines kapitalistischen Landes ein großer Teil der Wissenschaftler die gesellschaftstheoretische Reflexion ihrer Produktionsweise organisierte und gemeinsam mit einer antifaschistischen, staatsmonopolistischen Reformfraktion und der traditionell liberalen akademischen »High Science« die bewußte Parteinahme der Wissenschaft im Kampf gegen Faschismus und Krieg vorantrieb.

Daneben und in vielleicht noch weiterreichender Perspektive steht freilich die Tatsache, daß das SRS-Movement schon in den 30er Jahren in seiner Orientierung auf die Arbeiterbewegung auf die Konstitution jenes Bündnisses abzielte, dessen dauerhafte objektive und subjektive Grundlagen erst in der Gegenwart existieren. Es hat dabei — etwa in den Fragen der wissenschaftswissenschaftlichen Selbstreflexion, der Wissenschaftsplanung oder der Wissenschaftspopularisierung — Konzeptionen und Forderungen hervorgebracht, die auch heute noch vorwärtsweisend sind.

Anmerkungen

- 1 Es entstanden die Association of University Teachers (AUT), welche die Mehrheit der Universitätslehrenden meist unterhalb der Professorebene organisierte; die bereits 1916 gegründete National Association of Industrial Chemists (NAIC) und die ein Jahr später gebildete British Association of Chemists (BAC), die vor allem nichtgraduierte Industriechemiker organisierte und als Gewerkschaft registriert war; die Institution of Professional Civil Servants (IPCS), die 1921 3000 Angehörige des Civil Service umfaßte; endlich auch das sog. Institute of Physics, dem sich mit rund 300 Mitgliedern immerhin rund ein Viertel der Universitätsphysiker anschlossen.
- 2 Die rasche Entwicklung seit Anfang der 40er Jahre hängt dabei nicht nur mit der erfolgreichen Organisierung außeruniversitärer, vor allem industrieller Wissenschaftler zusammen, welche die neue Programmatik ermöglichte. Eine wesentliche Rolle spielte auch die Öffnung der Mitgliedschaft gegenüber *Technikern* und die darin zu erblickende *Aufgabe des Prinzips einer reinen Berufsgewerkschaft*.
- 3 1937 beschloß sogar die dritte Generalversammlung des *International Council of Scientific Unions* auf Antrag der holländischen königlichen Akademie der Wissenschaften nach heftiger Diskussion ein »Committee on Science and its Social Relations« (C.S.S.R.) zu gründen, das »the practical application of scientific results in the life of the community« (neben anderen Aufgaben) untersuchen sollte. Die Grenze dieser Umorientierung läßt sich freilich an der Weigerung der »High Science Party« — der Royal Society — erkennen, sich an der »Social Relations of Science«-Diskussion zu beteiligen.

- 4 Im Mittelpunkt dieser letzten Strömung im »*Social Relations of Science-Movement*« stehen etwa: 1. *John Burdon Sanderson Haldane*, Biochemiker in Cambridge und London, Genetiker, Evolutionstheoretiker, Humanphysiologie und Biometriker, FRS; 2. *Joseph Needham*, Biochemiker in Cambridge, Embryologe, Evolutionstheoretiker, Wissenschaftshistoriker, FRS; 3. *Hyman Levy*, Mathematiker am Londoner Imperial College; 4. *J. G. Crowther*, der bekannteste Wissenschaftsjournalist Englands (Manchester Guardian, 1928-1948); 5. *P. M. S. Blackett*, Physiker, Nobelpreisträger (1948), 1965 Präsident der Royal Society; 6. *Julian Huxley* und *Lancelot Hogben* (Biologen), weiter die *Waddington*, *Powell*, *Wooster* und endlich »the man at the center of it all« (S. Toulmin): 7. *John Desmond Bernal*, Kristallograph in London und Cambridge. FRS.
- 5 Das *auslösende Ereignis*, welches einen theoretischen Rahmen lieferte, auf dessen Basis eine die Gruppe bzw. Bewegung konstituierende Konzeption ausgearbeitet werden konnte, läßt sich eindeutig benennen und hat auch in der Literatur einigen Widerhall gefunden: es war das *Auftreten der sowjetischen Delegation* auf dem *zweiten International Congress of the History of Science and Technology am 4.7.1931* im Science Museum in South Kensington. Hyman Levy charakterisierte den Kongreß als »epoch making; for the standpoint consistently adopted the (Soviet) delegates crystallized out in remarkable fashion what has been simmering in the minds of many for some time past. What became clear was not only the social conditioning of science and the vital need for planning, for anticipating the social effects of discovery, but the impossibility of carrying this through within the framework of a chaotic capitalism« (Modern Science, 97). Unter den sieben Mitgliedern der sowjetischen Delegation waren Bucharin — der in seinem Beitrag »a social synthesis of science and practise« und die »social selfrecognition« der Wissenschaft forderte, der führende sowjetische Physiker A.F. Joffe und — neben N.I. Vavilov, dem auch in England bekanntesten Genetiker der UdSSR — ein völlig unbekannter Historiker und Physiker mit dem Namen Boris Hessen, dessen Referat über die »Sozialen und ökonomischen Wurzeln von Newton's 'Principia'« bis zum heutigen Tag als erstes Werk der marxistischen Wissenschaftsgeschichte gilt.
- 6 Das Jahrhundert betrug die Gehaltsstufen eines Assistenten 50 Pfund, ein Professor konnte bis zu 1275 Pfund (ohne Nebeneinkünfte) erhalten. Zwischen 1900 und 1914 blieben trotz einer Inflation von rund 25 % die akademischen Gehälter statisch. Hinzu kommt, daß das Verwaltungspersonal 2-3mal soviel verdiente und weibliche und männliche Wissenschaftler für die gleiche Arbeit extrem unterschiedlich bezahlt wurden. Die Gehaltssituation in den 30er Jahren war nahezu unverändert.
- 7 Sie wurde von Eleanor Rathbone im Dezember 1934 in »The New University« veröffentlicht. Auf einen von ihr an 22399 Graduierte versandten Fragebogen harten 4327 folgende Antworten gegeben:
 — Akademiker aus den Bereich Technik, Ingenieurwesen, Chemie waren zu 9,9% im April 1934 arbeitslos, 15,9% waren seit April 1931 irgendwann einmal arbeitslos gewesen. Für Hochschulabsolventen aus dem Bereich Handel, Banken, kaufmännischer Bereich usw. waren es 3,8 bzw. 6,5% gewesen.
 — Insgesamt waren 6,5% der antwortenden Hochschulabsolventen arbeitslos.
- 8 Es gab vier solche Traditionslinien: 1.) die *wirtschafts- und insbesondere industriebürgerliche, utilitaristische, baconistische* und *liberale* Tradition, 2.) die Ende des 19. Jahrhunderts avancierende *sozialimperialistische* und *korporativistische* Traditionslinie; 3.) die *wissenschaftsoptimistische, aber anwendungs- und industriefeindliche* Traditionslinie der *aristokratischen High Science* und 4.) die *sozial* hiervon abgesetzte Tradition der *rank-and-file-Wissenschaft*, die — da wiederum etwa im Unterschied zu Deutschland, Frankreich oder den USA in England staatliche Beschäftigungsmöglichkeiten für graduierte Wissenschaftler im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts kaum vorhanden waren — um leben zu können, ihre Arbeitskraft »anwendungsbezogen« verkaufen mußte.
- 9 Alfred Mond, der Vorsitzende des Mammutkonzerns ICI strebte seit der Niederlage der englischen Arbeiterklasse im Generaistreik 1926 intensiv danach, über eine korporative Wirtschaftsorganisation die notwendige »wissenschaftliche Rationalisierung« durchzusetzen. Die NUSW bzw. die AScW wurde zum Propagandist des mondistischen Sozialkorporatismus — was insofern auch nicht verwundert, als Mond als Repräsentant des mächtigsten englischen Monopols sogar Mitglied der NUSW geworden war. In dieser Phase waren mindestens

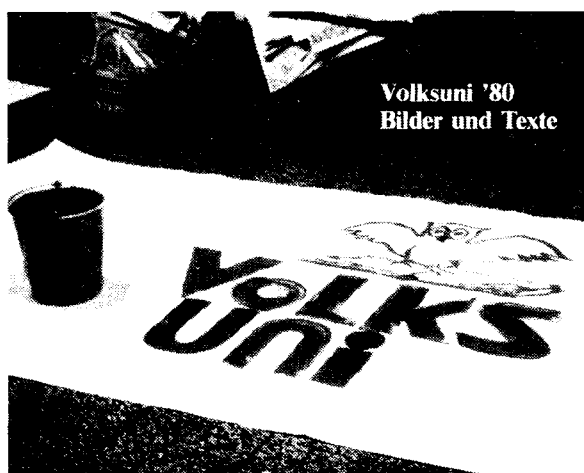
- vier Strömungen in der NUSW vertreten: *berufsständische, industriebürgerliche, gewerkschaftliche* Richtungen neben den Interessen der *High Science* (der NUSW gehörten 30 Mitglieder der Royal Society an).
- 10 Die Breite der Optionen des SRS-Bündnisses macht auch die erstaunliche Tatsache verstehbar, daß das spätere Mitglied des Exekutivkomitees der britischen CP Haldane Wissenschaftsberater der Service Chiefs im 2. Weltkrieg wurde und ein notorischer Roter wie Bernal wissenschaftlicher Berater für das Luftfahrtministerium, das Ministerium für innere Sicherheit und endlich des Chief of Combined Operations Lord Mountbatten, wo er aufgrund seines wirren, zu Berge stehenden Haarschopfes den Spitznamen »Old Chrysanthemum« bekam.
- 11 Bernal nennt in seinem »Social function« (110) das Beispiel der 9 Firmen der elektrotechnischen und chemischen Industrie: von 144 Unternehmensdirektoren besaßen nur 13 eine — geringe — wissenschaftliche Ausbildung. Ein anderes Beispiel ist die British Dyestuffs Company — der größte Chemiekonzern Englands —, welche Anfang der 20er Jahre keinen einzigen Chemiker in ihrem Vorstand hatte. Bernal nennt ähnliche Beispiele für den Bereich der *Politik*: keines der 600 Mitglieder des Parlaments in den 30er Jahren war Wissenschaftler; nur im House of Lords saßen 2 oder 3 Wissenschaftler.

Literaturverzeichnis

- Anderson, P.: Origins of the Present Crisis, in: R. Blackburn, P. Anderson (Hrsg.): Towards Socialism, London 1966.
- Barber, B.: Science and the Social Order, New York 1952.
- Baker, J.R.: Michael Polanyi's Contributions to the Cause of Freedom of Science, in: Minerva 3/1978, S.382ff.
- Baudis, D., Nussbaum, H. (Hrsg.): Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978.
- Beer, J.G., Lewis, W.D.: Aspects of the Professionalization of Science, in: S.P. Restivo, C.K. Vanderpool (Hrsg.): Comparative Studies in Science and Society, Ohio 1974.
- Ben-David, J.: The Scientist's Role in Society. A comparative Study, Englewood (USA) 1971.
- Ben-David, J.: Introduction to Sociology of Science, in: International Social Science Journal (1970), S.7ff.
- Bernal, J.D.: The Freedom of Necessity, London 1949.
- Bernal, J.D.: After Twenty-five Years, in: M. Goldsmith, A. Mackay (Hrsg.): The Science of Science, Harmondsworth 1966.
- Bernal, J.D.: Marx and Science, London 1952.
- Bernal, J.D., Cornforth, M.: Die Wissenschaft im Kampf um Frieden und Sozialismus, Berlin 1950.
- Blume, S.S.: Toward a Political Sociology of Science, New York-London 1974.
- Bohrer, K.H.: Der Dandy als Verräter oder Die Faszination des Spions, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v.1.12.1979.
- Burhop, E.H.S.: Ein Beispiel für alle Wissenschaftler, in: Wissenschaftliche Welt 1/1972, S.13f.
- Burhop, E.H.S.: Scientists and Public Affairs, in: M. Goldsmith, A. Mackay (Hrsg.): The Science of Science, Harmondsworth 1966.
- Caute, D.: The Fellow-Travellers, London 1973.
- Cardwell, D.S.C.: The Organisation of Science in England: A Retrospect, in: S.P. Restivo, C.K. Vanderpool (Hrsg.): Comparative Studies in Science and Society, Ohio 1974.
- Cardwell, D.S.C.: The Development of Scientific Research in Modern Universities: A Comparative Study of Motives and Opportunities, in: S.P. Restivo, C.K. Vanderpool (Hrsg.): Comparative Studies in Science and Society, Ohio 1974.
- Fiedler, F., Grube, F.: John Desmond Bernal und die Wissenschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 6/1976, S.724ff.
- Filmer, R.W.: Science and Politics in England, 1930-45: The Social Relations of Science Movement, Diss. Cornell University (USA) 1973.
- Gizycki, R.v.: Centre and Periphery in the International Scientific Community: Germany, France and Great Britain in the 19th Century, in: Minerva 1/1973, S.79ff.
- Gizycki, R.v.: The Associations for the Advancement of Science: An International Comparative Study, in: Zeitschrift für Soziologie 1/1979, S.28ff.

- Gummet, P.J., Price, G.L.*: An Approach to the Central Planning of British Science: The Formation of the Advisory Council on Scientific Policy, in: *Minerva* 2/1977, S.119ff.
- Hall, J.A.*: The curious case of the English intelligentsia, in: *The British Journal of Sociology* 3/1979, S.291ff.
- Haber, L.F.*: Government Intervention at the Frontiers of Science: British Dyestuffs and Synthetic Organic Chemicals 1914-38, in: *Minerva* 1/1973, S.79ff.
- Harwood, J.*: The Race-Intelligence Controversy: A Sociological Approach, I — Professional Factors, II — »External« Factors, in: *Social Studies of Science* (1976), S.369ff., (1977) S.1ff.
- Holt, B.W.G.*: Social aspects in the emergence of chemistry as an exact science: the British chemical profession, in: *The British Journal of Sociology* 2/1970, S.181ff.
- Hutchinson, E.*: Scientists as an Inferior Class: The Early Years of the DISR, in: *Minerva* 3/1970, S.396ff.
- Hutchinson, E.*: Scientists and Civil Servants: The Struggle over the NPL in 1918, in: *Minerva* 3/1969, S.373ff.
- Hutt, A., Gollan, J.*: Die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien, Westberlin 1977.
- Jürgens, A.*: Das englische Department for Scientific and Industrial Research, in: *Deutsche Forschung* 17 (1931), S.91ff.
- King, M.D.*: Science and the Professional Dilemma, in: J. Gould (Hrsg.): *Penguin Social Sciences Survey* 1968, Harmondsworth 1968.
- Krysmanski, H.H.*: Soziales System und Wissenschaft. Zur Frage wissenschaftlichen »Außenstertums«, Düsseldorf 1972.
- Lewis, R.A.*: Some Aspects of the Research and Development Effort of the Soviet Union, 1924-35, in: *Science Studies* (1972), S.153ff.
- Ludwig, A., u.a.*: Analyse über Nobelpreisträger auf wissenschaftlichen Gebieten, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin* 5/1977, S.601ff.
- MacLeod, R.*: The Support of Victorian Science: The Endowment of Research Movement in Great Britain, 1868-1900, in: *Minerva* 2/1971, S.197ff.
- MacLeod, R., Andrews, E.K.*: The Committee of Civil Research: Scientific Advice for Economic Development 1925-30, in: *Minerva* 4/1969, S.680ff.
- MacLeod, R., u. K.*: The Contradictions of Professionalism: Scientists, Trade Unionism and the First World War, in: *Social Studies of Science* 1/1979, S.1ff.
- MacLeod, R., u.K.*: The Social Relations of Science and Technology, 1914-1939, in: C. Cipolla (Hrsg.): *The Fontana Economic History of Europe: The Twentieth Century — 1, Vol. V*, Glasgow 1976, S.301ff.
- McGucken, W.*: The Social Relations of Science: The British Association of Science, 1931-1946, in: *Proceedings of the American Philosophical Society* 4/1979, S.237ff.
- McGucken, W.*: On Freedom and Planning in Science: The Society for Freedom in Science, 1940-1946, in: *Minerva* 1/1978, S.42ff.
- McGucken, W.*: The Central Organisation of Scientific and Technical Advice in the United Kingdom During the Second World War, in: *Minerva* 1/1979, S.33ff.
- Moseley, R.*: The Origins and Early Years of the National Physical Laboratory: A Chapter in the Pre-history of British Science Policy, in: *Minerva* 2/1978, S.222ff.
- Moseley, R.*: From Avocation to Job: The Changing Nature of Scientific Practise, in: *Social Studies of Science* 4/1979, S.511ff.
- Moseley, R.*: Tadpoles and Frogs: Some Aspects of the Professionalization of British Physics, 1870-1939, in: *Social Studies of Science* (1977), S.423ff.
- Mulkay, M.*: The Mediating Role of the Scientific Elite, in: *Social Studies of Science* (1976), S.445ff.
- Nairn, T.*: The Twilight of the British State, in: *New Left Review* 101/102 (1977), S.3ff.
- Needham, J.*: Desmond Bernal — A personal recollection, in: *Marxism Today* (1972), S.70ff.
- N.N.*: Social Responsibilities of Science, in: *Nature* Vol. 139 v.24.4.1937, S.689ff.
- N.N.*: International Council of Scientific Unions, in: *Nature* Vol. 139 v.22.5.1937, S.869ff.
- N.N.*: Obituary — Professor J.D. Bernal, in: *Nature* Vol. 235 v.28.1.1972, S.235ff.
- Oehlke, P.*: Die Krise des Reformismus in der britischen Arbeiterbewegung, Diss. Marburg 1973.
- Olby, R.*: *The Path to the Double Helix*, London 1974.
- Oparin, A.I.*: Bernal und der Ursprung des Lebens, in: *Wissenschaftliche Welt* 1/1972, S.16ff.
- O'Connor, J.G., Meadows, A.J.*: Specialization and Professionalization in British Geology, in: *Social Studies of Science* (1976), S.77ff.

- Plumb, J.H. (Hrsg.):* Studies in Social history, London u.a. 1955.
- Price, de S.:* The Science of Science, in: M. Goldsmith, A. Mackay (Hrsg.): The Science of Science, Harmondsworth 1966.
- Rimel, A.:* Denkwürdige Zeiten, in: Wissenschaftliche Welt 1/1972, S.17f.
- Robinson, D., Johnston, R.:* The Role of Cognitive and Occupational Differentiation in Scientific Controversies, in: Social Studies of Science (1976), S.349ff.
- Röder, W.:* Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940-1945, Bonn-Bad Godesberg 1968.
- Rose, H., u. S.:* Science and Society, London 1970.
- Samuels, S.:* English Intellectuals and Politics in the 1930's, in: P. Rieff (Hrsg.): On Intellectuals, New York 1969.
- Sanderson, M.:* The Universities and Industry in England 1919-1939, in: Yorkshire Bulletin of Economic and Social Research 21 (1969), S.130ff.
- Sanderson, M.:* Research and the Firm in British Industry, 1919-1939, in: Science Studies (1972), S.107ff.
- Shils, E.:* The Scientific Community: Thoughts after Hamburg, in: Science and Freedom 1/1954, S.9ff.
- Snow, C.P.:* J.D. Bernal, A Personal Portrait, in: M. Goldsmith, A. Mackay (Hrsg.): The Science of Science, Harmondsworth 1966.
- Stichweh, R.:* Ausdifferenzierung der Wissenschaft — Eine Analyse am deutschen Beispiel, Bielefeld 1977.
- Taylor, H.F.W.:* Obituary — J.D. Bernal 1901-1971, in: Acta Crystallographica (1972), S.359ff.
- Werskey, P.G.:* Nature and Politics between the Wars, in: *Nature* Vol. 232 v.1.11.1969, S.462ff.
- Werskey, P.G.:* The Visible College, London 1978.
- Werskey, P.G.:* On the Reception of Science at the Cross Roads in England, in: Science at the Cross Roads: Papers Presented to the International Congress of the History of Science and Technology, London 1931, by the Delegates of the U.S.S.R., London 1971.
- Werskey, P.G.:* British Scientists and »Qusiders« Politics, 1931-1945, in: Science Studies 1/1971, S.67ff.
- Wood, N.:* Communism and British Intellectuals, London 1959.



Mit den wichtigsten Referaten und Diskussionen:
 Detlev Albers, Rudolf Bahro; Ingeborg Drewitz, Wolfgang Harich, Frigga Haug, W.F. Haug, Klaus Holzkamp, Ernesto Lac-lau, Erich Wulff u.v.a.m.
 Über 160 Fotos; Interviews mit den Besuchern; Presseschau
 212 S., 20,— DM; Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6,
 1000 Berlin 65, Tel.: 030/4619061

Michael Daxner

Die Zerstörung politisierter Wissenschaft

Anmerkungen zur grundsätzlichen Bedeutung der Ablehnung eines gewählten Hochschulpräsidenten durch einen ehemaligen Polizeipräsidenten und aktuellen Kultusminister

1. Eine kurze, nicht alltägliche Geschichte

Die Gesamthochschule Kassel wählte in diesem Jahr den ersten Präsidenten in freier Selbstbestimmung nach dem hessischen Hochschulrecht; ihre bisherigen Leiter (Vera Rüdiger und Ernst U. v. Weizsäcker) wurden als Leiter dieser bis dahin unselbständigen Anstalt ernannt, letzterer gegen den mehrheitlich gewollten Kandidaten Hans Brinkmann 1975; es war seit spätestens Januar klar, daß die Gremiengruppen der GEW, der ÖTV und der Mehrheit der Studenten an einer Wiederwahl des bisherigen Präsidenten nicht interessiert sein würden. Diese Gruppen, die über die Mehrheit im Wahlgremium, dem Konvent, verfügen, machten sich auf die Suche nach möglichen Kandidaten, um nicht wieder einem ministeriellen Oktroy ausgesetzt zu werden oder sich in letzter Minute doch auf den amtierenden Hochschulleiter einigen zu müssen.

Meiner endgültigen Kandidatur waren viele Gespräche vorausgegangen, in denen sich drei grundsätzliche Positionen klar herausstellten:

- der verstärkte, praktisch und programmatisch glaubwürdige Einsatz für die wesentlichen Reformziele der GhK: Integration, Zulassung, alternative Technologien, reformierte Lehrerausbildung, Berufspraxis — um einige zu nennen, die auch für die Studienbedingungen der Studenten relevant sind;
- die Beibehaltung legitimer gewerkschaftlicher Positionen auch als Leiter der Hochschule bzw. Chef der Verwaltung, was konkretes Engagement und Fürsorge für die sonstigen Bediensteten und den Mittelbau sowie die ehemaligen Fachhochschullehrer in den Vordergrund rückte;
- Außenvertretung der Hochschule gegenüber der Öffentlichkeit und der Landesregierung als Repräsentant einer wenigstens teilweise selbstbestimmten Körperschaft, und nicht als taktierender Bittsteller.

Die Gründe, sich auf mich als Kandidaten zu einigen, sind hier angesichts der Anzahl der möglichen anderen ebenso geeigneten Interessierten sekundär, allerdings muß die nichtkonspirative Offenheit der Kandidatenfindung hervorgehoben werden, die mir auch bei allen Schritten des Verfahrens eine Bindung an diese Koalition, aber kein Ausliefern an ihre Majorität auferlegte.

Die eigentliche Bewerbung und das Hearing sind gut dokumentiert¹; aus diesem Hearing sollte nun eine grundsätzliche Wendung der westdeutschen Hochschulgeschichte erwachsen.

Im Beisein des Mitkandidaten von Weizsäcker versuchte eine rechte Professorengruppe »mich vorzuführen«; draußen gab es die ersten Reaktionen auf die Gorlebenräumung; die beamteten Mitschreiber des Ministeriums hatten viel zu tun, die Wahrheit zu verfälschen; das *gesamte Verfahren* wurde und wird bis heute an meinen Aussagen in diesem Hearing festgemacht, wo ich im Grunde selbstverständliche Positionen demokratischer Hochschulpolitik auf Fragen hin formulierte, die das Spielchen »Wie macht man einen Radikalen ...« anstrebten.

Die Aussagen sind klar zu konzentrieren auf einen

- gesellschaftsorientierten Wissenschaftsbegriff mit der Gesamtverantwortung der Hochschule
- kritischen Aspekt der derzeitigen Forschungsprofilierung incl. der Drittmittelforschung (DFG)
- wechselseitigen Bedingungsrahmen von Forschung und Lehre, d.h. konkreten Vermittlungsfragen auch im studentischen Interesse.

Das wäre nicht einmal der Erwähnung wert, wenn diese Aspekte in der akademisch unverbindlichen Form eines »schon gelaufenen Rennens« innerhalb der Verkehrsformen formaler Demokratie geblieben wären. Ich habe mich aber gerade wegen der Provokationen verpflichtet gefühlt, diese Punkte inhaltlich zu füllen, an den Beispielen der Berufsverbote, Kernenergie, Hochschulautonomie konkret zu machen, mich zur Konfliktlösung durch Aufklärung, nicht durch Verschleierung anzubiedern. Und dies muß für Herrn Krollmann so gefährlich gewesen sein, daß er nach der für mich positiven Senatsentscheidung einen Katalog von beamtenrechtlichen Trivialitäten mit der erpresserischen Drohung anreicherte, welche materiellen Nachteile eine Hochschule unter meiner Präsidentschaft erleiden würde.² Dem waren auch Aufforderungen von Professoren konservativer Fraktionen vorangegangen, mich im Fall meiner Wahl entgegen den Gesetzen nicht zu bestätigen (als ich dies kritisierte, wurde mir »Intoleranz« vorgeworfen³).

Der Rest der Geschichte ist kurz erzählt und mittlerweile bekannt: die Gruppen, die meine Kandidatur stützten, ließen sich von Krollmann nicht erpressen, am 2. Juli wurde ich mit 57 von 89 Stimmen gewählt, Ernst von Weizsäcker erhielt 19. Damit sollte alles geklärt sein. Aber nun wurde die demokratische Verfassung, gemeint ist hier der Zustand, in dem sie sich befindet, zu einem Instrument der Willkür in der Hand der Landesregierung, vor allem von Hans Krollmann. Er bestätigte nicht, führte Gespräche mit der vorgeschobenen Absicht, sich abzusichern (unter vier Augen wegen der Zeugen, da er die Gesprächsinhalte in *seiner* Weise verwerten wollte), suchte sich viele Verbündete unter seinen sonstigen Gegnern (CDU-Rechte, FDP, Professorenminderheiten usw.), daß er sich bald der Öffentlichkeit als Opfer von Sachzwängen präsentieren konnte, das vor einer schweren Laufbahnentscheidung stünde.

Am 15. Oktober lehnte er meine Bestätigung endgültig ab, er teilte dies der Hochschule mit, nachdem er die Presse zwei Tage vorher und mich bis heute nicht informiert hatte.

2. Die Personalisierung des Allgemeinen

In einer normalen Demokratie wird akzeptiert, wer aus einem legalen und legitimierten Wahlgang hervorgeht. In Hessen wird akzeptiert, wer der Landesregierung gefällt, der Schluß auf eine abnorme Demokratie sei gestattet. Gründe? Unter Hochschulpolitikern aller Fraktionen soll man sich einig gewesen sein, daß ein linker Reformier nicht nur ideologisch gefährlich, sondern in Bezug auf die Hochschullandschaft »anachronistisch« sei. Besonders die SPD-Führung auf Landesebene war verstört, da man opportunistisch die Wiederwahl des SPD-Aktiven von Weizsäcker auch noch betrieben hatte, als diese aussichtslos erschien; daß ich dem Kultusminister mehr »Schwierigkeiten« machen würde als mein Vorgänger, galt als ausgemacht. Sollte dies zu einer seit der Gewaltherrschaft über die Hochschulen einmaligen Aktion ausreichen? Die annähernde

2/3-Mehrheit für einen Sozialisten bedroht einen Staat also mehr als die akademische Ehrenbürgerschaft für die Frankfurter Unternehmerelite? Dies sind naheliegende, aber unzureichende Erklärungsgründe. Bessere aufzusuchen, möchte ich versuchen, die Pointierung der bisherigen Geschichte dient eher zur Erhellung des Vordergründigen denn als analytischer Hintergrund: Der Kampf gegen meine Person war ein Kampf gegen ein realisierbares und vermitteltes Programm, dessen Rationalität durch die Interessen der mich stützenden Gruppen legitimiert und unter dem Anspruch einer unvermindert aktuellen Demokratisierung der Wissenschaft verallgemeinerbar ist. Da ich mithilfe formaler Kriterien und aus allgemeiner Ablehnung sozialistischer Positionen nicht loszukriegen war, mußte an mir das Exempel des staatlichen Interpretationsmonopols erlaubter Wissenschaftsproduktion und -verwaltung demonstriert werden. Dies geschah auf drei Ebenen:

- der apriorischen Feststellung meiner wissenschaftlichen und charakterlichen Disqualifikation
- der Festschreibung staatlicher Qualitätsansprüche als über das Gesetz hinausgehend verbindlicher
- der offenen Diskriminierung gewerkschaftlicher Interessendurchsetzung an der Hochschule.

Nicht zufällig in Kassel. Dort nämlich haben sich die Reformansprüche länger als anderswo — also »anachronistisch« — erhalten, nicht zuletzt wegen der für die Kandidatur relevanten Kriterien. Bislang konnte die Landesregierung sich mit diesem Reformanspruch noch schmücken, weil der Widerstand der Hochschule gegen ihre materielle Benachteiligung nicht politisch (auch selbstkritisch) sich artikulierte, sondern umgekehrt im »Kasselsyndrom« vieler Hochschulangehöriger verinnerlicht wurde: um nicht an den exotischen Rand der »normalen« Gemeinschaft wissenschaftlicher Hochschulen in der BRD gedrängt zu werden, hatte ein Prozeß der Selbstanpassung eingesetzt, der die Normalität der Vergleichbarkeit von selbst herzustellen im Begriff war. Dieser Anpassungsprozeß mußte vor allem für jene Gruppe neuberufener Professoren, deren hervorragendes Eignungskriterium die Besoldungsgruppe C4 zu sein scheint, durch mich gefährdet werden. Hier ist ein wesentlicher Grund auch für den Hochschulpolitiker Krollmann zu sehen, der seine Doppelrolle als Reformbefürworter und gleichzeitiger materieller Verhinderer bedroht sah. Daß die vergleichbare Norm der meisten Hochschulen gerade in ihrer nichtreflektierten Verweigerung gegenüber dem gesellschaftlichen, kritischen und wertenden Auftrag der Wissenschaft besteht, wurde geflissentlich ausgeklammert und auf die Berechtigung der individualisierten Meinungsbildung abgedrängt. Ebenso relevant erscheint der zweite Bereich der Bedrohung, exemplarisch an der Kernenergiefrage darzustellen: was der einzelne Wissenschaftler darf, nämlich Forschungs- und Verwertungskritik betreiben, sollte nach Krollmann der Hochschule als Institution verwehrt bleiben — wenn es sich gegen die Ziele und die Politik der Landesregierung richtet. Er bezeichnete meine Aussagen als den Versuch der Instrumentalisierung meiner persönlichen wissenschaftspolitischen Auffassungen. Damit sind zwei Tendenzen verbunden:

1. Die Verpflichtung der Wissenschaft auf Legitimation der Dienstherrschaft, sei es wider besseren wissenschaftlichen Sachverstand, und gegen die politische Ethik der Parteinahme kritischer Wissenschaft; also ein Versuch, Loyalität gegen politische Rationalität zu erzwingen;

2. die Reduzierung der Wissenschaft innerhalb ihres grundgesetzlichen Freiheitsprivilegs (Art. 5 [3] GG) auf die Produktion von Meinungen, nicht aber auf das Recht der Wissenschaftler, »unabhängig« von der Tagespolitik Entstehung und Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnis in einen Kontext gesellschaftlicher Praxis zu setzen.

Beide Tendenzen zusammen ergeben praktisch ein Resultatsverbot für alle jene Wissenschaftler, deren Arbeit zu einer praktischen Kritik von Politik führt bzw. führen muß.

Der dritte Bereich der Bedrohung der derzeitigen Formierung besteht darin, daß sich der Staat ein Primat der Interpretation von Hochschulautonomie anmaßt (jener wohlverstandenen Selbstbestimmung, die Inhalt der demokratischen Reformbewegung seit den sechziger Jahren war, nicht der unumschränkten Ordinarienherrschaft, die durch die neuesten Ländergesetze dort restauriert wurde, wo der Staat noch nicht ihre Rolle übernommen hat). Damit wird aber ein Bereich nicht nur legitimer, sondern legaler Rechte angegriffen.

Ich glaube — entgegen der persönlichen Meinung vieler Freunde — nicht, daß mein untaktisches Verhalten den Durchbruch dieser Tendenzen unvermeidlich gemacht oder ihn wenigstens erleichtert hatte. Mir erscheint dieser Konflikt paradigmatisch für den Versuch, die emanzipatorische Kraft der Wissenschaft, die ja nur in ihrer konkreten personalen Realisierung sich praktisch ausdrücken kann, administrativ zu zerstören, um sie als instrumentelle kontrollieren zu können. Mit der Personalisierung hat Krollmann einiges erreicht:

- den Anschein zu stützen, nicht die genannten Tendenzen, sondern bloß ein ungeeigneter Kandidat stünden zur Diskussion
- die Selbstaufgabe von Interessen vor allem unter den Hochschullehrern, aber auch bei anderen Hochschulen zu fördern⁴
- einen Maßstab für künftiges Wohlverhalten zu setzen, der die Inanspruchnahme demokratischer Verfahren als einer formalen Farce unattraktiv macht und damit die Unwilligkeit bzw. Unfähigkeit der Hochschulen zur Selbstbestimmung demonstriert.

3. Die Schere im Kopf

Obwohl meine subjektive Situation zur Zeit erheblich allgemeine Aspekte mit sich trägt, erscheint mir der institutionelle Aspekt weit relevanter. Begründungslos und auf der Ebene bewußt falscher Tatsachenaussagen kann eine Landesregierung Wissenschaft disziplinieren und sich — mit Gesichtsverlust, aber wen stört das schon? — teilweise durchsetzen. Krollmann appellierte bei Bekanntgabe seiner Entscheidung an die Vernunft der Beteiligten, sich in seinem Sinn auf einen neuen Kandidaten zu einigen. Diese »Rationalität« ist es, die den Konflikt über Kassel hinaus zu einem Problem für alle Wissenschaft macht: es ist die Rationalität unkontrollierter Machtausübung in einem sensiblen Bereich, dessen Stärke immer nur in der konstruktiven Kritik von Realität, also auch politischer, liegen kann: denn nur darin kann sich Wissenschaft zur Verbesserung von Lebens-, Produktions- und Kommunikationsbedingungen entfalten. Wenn die Rationalität gegen sie ausgespielt wird, dann bedeutet das eine Verdrängung an die Peripherie gesellschaftlicher Ideologiebildung und -kritik. Die Vergewaltigung des Rechts ist scheinbar ein verwaltungsjuristisches Problem (als solches auch durchaus auszutragen); sie ist aber noch mehr: die Preisgabe der Denkerlaubnis, die nur zu jener

Information der Öffentlichkeit führen kann, die sich aus Interessen legitimiert und nicht im Ausgeliefertsein gegenüber wissenschaftlicher Legitimation bereits vollzogener Entscheidungen bescheidet. Der politische Konflikt wird den juristischen aufheben, denn die demokratische Verpflichtung der Wissenschaft kann sich nicht selbst zu den Akten legen. Krollmann hat kein konkretes Berufsverbot ausgesprochen, sondern ein allgemeines angekündigt. Das wird auch die treffen, die jetzt noch »Verständnis« für ihn zeigen.

Der Kampf gegen die Selbstzensur und den Interessenverzicht hat angesichts des Rückzugs meiner Person als gewählter Präsident verschiedenartige Strategien gezeigt. Sie zu vereinheitlichen, erscheint mir notwendig, um wenigstens an den Hochschulen die politische Kultur der praktischen Kritik zu erhalten und auszuweiten.

Notwendige Nachbemerkung

Dieser kurze Aufsatz erlaubt es nicht — und ist deshalb unvollständig —, zwei wesentliche Aspekte auszuführen: Das Verhältnis der beiden Gewerkschaften ÖTV und GEW zueinander und gegenüber der SPD zu analysieren, wäre deshalb so notwendig, weil sich hier die Fülle der Belege für die tatsächliche Interessenlage und die Erklärung für das Verhalten vieler Einzelpersonen fände; zum ändern müßte hier eine Analyse der Reaktionen auf diesen Konflikt erfolgen, die aus Zeit- und Umfangsgründen nicht zu leisten ist. Aber die Information der Öffentlichkeit ist noch nicht abgeschlossen. In historischer Perspektive wird sich auch die hier notwendige Personalisierung des Konflikts auf den Minister Krollmann relativieren.

Anmerkungen

- 1 Dokumentation zur Präsidentenwahl, hrsg. von AStA, GEW-Sektion und ÖTV-Betriebsgruppe, Kassel 20.6.1980.
- 2 Katalog des Staatssekretärs Dr. Lenz vom 11.6.1980, dok. in (1).
- 3 Schreiben der drei konservativen Listenvorsitzenden auf Kopfpapier der GhK vom 6.6.1980, Pressenotiz dieser Drei am 16.7.1980, HNA.
- 4 Insbesondere WRK-Präsident George Turner und die Hessischen Universitätspräsidenten (incl. v. Weizsäcker) übten Verständnis an Krollmanns Entscheidung, während die Fachhochschulrektoren hier die politische Gefahr viel deutlicher artikulierten.



»Schulversagen und Kindertherapie«
Diskussion der Arbeit des Legasthenie-
Zentrums Berlin/W. Replik Ottomeyer.
Werkstattpapiere: Individuum und Or-
ganisation; »Subjektive« Aspekte des
Faschismus. (240 S.)

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Volker Braun

Der Stoff zum Leben

I sat upon the shore

Fishing, with the arid plain behind me

Shall I at least set my lands in order?

Eliot, *The Waste Land* V, 423-425

MATERIAL I: WIE HERRLICH LEUCHTET MIR DIE NATUR

Woher soll ich es nehmen

Wonach ich verlange

aus diesem Sommer?

Aus der Luft

Die weich die Abende füllt, den Gerüchen?

Wonach meine Lungen röcheln, meine inwendige Haut

Zittert und sich winden meine Gedärme

Aus den Rippen schneiden? aus den Morgenröten?

Dem Stoff woraus die Träume gemacht sind?

Wie wächst mir das

(ein wüster Garten hier

der auf in Samen schießt)

Wonach die Dichter schrein in ihren Tiraden?

Und wie die Risse stopfen, die Niedertracht

Die mich bedecken? woher

Die Nachricht, die in meine Zellen dringt

Aus den Wiesen? aus den Gewittern?

Wie herrlich leuchtet

Mir die Natur

Wie glänzt

Die Sonne in den städtischen Bächen voll toten

Geländern und der Asphalt sag ich dir! zerfließt

In der City hinter den Herden vor den Unter-

Führungen über den Goetheplatz unter den S-Bahn-

Brücken

Über den Sommer: sie taumeln wie angeschlagene

Boxer

Mit triefenden Schulterblättern und umarmen

Den kühlen Beton in den Pißhallen: o Mangel an

Blutlosen kalten Lebewesen mit denen man ficken

Könnte ohne zu lächeln zu denken oder auch nur

Gedankenlos zu reden aber so! die Fahrkarten in die

Stanzen zu stoßen und historische Kirchen ein- und auf-

Zunehmen zu trinken in dünnen Gebüsch und schnaufend

Sage ich in Schächten verstehst du in Rolltreppen

Voll Hunden und zerfließenden Jungfrauen die sich selber
 Aufbohren mit ihren entschlossenen Schlüsseln und wie
 gesagt

Im Asphalt zu versacken verbissen in den Prospekt
 Des Sommers sich wütend des Lebens zu freuen!

Wie rette ich mich

Vor diesem brausenden Nichts, das aus den Wiesen steigt
 Diesem überdrüssigen Licht, diesem Sommer?

Woher nehmen

und nicht stehlen

Was mich leben läßt

Ich weiß nicht wovon ich rede

Geh aus

Ja wohin?

Geh aus mein Herz

In welche grünliche Schwemme

Und suche Freud

In dieser lieben Sommerszeit

An deines Gottes Gaben

Lalala

und *wie herrlich leuchtet mir* überhaupt

Und so weiter

Als Kind fraß ich nachts

Auf dem Klo Zeitungspapier, aber noch schlimmer

Später las ich die Zeitungen und empfand die gleiche

Papierne Wollust; der Jüngling und seine Mutter

Auf der Parkbank, sie lächelt, er liest, sie sieht in die Bäume

Auf der Museumsinsel, er frißt die Seiten, sie lächelt

Ihm ins Gesicht, er weiß es, er blickt nicht auf

Aus den Leitartikeln und rostigen Rezensionen

Die Glocken donnern im Dom ihr Grabgeläut

Und wahrlich ich sage euch, *wie herrlich leuchtet*

Mir die Natur, die Intensivierung, das Hauptkettenglied

Vor dem Museum (oder ist es ein Bild darin?)

Sie lebt die köstlichen letzten Stunden, sie lächelt, er

liest.

Oder am Meer für harte Währung sie lagen

Auf den Klippen (inclusive)

woher

Aus dem Wasser? dem Salz? woher nehme ich es

Oder mich, wenn ich nicht bei mir bin

Was fällt mir ein

Mir zu Gefallen und euch, was haben wir denn

Was interessiert Marxisten am Frühling?*

Daß wir, meine Damen und Herren, es für richtig halten konnten, an diesem Maiabend zusammenzulaufen, um über die Frage nachzudenken, welches Interesse Marxisten am Frühling haben, zeigt den Ernst der Lage, und ich darf Ihnen gleich eingangs nicht verhehlen, daß ich unsere »Herangehensweise an das Problem des Frühlings« (um es auf marburgisch zu sagen) als höchst befremdlich empfinde. Ich darf freilich annehmen, daß Sie dieses Befremden prinzipiell teilen, denn warum wären Sie sonst hergekommen. Sie sehen, wie ich mich gleich am Anfang schon in das so übel belumdete zirkuläre Denken verfangen habe. Ich entziehe mich diesem Problem durch Flucht und wende mich umstandslos den Thesen zu, die die SHB-Fachgruppe dieser Veranstaltung zugrunde gelegt hat, freilich in der Hoffnung, bei ihrer Diskussion den Gründen dafür näher zu kommen, warum das Verhältnis wohl nicht nur hiesiger Marxisten zum Frühling so problematisch ist.

Zuerst möchte ich mich den Ausführungen zuwenden, die in den vorbereitenden Papieren zu dieser Veranstaltung über den Unterschied der gegenwärtigen Situation der Studenten zu jener der Studentenbewegung seit den späten sechziger Jahren enthalten sind. Der politisch-ökonomischen Diagnose, die da gestellt wird, stimme ich zu. Mir scheint es darüber hinaus auch, daß seinerzeit leichter die Illusion entstehen konnte, in der politischen Arbeit an der Hochschule die persönliche Emanzipation zugleich betreiben zu können; daß es möglich zu sein schien, in den Auseinandersetzungen über richtige Politik auch und endlich mit den eigenen Emotionen zu Wort zu kommen, deren Züchtigung vordem geradezu als die erste Bedingung eines erfolgreichen Hochschulstudiums angesehen werden konnte. Ich erinnere mich an die feierliche Veranstaltung der öffentlichen Immatrikulation der neuen Studenten an der Berliner FU in meinem ersten Semester, etwa 1962. Es war ebenfalls Frühling und in den Kollegheften standen zwischen den Vorlesungsmitschriften die schamhaft codierten Pornotopien der Frustrationen. Der Begrüßungsvortrag des akademischen Pädagogen (im Schillerkragen unter dem Talar) stand sinnigerweise unter der Parole der Askese, ohne die nun einmal, wie er sagte, keine Kulturleistungen möglich wären. Nicht, daß Ende der sechziger Jahre, als die Ordinarien aus den Roben geschält wurden, die Libertinage ausgebrochen wäre. Wohl aber gelang es für den Augenblick einer quasi revolutionären Emphase, alle Emotionen der studentischen Politik zuzuführen; gelang es, alle geheimen und weniger geheimen Leidenschaften in das eine Ohr der Nadel der Studentenpolitik zu fädeln, deren antiautoritäre Stichelei dazu beitrug, den nach feudalistischen Prinzipien organisierten Universitätsstaat mürbe und sturmreif zu machen. Es war die furiose antiautoritäre Gestik, in der alle emotionale Frustration sich ausdrücken konnte in der unartikulierten Hoffnung, daß mit der Umwälzung der Universitätsverhältnisse auch alle gestauten und verhunzten emotionalen Energien entbunden und befreit werden würden.

Nein, es waren nicht nur die Erfolge bei der Abschaffung von Klausuren, der Liberalisierung von Zwischenprüfungen und der Berufung von Marx an die Uni, die das Ge-

* Redebeitrag auf einer Veranstaltung der Fachgruppe Germanistik des SHB in Marburg, Mai 1978.

fühl von politischer und emotionaler Identität entstehen ließen. Es war vielmehr auch so, daß die Energien unterdrückter Produktivität lustvoll und mit gutem Effekt für die politischen Ideale auch destruktiv ausgelebt werden konnten. Aggressivität war nicht nur zugelassen, sie war nötig und erwünscht. Die sonst anstößigen und dauernd zensierten und unterdrückten Gefühle — hier waren sie für einen Augenblick freigesetzt, ja sie beförderten die Fortschritte studentischer Politik. Das Herrschaftsprinzip der feudalistisch organisierten Universität war außerökonomische gesetzlose Gewalt. Auf diesen groben Klotz paßte nur der grobe Keil der Revolte. Die tiefe Lust, sich für die eigene Frustration durch die Vergewaltigung der bürgerlichen Gesellschaft zu rächen — hier hatte sie ein Ventil. Professoren wurden nicht erschlagen, kein Dekan genotzüchtigt, aber die Schändung der Autorität war gewaltig und überwältigend obszön war die Entblößung ihrer geheimsten Antriebe. Fast schmunzelnd übersah der sozial-liberale Staat die atavistischen Orgien der studentischen Verbrecher, die mit Kreide, Farbe und Tomaten eine der letzten Festungen einer uralten Gesellschaft schleiften.

Ich möchte den Anteil von destruktiver Emotionalität bei dieser flüchtigen Konvergenz von politischer Notwendigkeit und subjektiver Bedürfnisbefriedigung so deutlich unterstreichen, weil ihre Unterdrückung und Verharmlosung mir ein wesentlicher Grund zu sein scheint, warum die in letzter Zeit so häufig geführten Diskussionen über die Vereinbarkeit sozialistischer Politik und persönlicher Bedürfnisbefriedigung und Emanzipation so flau und vag zu bleiben scheinen. Denn, wo die Vorstellungen über den Charakter dieser persönlichen Wünsche und Bedürfnisse in den Dimensionen einer auf das Biedermeier geschrumpelten Klassizität bleiben, unaufgeklärt über das Chaos der Triebwünsche und Energien eines bürgerlich sozialisierten Menschen, wie es die Psychoanalyse uns erschlossen hat, kann nicht deutlich werden, warum Politik und Persönlichkeitsentfaltung in Widerspruch zueinander geraten sollten, warum Marx im Frühling zur Belastung wird.

So heißt also meine These zum Kapirel Politik und Emotionalität in der Studentenbewegung: Für die historisch längst überfällige und seit der Mitte der sechziger Jahre aus bildungsökonomischen Gründen dringend erforderliche Umwälzung eines Reliktes der ständischen Gesellschaft inmitten der durchrationalisierten bürgerlich-kapitalistischen war für einen Augenblick die Emotionalisierung studentischer Politik bis zum Atavismus konzidiert. Die Chance zur Abfuhr eines bedeutenden Teils auch negativer emotionaler Kräfte, die Erfahrung einer unter bürgerlichen Verhältnissen sonst nicht gedeihenden Solidarität untereinander und politische Erfolgserlebnisse ermöglichten den Studenten die Illusion von der prinzipiellen Verträglichkeit ihrer politischen Arbeit mit ihren emotionalen Bedürfnissen. —

Ich wende mich dem zweiten von der Fachgruppe zusammengestellten Komplex und damit der Frage zu, welche Gründe dazu geführt haben, gerade bei den gewerkschaftlich orientierten politischen Gruppen die politische Arbeit gegen die persönlichen Bedürfnisse und Probleme der Organisierten so sorgfältig abzuschirmen. In den Thesen der SHB-Fachgruppe steht, daß das mit der temporären Vordringlichkeit politischer Strategie zusammenhinge und seit den siebziger Jahren mit dem sich verschärfenden Leistungsdruck, der deprimierenden Berufsperspektive, der restriktiven Rigidität der Institutionen. Ich will beides keineswegs bestreiten und halte auch die polit-ökonomische Beschreibung des Sachverhalts für richtig. Einige Anmerkungen aber halte ich gleichwohl für nötig. Nicht erst die gewerkschaftlich orientierten Organisationen, son-

dern vor und mit ihnen viele Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus haben immer wieder versucht, das logische Abhängigkeitsverhältnis von gesellschaftlichen Haupt- und Nebenwidersprüchen in temporalem Sinn aufzulösen: Der emotionale Frühling als eine Prämie des politischen Winters. Die Forderung nach dem hier und jetzt, nach dem widernatürlichen Zugleich von Winter und Frühling, die utopische Provokation der Frühsozialisten im Blick auf die gewaltige Produktivkraftentwicklung durch neue Technologien, sie wurde allein von den Theoretikern des Anarchismus und ihrer spontaneistischen Gefolgschaft aufgenommen. Dabei führt die Forderung dieser widernatürlichen Gleichzeitigkeit ja ohnehin nicht zum Sabbat der Politik, sondern zuallererst einmal zu dem bewußten Leiden an der Unvereinbarkeit von politischer Arbeit und persönlicher Emanzipation.

Nach dieser Anmerkung aber möchte ich einen Punkt zur Sprache bringen, der in den SHB-Thesen kaum angesprochen, wohl aber impliziert ist: Ich meine die Vorstellungen sozialistischer Organisationen von persönlicher Identität. Ausgehend von der Identitätsdiffusion des Subjekts in der bürgerlichen Gesellschaft haben drei studentische Autoren aus dem Fachbereich 21 in einem Aufsatz über »Politik und Identität« kürzlich einige dieser Vorstellungen beschrieben und die Mechanismen erläutert, mit denen sie sich durchsetzen. Ich zitiere daraus einige Absätze:

»Das kritisch gewordene Subjekt, das sich zum Eintritt in die Organisation entschlossen hat, gibt seine Betroffenheit, nämlich seine brüchige Identität, an die Organisation ab. Von dieser erhält es eine neue Identität zurück, und zwar die, Organisations-Mitglied zu sein. Der wirkliche Mensch Paul Müller ist zum 'Genossen' o.ä. geworden. Das Resultat der individuellen Betroffenheit, das Kritisch-Sein, löst sich durch die Annahme dieser neuen Identität von der konkreten Betroffenheit als seiner Voraussetzung.

Die Abstraktheit dieser neu gewonnenen Identität erlaubt dem Subjekt das Festhalten an der Kritik, ohne den mit der Kritik verbundenen Identitätskonflikt austragen zu müssen. Das Aufbrechen der Sicherheit wird transformiert in eine neue fiktive Sicherheit. Das aber bedeutet nichts anderes als Kompensation: ein perfides Quid Pro Quo.

Indem das Individuum die Identität annimmt, die ihm von der Organisation zurückgegeben wird, erliegt es dem Schein der Organisation, seine Zerrissenheit wäre in ihr aufgehoben; der Schein der Organisation verselbständigt sich.

Damit ist der Mittel-Charakter der Organisation demontiert — die Organisation wird zum Selbstzweck. Was sie ihrem Anspruch nach leisten will, wird dadurch als bereits Geleistetes unterstellt.

War die ursprüngliche Intention von Organisation ihre eigene Aufhebung, so tritt an deren Stelle das Ziel, sich das gleichzumachen, was sich noch außerhalb von ihr befindet.

Der für den Eintritt in die Organisation verantwortliche Mangel des Subjekts wird nach außen projiziert: er erscheint als der Mangel derjenigen, die der Organisation noch nicht beigetreten sind.

Eine solche Herstellung von politischer Identität ist jedoch nichts anderes als die Stabilisierung der bedrohten bürgerlichen Identität: Sie setzt sich absolut und dringt auf die Vereinheitlichung von Nichtidentischem.« (Michael Jansen, Uwe Prümel, Peter Weingärtner: Politik und Identität. Einundzwanzig, Marburg, April 1978, H.7, 145f.)

Mir scheint diese Beschreibung recht zutreffend zu sein, und ich möchte sie um einige Überlegungen ergänzen. Ich befürchte, daß die Vorstellungen sozialistischer Organisationen über persönliche Identität oder mit anderen Worten, daß ihr Menschenbild von dem schon zitierten biedermeierlich geschrumpften Klassizismus nicht frei ist. Dazu gehört die Tendenz, die Politik gemächlich machen zu wollen durch die Verharmlosung der Widersprüche zwischen der Askese des politischen Kampfes und seiner Anforderungen an Arbeitsleistung, Disziplin und entfremdete Beziehungen zu anderen

Menschen einerseits, den persönlichen Bedürfnissen andererseits; durch ihre Verharmlosung auf ein Niveau, auf dem sie sich lösen lassen. Wie der Zahnarzt Stiche alter Meister aufhängt und Musik ins Wartezimmer spielt oder die politische Arbeit bei Tee und Kerzen beraten wird, soll das fremd und bitter gewordene Leben gleichsam in kandierter Aufbereitung genußfähig werden. Zugrunde liegt ein Menschenbild, in dem angeblich prinzipiell alles zu seiner Zeit und in Maßen seinen Platz hat.

Über die Möglichkeit der persönlichen Selbstverwirklichung entscheidet nicht zuletzt der Anspruch, den der Einzelne an das Niveau dieser Verwirklichung stellt. Die gewerkschaftlich orientierten Organisationen haben sich nach meiner Beobachtung von den Ansprüchen recht weit entfernt, die gelegentlich in der Studentenbewegung formuliert worden waren; das ist beispielsweise im erotischen Bereich festzustellen. Die Sexpol-Bewegung in den sechziger Jahren war davon ausgegangen, daß es für die Emanzipation der menschlichen Sexualität nicht genügt. »Beziehungsgespräche« zu führen, sondern daß es nötig ist, eine fortschrittliche Sexualpolitik zu entwickeln. Impulse davon sind in den Reformbemühungen der sozial-liberalen Koalition z.B. den Paragraphen 175 und 218 zu spüren. Wo ist aber gegenwärtig die sozialistische Organisation, die aufmerksam darauf geworden wäre, daß die erotischen Bedürfnisse selbst ihrer Mitglieder mit ihren sexual- und familienpolitischen Vorstellungen — wenn es sie überhaupt gibt — und es ist ein kleiner Skandal, daß es sie ausgerechnet bei den politischen Organisationen der Studentenjugend nicht zu geben scheint —, daß also diese Bedürfnisse mit der Haltung der Organisation kaum etwas zu tun haben. Und welche sozialistische Organisation würde beim Dämmern dieser Einsicht anders reagieren als mit vereinnahmender Toleranz, wenn nicht gar schulmeisternden Belehrungen über die Erfülltheit von harmonischen Zweierbeziehungen, wie sie jüngst unsäglich albern in der UZ zu lesen waren.

Das klassizistisch-biedermeierliche Menschenbild, das da impliziert ist, kann den Reichtum und die Problematik der Subjektivität nicht erfassen. Darum kann denen, die es propagieren, die Unverträglichkeit von Politik und Frühling im Grunde gar nicht bewußt werden oder von vornherein schon in so nivellierter Gestalt, daß die kleinen Unebenheiten leicht auszubügeln sind. Die Schuld liegt ja sowieso allemal bei denen, die es ähnlich klassisch menschenbildlich nicht bringen.

Der Reichtum und die Problematik der Subjektivität — dazu gehören unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen auch so zweifelhafte Dinge wie die Gewaltphantasien und die Lust am Verbrechen, an Lüge und Verstellung, gehören vor allem auch die zahlreichen offenen oder versteckten Süchte; dazu gehören alle Ausdrucksformen von Triebregungen, die keine gesellschaftliche Verwirklichung mehr oder noch nicht finden und sich deshalb nur in ostentativer sinnloser Selbstzerstörung zu Wort melden können. Sie gehören zum bürgerlichen Sozialcharakter, zum Potential von jedermann, und sie sind durch guten Willen, Organisationsdisziplin und moralistische Sprüche nicht tilgbar.

Ist nicht das Beispiel der vielfältigen Suchtformen und ihre ungewöhnliche Popularität besonders augenfällig? Sie sind unter unseren Verhältnissen ein entsetzlich logischer Ausdruck von Subjektivität, der mit den persönlichen Erwartungen an einen, der sozialistische Politik machen soll, schlechthin nicht in Einklang zu bringen ist. Die Organisationen neigen solchen Problemen gegenüber zu philiströser Verachtung oder karikativer Tantenhaftigkeit. Sie haben es vorgezogen, die randständigen Gruppen und deren Dis-

kussionen, die ja nicht das Problem, sondern dessen Symptom sind, sich selbst zu überlassen. Viel spricht etwa dafür, daß der Drogenskandal darum so populär ist, weil er von der Volksseuche schlechthin, dem schleichenden Alkoholismus und der Fernsehsucht ablenkt. Wo ist die sozialistische Organisation, die darauf aufmerksam geworden ist, daß Politik, Alkohol und Zigaretten zusammenzugehören scheinen, und wo ist die Organisation, die — einmal darauf aufmerksam geworden — darauf anders reagieren würde als mit einem alkohol- und nikotinfreien Menschenbild.

Die These, die ich formulieren möchte, könnte etwa so heißen: Gerade die gewerkschaftlich orientierten Gruppen neigen zur Vorstellung eines klassizistisch-harmonistisch reduzierten Menschenbilds, dessen Identitätsideal Widerspruchsfreiheit ist. Unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen kann dieses Ideal nur als moralisierender Schuldvorwurf denen gegenüber fungieren, deren Identität zu diffus ist, als daß sie auf den Brennpunkt der entfremdeten politischen Arbeit zu konzentrieren wären. Die Konsequenz der Organisationen könnte es sein, solche diffuse Identität zu konzedieren und die Bekämpfung ihrer gesellschaftlichen Ursachen Punkt für Punkt in die Formulierung ihrer Politik einzubeziehen; die Konsequenz der Organisierten, ihre Identität nicht an die Organisation delegieren zu wollen, sondern statt dessen eine *begrenzte Loyalität* herzustellen, deren Lebensform der ausgetragene Konflikt und Widerspruch zwischen den verschiedenen Identitäten ist, die jeder so hat und braucht und deren spannungsreiche Konstellation unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen erst Persönlichkeit möglich macht.

Ein abschließendes Wort zu den konkreten Vorschlägen zur Selbsthilfe, wie sie in dem SHB-Papier den Schluß bilden. Ja, ich halte auch die Organisation von Studienkollektiven und die Berücksichtigung studentischer Interessen und Bedürfnisse bei der Gestaltung des Lehrplans, der Seminarorganisation und der Didaktik für wünschenswert. Doch glaube ich nicht daran, daß damit der Identitätszerfall von politisch agierender und privater Person behoben oder auch nur kompensiert werden kann. Überdies haben Studien über kollektive Arbeitserfahrungen im geisteswissenschaftlichen Bereich gezeigt, daß die allzu spontane Kollektivität die persönliche Produktivität beträchtlich blockieren kann, indem sie Sperriges und Widersprüchliches, eben gerade Persönliches, schon ins Allgemeine kassiert, ehe es sich als ein Besonderes artikulieren und Selbstbewußtsein gewinnen kann. Ich will mit dieser Skepsis die Diskussion der in dem Thesenpapier vorgeschlagenen alternativen Studienformen nicht belasten, denn ich halte keinen dieser Vorschläge für schlecht. Nur dies möchte ich behaupten, daß die Verstärkung von Kollektivität und persönlicher Kommunikation die chronische Ich-Schwäche nicht beheben wird. Gerade die Stärkung des Ich ist aber ein Ziel aller Persönlichkeitsbildung. Ist sie nicht nur durch die weitestgehende und angstfreie Konzession, Ermunterung und Inanspruchnahme von Abweichung möglich überall da, wo die politischen Prinzipien von entschiedenem sozialistischem Antikapitalismus nicht in Frage stehen?

Rolf Hoffeld und Michael Kreutzer

Eine einsame Provokation

Die West-Berliner Inszenierung der »Ermittlung« von Peter Weiss und die Problematik juristischer Faschismusbewältigung

Das Nachleben des Faschismus in der Demokratie, hat Adorno einmal gesagt, sei potentiell gefährlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie. Das bezieht sich nicht nur auf Figuren wie Filbinger oder Carstens, sondern auf die Bedingungen, die eine Kontinuität ihrer Karriere erst möglich machen konnten. Diese Kontinuitätsbedingungen durch die Produktion eines bestimmten Typs von Wissen über den Faschismus in Deutschland zu sichern: das ist der objektive Sinn der justiziiellen »Vergangenheitsbewältigung« durch die NS-Prozesse in der Bundesrepublik. Ein ganz anderer Sinn also, als die gängigen Strafzweckdoktrinen uns nahelegen: weder brauchen die NS-Gewaltverbrecher resozialisiert werden, denn sie waren nie asozial, noch müssen sie »spezialpräventiv« an der Fortsetzung ihrer Verbrechen gehindert werden, noch kann im Ernst die »Generalprävention«, die allgemeine Abschreckung durch Strafandrohung also, als Mittel zur Verhinderung von NS-Verbrechen angesehen werden: denn diese wurden typischerweise unter Bedingungen begangen, die gerade die Straffreiheit des Verbrechens (wo nicht seine Honorierung) garantierten. Lediglich in der gängigen Umschreibung des »im weitesten Sinne generalpräventiven Strafzwecks« als »Bewährung der Rechtsordnung« (so z.B. Rückerl 1977, 20) deutet sich an, was die NS-Prozesse in der Tat bewirkten (und bewirken): die Rehabilitierung von Recht, Gesetz, juristischer Ideologie, der auf ihrer Grundlage funktionierenden Apparate und in ihnen agierenden Personengruppen, d.h. die Restaurierung der juristischen Infrastruktur des politischen Systems der Bundesrepublik.

In der Verurteilung der NS-Verbrecher erscheint das Recht als Garant gegen den faschistischen Terror. In Wirklichkeit gehört es zu seinen ideologischen Existenzbedingungen. Zunächst in dem allgemeinen Sinn, in dem Poulantzas diesen Zusammenhang entwickelt: daß der Staat auf Basis der juristischen Ideologie und der ihr verbundenen materiellen Techniken der Macht in einem »die Individualisierungen und Privatisierungen schafft und sich gleichzeitig als ihre Einheit und Homogenisierung konstituiert« (Poulantzas 1978, 62) und hiermit jede prinzipielle rechtliche Schranke seiner Aktivität und Übergriffe auf die Privatsphäre niederreißt, daß auch der »moderne Totalitarismus« nur das allgemeine Legitimitätsprinzip des modernen Staats in besonderer Weise aktualisiert (seine Darstellung als Repräsentant des »Volks-als-Nation«) und daß die Konzentrationslager — der Ort der Einschließung des »inneren Feindes«, der außerhalb der Nation steht — nur die gleiche Raummatrix der Macht materialisieren wie das nationale Territorium (Poulantzas 1978, 97). Tatsächlich konnten die Legitimität der »nationalen Revolution«, der Umbau der Verwaltung, die Veränderungen des Strafrechts usw. durchweg in der Sprache des Rechts begründet werden, ohne ehrenrührige Grammatikfehler, die heute noch peinlich zu sein hätten. Das Ermächtigungsgesetz galt Carl Schmitt zugleich als verfassungsrechtlich zulässig und als revolutionärer Akt der Schöpfung neuen Verfassungsrechts. Viele Weimarer Rechtslehrer folgten der Veränderung des politischen Status quo auf Schritt und Tritt, leisteten auf diese Weise einen kaum verzichtbaren Beitrag zur Organisation der Loyalität der Beamtenschaft und zur Stär-

kung der NSDAP-Führung gegenüber den einzelnen Parteigruppierungen (Jürgen Meinck 1979); und sie blieben dennoch »gute Juristen«, ein Ruf, der sich bekanntlich vielfach länger als tausend Jahre halten können.

Zu einer Kritik dieser Funktionen des Rechts ist es nicht gekommen; sie ist vielmehr verkürzt und verschoben worden zu einer Kritik des Rechts*positivismus* (Ingeborg Maus 1976 und 1978): dessen bloß formaler Rechtsstaatsbegriff, so die Legende, habe gegenüber der nationalsozialistischen Depravierung des Rechts versagt. Ein bemerkenswerter historischer Unfug nicht nur neothomistischen Ursprungs: das NS-System ist immer auch und gerade im Rückgriff auf überpositive Werte legitimiert worden. Aber auf Basis dieser Legende wurde mindestens ein Element der herrschenden Rechtsstaatsdoktrinen der NS-Zeit für die bundesrepublikanische Verfassungsinterpretation konstitutiv: die Vorstellung einer materiellen Rechtsstaatlichkeit, die vom Prozeß ihrer Herstellung durch demokratische Verfahren der Willensbildung getrennt und diesen entgegengestellt werden könne und deren Hüter heute — die Justiz ist.

So hat im Prozeß ihrer Rehabilitierung die bundesrepublikanische Justiz noch an Boden gewonnen, ein Vorgang, der wohl ohne ihre spezifische Selbstdarstellung in den NS-Prozessen kaum denkbar gewesen wäre. Diese Prozesse unterstellen kontrafaktisch die ungebrochene Fortgeltung des Strafgesetzbuches von 1933 bis 1945; sie blenden auf diese Weise das Problem der Nicht-Strafbarkeit der NS-Gewaltverbrechen zum Zeitpunkt ihrer Begehung systematisch aus; sie unterbinden also die *juristisch* einzig sinnvolle Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen, nämlich ihre Behandlung als »Staatsverbrechen« nach Maßgabe des Völkerrechts. Helmut Ridder charakterisiert die NS-Prozesse als Produktionsstätte der »amtlichen Lebenslüge der Bundesrepublik«, der »retrospektiv-fiktiven Zerlegung der konkret-historischen verbrecherischen staatlichen Einheit des 'Dritten Reichs' in einen riesigen Sockel von Normalität und einige Protuberanzen von Kriminalität« (Ridder 1979, 81). Das enorme Material, das der justizielle Ermittlungsapparat (gegen vielerlei Widerstände in den eigenen Reihen) zu Tage gefördert hat, wird durch die richterliche Argumentation in spezifischer Weise arrangiert: der Faschismus erscheint als weite Teile des bürgerlichen Lebens nicht berührendes Gewaltssystem mit einem verantwortlichen — aber nicht mehr belangbaren — Zentrum (der »verbrecherischen Führung«), in dessen vom Zwang nicht vollständig besetzten Nischen für den verbrecherischen Willen der einzelnen Täter oder Gehilfen ein eingegengelter Spielraum bestand. Die rekonstruierten kausalen Verkettungen erfassen die sozial-ökonomischen Existenzbedingungen dieses Systems und die »Verantwortung« in den Entscheidungszentren dieses Bereichs nicht. Die spezifisch juristische »reale Fiktion« des »freien Willens«, die auf dem Gegensatz von Person und Sache beruht, läßt die Frage nach den *ideologischen* Reproduktionsbedingungen des Faschismus ungestellt; »Verhetzung« und »Verstrickung« werden soweit zum Thema, wie sie den freien Willen des Subjekts *einschränken* — nicht wie sie ihn *verfassen*. Bei Prüfung der Schuld konstruiert die Urteilsbegründung jenen Spielraum, jene äußeren Einengungen des Willens, innerhalb derer wir den Angeklagten in seinen »Entscheidungen« nur noch sollen »verstehen« können; in der Evidenz dieses Verständnisses bleiben die *Ursachen* der »Entscheidung« unkritisiert: sie wird zum Ort der Identifikation oder »*symmetrischen*« *Genidentifikation* mit dem Täter und, eben in dieser Ambivalenz, mit dem Urteilspruch des Richters.

Wir können uns der Eindringlichkeit dieser Urteilssprache, die ein immer schon Ge-

sagtes nur immer neu auslegt, entziehen, wenn wir die Erinnerung wachhalten, deren Auslöschung in den NS-Prozessen besorgt werden soll: Diese Stimme hat nicht immer so gesprochen. Hierauf verweisen — »zu Recht«, wie Ridder (1978, 302f.) der linken Empörung entgegenhält — der Trotz und die Enttäuschung Filbingers: Was damals Recht war, könne doch heute nicht Unrecht sein. Die *Schuld* der NS-Verbrecher besteht ja nicht darin, daß sie ein »abweichendes Verhalten« zu verantworten hätten. Vielmehr sind es die in der machtvollen Sprache des allgemeinen Interesses aufgestellten Behauptungen, gegebenen Befehle und gesprochenen Urteile, die sich geändert haben — ein Wandel, der sich wohl nirgends deutlicher zeigen läßt als am Fall des Paul Heinz Baldus: des Befehlsgebers von einst, der im Frühjahr 1971 über den Empfänger seiner Befehle zu Gerichte saß, wenn auch nur für kurze Zeit, bis Kaul das aufdeckte, was mit einem juristischen Euphemismus »Befangenheit« heißt (Ratz u. a. 1979, 157). Nichts kritisiert diese hoch-evidente (und zugleich esoterische) Rede, die Auslegung und Anwendung des Gesetzes im Urteil besser als die vorübergehende Abwendung des Blickes auf die Fülle der Beziehungen, von denen die Prozesse schweigen: die systematisch betriebene Entidentifizierung von Wehrmacht und Nazismus durch die Alliierte Gnadenpraxis im Zusammenhang von Westintegration und Remilitarisierung, das 1956 unter maßgeblichem Einfluß der »Gnadenlobby« der Bundesregierung einsetzende »Gnadenfieber«, die beinahe aussetzende Verfolgung von NS-Verbrechen zwischen 1950 und 1960 im Zusammenhang der Rekonstruktion des westdeutschen Staats, die Verhinderung der Zusammenarbeit der Ermittlungsinstanzen mit Polen und der Sowjetunion auf der Basis der Hallstein-Doktrin, das Aussetzen der »Hinweise aus der Bevölkerung« seit 1950, die tendenzielle Zurücknahme der Verurteilungen durch die Vollzugspraxis, der Zusammenhang von Bildungsstand der Angeklagten und der Höhe der Strafzumessung, die Auswirkungen der »Zeit« auf das (abnehmende) Verhältnis von Tätern zu Gehilfen bei den faschistischen Morden ...: dann ahnt man das Netz von politischen Bündnissen und ihnen entsprechenden Ausgrenzungen bis hin zur Konstruktion des inneren Feindes (die mit einer konsequenten Ermittlung gegenüber und der Verurteilung von NS-Verbrechern so unverträglich wäre), in dessen Konstruktion das makabre Schauspiel der bundesdeutschen NS-Prozesse eingreift. Und man ahnt, wie ein Theaterstück bei dieser empfindlichen Schicht von Legitimation zum Skandal werden kann.

Peter Weiss arbeitete zur Zeit des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt am Plan eines großen Welttheaters nach dem Vorbild von Dantes *Divina Commedia*. In der »Ermittlung«, die aus diesem Plan hervorgegangen ist, bleibt deren Thema, das immer schon vollendete Ziel der Heilsgeschichte in Gott, noch travestierter Bezugspunkt des Schlüssels des Angeklagten Mulka: »Heute, da unsere Nation sich wieder / zu einer führenden Stellung / emporgearbeitet hat / sollten wir uns mit anderen Dingen befassen / als mit Vorwürfen / die längst als verjährt / angesehen werden müßten« (Weiss 1976, 448f.). Im Prozeß erscheint das Bild einer Komödie im klassischen Sinn: der Weg vom bitteren Anfang zum glücklichen Ende, der Ankunft im Paradiso (der Bundesrepublik) durch die Station des Purgatorio (den Prozeß), dessen Thema, das Inferno, so schlimm nicht gewesen sein kann, wie die anwesenden überlebenden Zeugen beweisen. Günter Zehm hatte nach dem Uraufführungszyklus 1965 das Stück in der »Welt« aus diesem Grund als einen »Akt beispielloser Geschmacklosigkeit« (Günter Zehm, *Die Welt* vom 25. 10. 65) bezeichnet. Thomas Schulte-Michels hat die »Ermittlung« als Beitrag zum dreißigsten Jahrestag der Bundesrepublik neu inszeniert, und damit, nach anfänglichen

positiven Reaktionen bei der Uraufführung in Moers, den größten Theaterskandal in der Bundesrepublik seit der Uraufführung von Hochhuths »Stellvertreter« 1963 hervorgerufen (so Paul Moor in: *The Times* vom 26.3.80). Dies, wie uns scheint, nicht ohne Grund. Denn was die »Ermittlung« zeigt, greift, wenn sie entsprechend inszeniert wird, die Grundlagen herrschender Legitimität an: ihr liegt die Komödie einer systematischen Unangemessenheit zugrunde, diejenige der Rolle des Rechts, der juristischen Ideologie als Herrschaftsinstanz, in der alle Fragen des Klassenkampfes zum Schweigen verurteilt sind und dessen Themen das Wissen immer schon in einer Weise anordnen, deren Anerkennung einer freiwilligen Subordination gleichkommt. Oder anders: sie zeigt die Repräsentationsform eines abwesenden »Subjekts«, das wie der Gott Dantes nur in seinen Wirkungen existiert, in Wirklichkeit aber der wahre »Held« des Geschehens ist. Die Themen des Strafrechts, um die es hier geht, sind das Faktum¹ und der Vorsatz², also die Räume der bürgerlichen Ratio: die Tatsachen und die Subjekte.³ Dieser Sprache der »Verschiebung« ist der gesamte Gerichtsprozeß unterworfen: er muß zeigen, daß die Angeklagten aus freiem Willen gehandelt haben (was die Möglichkeit des Befehlsnotstands einschließt), und er muß ihnen nachweisen, *was* sie tatsächlich getan haben. Er verschiebt die Frage nach der letzten Instanz auf das ausführende Subjekt: so kommt es, daß Mitglieder der Lagerverwaltung als Zeugen auftreten können, weil ihnen eine »Tat« nicht nachgewiesen werden kann. Und so kommt es, daß das Lager als Faktum bereits vorausgesetzt ist, bevor der Prozeß beginnt. Wieso Konzentrationslager entstehen, ist kein juristisches Thema. Ein juristisches Thema ist, wie sich die Subjekte innerhalb der bereits vorausgesetzten Umstände verhalten haben. Die »Ermittlung« ist das Schauspiel einer systematischen De-Thematisierung der Frage nach den kapitalistischen Voraussetzungen des Faschismus, und die Rolle der Zeugen der Anklage ist es, ob sie es wollen oder nicht, diese Verschiebung, die zugleich ein Legitimationsprozeß ist, zu bestätigen: »Nur wenige waren es, fast verschwanden sie / vor der Übermacht derer, denen sie entkommen waren und die breit / über ihnen thronten und jedes ihrer Worte in Frage stellten und gegen sie / drehten, als seien immer noch sie es, die Wenigen / die verurteilt werden sollten« (Weiss 1965, 109).

Jeder Versuch einer Inszenierung, die sich symmetrisch zur Form des Gerichtsprozesses verhält, also die klassische Kontrapunktik von Schuld im Konflikt von Recht und Verbrechen, in den Mittelpunkt rückt, muß deshalb ihr Ziel verfehlen. In der »Ermittlung« geht es nicht so sehr um das, was in ihr thematisiert wird, als um das, was in ihr verschwiegen werden soll: sie hat keine »Zentralperspektive«, die konzentrisch auf das (in jedem Fall: juristische!) Subjekt zuläuft und ihm bestätigt, daß diese Welt die seine ist. Eine symmetrische Inszenierung würde aus diesem Grund einen Identifikationsprozeß mit der juristischen Ideologie produzieren, indem sie das Drama der juristischen Thematik zu dem der letzten Fragen erklärt. Sie würde außerdem nach dem problematischen Modell der aristotelischen Katharsis einen Effekt des »Gerechten« beim Zuschauer auslösen: durch die Identifikation mit den Helden, die Affekte des Mitgefühls auslöst, wird der Zuschauer in den Status eines Richters versetzt, aber damit auch in den Zustand eines Gerechten, der mit der Waage der Justitia aller Probleme Lösung bereits in der Hand hält. Er verändert möglicherweise sein Bewußtsein, aber nicht die illusionäre Vorstellung seines Bewußtseins (vgl. dazu auch: Roudinesco 1977, 227), in diesem Falle die Zentralperspektive der juristischen Ideologie. Erwin Piscators Inszenierung in der »Freien Volksbühne« 1965 ist dieser Gefahr nicht entgangen, ein Resultat

übrigens der dramaturgischen Konzeption Piscators überhaupt, welche die Zentrierung des Theaters in der dramatischen Zeit, trotz des Einbaus von Elementen der Montage, der Revue, des Films, im wesentlichen beibehält. Piscators Dramaturgie ist nicht De-Zentrierung, sondern »Steigerung«.⁴ Ebenso die Inszenierung von Perten in Rostock 1965: die höhnische Rede Mulkas am Ende (die Verkündung des Paradiso) fällt weg zu Gunsten des vom Chor der Angeklagten vorgetragenen Berichts über die Gesamtzahl der Verfolgten und Ermordeten (vgl. Haiduck 1977, 152). Im Parkett sitzt, erschüttert, der gerechte Zuschauer. Einer anderen Problematik hat sich die Inszenierung des »Living Theatre« ausgesetzt: derjenigen der anthropologischen Reduktion im Sinne Artauds.⁵ Die Gewalt des Körpers und des Schreis des »Théâtre de la Cruauté« beruht auf einer »symmetrischen Umkehr« des Signifikanten (Foucault 1974, 137). Ein *Leeres Erschrecken*: »Das Hinstarren aufs Unheil hat etwas von Faszination. Damit aber auch etwas vom geheimen Einverständnis« (Horkheimer/Adorno 1947, 275). Eine gelungene Inszenierung muß, wenn sie diesen Gefahren entgehen will, sich »asymmetrisch« zum Prozeß und der juristischen Thematik verhalten, d.h. sie muß einen De-Identifizierungseffekt auslösen, der nicht auf ein leeres »Draußen« (im Sinne Foucaults: außerhalb des Signifikanten) zielt, sondern die Frage nach den die »Handlung« determinierenden Strukturen zuläßt. Thomas Schulte-Michels ist, so meinen wir, eine solche Inszenierung gelungen, wenn auch teils in Gegensatz zu seinen eigenen Kommentaren. Aber auf dem Theater zählt nicht die Semantik der Theorie, sondern die Semantik der Regie und des Spiels.

Die Vorgänge, um die es hier geht, bieten keine stoffliche Sensation. Sie sind, jedenfalls im wesentlichen, bekannt (was nicht heißt, daß sie erkannt wären). Aber um die Vorgänge geht es nicht. Das Stück ist kein Stück über Auschwitz (wenn so etwas möglich wäre). Es ist nicht einmal ein Stück über den Frankfurter Prozeß. Es ist ein Stück über das, was man hierzulande »Bewältigung der Vergangenheit« nennt. Der Zuschauer hat das Stück als eine Revue erlebt, auf einem Laufsteg, mit geschminkten Gesichtern, Masken, starkem Körperausdruck, lasziver Erotik, Rollentausch zwischen Angeklagten und Opfern, Barmusik, am Ende die lallende Verkündung des Paradiso durch eine besoffene Partygesellschaft, wie in einem Bild von George Grosz, auf einem schwarzen Samtsofa (vgl. Abb), dazu: »sag zum Abschied leise Servus...«. Also eine Aufführung mit stark pointierten »Chocs«, zu denen die »Zeit« böswillig meinte: »das typische Produkt eines Provinztheaters, das mit starken, platten Bildern jenes Aufsehen erregen möchte, das es mit diskreteren, differenzierteren Bildern nimmermehr fände« (Benjamin Henrichs, Die Zeit vom 27.3.80). Aber, Transparenz eines Ausgrenzungsversuchs unter vielen: die Chocs sind mit Bedacht und präzisiertem Ziel eingesetzte Mittel. Der Zuschauer erkennt nichts wieder in diesem Stück, weder sich selbst noch die ihm bisher so klare Evidenz seines Rechtsstaats. Das stört. Es wird ihm zugemutet, die Verhandlung als eine Komödie zu erleben, von der Position eines Varieté-gasts aus, der freudig sich daran goutiert, und, sei es auch nur in der Form einer »Verneinung« (im Freudschen Sinn), die Kontingenz seines eigenen Voyeurismus im unschuldigen moralischen Bewußtsein zur Kenntnis nehmen muß. Es wäre jedoch falsch, den Effekt der Inszenierung darauf zu reduzieren. Nicht nur die Kontingenz eines sadistischen Bodensatzes in anthropologischer Optik wird transparent (das auch), als vielmehr die Mechanismen der Verinnerlichung faschistischer Gewalt, das Nachwirken einer niemals verarbeiteten Vergangenheit, ein Verdrängungsprozeß, welcher nicht zuletzt der Ver-

schiebung auf die juristische Ebene sich verdankt. Die Rechtsform, mit den peniblen Praktiken der Ermittlung, ist es, die diesen Voyeurismus erst möglich macht. Darüber hinaus ist sie es, die *in einem* De-Thematisierung, Verschleierung und Legitimitätsstiftung ist. Thomas Schulte-Michels hat so konsequent alle Figuren als Masken auf die Bühne gebracht und auf diese Weise, verbunden mit der Technik des Rollentauschs, die Zentrierung des Stücks in den Protagonisten und ihrem Drama unmöglich gemacht. Die Maske verfremdet den »Gestus« des Schauspielers und zerstört sein »Gesicht«, in dem der Zuschauer, als seinesgleichen, sich wiederzuerkennen vermag. »Die humanistisch-religiöse Funktion des Gesichts«, schreibt Althusser zu Recht, »ist, der Sitz der 'Seele', der Subjektivität zu sein, und deshalb der sichtbare Beweis der Existenz des menschlichen Subjekts« (Althusser 1966, 117). Was »sehen« wir? Subjekte, »Personen«, dargestellt durch wechselnde Schauspieler, die sich selbst als Masken zu verstehen geben: d. h. die auf etwas anderes als sich selbst als ihre Wahrheit verweisen. In der Inszenierung von Schulte-Michels fehlt dem Stück die klassische Kontrapunktik der Schuld im Konflikt von Recht und Verbrechen, als Zentrum der juristisch-ideologischen Welt. Oder: sie fehlt ihm und sie fehlt ihm nicht. Sie ist anwesend auf der Ebene des Dramas, des »Texts«, in dem die Zeugen von den Verbrechen im Lager berichten und die Angeklagten die ihnen zugewiesene Rolle (in dubio pro reo) spielen. Peter Weiss hatte in der Textvorlage durch Interferenzen zwischen der Zeit des Prozesses und der Zeit des Lagers eine Konfrontation zwischen Prozeß und historischer Wirklichkeit beabsichtigt, die zu symmetrischen Vereinseitigungen geradezu einladen kann (denn die dieser Konfrontation inhärente Problematik kann immer noch juristisch gelöst werden). Thomas Schulte-Michels folgt hier einem anderen Konzept: die Zeit des Prozesses interferiert mit der Zeit des Varietés, wodurch sie, als Zeit, eine ganz andere Rolle zu spielen beginnt. Daher kommt es, daß man an allen Punkten, an denen die Zeugen der Erschütterung ihrer Erinnerung Ausdruck zu verleihen versuchen, den Eindruck hat, daß sie sich in einem Gehäuse befinden, aus dem die Schreie nicht nach außen dringen können. An diesen Punkten löst sich das Stück in Komödie, Lachen, Laszivität, schwüle Erotik auf. Die Gestik der Verzweigung ist an diesen Punkten »überdeterminiert« durch den Gestus der Komödie, die außerhalb der dramatischen Zeit des Stücks, gewissermaßen im Raum verläuft und auf die abwesende Struktur einer Gesellschaft »verweist«, die am Anfang dieselbe war wie am Ende. Deren Zeit ist eine andere als die der handelnden Subjekte. Sie übergreift sie alle, während sie sich in dem Wahn befinden, ihr zu entrinnen, oder besser *in ihr* zu entrinnen. Hier auch wäre die Funktion des Rollentauschs von Angeklagten und Opfern anzusiedeln, nicht in ihrer subjektiven Austauschbarkeit, etwa, daß die Zeugen als Opfer unter anderen Bedingungen ebenso hätten die Täter sein können oder umgekehrt, sondern, daß sie in einem Spiel der juristischen »Aufarbeitung« noch einmal verwertet werden. Sei es, als Beweis der Möglichkeit des Überlebens in den Lagern, deren »menschliche« Dimension posthum noch dadurch bewiesen wird, daß die Endlösung nicht perfekt funktioniert. Oder sei es in der unerträglichen Rolle, die den Zeugen der Anklage zukommt, den Schergen des Lagers ihre Schuld nachweisen zu müssen, denen, die alles daran gesetzt hatten, das Unternehmen so perfekt zu organisieren, daß es anschließend nichts mehr nachzuweisen gab.

Dem Zuschauer, der das mit ansieht, wird eine unmögliche Identifikationsforderung auferlegt: er soll sich in dem wiedererkennen, der das so schlaue ausgeklügelte hat und sich an dem schönen Ablauf dieser Komödie jetzt deklariert, der beide, Angeklagte



Auf dem Foto von links: Hans Klaus, Irm Hermann, Karl-Heinz Müller (liegend), Wolfgang Bathke, Nora Bending, Günter Fischer, Magdalena Montesuma
Foto Ilse Buhs/Jürgen Remmler

und Zeugen, als Marionetten in einem Spiel Revue passieren läßt, dessen Akteur und eigentlicher Urheber er selbst ist. Er gerät in die Rolle der zynischen Bourgeoisie, die ihre Hände reinwäscht mit dem Verweis auf die letztinstanzliche Täterschaft (die an einem Punkt des Stücks letztinstanzlich sogar den Funktionshäftlingen zugemutet wird), eine Rolle, die er so ohne weiteres nicht glaubt, weil er seinen Herren solches nicht zutrauen will. Oder er will es »seinem« Staat, dem Rechtsstaat, nicht zutrauen, daß er solche Verdrängungen vollbringt im Medium der eigenen Legitimitätsideologie. Er will die a-priorische Komplizenschaft der juristischen Subjekte nicht glauben, die sich gegen ihren Willen (jedenfalls den der Zeugen) vollzieht. Ein klares Bewußtsein, das »seine« Faschismusbewältigung bereits vollbracht zu haben glaubte, sieht seine Evidenzen in Frage gestellt in einem Raum ungelöster Probleme: der unbewältigten Vergangenheit in ihm selbst und der Frage nach den Schuldigen »hinter« den eigentlichen Tätern. So ist es auch konsequent, daß diese Inszenierung keine Helden kennt. Der Zuschauer soll sich nicht in der narrativen Zeitabfolge und ihrer Dramatik verlieren, er soll einen Blick auf die Ränder richten, einen »metonymischen« point-of-view gewissermaßen.⁶ Er soll nicht gereinigt werden wie im Arraud-Theater, das sich als »Krise« versteht oder im aristotelischen Theater, das aus therapeutischen Gründen das Wort freiläßt, indem es das Handeln verbietet (dazu Roudinesco 1977, 224). Ihm soll eine latente Struktur sichtbar gemacht werden, die das Handeln der Protagonisten bewegt, aber gerade deshalb, als latente Struktur, in Personen nur darstellbar ist, soweit sie alle einschließt und über sie hinausgeht (dazu auch: Althusser 1966 und 1974). Diese Struktur ist diejenige, die im Recht repräsentiert wird und durch die das Recht sich bewegt: unsere Gesellschaft. Treffend (und treffender als viele andere) bemerkte denn auch der »Demokratische Klub Berlin«, ein Verein rechter Professoren, es gehe der Inszenierung darum, »die Justiz der Bundesrepublik lächerlich machen zu können« (Berliner allgemeine jüdische Wochenzeitung vom 4.4.80). Nicht die Justiz der Bundesrepublik, sondern die Justiz überhaupt, soweit, allerdings auch nur insoweit, als sie eine systematische Unangemessenheit gegenüber dem Problem des Faschismus produziert und produzieren soll. Hier kann man sich allerdings der öffentlichen Reaktionen schon immer sicher sein, denn der Unterschied zwischen dieser Inszenierung und beispielsweise Hochhuths »Juristen«, die ursprünglich auf dem Programm stehen sollten, ist ungefähr derselbe wie der zwischen Holbach und Voltaire: ob man die Religion oder nur die Priester kritisiert.

Anmerkungen

- 1 In diesem Sinne hat Michel Foucault nachgewiesen, daß die Gerichtsform der Ermittlung das Modell empirischer Wissenschaften durch die für sie typischen Praktiken der Fragestellung begründete. Michel Foucault: Straftheorien und Strafinstitutionen. in: Angèle Kremer-Marietti: Michel Foucault — Der Archäologie des Wissens, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1976, 200.
- 2 »Zugerechnet kann mir das werden, was in meinem Vorsatz gelegen hat, und beim Verbrechen kommt es vornehmlich darauf an.« G. W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, Frankfurt/M. 1970 (Werke Bd. 7), 216 (§115 Zusatz).
- 3 Und ein Angriff auf diesen ideologischen Raum ist alles andere als ein Nebengefecht. Wie Althusser schreibt: »Es genügt, gewöhnliche Rechts- und Jurisprudenzlehrbücher aufzuschlagen, um sehr deutlich zu sehen, daß das Recht, das in einmaliger Weise mit seiner Ideologie zusammenfällt, weil es sie braucht, um 'funktionieren' zu können, daß also die juristische Ideologie in letzter Instanz und zumeist in überraschend durchsichtiger Form die Basis jeder bürgerlichen Ideologie ausmacht. (...) Die herrschende, klassische bürgerliche Philosophie (samt ihren Nebenprodukten, auch den neueren) baut auf der juristischen Ideologie auf, und ihre 'philosophischen Objekte' (die Philosophie hat kein Objekt, sie hat *ihre* Objekte) sind juristische Kategorien bzw. Gegenstände: das Subjekt, das Objekt, die Freiheit, der Wille, das Eigentum (die Eigenschaften), die Repräsentation, die Person, die Sache usw.« (Althusser 1975, 51)

- 4 »Steigerung der privaten Szenen ins Historische« (Piscator 1979, 133).
- 5 Artaud verlangt vom Theater »der Wahrheit entsprechende Traumniederschläge« (Artaud 1979, 98), den diabolischen Bodensatz des Unbewußten.
- 6 Roman Jakobson gibt das folgende Beispiel eines metonymischen point-of-view: »so ist in Chaplins 'Pariserin' kein Eisenbahnzug zu sehen, wir nehmen aber seine Ankunft nach den Reflexen der aufgenommenen Menschen wahr.« (Jakobson 1979, 199)

Literaturverzeichnis

- Althusser, Louis*, 1966: »Crémonini, peintre de l'abstraction«, in: *Démocratie Nouvelle*, 1966, Nr. 8, 105-120.
- Althusser, Louis*, 1974: Bertolazzi und Brecht. Bemerkungen über materialistisches Theater, in: *Alternative*, 17.Jg. (1974), 130-143.
- Althusser, Louis*, 1975: *Elemente der Selbstkritik*, Westberlin.
- Artaud, Antonin*, 1979: *Das Theater und sein Double*, Frankfurt/M.
- Breitbach, Michael/Friedhelm Hase*, 1980: Die neue Rechte im Verfassungsrecht, in: *Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Argument-Sonderband AS 51*, Berlin/West, 60-74.
- Foucault, Michel*, 1974: »Das Denken des Draußens«, in: *ders.: Schriften zur Literatur*, München 130ff.
- Haiduck, Manfred*, 1977: *Der Dramatiker Peter Weiss*, Berlin/DDR.
- Hegel, G.W.F.*, 1970: *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Frankfurt/M.
- Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno*, 1947: *Dialektik der Aufklärung*, Amsterdam.
- Jakobson, Roman*, 1979: *Poetik*, Frankfurt/M.
- Kruse, Falko*, 1978a: NS-Prozesse und Restauration — Zur justiziellen Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen in der Bundesrepublik, in: *Kritische Justiz* 1978, 109ff.
- Kruse, Falko*, 1978b: Zweierlei Maß für NS-Täter? Über die Tendenz schichtenspezifischer Privilegierungen in Urteilen gegen nationalsozialistische Gewaltverbrecher, in: *Kritische Justiz* 1978, 236ff.
- Ladeur, Karl-Heinz/Friedhelm Hase*, 1980: *Verfassungsgerichtsbarkeit und Politisches System*, Frankfurt/M.
- Maus, Ingeborg*, 1976: Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus. Zur sozialen Funktion und aktuellen Wirkung der Theorie Carl Schmitts, München.
- Maus, Ingeborg*, 1978: Entwicklung und Funktionswandel der Theorie des bürgerlichen Rechtsstaats, in: Mehdi Tohidipur (Hrsg.): *Der bürgerliche Rechtsstaat*, Bd.1, Frankfurt/M., 13ff.
- Meinek, Jürgen*, 1979: Die nationalsozialistische Machtergreifung und die deutsche Staatsrechtswissenschaft, in: *Demokratie und Recht* 2/1979, 153ff.
- Pêcheux, Michel*, 1974: *Les vérités de la Palice*.
- Piscator, Erwin*, 1979: *Das politische Theater*, Reinbek.
- Poulantzas, Nicos*, 1978: *Staatstheorie*, Hamburg.
- Ratz, Michael u.a.*, 1979: Die Justiz und die Nazis. Zur Strafverfolgung von Nazismus und Neonazismus seit 1945, Frankfurt/M.
- Ridder, Helmut*, 1978: Der Film und sein Miljöh. Versuch über Faktoren der veränderten Selbstdarstellung des gewöhnlichen Anti-Demokratismus, in: *Demokratie und Recht* 3/1978, 301ff.
- Ridder, Helmut*, 1979: Aufhebung der Mordverjährung? Eine falsche Fragestellung, in: *Demokratie und Recht* 1/1979, 77ff.
- Roudinesco, Elisabeth*, 1977: Katharsis, Verfremdung, Identifizierung, in: Karlheinz Barck, Brigitte Burmeister (Hrsg.): *Ideologie-Literatur-Kritik. Französische Beiträge zur marxistischen Literaturtheorie*, Berlin/DDR, 221ff.,
- Rückerl, Adalbert (Hrsg.)*, 1977: *Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse*, München.
- Schöttler, Peter*, 1980: Friedrich Engels und Karl Kautsky als Kritiker des »Juristen-Sozialismus«, in: *Demokratie und Recht* 1/1980, 3ff.
- Weiss, Peter*, 1965: Vorübung zum dreiteiligen Drama divina commedia, in: *Akzente* 12.Jg. (1965), H.2, 100ff.
- Weiss, Peter*, 1976: Die Ermittlung, in: *ders.: Stücke I*, Frankfurt/M., 157ff.

Krankheit und Metapher

Zu Susan Sontag *Gesellschaftskritik**

Susan Sontag kritisiert die populären Vorurteile und Krankheitstheorien, die nicht nur den Entstehungsgrund, die Ursache von Krankheit in gesellschaftlichen — und im boshaftesten Fall ins individuell Psychologische gewendeten — Konflikten suchen, sondern auch ihre Erscheinungsform in einer Sprache beschreiben, wie sie gemeinhin zur idiosynkratischen Darstellung konfliktgeladener gesellschaftlicher Prozesse verwendet wird. Susan Sontag nennt das Mythologie: Krankheit wird veranschaulicht und erklärt durch etwas, was mit ihr allenfalls höchst vermittelt zu tun hat. Gleichzeitig wird sie zur griffigen Metapher für eine irrationale, auf irrationale Reaktionen zielende Darstellung gesellschaftlicher Widersprüche. Der Krebs ist der Feind der Gesellschaft. Der gesellschaftliche Gegner, die gegnerische Ideologie ist wie ein Krebsgeschwür.

Was Krankheit — und im besonderen Fall Krebs — ist, darauf verweigert Susan Sontag die Antwort, vordergründig sicher aus Angst vor neuer, schlimmerer Mystifizierung, der ganzen Dynamik ihrer Argumentation nach freilich, weil es ihr in Wirklichkeit um etwas anderes geht als um das, was wir unter der Bezeichnung Krankheit als gesellschaftliches Schicksal erleben. Oberflächlich wahrte sie zwar die aufklärerische Attitüde gegenüber der Krankheit, die sie in eine kritikwürdige Ideologie und einen Anerkennung heischenden organologisch massiven Befund konventionell zerlegt. Dahinter steht aber keineswegs mehr die listige aufklärerische Hoffnung, die Ideologiekritik werde die Institutionen selber, indem sie ihnen die Legitimation entziehe, ins 'Rutschen' bringen, vielmehr die eher verzweifelte, durch ein rigoroses Zurückdrängen der Ideologie sich um jeden Preis einen ideologiefreien Lebensbereich zu erkämpfen, selbst um den Preis, daß dieser Lebensbereich eine »schreckliche Krankheit« (38) ist.

Was das heißt — etwa im Vergleich zur Aufklärung, die die Wirklichkeit für kritikfähig, d.h. für nicht nur prinzipiell vernünftig, sondern auch durchschaubar hielt —, kann man nur ermessen, wenn man bedenkt, daß Susan Sontag keineswegs die ideologische Vernebelung von etwas im Auge hat, was an sich ganz »einfach nur als Krankheit« (8) existiert, sondern daß sie eine durchaus prinzipielle Vernebelung meint, hinter der sich nichts mehr verbirgt und von der sie lediglich etwas, was sie Krankheit nennt, ausgenommen sehen möchte. Konsequenter redet sie auch gar nicht von Ideologie, bzw. von ihr bloß als von ihrer versteinerten Form, als Metapher.

Als Metapher, in der konventionell aufklärbaren, philologischen Bedeutung des Begriffs, funktioniert die von Susan Sontag kritisierte gesellschaftliche Vernebelung nur in Bezug auf die Krankheit, die freilich selbst bloß eine aus der vernebelten Gesellschaft mühsam ausgegliederte, abstraktiv gewonnene Größe ist. Verglichen mit der Krankheit als dem naturhaften Restbestand einer in den entmischten Formen von »schrecklicher Krankheit« (38) und »grauenhaften Metaphern« (5) sich darstellenden Gesellschaft verkörpert die Metapher das falsche Bewußtsein, hinter dem sich vermeintlich ein intakter Sachverhalt verbirgt und das durch die reine Anstrengung der Kritik und zum höheren

* Alle Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf Susan Sontag: *Krankheit als Metapher*. 2. Aufl., München 1980. Der Beitrag erscheint ebenfalls in *Courage* 2/1981.

Nutzen der Sache selbst als Schein entlarvt werden kann. Da es aber den reinen Sachverhalt, in unserem Fall die »nur-Krankheit« oder Krankheit als solche, nicht gibt, verbleibt das aufklärerische Unternehmen ganz und gar im Bereich der Illusion. Nicht nur fällt der Verdacht des Scheins auf die von Susan Sontag als der Inbegriff einer »ehrlichen« (5) Lebensform gepriesene Krankheit zurück, der Schein selbst, die Metapher, stellt sich als keineswegs bloßes Manipulationsinstrument der Gesellschaft, als Metapher vielmehr für den zum »Grauenhaften« tendierenden Zustand des gesellschaftlichen Ganzen heraus.

Als Synonym für das gesellschaftliche Ganze sagt die Metapher vor allem etwas über den Zusammenbruch der Erkenntnisbeziehung zwischen Subjekt und Gesellschaft aus. Gesellschaft *ist* Metapher, ist keine Wirklichkeit mehr, die vom Subjekt durchschaut werden kann, zu der das Subjekt sich vielmehr bloß noch metaphorisch, als zu einer in ihrer Undurchdringlichkeit »grauenhaften« als-ob-Wirklichkeit verhält, in der es bloß noch hermiinterpretiert, bloß nicht um plan von ihr überwältigt zu werden. Keine Frage, daß eine solchermaßen undurchdringliche Wirklichkeit zur Interpretation von Krankheit nicht taugt — zumal dann, wenn, wie die »populären Mythologien« (19), die sich an den Krebs heften, bezeugen, diese Krankheit nichts anderes als ein Bestandteil und getreuer Reflex eben dieser gesellschaftlichen Undurchdringlichkeit ist. Susan Sontag geht es denn auch vorrangig darum, gegen diesen von den »populären Mythologien« erzeugten Schein einer universalen und selbst vor der Krankheit nicht haltmachenden Herrschaft der Metapher die Krankheit mit ihrer vermeintlich unbezweifelbar unmetaphorischen Naturbasis als einen Residualbereich für eine unzweideutige, einfache, wenn auch leidende Subjektbeziehung in Anspruch zu nehmen und gegen alle Versuche einer gesellschaftlich metaphorischen Indienstnahme zu schützen. Dabei kommt es ihr keineswegs darauf an, eine richtigere Interpretation, als sie die »populären Mythologien« in ihrer verständnislosen Unmittelbarkeit und unmittelbar gesellschaftlichen Präokkupation vorbringen, zu liefern, sondern ausschließlich darauf, Interpretation als Bestandteil und Agent des globalen Verblendungszusammenhangs, die sie Metapher nennt, zu verhindern. »Aufklärung« von »Metaphern und Befreiung von ihnen« (5) ist ihr erklärtes Ziel. »Zeigen« will sie nicht, was Krankheit ist — auch wenn diese Absicht sozusagen als geheimes Versprechen wie immer unterschwellig die Beziehung der Leser zu ihrem Buch bestimmt — »zeigen« will sie nur, »daß Krankheit *keine* Metapher ist und daß die ehrlichste Weise, sich mit ihr auseinanderzusetzen — und die gesündeste Weise, krank zu sein — darin besteht, sich so weit wie möglich von metaphorischem Denken zu lösen, ihm größtmöglichen Widerstand entgegenzusetzen« (5).

Wie wenig Susan Sontag selbst auf dieses Residuum, das sie Krankheit nennt, baut, erhellt aus ihrer Einschätzung nicht der Heilungschancen der Krankheit, sondern der Bedeutung, die diesen Heilungschancen im Rahmen einer Gesellschaft zukommt, in der die Krankheit die einzige unverstellte Beziehung der gesellschaftlich vereinnahmten Subjekte verkörpert. Susan Sontag macht keinen Hehl daraus, daß die Konsequenzen, die sich aus der Heilung des Krebs für die gesellschaftlich unter unerhörten Druck gesetzten Subjekte ergeben, nur fatal sein können. Denn wenn das Subjekt nur als krankes der gesellschaftlichen Verstörung entrinnen und so etwas wie eine intakte, »ehrliche« Objektbeziehung — zu seiner Krankheit nämlich — aufbauen kann, dann kann es seine Heilung nur als eine Zerstörung dieser intakten Objektbeziehung, bzw. die

Überwindung der Krankheit als ganze nur als Zerstörung der Möglichkeit überhaupt von Residualbeziehungen und Etablierung der totalen Herrschaft der Metapher ansehen. Susan Sontag meint das gar nicht zynisch, sondern vielmehr resignativ. Keineswegs will sie etwa, daß der einzelne nicht gesund und die Gesellschaft nicht insgesamt vom Krebs befreit werden solle. Sie geht lediglich davon aus, daß der Krebs in dem Moment, wo er überwunden, geheilt sein wird, zu erkennen geben wird, daß er gar nicht das Gemeinte, sondern auch nur eine Metapher war und daß es daher illusorisch war, auf ihn zu bauen. »Die Krebsmetapher«, stellt sie abschließend fest, »wird überholt sein, lange ehe die Probleme, die sie so beredt reflektiert, gelöst sein werden« (93/94). Die ideologiekritische Emphase, mit der sie auf die ideologische Funktion der »Krebsmetapher« verweist, sollte freilich nicht übersehen lassen, wie sehr bei ihr selber der unverstellte, mutige Blick auf die Krankheit ein Ersatz für den eigentlich notwendigen Blick auf die gesellschaftliche Realität ist, die sie als »grauehafte Metapher« ebenso plastisch beschwört wie nachhaltig dem Begreifen — auch dem eigenen — entzieht.



Hrsg. v. Frigga Haug
Alltagsgeschichten und Entwurf einer
Theorie weiblicher Sozialisation.
Rezensionen.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)



Überregionales Frauenprojekt:
Vorschläge für forschendes Lernen
und kollektive Forschung;
Erfahrung und Erkenntnis;
Familie und Politik; Erziehung
zur Weiblichkeit; Strategien
zur Frauenbefreiung.

SH 44

63 S.; 5,00 DM

Jörg Hallerbach

Alternativen zur kapitalistischen Technik Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (5)*

»Kritische Technik«, »alternative Technik«, »angepasste Technik«, »ökologische Technik« — dies alles sind durchaus keine Synonyme. Die eine Grenze verläuft zur Kriegstechnologie bzw. zur Kritik kapitalistischer Technikverwertung: an den bundesdeutschen Hochschulen gab es 1968/69/70 mehrere Projektgruppen »kritische Technik« und ein überregionales Zirkular: Technologische Korrespondenz (herausgegeben von der Projektgruppe Technologie an der TH Darmstadt). Außerdem den VDS-Projektbereich »Kriegsforschung«, der den Zusammenhang der Produktion chemischer Kampfstoffe während der Nazizeit (im IG-Farben Konzern), den heute produzierten Herbiziden sowie die Verwendung von Entlaubungsmitteln im Vietnamkrieg aufzeigte.^{117:161}

Mit der Professionalisierung der Kritik schlossen sich wissenschaftliche Untersuchungen über die »Rolle der technischen Intelligenz im Spätkapitalismus«⁸ an; das Selbstverständnis der Ingenieure wurde ins Wanken gebracht, doch die Technik selbst blieb unproblematisch. Hierher gehören, um nur die wichtigsten zu nennen, einerseits die Arbeiten von *Hortleder*^{68:69}, *Ludwig*¹⁰⁴ und *Kogon*⁸⁵, andererseits die mehr theoretisierenden von *Bloch*¹³, *Marcuse*¹⁰⁵, *Bahr*^{6:7}, *Hirsch*⁶⁹, *Sohn-Rethel*¹⁴⁷ und *Vahrenkamp*.¹⁵⁴ Bei Bloch und Marcuse und insgesamt dann in der »Frankfurter Schule« (wozu in unserem Zusammenhang noch *Horkheimer*⁶⁷, *Adorno*¹, *Habermas*⁵⁴, *Schmidt*¹³⁹ und *Bulthaup*²⁷ zählen) gibt es zumindest die Ahnung einer anderen Naturwissenschaft und einer alternativen Technik, so daß nicht mehr nur die Anwendung bzw. die Verfügung interessiert.

Präzisiert wurde die Idee in zwei Diskussionszusammenhängen, die sich ebenfalls bis in die Frühzeit der Studentenbewegung zurückverfolgen lassen. Der eine ist unter dem Stichwort »Humanisierung der Arbeitswelt« zu fassen. Einen wesentlichen Anstoß hierzu gab die grundlegende Studie von *Kern/Schumann*⁸⁰ und dann natürlich das gewerkschaftliche Engagement⁷², das wiederum zur breiten Rezeption von im Ausland, insbesondere den USA¹⁵³, Frankreich⁴⁷ und den nordischen Ländern¹¹⁸ geführten Diskussionen beitrug. Hinzu kam die damals wie eine Bombe eingeschlagene Botschaft von den »Grenzen des Wachstums«¹⁰⁶: Von jetzt ab war Zukunft nicht mehr nur rosig.¹⁰⁷ Regionale und globale Belastungsmodelle hatten gezeigt, daß die Technikentwicklung der Vergangenheit nicht mehr lange ungestraft fortgeführt werden kann, daß Alternativen gefunden werden müssen. Und zwar in Wissenschaft *und* Technik. Die Umweltschutzbewegung erweiterte sich und suchte nach »soft paths« statt harter Atomwirtschaft¹⁵¹ und Großchemie.^{57:58:56:84} Dies wiederum beeinflusste die staatliche Forschungspolitik.³²

Der zweite Diskussionszusammenhang kam aus der Imperialismusdebatte und brachte eine Problematisierung der technologischen Entwicklung in der Dritten Welt. Hier wurde vor allem das Kibbuzsystem in Israel⁷⁴, die Ujamaa-Dörfer in Tansania^{61:119} und die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land sowie von Kopf- und Handarbeit im maoistischen China³³ rezipiert; außerdem das »Modell Jugo-

* Fußnoten bezeichnen die Titel im Literaturverzeichnis am Ende der Kommentierten Bibliographie.

slawien« — verallgemeinert: die Mikroökonomie der Selbstverwaltung^{75:160} und die Makroökonomie des Geschenks.^{20:22} An diesen Strang schließen sich nahtlos die Ideen einer »angepaßten Technik« für die Dritte Welt an — aus den Ideen ist eine ganze Wissenschaft geworden¹⁶⁹, die freilich von den betroffenen Ländern nur schwer akzeptiert wird. Man befürchtet einen »Second Hand Imperialismus« und will doch lieber statt der »zweitbesten« die »effizienteste« Technik. Warner hierzulande befürchten, daß mit der angepaßten Technik nur das Tor zur industriellen Ausbeutung in großem Maßstab geöffnet werden soll, daß wir »die in Kreide getauchte Wolfspfote des industriellen Gigantismus mit der Geispfote der aufkeimenden Hoffnung auf eine befreite Technik in einer befreiten Gesellschaft verwechseln«. Wie dumpf noch die Vorstellung von einer »befreiten Technik« ist, zeigt *der* Vertreter unserer Subkultur, *Rolf Schwendter*, wenn er sie als »Synthese der elektronischen Produktionsform und Rückkehr zur ostasiatischen Naturphilosophie auf höherer Stufe«¹⁴⁵ bloß ahnt. »Befreite Technik« — wovon befreit und worauf gerichtet? Der Begriff hat sich nicht durchgesetzt — gemeint ist die »ökologische Technik«, die gar nicht mehr so vage, utopisch-reale Vorstellung einer nachindustriellen, nachkapitalistischen Naturaneignung.⁵⁹ Um sie geht es mir im Besonderen.

Hinter dem Wandel der eingangs erwähnten Begriffe steht ein geradezu kollektiver Lern- und Entwicklungsprozeß, der die technikphilosophischen Traditionen, die insbesondere *Otto Ullrich*¹⁵² zur Voraussetzung seiner Analyse macht, überhaupt nicht benötigt. Wichtiger wäre ein genaueres Verständnis des ökonomischen Bedingungs Zusammenhangs von Technik — hier liegt *das* Bindeglied zur Utopie.¹⁶⁸ Für die ökologische Technik ist nicht die bürgerliche oder die marxistische Denkgeschichte zentral, sondern die Erfahrung, daß eine Natur schonende und Gesellschaft emanzipierende Technik *mehr* verlangt, als die kapitalistischen Produktionsverhältnisse geben können. Die wirkliche Berücksichtigung von naturalen und menschlichen Bedürfnissen liegt jenseits von abdiskontierbaren Größen; *damit führt die ökologische Technik über die Logik des Wertgesetzes hinaus.*

Wenn es richtig ist, daß eine differenzierte Naturaneignung bloß kapitalistisch nicht »machbar« ist, dann muß sie sich doch als Versuch historisch identifizieren lassen. Meine *These*: In den Utopien der Ingenieure waren immer schon Vorstellungen von einer Technik enthalten, die sowohl mit der äußeren Natur wie auch mit der menschlichen Natur im Einklang bleibt. Dies gilt für die Ingenieurutopisten der Renaissance, an erster Stelle *Thomas Morus* und *Francis Bacon* und in noch viel stärkerem Maß für die französischen Materialisten und Aufklärer, also für *Voltaire*, *Diderot*, *Holbach* u.a. Es gilt aber auch für viele Technik-Pioniere des 19. Jahrhunderts. In dem Maße jedoch, wie sich einzelwirtschaftliches Denken und kapitalistische Praxis durchsetzten, wurden die Möglichkeiten einer Natur und Gesellschaft positiv einbeziehenden Technik zunichte gemacht. Das Wertgesetz steht einer ökologischen Naturaneignung im Wege.

Dies mag auf den ersten Blick als Tautologie erscheinen: Theoretisch ist der Kapitalismus mit Naturbeherrschung, Subsumtion von Natur unter ökonomische Zwecke, eins, also kann es hier auch kein Recht der Natur gegen die Gesellschaft bzw. kein Recht der Gesellschaft auf ihre eigene Natur geben. Aber der Kapitalismus hat das Wertgesetz eben doch nur zu seiner logischen, nicht seiner ideologischen Voraussetzung. Vom Anspruch her gibt es für ihn keine unüberwindlichen Probleme mit der Natur. So gesehen gehören die Niederlagen ökologischen Denkens und ökologischer Praxis zum Beweismaterial unserer These einer systembedingten Beschränkung der Natu-

ralisierung des Menschen. Wird dieser historische Aspekt nicht einbezogen, dann müssen die Alternativen zwangsläufig als bloß spontane Ausbrüche einer fehlgeleiteten Humanität erscheinen, jedenfalls als geschichts- und perspektivlos, eventuell sogar als gefährlich; und nicht, wie es richtiger wäre, als die vom Gewinnmaximierungsprinzip unterdrückte bzw. permanent wegkonkurrierte Realisierung emanzipatorischer Naturaneignung.

Die Geschichte ist aber nicht nur »Geschichte der Bewegung«, sondern auch — leider viel zu wenig in Anspruch genommenes Erfahrungsmaterial. Lassen Sie mich einen kurzen Streifzug unternehmen, der gleichzeitig den Bezugs- und Beurteilungsrahmen für die dann folgende Gegenwartsliteratur aufspannt.

1. Der historische Kontext

Die These ist bereits formuliert: Es gab Ansprüche an Technik, die jenseits der Realisierungsmöglichkeiten im Kapitalismus liegen. Schon *Francis Bacon* (1561-1626) fordert nicht nur saubere, empirisch überprüfbare Erkenntnisse und begründet so die exakten Naturwissenschaften gegen die Mythen und Dogmen der Scholastik, sondern sieht durchaus einen Zusammenhang seiner Naturforschung mit konkret gesellschaftlicher Praxis. Er verlangt geradezu die systematische Erkundung des Praktisch-Nützlichen (in: *Das Neue Organon*) und breitet (in: *Nova Atlantis*) eine darauf orientierte Forschung aus. Die neue Wissenschaft entstand aus dem emanzipatorischen Bedürfnis, die materielle Existenz des Menschen gegen die bloß geistig-religiöse zu begründen. Bacons Wissenschaft hat soziale Zwecke, ist der Intention nach eine »soziale Naturwissenschaft«¹⁴⁻¹⁶ und nicht die zwingende Voraussetzung einer die Natur nicht mehr erkennenden Produktion bzw. reiner Laborwissenschaft. Das Haus des Salomon in *Nova Atlantis* war ein einziges Labor. Wenn nur vom Leben abstrahierte Wissenschaft getrieben wird, schrieb *Boyle* in einem Brief an *Hartlib* und traf damit die Stimmung seiner Zeit, »würde es für mich die Werkzeuge, Kosten, Mühen, Beobachtungen und fortdauernden Anstrengungen, die gemacht worden sind, um zu genauen Beobachtungen ... zu kommen, sehr herabsetzen denn dann wissen wir sie nur um des Wissens Willen.«

Im französischen Materialismus, aber auch in der Naturforschung eines *Georg Forster* (1754-1794), *Alexander von Humboldt* (1769-1859), *Georg Christoph Lichtenberg* (1742-1799) und *Johann Wolfgang von Goethe* (1749-1832) war der Erkenntnisgegenstand ebenfalls bzw. mehr noch als früher die ganze Natur. Das Paradigma hieß bis ins späte 18. Jahrhundert *Naturoffenbarung* — nicht *Naturbeherrschung*. Es gab Untersuchungen über »die Seele der Tiere« (*G.F. Meier*, 1749), »die Sprache der Vögel« (*G. Reyger*, 1760) usw.; die Philosophie erkannte das Leben der Bienen, Schmetterlinge oder Wanzen als kompliziert, mit eigenen Rechten, und nicht nur als Vorlauf menschlicher Geschichte. Die »Utopie« der französischen Aufklärung (von der aus Verbindungen zur deutschen romantischen Naturforschung laufen) lag im Gedanken einer »Naturentschleierung« allererst auf Erkenntnis gerichtet, der Begründung eines Naturrechts (auf Gleichheit, Freiheit usw.) des Menschen, der Verschmelzung von Menschen- und Naturrecht bzw. in der Forderung, die äußere Natur so zu behandeln, als könnte sie empfinden. Man mag dies als Versuch werten, der zu dieser Zeit längst praktizierten Naturzerstörung (durch Müll, fehlende Kanalisation ...) auf dem Wege der Bewußtseinsänderung zu begegnen — mag sein, der positive Ausdruck jener Philosophie, vor

allem die Gartenarchitektur, gibt eine andere Erklärung: Menschen- und Naturreich sollen ineinander verwachsen. Wobei allerdings als Bewohner des Menschenreichs nur der gebildete Bourgeois, noch nicht der Prolet galt.

Die Absicht, sich der Natur arbeitend hinzugeben — allerdings deutlicher als Goethe oder gar die Romantiker dies vermochten: gegen den sich etablierenden Kapitalismus bzw. von diesem abgewandt —, erfüllte die utopisch-sozialistische Bewegung (*Saint-Simon, Fourier, Cabet* u.a.). Die frühsozialistischen Utopisten sahen die Natur als eine Art Lehrmeister, nach dem sich das menschliche Leben zu orientieren habe. Die Siedlungen organisierten ihre Arbeit nach innen, auf die Gemeinschaft zu, nicht nach außen, die Natur zu entdecken. Im Mittelpunkt standen Handwerk und Landbau, wobei es besonders auf die erzieherische Seite ankam: man wollte den gebeugten Arbeiter aufrichten zum gebildeten Menschen. Fallbeschreibungen (die amerikanischen Kommunen von *Robert Owen, Cabet, Noyes, Keil, Metz, Heinemann*) könnten¹⁶⁶ dies vielfach belegen. Die Natur wurde nicht als Angebot verstanden, an dem sich die Gesellschaft emanzipatorisch verwirklicht. Damit ist die frühsozialistische Utopie zunächst nur als Reaktion auf das Elend zu werten, das der Kapitalismus schuf. Noch nicht als Alternative.¹²⁵

Von den drei »Bewegungen«, Renaissance, französischem Materialismus und utopischem Sozialismus, hatte allein die Renaissance einigen Einfluß auf die praktisch entwickelte Technik, bei den späteren Utopisten findet sich kaum mehr der Anspruch darauf. Das Haus ist nicht Labor geblieben, sondern das Labor wurde zum Haus. Will man ein Datum der Produktivkräftenwicklung für den Paradigmenwechsel in der Philosophie bezeichnen, so ist dies sicher und an erster Stelle die Erfindung der Dampfmaschine. Als *James Watt* um 1780 die ersten Anlagen mit respektabler Leistung konstruierte, wandelte sich das gesamte Naturbild der bürgerlichen Gesellschaft: von nun an wird Technik nicht mehr gedacht als Nachahmung, sondern konstruktiv als Verbesserung von Natur. An der Bruchstelle stehen, was die theoretische Reflexion betrifft, die englische und die deutsche Aufklärung. *Kant* schreibt 1787 in seiner Vorrede zur Kritik der reinen Vernunft das Programm der Neuzeit:

»Die Vernunft muß mit ihren Prinzipien, nach denen allein übereinkommende Erscheinungen für Gesetze gelten können, in der einen Hand, und mit dem Experiment, das sie nach jenen ausdachte, in der anderen, an die Natur gehen, zwar um von ihr belehrt zu werden, aber nicht in der Qualität eines Schülers, der sich alles vorsagen läßt, was der Lehrer will, sondern eines bestellten Richters, der die Zeugen nötigt, auf die Fragen zu antworten, die er ihnen vorlegt.« (Kant Werke II, Frankfurt 1956, 23)

Hinter dem die Natur forsch fragenden Richter stand drohend die Ökonomie, der Natur den Prozeß zu machen. Und hinter der Ökonomie wiederum *Marx*, der ihre Gesetzmäßigkeit erkannte und sie, zumindest als Unterdrückungsapparat abschaffen wollte — allererst durch Revolutionierung der Produktionsverhältnisse. Daß in der künftigen Gesellschaft Wertgesetz und Äquivalententausch eingeschränkt bzw. diese ganze Rationalität aufgehoben werden sollte, ist von Marx nur implizit zu erfahren. Er blieb Wissenschaftler und behielt einen rational-objekthaften Begriff von Natur: der Mensch solle sie (im Rahmen der Naturgesetze!) bearbeiten — nicht bloß begreifen. Was zunächst heißt, daß die Ökonomie *hinter* die Naturgesetze tritt. Wie im einzelnen abzuwägen ist, ob zum Naturgesetz auch das Lebensrecht des Regenwurms gehört, überläßt Marx den Nachgeborenen.^{11:58:83:96:98:149}

Es gehört wohl zu den größten Versäumnissen der Arbeiterbewegung nach ihm, daß sie die Möglichkeiten technologischer Entwicklungen falsch eingeschätzt und nicht in ihrem Sinne beeinflusst hat. So wie den Kampf um Natur hätte sie den Kampf um Technik und um Natur führen müssen. Die Marxsche Technikkritik weiterzuentwickeln hätte heißen, einen Begriff von Natur, auch der eigenen Natur zu erarbeiten und die Technikkritik bis in die einzelnen Sektoren hinein (Maschinenbau, Chemie, Energiesysteme usw., und hier wieder unterteilt: Primärenergiequellen, Werkzeugmaschinen, Pflanzenschutz, Psychopharmaka ...) zu führen, bis zu den Alternativen — und zwar nicht nur theoretisch; um so kollektiv auch auf der Ebene der Produktivkräfte zu der Überwindung des Kapitalismus beizutragen — die neuen Produktionsverhältnisse schon inhaltlich vorbereitend. Dies geschah nicht, die Ökologiebewegung entwickelte sich nicht aus der Arbeiter-, sondern aus der Studentenbewegung. Beiden erschien bis vor kurzem die herrschende, vom ökonomischen Prinzip seligierte und auf die äußere Natur nicht differenziert eingehende Technik als die einzig vorstellbare.

In dem Maße, wie die Arbeiterbewegung die Produktivkraftkritik zurücknahm und auf das Primat der Veränderung der Produktionsverhältnisse reduzierte, lebten an ihren Rändern Alternativen auf. Russische, deutsche und spanische Anarchisten mobilisierten gegen Kapitalismus und Staatssozialismus und propagierten dezentralisierte und selbstverwaltete Gemeinschaften⁵⁷, in denen Warenwirtschaft und Wertgesetz aufgehoben waren. Sie alle wollten die bloß ökonomisch-materielle Bestimmtheit der Gesellschaft überwinden.

Von den Theoretikern kommt sicher *Kropotkin* eine herausragende Rolle zu, veröhnt er doch praktisch mit seiner Idee einer modernen, mit Natur kooperativ verfahrenen Technik Marx und den französischen Humanismus: industrielle Naturbearbeitung ohne Beherrschung. Kropotkins »Gegenseitiger Hilfe im Tier- und Menschenreich«⁹⁵ liegen Allianzvorstellungen zugrunde, die eine Generation später *Ernst Bloch*, ohne sich auf ihn zu beziehen, wieder neu ahnte:

»Eine ganz andere mithin, keine verdienersiche, sondern eine humanistische Technik müßte kommen, und zu ganz anderen, zu rein funktionellen Zwecken, ohne jedes Pfuschen in Warenerzeugung und maschinellm Ersatz ehemals kunsthafter Güter, müßte erfunden werden: soll Erleichterung geschehen und zugleich Grenze, Umschlag der Zweckform des Maschinengeistes. Erscheinung frei gewordener, vom Geputze, vom alten Luxus gelöster, rein expressiver Buntheit und Fülle.«¹²

Neben Denkern wie Kropotkin oder Bloch gehören auf diese Ebene auch ganz praktische Bewegungen: Gartenstadt, Jugendstil, Bauhaus ...

Die Naturalisierung der Technik als gesellschaftliches Programm blieb praktisch bis heute Utopie, einerseits weil die Ingenieurwissenschaften inhaltlich noch zu wenig ausgeführt waren, d.h. in Chemie, Maschinenbau usw. noch nicht an eine konkrete Kooperation mit Natur zu denken war, andererseits weil Forschung und Entwicklung überhaupt nicht auf solche Ziele eingestellt wurden und drittens diese Alternativen auch ökonomisch-politisch undurchführbar waren, berühren sie doch einen ganz zentralen Punkt der kapitalistischen Produktionsweise (eben kein Recht der Natur anzuerkennen). Wenn viertens noch das historische Subjekt der Veränderung fehlte bzw. der Hunger nach Reichtum größer als der nach Natur bzw. »Verwirklichung«, also einer über Produktion und Natur stehenden Ethik war, so konnte der Anstoß doch nur von außen, von einer praktischen Philosophie herkommen. Daß diese auch weiter not tut, ist dem klar, der weiß, daß der aktuellen Ökologiebewegung liebste Perspektive noch

immer das Bild einer vorindustriellen Nachindustrialgesellschaft ist, der Technik nicht Herausforderung, sondern überhaupt kein Thema bedeutet. Hier nachdenklich zu machen — dazu ist der vorliegende Beitrag geschrieben.

2. Das aktuelle Spektrum

Es lassen sich insgesamt zehn Diskussions- und Problemebenen unterscheiden, die vielfach miteinander verflochten sind.

2.1. Die reinen Kapitalismuskritiker⁵³, die — bei Marx sich rückversichernd — noch keine alternative Lösung haben. Ihr wohl wichtigster Beitrag besteht darin, daß sie die Rüstungsproblematik in die Kritik mit einbeziehen. Hier werde einerseits ein Destruktionspotential aufgetürmt, das — wenn es losgeht — die Natur erst richtig zerstört, andererseits entziehe man ganz friedlich erhebliche volkswirtschaftliche Ressourcen einer positiven Bestimmung, so daß für Umweltschutz und humanere Techniken nichts mehr zur Verfügung stehe. Die öffentlichen Mittel müßten künftig umverteilt und insgesamt die Volkswirtschaft nach sozial-planerischen Gesichtspunkten besser bewirtschaftet werden.

2.2. Die alternativen Bastler und Lebenskünstler, persönlich zwischen reizend und schrullig, die sich über eine nur noch vom Verfassungsschutz überschauten Zahl von Teestuben, Bioläden, Zeitschriften und Anleitungsbroschüren verständigen. Ihre Technikphilosophie ist indianisch, die Praxis noch weitgehend von unserer gesellschaftlich antrainierten Unfähigkeit bestimmt: da ist es ein wichtiger Schritt, das so lieb gewonnene Schwein nach der Mast auch schlachten zu können. Die »Alternativen« liegen im Bereich von Windrad, biologisch-dynamischer Landwirtschaft, Sonnenkollektor, Selbstversorgung. Zumindest, und das ist schon was, wurde von dieser Gruppe, sicher einige Tausend in der Bundesrepublik, der Schritt in die Praxis getan — statt nur darüber zu schreiben.^{2-4;26;43;50;94;140}

2.3. Eine dritte Ebene ist die gewerkschaftliche Strategie zur Humanisierung der Arbeitswelt. Die zentrale Idee ist, durch möglichst fortschrittliche Produktionsverfahren und Techniken einen Vorsprung auf den jeweils in Frage kommenden Märkten zu erobern, um aus dem Gewinn die Humanisierung zu finanzieren. Bis dies von selbst läuft, subventioniert die Bundesregierung, wobei sie meistens Modernisierungs- und Humanisierungsprogramme verknüpft. Die Alternativen befinden sich alle innerhalb der geltenden Wachstumslogik und finden immer auf Kosten der Konkurrenten bzw. jetzt noch des Steuerzahlers statt. Alternativ sind sie allenfalls für die unmittelbar Begünstigten: wenn der Lärmpegel an der Grobblechwalzstraße von den widerrechtlichen 105 dB auf die gerade noch erlaubten 90 dB abgesenkt wird — über ein 1,8 Mio DM teures staatliches Forschungsprojekt.^{123;127;163}

2.4. Die Bundesregierung gibt die Logik vor, die den Gewerkschaften nur noch als Datum ihrer Politik^{73;86} erscheint. In Bonn werden durch den Filter hunderter von Ad hoc-, Fach- und Beratungsausschüssen die Richtlinien, Förderschwerpunkte usw. der künftigen Technik bestimmt. Vertreter aus Industrie, Wissenschaft und Verwaltung sind berufen und tragen stolz die Krone ihrer jeweiligen scientific community, ohne vielleicht im einzelnen über den Rand ihrer persönlichen Karriere hinwegzusehen. Aber immerhin, die Bundesregierung hat in ihrem Umweltprogramm der »Umweltfreundlichen Technik« viel Platz eingeräumt.²⁹ Wieweit sich Grenzwertverschärfungen

in Gesetzen ergeben bzw. die Genehmigungsvoraussetzungen ändern...?⁹

Technologiepolitik ist allererst nicht Sozial-, sondern Konjunkturinstrument. Am wenigsten ist sie das, als was sie manchem erscheint, nämlich reine Entwicklungs- und Vernunftspolitik. Ihre Logik bestimmt, daß heute nur als Alternative gilt, was morgen wirtschaftlich ist. Weil hier natürlich Unsicherheiten bestehen, vor allem aber, weil jede einseitige Forschungsförderung politisch immer schwerer erbringbare Legitimationen erfordert, wird im Vorfeld gestreut; nicht breit, aber immerhin doch so, daß Projekte zur Wind- und Sonnenenergie, für Biogas- und Wasserstofftechnologien Unterstützung finden. Ebenso »alternative« Verkehrssysteme, Maßnahmen zur Lärminderung, Forschungen über verträglichere Pflanzenschutzmittel, bessere Chemikalien usw. usf. Bei allem gilt als Schlüssel zum Geldtopf neben dem seriösen Förderungsantrag, daß den Vorhaben eine Marktchance eingeräumt wird. Die Bundesregierung fördert sogar einen Aufgabenbereich »Ökosystemforschung und Ökologische Technik« — dahinter verbergen sich besonders die Komplexe »Umweltchemikalien« und »Erschließung neuer Grundwasserreserven«. Daß die vorgeschlagenen bzw. schon in der Anwendung befindlichen Lösungen sehr viel mehr mit dem Wirtschafts- als dem Ökosystem zu tun haben, läßt sich leicht zeigen.⁵⁸ Wie »alternativ« die Projekte sind, weiß, wer weiß, daß die Mittel zum weitaus überwiegenden Teil — nur unter anderem Titel — in den gleichen Großforschungseinrichtungen versacken, die sie immer schon bezogen haben. Träger für das gesamte Projekt »Biotechnologie« ist z.B. die Kernforschungsanlage Jülich.^{28;40;64;128}

2.5. Oberflächliche Änderungen der gegenwärtigen Technik, ob sie nun aus arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen resultieren, konjunkturellen bzw. Wachstumsnotwendigkeiten entsprechen oder aber einen echten Transfer aus dem Unternehmensgewinn bzw. der führenden Marktposition darstellen, diese Korrekturen genügen Kritikern wie *Schumacher*¹⁴², *Illich*⁷¹, *Jungk*⁷⁷, *Amery*⁵ u.a. schon seit vielen Jahren nicht mehr. Ihnen geht es um die Abschaffung der Maschinerie, also des aus Technik, privaten Großunternehmen und staatlicher Bürokratie bestehenden Komplexes, der die Bürger fesselt, unmündig werden und Freiheit letztlich verlernen läßt. Die Kritik geht von der Schule bis auf den Friedhof. Sie beschäftigt sich nur selten im Detail mit technischen Innovationen und erfaßt damit auch kaum den Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bzw. von Ökonomie und Politik. Schumacher — er hat erheblichen Einfluß auf die »Mittlere Technologie«-Diskussion in der Bundesrepublik gehabt — fordert z.B., daß alternative Technologien arbeitsintensiv sein sollten, dezentralisiert und vor allem Phantasie anregend. Ohne allerdings zu sagen, was eine solche Alternative im gegenwärtigen Wirtschaftszusammenhang bedeutet: nämlich Ausstieg oder Bankrott. Hier liegt eine gewisse Schwäche der ganzen Kulturkritik, aber es gibt eben keine positive Lösung *im* System. Die Schwäche ist eine Art Bestseller-Syndrom: Man ist gegen den Kapitalismus, doch muß es umschreiben ...

2.6. Der VDI hat die Herausforderung der technologischen Kulturkritik bzw. der in Ingenieurkreisen immer bekannter werdenden Kaiserslauterner Stiftung »Mittlere Technologie«^{81;82;148} umarmend annehmen und gleichzeitig umbiegen wollen.^{46;63;146} Mit seinem Ausschuß »Mittlere Technologie in der Produktionstechnik« nahm er das Thema auf, um schließlich doch nur neue Absatzmärkte zu propagieren: »Raffinierte 'Hochtechnik' und 'Primitivtechnik' sind die Standardtechnologien — die mittlere

Technologie bietet hier noch ein Vakuum. (...) Die neuen, mittleren Technologien müssen mindestens so wirtschaftlich sein, wie die Großtechnologie, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.« Es gelte, die »künftig häufig wechselnden Anforderungen ... bei geringem Kapitaleinsatz« zu meistern. Die Mikroelektronik, die mittlere Technologie erst attraktiv mache, habe Aufsteigern, Umsteigern und auch Absteigern neue Chancen in den alten, oft verfestigten Märkten geliefert. Ein ganz neues Feld tue sich im Hinblick auf die Dritte Welt auf.¹⁵⁶

2.7. Bereits 1965 hat der amerikanische Anarchist und Kulturkritiker *Murray Bookchin* zur Popularisierung einer mittleren Technologie beigetragen, die allerdings sehr viel weniger auf den Verkauf fixiert war, sondern sich an den Bedürfnissen frei assoziierter Kommunen orientierte. Immerhin kam er dabei zu kleinen Elektroöfen (statt der großen Martinsbrenner), zu rotierenden Walzwerken (statt riesiger Breitstahlwalzstraßen), zu numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen (statt Einzeckapparaten): »Die Wirtschaft der Gemeinschaft wäre kompakter und vielseitiger, abgerundeter und selbstgenügsamer, als alles was wir in industriell fortgeschrittenen Ländern finden.«¹⁷ Neben Bookchin gehören *Mumford*¹¹¹⁻¹¹³, *Heilbroner* u.a.⁹¹⁻⁹⁹ zu dieser Richtung.

2.8. Zwischen die beiden zuletzt erwähnten Gruppen würde ich Alternativszenarien wie *Bosse*¹⁹ oder *Krause*⁹³ einordnen, die einerseits die Faktizität des Gewinnmaximierungskalküls zumindest implizit anerkennen: Alternativen müssen wirtschaftlich sein. Andererseits so tun, als ginge es nur um das Stoffliche: Alternative Energiequellen können quantitativ die konventionellen ersetzen. Es geht »ohne Erdöl und Uran«.⁹² Das Resultat ist jedenfalls keine Klärung.

Ich will das Problem in aller Deutlichkeit benennen: Es gibt derzeit zwei »volkswirtschaftliche Theorien« in der Ökologiebewegung, die geradezu gegensätzlich sind. Die eine ist die »Kontraproduktivitätstheorie«, die andere wird vom Verfasser vertreten und ist eher »klassisch«. Zur ersten: In den frühen Jahren der Anti-AKW-Bewegung rechneten viele Bürgerinitiativen der Energieindustrie und dem Staat vor, wie teuer doch die Atomkraft käme, daß hier nicht nur technische, sondern auch unvermeidbare finanzielle Risiken eingegangen würden. Illich, Amery, Jungk, Ullrich u.a. vermuten, daß bei der »unwirtschaftlichen« (kontraproduktiven) und trotzdem fortgesetzten Entwicklung zentralisierter Technologien es um mehr gehe als den bloßen Profit. Nämlich um Kontrolle und die Aufrechterhaltung des sozialen »status quo«. Um Gegenemanzipation (»Atomstaat«). Dafür zeugen eine Menge Indizien, insbesondere aus dem Bereich der »Inneren Sicherheit« bzw. der Informationstechnologie. Trotz der ungeheuer großen Tragweite der These werden kaum Detailanalysen vorgebracht. *Amory Lovins* hat in seinem, vom empirischen Material ausgezeichnet belegten Buch¹⁰³ eine ökonomisch attraktive Gegentechnologie skizziert, aber eben nur skizziert. *Krause/Bosse/Müller-Reißmann*⁹² wollten offensichtlich von der Skizze auf die Ebene noch konkreterer Zahlen, ohne allerdings beweisen zu können, was sie offensichtlich vorhatten: daß der Abbau von Kontraproduktivität sich wirtschaftlich lohnt. So geht vorerst nur eine Vokabel um, die verwirrt, zusätzlich noch durch die argumentative Nähe dieser Position zum Ordoliberalismus.

Theoretisch genau entgegengesetzt ist unsere Einschätzung^{59,60}, die davon ausgeht, daß die Unternehmen weiter ein gewinnmaximierendes Marktverhalten zeigen, wobei die entscheidende These ist, daß eben dieses eine differenziertere Aneignung von Na-

tur unmöglich macht. Unsere Vermutung kann z.B. an der Entstehungsgeschichte der chemischen Industrie getestet werden: wenn es gelingt nachzuweisen, daß das Verwertungsbestreben und nicht die Nützlichkeit die Entwicklung von Stoffen und Verfahren bestimmt hat und bestimmt. Die Alternative wäre dann eine »bessere« Chemie.

2.9. Auf der »kontraproduktiven« Ebene liegt das Dilemma der alternativen Forschungsinstitute. Ihre Ergebnisse müssen innerhalb unseres Rechts- und Wirtschaftssystems realisiert werden können, sonst gibt es für Forschung und Entwicklung keine Unterstützung. Und davon ist mittlerweile ein kleiner »alternativer« Apparat abhängig: das Öko-Institut in Freiburg, das Umweltwissenschaftliche Institut des BBU (Stuttgart), das Institut für Energie und Umweltforschung (IFEU) in Heidelberg, die Arbeitsgruppe Angepaßte Technologie (AGAT, Kassel), das Institut für Zukunftsforschung in Berlin sowie eine ganze Reihe von Hochschulgruppen buhlen um den knappen Fördermarkt. Kein Wunder, daß man überall das Gefühl hat, bloß den Dreck der kapitalistischen Technik aufzufegen, nachrechnen zu dürfen, wo andere Fehler gemacht haben. Alternativen zum System werden vom System verständlicherweise nicht alimentiert.

2.10. Wo also liegt die versprochene nachkapitalistische, nachindustrielle utopisch-reale Technik? Zum Teil sicher bei den regenerativen Energiequellen, denen sich heute Bastler und Spekulanten annehmen, Alternative und Etablierte. Zum Teil auch bei der geförderten Biotechnologie: denken wir an die »Entwicklung« von Pflanzen, die allein oder in Symbiose mit Bakterien Luftstickstoff assimilieren können und die ganze Stickstoffdüngung ersetzen. Zum Teil liegt sie in einer noch schemenhaften »weichen Chemie« oder — ganz einfach — der gesetzlichen Orientierung von Technikentwicklung an den jeweiligen Fortschritten der wissenschaftlichen Erkenntnis und nicht, wie es heute noch für weite Bereiche gilt, »an den allgemein anerkannten Regeln der Technik«. Hier durchdringen sich rechtliche, naturwissenschaftlich-technische, ökonomische und soziale Fragestellungen — lassen Sie mich versuchen, die naturwissenschaftlich-technischen Grundlagen einer möglichen ökologischen Technik genauer zu fassen.

Ziel ist, Mensch *und* Natur emanzipatorisch zu versöhnen, auch der Produktion einen naturalen Sinnzusammenhang zu geben: Naturalisierung des Menschen, Humanisierung der Natur. Leitender Gedanke sind »Gegenseitige Hilfe«, »Symbiose«, »Allianz«. Die Frage ist, was diese zunächst abstrakten Begriffe auf der Ebene konkreter technischer Verfahren bedeuten könnten. Sicher zunächst Rohstoff und Energie sparende Prozesse, Recycling, reparaturfreundliche Produkte, modulare Bauweise. Ferner: streng kontrollierter Umgang mit akut oder subakut toxischen Chemikalien, harte Bestimmungen für chronisch und subchronisch wirkende, umweltgefährdende, krebserzeugende, erbgutverändernde, verhaltensstörende usw. Präparate und Stoffe. In der Medizin und im Pflanzenschutz muß die Verwendung von Breitbandchemikalien eingeschränkt werden, müssen möglichst spezifisch wirkende Substanzen zur Verwendung kommen.

Frederic Vester verlangt, daß unserer Technologie, »die bei aller Ingeniosität und Kompliziertheit letztlich plump, ineffizient, von geringem Wirkungsgrad und von einer im Grunde primitiven Organisation ist«, mehr von den Biosystemen lernen soll, die »mit ihrer Millionen Jahre langen Erprobungszeit in Struktur, Funktion und Organisation« sich fast zwingend als Vorbilder anbieten würden.¹⁵⁸ An anderer Stelle empfiehlt

er ein »Abschauen der von der Natur benutzten, ungeheuer rationellen und energie-sparenden Techniken und Organisationsformen, von denen wir heute noch kaum profitieren«, die aber »zur Bewältigung unserer Probleme von größtem Nutzen« wären.¹⁵⁹

Was dies im einzelnen heißt, läßt sich in einigen Fällen schon sagen. Im Bereich der Energie sicher allererst Isolierung und eine dezentrale und möglichst konsumnahe Produktion. Widersinnig ist es jedenfalls, zunächst alle Energie in Elektrizität umzuwandeln, um sie später dann unter großen Verlusten in die jeweilige Gebrauchsform zurückzutransportieren. Widersinnig ist es auch, die immer knapper werdenden Ressourcen wie Öl, Erdgas und Kohle zu verbrennen, bloß weil sie billiger sind als regenerative Heizquellen. Für den Bereich der Chemie ist die ökologische Lösung schon komplizierter. Auf jeden Fall wird sie mehr bieten müssen, als Professor *Korte* in seinem einschlägigen Lehrbuch entwickelt. Eine »ökologische Chemie«⁸⁸ darf nicht nur die »langfristigen Konsequenzen anthropogener stofflicher Veränderungen für die Ökosphäre« untersuchen, sondern muß gleichzeitig auch ihre Erkenntnisse für die Projektierung von Prozessen und Produkten bereitstellen. Daß diese Ebene einer künftigen chemischen Produktion noch ausgeklammert ist, ergibt sich aus dem Entstehungsprozeß, den das neue Fachgebiet nahm. Seit Jahren fließen Forschungsgeider im Rahmen der rechtlichen Fixierung von Umweltchemikalien⁵⁸ — entsprechend werden im Lehrbuch auch nur die dort relevanten Problembereiche vertieft: natürliche und industrielle Chemikalienbelastung, ferner die Sekundärreaktionen von chemischen Stoffen in Atmosphäre, Organismus und Boden und so insgesamt nur das bereits bei Analytikern, Photochemikern und Toxikologen vorhandene Wissen neu geordnet. Viel weiter und über das Niveau der Grenzwertphilosophie hinaus gehen Forderungen zur völligen Umorientierung der Chemie: Verlagerung der Synthese in den Niedertemperaturbereich. Durch anorganische und Biokatalysatoren bzw. eine Prozeßführung an Matrizen, Membranen usw. sind theoretisch sehr schonende Auf- und Abbaureaktionen möglich, mit hoher Ausbeute und mehrstufig bis zu extrem komplizierten Molekülen. Anfänge hierzu sind bereits gemacht. Enzyme werden industriell genutzt⁹⁷, allerdings nur — und dies markiert die Grenze der Naturkooperation im Kapitalismus — soweit die neuen Verfahren billiger sind als die traditionellen.²⁴

Was hier nur in Stichpunkten erwähnt werden konnte, müßte vertieft werden zum Programm einer ökologischen Medizin, einer ökologischen Landwirtschaft, einer ökologischen Chemie, eines ökologischen Maschinenbaus, einer ökologischen Energie- und Verkehrswirtschaft, einer ökologischen Architektur usw. Bei einer weiteren Differenzierung würde klar werden, daß »soziale Naturwissenschaft« und »ökologische Technik« zueinander komplementäre Programme sind. Zu überwinden ist hier die von der gesellschaftlichen Totalität und der Naturganzheit isolierte wissenschaftliche Erkenntnis, dort die an monetären Größen, wirtschaftlicher Rationalität, bloß auf den Menschen bezogenen und überdies noch von Klassengegensätzen überlagerten, die innere und äußere Natur zerstörende Naturaneignung.

War bisher das Verhältnis zwischen Ökonomie und Umwelt so, daß einzelwirtschaftliche Rationalität Priorität hatte und die Umwelt nur nach Maßgabe der Gesetze einbezogen wurde bzw. gerade soweit, wie die Produktionsgrundlage (innerhalb des Wirtschaftshorizonts) nicht zerstört wird, so kehrt sich bei der ökologischen Technik dieses Verhältnis um: an oberster Stelle stehen naturale Kriterien; die Ökonomie ist nur insofern wichtig, als die Differenz zwischen Output und Input nicht negativ werden darf.

Eine maximale positive Größe wird nicht mehr angestrebt. Nur so läßt sich übrigens auch das Verhältnis zur Dritten Welt ins Gleichgewicht bringen: Nicht durch eine immer effizientere Produktion, die die Realisierung eines immer ungleicheren Tausches zur Folge hat, sondern durch eine bessere Produktion, durch bessere Produkte und vernünftiger Produzenten. Im Sinne dieser Vernunft läge auch ein Ausgleich zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd: Wenn Zusammenarbeit wichtiger wäre als Konkurrenz, ein mittlerer Wohlstand wichtiger als Reichtum, Hunger und Krieg. Daß ökologische Techniken, die vorerst sicher nur in besonders geschützten Nischen unseres Systems ansiedelbar sind, zu dieser neuen Rationalität beitragen, zur Überwindung von Privatwirtschaft und Gewinnmaximierungskalkül, ist unsere Utopie. Wenn es sie nicht mehr gibt, stimmt die Parole der nachwachsenden Generation: no future.

Literaturverzeichnis

- 1 Adorno, Th.: Ästhetische Theorie, Frankfurt/M. 1970.
- 2 AG SPAK: Zur alternativen Ökonomie I, Berlin 1978⁴.
- 3 AG SPAK: Zur alternativen Ökonomie II, Berlin 1977.
- 4 AG SPAK: Zur alternativen Ökonomie III, Berlin 1978.
- 5 Amery, C.: Natur als Politik. Die Ökologische Chance der Menschen, Hamburg 1976.
- 6 Bahr, H.-D.: Kritik der »Politischen Technologie«, Frankfurt/M./Wien 1970.
- 7 Bahr, H.-D.: Die Klassenstruktur der Maschinerie, in: *Vahrenkamp, R.*, Technologie und Kapital, Frankfurt/M. 1973.
- 8 Beckenbach, N., Braczyk, H.-J., u.a.: Klassenlage und Bewußtseinsformen der technisch-wissenschaftlichen Lohnarbeiter, Frankfurt/M. 1977.
- 9 Behrens, D.: Auf dem Weg zur Umweltfreundlichen Technik, in: *Bommer, W.*, Umwelt und Gesellschaft. Der gefährdete Lebensraum in der Verantwortung der Gesellschaft. Stuttgart/Frankfurt/M. 1973.
- 10 Bell, D.: Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/M. 1976.
- 11 Bernal, J.D.: Wissenschaft. Science in History. Reinbek b. Hamburg 1970 (4 Bde.).
- 12 Bloch, E.: Geist der Utopie, Frankfurt/M. 1964. Zuerst 1923.
- 13 Bloch, E.: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/M. 1959.
- 14 Böhme, G., v.d. Daele, Krohn, W.: Experimentelle Philosophie, Frankfurt/M. 1977.
- 15 Böhme, G., u.a.: Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts. Starnberger Studien 1, Frankfurt/M. 1978.
- 16 Böhme, G., Grebe, J.: Soziale Naturwissenschaft. Über die wissenschaftliche Bearbeitung der Stoffwechselbeziehung Mensch-Natur. In: *Böhme, G.*, Alternativen der Wissenschaft, Frankfurt/M. 1980.
- 17 Bookchin, M.: Towards a Liberatory Technology, zuerst 1967, dann zusammen mit anderen Schriften wieder abgedruckt in: *Bookchin, M.*, Post-Scarcity Anarchism, San Francisco 1971. Deutsche Übersetzung von »Towards a ...« in: *Unter dem Pflaster liegt der Strand*, H.2, West-Berlin 1975.
- 18 Bookchin, M.: Self-Management & New Technologie. In: *Atelier de Création Libertaire* (Hrsg.), Interrogations sur L'Autogestion (Beiträge zur internationalen Studententagung Selbstverwaltung, Venedig 28.-30. Sept. 1979), Lyon 1979.
- 19 Bossel, H., Denton, R.V.: Energiealternativen für die Bundesrepublik Deutschland: Drei Szenarien. In: *Bossel, H., u.a.* (Hrsg.), Energie richtig genutzt, Karlsruhe 1976.
- 20 Boulding, K.E., Pfaff, M. (Hrsg.): Redistribution to the Rich and the Poor, Belmont, California 1972.
- 21 Boulding, K.E., Pfaff, M., Pfaff, A. (Hrsg.): Transfers in an Urbanized Economy, Belmont, California 1973.
- 22 Boulding, K.E.: The Economy of Love and Fear — A Preface to Grants Economy, Belmont, California 1973.
- 23 Boyle, G., Harper, P.: Radical Technology, London 1976.
- 24 Brun, R. (Red.): Recycling: Lösung der Umweltkrise? Stuttgart/Zürich 1974.

- 25 *Brun, R. (Red.):* Kleintechnologie kontra Wirtschaft? Frankfurt/M. 1976.
- 26 *Brun, R. (Red.):* Bio-Energie. Unerschöpfliche Quelle aus lebenden Systemen. Frankfurt/M. 1978.
- 27 *Bulthaup, P.:* Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaften, Frankfurt/M. 1973.
- 28 *Bundesminister für Forschung und Technologie:* BMFT-Leistungsplan 04, Biotechnologie, Planperiode 1979-1983, Bonn 1978.
- 29 *Bundesregierung / Bundestag, zu* Bundestagsdrucksache VI/2710, S.335-547.
- 30 *Busch-Lüty, Ch.:* Entwicklungsphänomen Israel: Vom Kibbutz zum Kapitalismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* v. 27.1.1979.
- 31 *Callenbach, E.:* Ökotoxia, Berlin 1978.
- 32 *Cansler, D.:* Förderung des umweltfreundlichen technischen Fortschritts, in: Wirtschaftsdienst, 1978, S.456-460.
- 33 *China:* siehe 55; 90; 115; 116. — Es wäre wichtig, einmal transnational zu untersuchen, welche Impulse zu Technikveränderungen in »selbstverwalteten Gesellschaften« bestehen/bestanden. Neben China müßten die ersten Jahre in der Sowjetunion (87; 124), ferner die CSSR 1968 (89), Chile unter Allende (143), Spanien im Bürgerkrieg (57), Tansania (119) und vor allem Jugoslawien (89) berücksichtigt werden.
- 34 *Clark, R.:* Technology for an alternative Society, in: *New Scientist* v. 11.1.1973.
- 35 *Clark, R. (Hrsg.):* Notes for the Future, London 1975.
- 36 *Commoner, B.:* Wachstumswahn und Umweltkrise, München 1971.
- 37 *Conti, L.:* Visto da Seveso, L'Evento Straordinario e l'ordinaria amministrazione, Milano 1977.
- 38 *Conti, L.:* Che Cos'è l'ecologia. Capitale, Lavoro e ambiente, Milano 1977.
- 39 *Cooley, M.:* Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse, in: *Technologie und Politik* H.15, 1980.
- 40 *DECHEMA:* Biotechnologie. Eine Studie über Forschung und Entwicklung — Möglichkeiten, Aufgaben und Schwerpunkte der Förderung, Frankfurt 1976.
- 41 *Dickson, D.:* Alternative Technology and the Politics of Technical Change, London 1974. Die deutsche Ausgabe (München 1978) ist wegen der schlechten Übersetzung nicht zu empfehlen.
- 42 *Don, Y.:* Industrialisation in advanced Rural Communities: The Israel Kibbutz, in: *Sociologia ruralis*, H.1/2, 1977.
- 43 *Duve, F. (Hrsg.):* Technologie und Politik, Das Magazin zur Wachstumskrise, Nr. 11, 1978.
- 44 *Ellul, J.:* La Technique ou l'enjeu du siècle, Paris 1954.
- 45 *Enzensberger, H.M., Michel, K.M.:* Kursbuch 33. Ökologie und Politik oder die Zukunft der Industrialisierung.
- 46 *Franke, L.:* Mittlere Technik: Schlagwort. Alibi oder neue Orientierung für unsere hochtechnisierte Industrie, in: *VDI-Z* 121, Nr. 8, 1979, S.345/48.
- 47 *Frankreich:* siehe 44; 51; 78; 100; 102; 109; 110; 150.
- 48 *Friedman, Y.:* Machbare Utopien, Frankfurt/M. 1977.
- 49 *Galtung, J.:* Gedanken über die Zukunft. In: *Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Aufgabe Zukunft, Qualität des Lebens*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S.218-43.
- 50 *Gizycki, H.v., Habicht, H.:* Oasen der Freiheit, Frankfurt/M. 1978.
- 51 *Gorz, A.:* Ökologie und Politik, Reinbek b. Hamburg 1977.
- 52 *Greven, M.Th.:* Technologische Entwicklung und aktive Zukunftsgestaltung im Kapitalismus. In: *Technologie und Politik* Nr. 6, Reinbek b. Hamburg 1976.
- 53 *Grumbach, J. (Hrsg.):* Reaktoren und Raketen, Köln 1980.
- 54 *Habermas, J.:* Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt/M. 1968.
- 55 *Hagemann, E.:* Jüngere Tendenzen und Erfolge der chinesischen Technologiepolitik, in: *DIW-Vierteljahreshefte*, Nr. 1/1978.
- 56 *Hallerbach, J.:* Die Atome von Seveso, Überlegungen zu einer alternativen Technik. In: *Hallerbach, J. (Hrsg.), Die atomare Gesellschaft, Darmstadt/Neuwied* 1978.
- 57 *Hallerbach, J.:* Alternativen in Spanien. Anmerkungen zu einer Legende. In: *Soziale Welt*, H.4, 1980.
- 58 *Hallerbach, J.:* Chemie oder Natur. Zur Problematik des neuen Chemikalienrechts, in: *Demokratie und Recht*, H.1, 1981.

- 59 *Hallerbach, J.*: Ökologische Technik. Die Frage nach dem Sinnzusammenhang der Produktion (im Erscheinen).
- 60 *Hallerbach, J., Mez, L.*: Keine Kritik ohne Technikkritik. Warum zur Sozialismusdiskussion die Kritik der kapitalistischen und die Projektion einer ökologischen Technik gehören. In: *Kritik* Nr. 25. Berlin 1980.
- 61 *Hanlon, J.*: Not just another Windmill. In: *New Scientist* v. 14.9.1978.
- 62 *Hausen, K., Rürup, R. (Hrsg.)*: Moderne Technikgeschichte. Köln 1975.
- 63 *Herrmann, H.*: Produkt- und Prozeßplanung nach ökologischen Kriterien. In: *VDI-Z* 119, Nr. 15/16, 1977, S.767/73.
- 64 *Herbig, J.*: Die Gen-Ingenieure. Durch Revolutionierung der Natur zum Neuen Menschen? München/Wien 1978.
- 65 *Hirsch, J.*: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System. Frankfurt/M. 1970.
- 66 *Holz, H.H.*: Technik und gesellschaftliche Wertordnung. In: Verein Deutscher Ingenieure (Hrsg.), Werte und Wertordnungen in Technik und Gesellschaft. Düsseldorf 1978².
- 67 *Horkheimer, M.*: Materialismus und Moral, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jg.II, H.1, 1933.
- 68 *Hortleder, G.*: Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs. Zum politischen Verhalten der Technischen Intelligenz in Deutschland, Frankfurt/M. 1970.
- 69 *Hortleder, G.*: Ingenieure in der Industriegesellschaft, Frankfurt/M. 1973.
- 70 *Huber, J.*: Technokratie oder Menschlichkeit. Zur Theorie einer humanen und demokratischen Systementwicklung, Achberg 1978.
- 71 *Illich, I.*: Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik. Hamburg 1975.
- 72 *Industriegewerkschaft Metall* für die Bundesrepublik Deutschland, Aufgabe Zukunft, Qualität des Lebens, Frankfurt/M. 1973.
- 73 *Industriegewerkschaft Metall* für die Bundesrepublik Deutschland, Vorstand (Hrsg.): Technologietagung 1977, Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel, Frankfurt/M. 1977.
- 74 *Israel*: siehe 30: 42.
- 75 *Jones, D.C.*: Produzentengenossenschaften in westlichen Industrieländern: Eine Übersicht. In: *Annalen der Gemeinwirtschaft*, H.2. 1978.
- 76 *Jungk, R.*: Der Atomstaat, München 1977.
- 77 *Jungk, R.*: Der Jahrtausendmensch, München/Gütersloh/Wien 1973.
- 78 *de Juvenel, B.*: Die Gunst der Vorausschau. Neuwied und Berlin 1967.
- 79 *Kapp, E.*: Grundlinien einer Philosophie der Technik, Braunschweig 1877.
- 80 *Kern, H., Schumann, M.*: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt/M. 1970.
- 81 *Kieffer, K.W.*: Über die Durchsetzbarkeit alternativer Technologien, Frankfurter Hefte 6, 1978.
- 82 *Kieffer, K.W.*: Die Stiftungen »Mittlere Technologie« und »Ökologischer Landbau«. In: *Technologie und Politik* Nr. 11, 1978.
- 83 *Klages, H.*: Technischer Humanismus, Philosophie und Soziologie der Arbeit bei Karl Marx. Stuttgart 1964.
- 84 *Koch, E.R., Vahrenholt, F.*: Seveso ist überall. Die tödlichen Risiken der Chemie. Köln 1978.
- 85 *Kogon, E.*: Die Stunde der Ingenieure. Technologische Intelligenz und Politik. Düsseldorf 1976.
- 86 *Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel*: Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland (Schlußgutachten), Göttingen 1977.
- 87 *Kool, F., Oberländer, E.*: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten 1967; München 1972.
- 88 *Korte, F.*: Ökologische Chemie, Stuttgart/New York 1980.
- 89 *Kosta, J.*: Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis. Opladen 1974.
- 90 *Kosta, J., Meyer, J.*: Volksrepublik China. Ökonomisches System und wirtschaftliche Entwicklung, Frankfurt/M./Köln 1976.
- 91 *Kranzberg, M., Davenport, W.H. (Hrsg.)*: Technology and Culture. An Anthology, New York 1975.

- 92 Krause, F., Bossel, H., Müller-Reißmann, K.-F.: Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran. Frankfurt/M. 1980.
- 93 Krause, F.: Alternative Energietechnologien. In: Technologie und Politik, Nr. 13, 1979.
- 94 Krausbaar, W. (Hrsg.): Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Frankfurt/M. 1978.
- 95 Kropotkin, P.: Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Leipzig 1908, Berlin 1975.
- 96 Kuczynski, J.: Vier Revolutionen der Produktivkräfte, Berlin/DDR 1975.
- 97 Kula, M.-R.: Enzyme in der Technik. In: Chemie in unserer Zeit, Nr. 2, 1980.
- 98 Kustin, A.A.: Karl Marx und die Probleme der Technik, Leipzig 1970.
- 99 Lange, H.: Technik im Kapitalismus, Köln 1977.
- 100 Leggewie, C., de Müller, R.: Der Wahlfisch. Ökologiebewegungen in Frankreich, Berlin 1978.
- 101 Lenk, H., Moser, S.: Techne, Technik, Technologie — Philosophische Perspektiven, München 1973.
- 102 Levy-Lebland, J.M.: Das Elend der Physik. Über die Produktionsweisen der Naturwissenschaften, Berlin 1975.
- 103 Lovins, A.B.: Sanfte Energie. Das Programm für die energie- und industriepolitische Umrüstung unserer Gesellschaft, Reinbek b. Hamburg 1978.
- 104 Ludwig, K.-H.: Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1974.
- 105 Marcuse, H.: Der eindimensionale Mensch, Neuwied und Berlin 1967.
- 106 Meadows, D., Meadows, D., Zahn, E., Milling, P.: Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972.
- 107 Meadows, D., Meadows, D.: Das globale Gleichgewicht, Stuttgart 1974.
- 108 Mensch, C.: Das technologische Patt, Frankfurt/M. 1975.
- 109 Moscovici, S.: Die Wiederverzauberung der Welt, in: Touraine, A., u.a. (Hrsg.): Jenseits der Krise. Wider das politische Defizit der Ökologiebewegung, Frankfurt/M. 1976.
- 110 Moscovici, S.: Essai sur l'histoire humaine de la nature. Paris 1968.
- 111 Mumford, L.: The Story of Utopias, New York 1922.
- 112 Mumford, L.: Technics and Civilization, London 1934.
- 113 Mumford, L.: The Myth of the Machine, New York 1966. Deutsch: Mythos der Maschine, Wien 1974, Frankfurt/M. 1977.
- 114 Musson, A.E.: Wissenschaft, Technik und Wirtschaftswachstum im 18. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1977.
- 115 Needham, J.: Science and Civilisation in China, Cambridge 1952ff.
- 116 Needham, J.: Wissenschaftlicher Universalismus, Frankfurt/M. 1977.
- 117 Neilands, J.B.: Survey of Chemical and Related Weapons of War. In: Naturwissenschaften 10, 1973, S.177-183.
- 118 Nordische Länder: siehe 49.
- 119 Nyerere, J.K.: Freedom and Unity. A Selection from Writings 1952-65. Dar es Salaam 1966.
- Nyerere, J.K.: Freedom and Socialism. A Selection from Writings, Dar es Salaam 1968.
- Nyerere, J.K.: Freedom and Development. A Selection from Writings 1968-73.
- 120 Odum, E.P.: Fundamentals of Ecology, Philadelphia/London/Toronto 1971.
- 121 Odum, H.T.: Environment, Power and Society, New York 1971.
- 122 Offe, C.: Technik und Eindimensionalität. Eine Version der Technokratietheese? In: Habermas, J. (Hrsg.), Antworten auf Herbert Marcuse. Frankfurt/M. 1968.
- 123 Oppolzer, A. (Red.): Humanisierung der Lohnarbeit? Der Kampf um die Arbeitsbedingungen, Argument-Sonderband 14, Berlin 1977.
- 124 Pankratova, A.M.: Fabrikräte in Rußland, Frankfurt/M. 1976., zuerst Moskau 1923.
- 125 Peters, J. (Hrsg.): Die Geschichte alternativer Projekte von 1800 bis 1975, Berlin 1980.
- 126 Polak, F.L.: Technik und Forschung als Hilfsmittel der Gesellschaft, in: Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Aufgabe Zukunft, Qualität des Lebens, Bd.1, Frankfurt/M. 1973, S.119-45.
- 127 Projektgruppe Automation und Qualifikation (Hrsg.): Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung, Argument-Sonderband 19, Berlin 1978.

- 128 *Projektträger Biotechnologie*, Kernforschungsanlage Jülich (Red.): Biologisch-Technische Systeme zur Energiegewinnung, Jülich o.J.
Projektträger Biotechnologie, Kernforschungsanlage Jülich (Red.): Expertengespräch am 20./21.2.1979 (zur biologischen Stickstofffixierung), Jülich o.J.
Projektträger Biotechnologie, Kernforschungsanlage Jülich (Red.): Pflanzliche Zellkulturen und ihre Bedeutung für Forschung und Anwendung, Jülich o.J.
Projektträger Biotechnologie, Kernforschungsanlage Jülich (Red.): Klärschlamm. Stand und Aussichten. Expertengespräch am 20.6.1978, Jülich o.J.
Projektträger Biotechnologie, Kernforschungsanlage Jülich (Red.): Bioreaktoren. Entwicklungsstand einer energiesparenden und umweltfreundlichen Technologie. Zweites Statusseminar, Jülich 1979.
- 129 *Prokol-Gruppe* (Berlin): Der sanfte Weg — Technik in einer Neuen Gesellschaft, Stuttgart 1976.
- 130 *Raiswel, R.W., Brimblecombe, P., Dent, D.L., Liss, P.S.*: Environmental Chemistry, The Earth-Air-Water Factory, London 1980.
- 131 *Reckenberg, J.*: Evolutionsstrategie. Optimierung technischer Systeme nach Prinzipien der biologischen Evolution. Stuttgart-Bad Cannstadt 1973.
- 132 *Reuleaux, F.*: Theoretische Kinematik, Braunschweig 1872/74. Ein Ausschnitt hieraus mit »Nachbemerkungen des Herausgebers« ist abgedruckt in: *Hallerbach, J. (Hrsg.)*, Die atomare Gesellschaft, Darmstadt/Neuwied 1978.
- 133 *Rödel, U.*: Forschungsprioritäten und technologische Entwicklung. Frankfurt/M. 1972.
- 134 *Rozsak, Th.*: Where the Wästeland ends. New York 1973.
- 135 *Rürup, R. (Hrsg.)*: Technik und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert (Geschichte und Gesellschaft), H.2, 1978.
- 136 *Sachsse, H. (Hrsg.)*: Technik und Gesellschaft, München 1974, 1975, 1976 (3 Bde.).
- 137 *Sachsse, H.*: Naturerkenntnis und Wirklichkeit, Braunschweig 1967.
- 138 *Sachsse, H.*: Die Erkenntnis des Lebendigen, Braunschweig 1968.
- 139 *Schmidt, A.*: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Frankfurt/M. 1971.
- 140 *Schmidt, Th.*: Kuh und Komputer, in: *Autonomie* Nr. 3, München 1976.
- 141 *Schumacher, E.F.*: Es geht auch anders. Jenseits des Wachstums. München 1974.
- 142 *Schumacher, E.F.*: Die Rückkehr zum Menschlichen Maß. Reinbek b. Hamburg 1977. Englisch Original: *Small is Beautiful*, London 1974.
- 143 *Schwember, H.*: Technologiepolitik im Chile Allendes, in: *Technologie und Politik*, Nr. 6, Reinbek b. Hamburg 1976.
- 144 *Schwendter, R.*: Theorie der Subkultur, Frankfurt/M. 1978².
- 145 *Schwendter, R.*: Levitationsübungen. Zur Realutopie einer befreiten Technik. In: *Kursbuch* 53, Berlin 1978.
- 146 *Sölter, A.*: »Mittlere Technologie« — Ursprung, Ziele und kritische Würdigung. In: *Der Betrieb*, H.1/2, 1979.
- 147 *Sohn-Rethel, A.*: Geistige und körperliche Arbeit. Frankfurt/M. 1972².
- 148 *Stiftung Mittlere Technologie (Hrsg.)*: Mittlere Technologie — auch für Industrieländer? Kaiserslautern 1976.
- 149 *Stoskowa, N.N.*: Friedrich Engels über die Technik, Leipzig 1971.
- 150 *Touraine, A.*: Die postindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/M. 1972.
- 151 *Traube, K.*: Müssen wir umschalten? Von den politischen Grenzen der Technik, Hamburg 1978.
- 152 *Ulrich, O.*: Technik und Herrschaft, Frankfurt/M. 1977.
- 153 *USA*: siehe 10; 23; 34; 35; 36; 41; 48; 114; 120; 121; 134.
- 154 *Vahrenkamp, R. (Hrsg.)*: Technologie und Kapital, Frankfurt/M. 1973.
- 155 *Vahrenkamp, R.*: Entwicklungsmöglichkeiten der Technologie als Produktionsverhältnis, in: *Vahrenkamp, R. (Hrsg.)*: Technologie und Kapital, Frankfurt/M. 1973.
- 156 *VDI-Gesellschaft Produktionstechnik (ADB) (Hrsg.)*: Mittlere Technologie in der Produktionstechnik. Referate und Beiträge zum Kongreß »Mittlere Technologie in der Produktionstechnik« am 13./14.6.1978 in Frankfurt. Düsseldorf 1978.
- 157 *Vester, F.*: Das kybernetische Zeitalter, Frankfurt/M. 1974.
- 158 *Vester, F.*: Vorwort in: *Kükelhaus, H.*: Organismus und Technik, Frankfurt/M. 1979.

- 159 *Vester, F.*: Vom Organismus zur Technik. Umweltgestaltung und die moderne Biologie. In: *Gottbelf, F., u.a.*, *Exempla*. Entfaltung der Sinne, Stuttgart 1975.
- 160 *Watrin, Chr. (Hrsg.)*: Studien zum Marktsozialismus, Berlin 1976.
- 161 *Weber, J.B.*: The pesticide scorecard, in: *Environmental Science & Technology*, Vol 11, Number 8, August 1977.
- 162 *Weizsäcker, C.F.v.*: Der Garten des Menschlichen. Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie, München/Wien 1977.
- 163 *Winterbager, W.D.*: Humanisierung der Arbeitswelt. Gesetzliche Vorschriften, Pläne. Modelle und Kontroversen. Berlin/New York 1975.
- 164 *Woesler, Chr.*: Für eine begreifende Praxis in der Natur. Geldförmige Naturerkenntnis und kybernetische Natur. Lahn-Giessen 1978.
- 165 *Wormbs, B.*: Über den Umgang mit Natur, Landschaft zwischen Illusion und Ideal, München/Wien 1976.
- 166 *Wurm, S.*: Das Leben in den Historischen Kommunen, Köln 1977.
- 167 *Zimmerli, W.Ch. (Hrsg.)*: Technik oder: Wissen wir, was wir tun? Basel 1976.
- 168 Und ein weites Feld noch kaum bearbeiteter Technikgeschichte. Wichtigste Quellen sind hier die Werke von *Johann Beckmann* (1739-1811): Grundsätze der deutschen Landwirtschaft (Göttingen 1769), Anleitung zur Technologie (1806⁶). Beiträge zur Geschichte der Erfindungen (5 Bde., Leipzig 1780-1805). Sowie die Arbeiten von *Franz Reuleaux* (132).
- 169 Zeitschriften mit regelmäßigen Beiträgen zur »angepassten Technik«: *The Journal of Development Studies*, *International Labor Review*, *The Journal of Developing Areas*, *The Developing Economics*, *Ceres*, *Review on Agriculture and Development*, *Impact — Science et société*, *Appropriate Technology*.

Nicht aufgeführt sind die Texte und Anleitungen zu ganz praktischen Alternativen, also zur Sonnen- und Windnutzung, zum biologischen Gartenbau, zur ökologischen Architektur usw. Außerdem wurde auf die »Technokraticdiskussion« der 30er Jahre, die spezifisch deutsche Technikalternative im Nationalsozialismus sowie die Technikdiskussion in den »realsozialistischen Ländern« verzichtet. Dies alles hätte den gesteckten Rahmen gesprengt.

Informationen zur Alternativtechnik der »Szene« finden Sie laufend in den Zeitschriften: *Sonnenenergie*, *Wechselwirkung*, *Arch +*, *Kompost*, *Durchblick*.

Informativ ist auch das »alternative Vorlesungsverzeichnis« mit vielen Adressen und Initiativen, nicht nur aus Deutschland: Verlag Freie Nachbarschaftsgemeinde, Lindenfels/Odenwald 1981.

Hinweisen möchte ich noch auf folgende Bibliographien zu Alternativtechniken:

—*Friends of the Earth* und *Stephan Lyons* (Hrsg.): In: *Sonne!*, Frankfurt/M. 1979.

—*V. Borremans*, Bibliographie zur internationalen Alternativbewegung. In: *Technologie und Politik* Nr. 11 + 12 + 13 + 14 (1978/1979).

—*Economically Appropriate Technology for Developing Countries: A Bibliography*. IT Publications, London 1976.



H. Gollwitzer: Christentum/
Demokratie/Sozialismus II.
Sozialismus und Revolution;
Chile; Berufsverbote; Terrorismus;
Sowjetkritik und Antikommunismus;
Kampf für Menschenrechte.
SH 40 112 S., 7,00 DM.

Kongreßankündigungen und -berichte

Lehrerausbildung und Schule. Projektbereich Lehrerausbildung der VDS

24. — 25.1.1981

Reduzierung der Ausbildungskapazitäten, Reglementierung von Studieninhalten und Prüfungen. Liquidierung von Reformansätzen (z.B. einphasige Lehrerausbildung, Projektstudium), Stagnation der Gesamtschulentwicklung. Strategievergleich/Erfahrungsaustausch Regel- und Alternativschule. Perspektiven engagierter Praxis in Schule und Hochschule.

Informationen: Projektbereich Lehrerausbildung c/o VDS, Kaiserstr. 71, 5300 Bonn.

IV. Russell-Tribunal

Rotterdam, 24. — 30.11.1980

Das Tribunal war die Folgeveranstaltung der Genfer Konferenz der Non-Governmental-Organizations, wo 1977 erstmals Vertreter Indianischer Völker, Teil der »Vierten Welt«, ihre sehr besorgniserregende Lage vor den UN darstellen konnten. Jetziger Verhandlungsgegenstand: Die gegenwärtigen Rechte der Indianer beider Amerikas. Aus etwa 40 mit reichlichem Beweismaterial untermauerten Fällen wählte die Jury 12 zur (welt-)öffentlichen Verhandlung. Die nicht mehr erwartete Anwesenheit des Jury-Mitglieds Mario Juruna, Xavante-Nation, war eine ständige Mahnung: die brasilianische Indianer-Behörde hatte seine Ausreise erst in letzter Minute gestattet (Indianer gelten als »minderjährig«!). Es war allerdings auch vorher kein Geheimnis, daß die Behörde zur Beantwortung der »Indianerfrage« bis mindestens Anfang der 70er Jahre u.a. arsenhaltigen Zucker an Indianer verteilen ließ.

Hauptanklagen gegen die Regierungen praktisch aller Staaten, in denen überhaupt noch Indianer leben, gegen Konzerne und andere: 1. *Landraub:* fast immer die Ursache der folgenden Delikte; kaum zu glauben, weil z.B. kaum noch 2 % des US-Territoriums in Indianerhand sind, dann doch begreifbar, da gerade dort 75 % der Kohle-, 80 % der Wasser- und 85 % der Uranvorkommen der USA entdeckt wurden. In vielen anderen Staaten sind die Verhältnisse vergleichbar. 2. *Völkermord:* vom Kidnapping mit abschließendem Genickschuß (z.B. Anna Mae Aquash, Sioux-Widerstandskämpferin bis 1976), über Massaker durch Sonderpolizei (Peru 1977) bis zur Zwangssterilisation, z.T. sogar von Kindern (z.B. Relf-Schwestern, 12 und 14 Jahre, USA 1973). 3. *Kultureller Völkermord:* Verweigerung der Selbstbestimmung, Verbot der Muttersprache, Zerschlagung von ethnischen Gemeinschaften, Missionierung usw. 4. *Andere Rechtsverletzungen:* Vertragsbrüche, allgemeine Unterdrückung u.a. Delikte.

Die Strukturen der Fälle ähneln einander; wohl weil die von den europäischen Kolonialmächten unabhängig gewordenen Staaten in unschöner Eintracht mit diesen sowohl praktisch wie auch im Völkerrecht die eingeborenen Nationen nur als Objekte behandeln. Dies liegt z.T. auch an der *Schlüsselrolle* der USA, die Lateinamerika als ihren politisch-ökonomischen »Hinterhof« betrachten und die Indianerpolitik der Regierungen von ihren Gnaden mindestens stillschweigend dulden. Die Lage der Indianer ist nicht nur in den faschistischen Militärdiktaturen katastrophal — z.B. Deportation und Erschießung ganzer Dorfgemeinschaften der Araukaner, die zu wohl 80 % auf seiten Allendes standen, nach dem Putsch 1973 —, sondern auch in jenen Staaten, die ihren Rechtsextremismus in das Mäntelchen bürgerlicher Demokratien zu hüllen suchen. So gibt es seit spätestens 1977 Pläne, mindestens 150 000 Weiße aus dem südlichen Afrika, wo die herrschenden Rassisten pessimistisch in die »afrikanisierte« Zukunft blicken, in das von 41 Indianischen Völkern bewohnte ostbolivianische Tiefland umzusiedeln.

Trotz hartnäckiger Dementis der Bundesregierung wurde u. a. von Regierungsvertretern Boliviens, wo es schon eine von alten und neuen Nazis dominierte deutsche Kolonie von der Größe der Niederlande gibt, mehrfach versichert, die BRD werde dieses Projekt mit einem 150-Mio.-\$-Kredit unterstützen. Eine grundlegende Veränderung zugunsten der Indianer wird also erst zu erwarten sein, wenn »die Demokratie in Amerika« (Tocqueville 1835) nicht bloß auf dem Papier Einzug hält. Wie die USA *dazu* stehen, haben die Beispiele Kuba, Chile und Nicaragua drastisch bewiesen.

So wurden auch besonders schwere Vorwürfe gegen die USA erhoben. Die Navajos und Hopis, deren Reservate die »Four Corners« im Südwesten der USA bedecken, beschuldigten die Regierung in Washington der vorsätzlichen Ausrottung ihrer Völker im Interesse riesiger Projekte zur Urangewinnung und -verarbeitung durch Großkonzerne, z. B. Kerr McGee, größter Uranbesitzer der USA. Allein 160 verlassene Uranminen und 4 Uranmühlen aus den 50er Jahren haben die Navajos bisher entdeckt. Besonders gefährlich sind die durch das Zermahlen Uran-höffigen Gesteins entstehenden Halden (»tailings«), da aus ihnen krebserzeugendes, geschädigendes u. a. Erkrankungen verursachendes *Radon*-Gas entweicht. Die Radioaktivität der Gesteinsmassen erreicht ca. 85 % derjenigen von Uran. Immerhin müssen hunderte von Tonnen Gestein gemahlen werden, um 1 kg Natururan (U_3O_8) zu gewinnen. An dort laufenden Projekten sind u. a. beteiligt: Kerr Mc Gee, Anaconda Mining, United Home Partners (verbunden mit Homstake Mining Co.), Exxon. Eine Studie des Bureau of Indian Affairs (BIA) geht davon aus (1978), daß allein in New Mexico auf Indianerland 100 Uranbergwerke und 10 Aufbereitungsanlagen bis zum Jahre 2000 produzieren können. Schon 1975 gab es 380 Pachtverträge — über BIA — für Uranförderung auf Indianerland (nur 4 auf öffentlichem Grund). So steigen bei einem ständig größer werdenden Teil der Navajo- und Hopibevölkerung Krebs, Leukämie, Unfruchtbarkeit, Fehlgeburten und Mißbildungen bei Neugeborenen in erschreckender Weise. Dies wird durch offizielle Feststellungen der US-Gesundheitsbehörde bestätigt.

Das gleiche Schicksal ist den Dakota (Sioux) und nichtindianischen Bewohnern der Paha Sapa (Black Hills, ca. 2.8 Mio ha) in Süd-Dakota zgedacht. Die US-Regierung annektierte kurz nach der vernichtenden Niederlage der 7. Kavallerie unter dem berühmtesten Indianerschlichter G. A. Custer (Cheyenne-Beiname: »Frauenmörder«) durch materielle, nicht militärische Überlegenheit die Heiligen Berge wegen großer Goldfunde. Vor einiger Zeit bot sie den Dakota eine Entschädigung, die auf dem durchschnittlichen Landpreis von 1877 basierte: 17,5 Mio \$ (ca. 0,11 Pfennig/m²). 8 der 13 die Völkermorde überlebenden Dakota-Nationen klagten. Am 1.7.1980 entschied der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) mit 8:1 Stimmen, daß ihnen zudem Zins- und Zinseszins, insgesamt etwa 227 Mio DM (ca. 1,54 Pfennig/m²), zustünden. Abgesehen davon, daß allein der Homestake Mining Konzern bisher schon 1000 t Gold dort gefördert hat (Wert: ca. 45 Mrd. DM), wurden auch u. a. große *Eisenerzvorkommen* (ca. 90 Mio t; Wert: einige Mrd. DM), riesige *Kohlevorräte* (vermutl. einige Mrd. t; Wert: bis zu einigen 100 Mrd. DM) und *Uran* (Menge und Wert z. Zt. kaum schätzbar!) entdeckt. Der bisherige Energieminister Schlesinger bezeichnete die Paha Sapa als »Amerikas-Energie-Trumpf-As«. Die Funde riefen über 20 Konzerne, allen voran die größten Energie-Multis der Welt, auf den Plan — u. a. ITT, Westinghouse, Gulf, Exxon (s. o.), Mobil Oil, Chevron, Shell, Tennessee Valley Authority (TVA), Union Carbide (mit deutscher Tochter, Sitz Düsseldorf), Rio Tinto Zinc Ltd., Kerr McGee (s. o.), Burlington Northern Railroad (größter Kohleigentümer der USA) —, die direkt oder über Tochtergesellschaften gut 4000 km² des Gebietes pachten wollen, um ein gigantisches Energiezentrum zu errichten (13 10 000 Megawatt- und 9 5000 MW-Kohlekraftwerke, 6 Kohlevergasungsanlagen, 25 Kernkraftwerke). Dazu wollen sie 1/3 des gesamten Missouri-Stromes ableiten und die beiden entscheidenden Grundwasserreservoirs der Ge-

gend leerpumpen. Nach dem amtlichen North Central Power Bericht 1971 reicht das Wasser für diese Zwecke höchstens 30 Jahre. Außerdem enthält ein Teil der Kohle Uran; beim Verfeuern wird Radon-Gas in die Luft geblasen (s.o.) und vom Wind verweht. Kurz: In absehbarer Zeit würde ein großer Teil der gesamten nördlichen Great Plains zur radioaktiv verseuchten Wüste, die für Lebewesen keinen Platz mehr bietet.

Es ist also so, daß die Richter und ihre Regierung die Dakota auf der *Tauschwertebene* nicht einmal mit Promille des tatsächlichen Wertes abspesen wollen. Die Dakota stehen aber auf dem *Gebrauchswertstandpunkt*. Sie wollen ihr Land, ihr rechtmäßiges Eigentum — der Supreme Court betonte in seiner Entscheidung die Rechtswidrigkeit der Annexion —, vor der völligen Verwüstung wieder in Besitz nehmen.

Das Tribunal, bestehend aus Persönlichkeiten, die durch ihren uneingeschränkten Kampf für die Menschenrechte hervortraten — u.a. Prof. Robert Jungk —, bedauerte das Ausbleiben aller vor dem Tribunal Beschuldigten, die eingeladen worden waren, um zu den Anklagen Stellung zu nehmen. Ihr Schweigen spreche aber für sich, meinte die Jury und ergriff entschieden für den »heroischen Widerstand« der Indianer Partei. Sie forderte die Beschuldigten zur Achtung der Menschenrechte auf.

Wolfgang Ackermann (Bremen)

Sommerhochschule in Hamburg: Wissenschaft für Arbeitnehmer

Hamburg, 6. — 11.10.1980

Humanisierung, Selbstorganisation, Dezentralisierung und Ressourcenschonung waren die Themenschwerpunkte der Sommerhochschule an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. Von den 360 Teilnehmern — Arbeiter, Angestellte und Hausfrauen — waren 70% gewerkschaftlich organisiert.

Die von den Veranstaltern befürchtete Schwellenangst vor Wissenschaft wurde durch alternative Lehr- und Lernformen, in denen die Teilnehmer ihren Lernprozeß durch eigene Aktivitäten selbst beeinflussen konnten, weitgehend aufgehoben. Aus dem Themenangebot und den Einführungen der Referenten zu ihren speziellen Problemstellungen zu Beginn eines jeden Arbeitstages bildeten sich jeweils Arbeitsgruppen; in sehr intensiven und kontroversen Diskussionen wurden Fragestellungen entwickelt, die überwiegend im Bereich Gewerkschaften und Ökologie angesiedelt waren. Der Mangel an gegenseitiger Diskussionsbereitschaft von Gewerkschaftern und Anhängern der Ökologiebewegung trotz zahlreicher Berührungspunkte stieß bei den übrigen Teilnehmern auf Unverständnis.

Beim Thema Humanisierung wurden die Schwierigkeiten der Gewerkschaftsvertreter deutlich, gewerkschaftliche Strategien zu Humanisierungsproblemen am Arbeitsplatz und im sozialen Umfeld den Arbeitnehmern zu vermitteln. Die sehr kontrovers geführte Diskussion über die Ziele der Humanisierungsdebatte zwischen den Teilnehmern und den gewerkschaftlichen Referenten gipfelte in der Forderung, daß auf den von den Gewerkschaften durchgeführten Veranstaltungen eher Aktive, mit den Problemen am Arbeitsplatz Vertraute, gewerkschaftliche Vorstellungen und Strategien referieren sollen als Funktionäre. Trotz aller Kritik wurde der gewerkschaftliche Forderungskatalog zur Humanisierung unterstützt. Zur Forderung: Fremdbestimmung — Mitbestimmung — Selbstbestimmung sahen die Teilnehmer keine Alternative, eher in der Umsetzung und in der Strategie. Einhellig wurde festgestellt, daß die Gewerkschaften die Probleme, die sich aus der Einführung neuer Technologie ergeben, sozial dingfest gemacht haben. Beispielhaft wurden die Bemühungen um die Arbeitszeitverkürzung und die Entintensivierung der Arbeit genannt.

Die Aktivitäten der Belegschaft des britischen Unternehmens Lucas Aerospace zur

Entwicklung und Produktion alternativer, gesellschaftlich notwendiger Güter wurden als Beispiel wirksamer Gegenwehr zur Kapitalstrategie, d.h. der Einführung neuer Technologien zur intensiveren Arbeitserfassung und noch differenzierteren Arbeitsteilung aufgefaßt.

Sehr harter Kritik mußten sich die anwesenden Wissenschaftler verschiedenster Fächer aussetzen. Grund war die Tatsache, daß Wissenschaftler nicht nur keine fertigen Handlungskonzepte anbieten können, sondern daß sich die Wissenschaftler erst einmal den Interessen und Bedürfnissen der durch Wissenschaft Betroffenen überhaupt zuwenden müssen. Dies gilt gerade für gesellschaftliche Problembereiche wie die Auseinandersetzung mit dem technischen Wandel und der Automation. Zur Zeit, so die Gewerkschaftsseite, kann aber eine Gegenstrategie nur zur Abmilderung konkreter Arbeitsbelastung physischer Art, jedoch nicht zur Verhinderung physischer wie auch psychischer Belastungen und Beanspruchungen durch fremdbestimmte Arbeit sein.

Die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen dürfe aber der Organisation nicht allein überlassen werden, sondern jeder muß sich selbst aktiv in seiner unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumgebung dafür einsetzen.

Das gilt ebenso für die Beendigung der Verschleuderung menschlicher und natürlicher Ressourcen. Prinzip einer humanisierten Umwelt muß auch der Abbau zentralisierter Verfügungsmacht über Menschen und Maschinen sowie die Entwicklung gesellschaftlicher Übergangsstrategien werden. Am Beispiel des Ersatzes monopolisierter Energie- und Wärmeerzeugung durch dezentralisierte Kraft-Wärmekopplung konnte demonstriert werden, daß auch der einzelne etwas tun kann. Die dafür notwendige Voraussetzung ist die Entwicklung eines entsprechenden Verbraucherbewußtseins.

Das Experiment »Sommerhochschule« hat gezeigt, daß die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wissenschaftlern mit den betroffenen Arbeitnehmern notwendig ist. Um praktische Probleme wirklich erfassen zu können, müssen die Wissenschaftler ihr Selbstverständnis und ihre Methodologie überprüfen. Eine Arbeitnehmerorientierung verlangt die Schaffung und Institutionalisierung von Berührungspunkten zwischen Wissenschaftlern und Arbeitnehmern und zwingt nicht nur zum Verlassen des Elfenbeinturms, sondern erfordert eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Wissenschaftsprozess. Wie die Sommerhochschule gezeigt hat, sind Kooperationsverträge und die Öffnung der Hochschulen dafür nicht ausreichend.

Jürgen Lange und Walter Dörhage (Hamburg)

Language and History. 14. History Workshop

Brighton, 14. — 16.11.1980

Die nationalen History Workshops sind Teil einer breiten Bewegung, die mittlerweile über 70 lokale bzw. regionale Projekte umfaßt. Dort arbeiten, nicht professionell abgegrenzt, Historiker, Arbeiter aus Produktion und Verwaltung, Lehrer, Schüler und Studenten zur lokalen Geschichte, Arbeiteralltag, Feminismus, »Oral History« etc. Seit einigen Jahren gibt es auch überregionale thematisch arbeitende Kollektive, z.B. der »Art and Society History Workshop« und der »Science and Technology Workshop«. Ebenfalls Teil dieser Bewegung ist die »Communist Party History Group« wie zahlreiche »worker historians«, Gewerkschafter, die die Geschichte ihrer Arbeit, ihrer Gewerkschaft o.ä. erforschen. Die Workshops sind von keiner politischen Organisation abhängig, wiewohl fast das gesamte linke Spektrum in ihnen vertreten ist.

Der diesjährige Workshop reagierte mit seiner Themenstellung auf die seit längerem in England geführte Debatte über die Rolle der Sprache im Bildungs- und Erziehungsbereich und auf den zunehmenden Einfluß der strukturellen Linguistik in den engli-

schen Sozialwissenschaften. An die 750 Historiker, Erzieher und Gewerkschafter nahmen daran teil und diskutierten in über 60 Arbeitsgruppen, die wiederum in 5 Blöcke aufgeteilt waren: »Learning and Language«, »Language of Socialism, Class and Ideology«, »Language, Power and Resistance«, »Language and Historical Change«, »Experience and Language of History«. Aufgrund der Bedeutung der strukturellen Linguistik (v.a. der Diskursanalyse) für die historische Forschung wird im folgenden ausschließlich die Diskussion darüber dargestellt.

Viele »Socialist Historians« stehen dem diskursanalytischen Ansatz wie überhaupt der Theorisierung ihrer eigenen Forschungspraxis mit großer Skepsis gegenüber. Ihr Verständnis einer demokratischen Geschichtspraxis beruht gerade auf der *empirischen* Erforschung der Alltagsgeschichte des Volkes. Im Zentrum stehen die Subjekte der Geschichte: ihre Erfahrungen und ihre Wahrnehmung der historischen Prozesse sollen in größtmöglicher »Authentizität« herausgearbeitet werden. Ziel ist — v.a. durch »Oral History« und die oben genannten Projekte —, »dem Volk seine Geschichte, die es selbst macht und erlebt, durch seine eigenen Worte wiederzugeben« (Paul Thompson; vgl. hierzu auch den Artikel von Stefan Bajohr über »Oral History«, in: *Das Argument* 123, 667ff.). Das Interesse dieser Historiker bei der Untersuchung von Sprache liegt daher in dem Aufspüren der »wahren« Sichtweisen und Standpunkte des Volkes. Wie aber werden diese Sichtweisen hergestellt? Welchen gegensätzlichen Einfluß haben kulturelle und ideologische Effekte in Vergangenheit und Gegenwart auf den Prozeß der Sinngebung des Gelebten durch die Subjekte? Wie kann diese Art von Erinnerungsarbeit zum kollektiven Handeln für eine demokratische, d.h. selbstbestimmte Lebenspraxis geworden werden?

Auf dieser Dimension einer demokratischen Geschichtspraxis verwies *Stuart Hall*, Professor für Soziologie an der Open University in London, in seinem Einleitungsreferat. Als Problemfeld benannte er das Verhältnis von »Worten und Formen des Klassenkampfes«: »Wie werden die Sprachen von Herrschaft und Widerstand gebildet?« Die Untersuchung dieser Sprachen sei die Bedingung für die Erkenntnis von Möglichkeiten der Intervention in der »öffentlichsten« Form des Klassenkampfes, dem »Kampf um Konnotationen«, der in der Alltagssprache, in den Medien und in der Literatur ausgetragen werde. Sprache sei nicht bloße Widerspiegelung des Seins, sie müsse vielmehr selbst als Praxis gesellschaftlicher Sinnproduktion in ihrer die übrigen Praxen organisierenden Wirkungsweise untersucht werden. Die Diskursanalyse durchbreche damit das »Wesen-und-Erscheinungs«-Paradigma und erlaube, mehr Mut zur empirischen Forschung zu entwickeln.

Die Möglichkeiten des diskursanalytischen Ansatzes für die historische Forschung demonstrierte ein Kollektiv des Centre of Contemporary Cultural Studies in Birmingham, die »Popular Memory Group«. Ihr Gegenstand ist die gelebte Beziehung von Vergangenheit und Gegenwart. »Popular Memory« werde »konstruiert und produziert *in der Beziehung* zweier Bereiche, der öffentlichen Repräsentation von Vergangenheit und einer mehr informell erinnerten Vergangenheit«. Der erste Bereich bezeichnet den »historischen Apparat«, d.h. die ineinandergreifenden Prozesse, durch die ein »öffentliches« Verständnis der Vergangenheit innerhalb der Gesellschaft konstruiert wird, das eine nationale Identität bewirkt. Das geschieht durch Massenmedien, historische Filme, Museen, Werbung etc. und durch »spezifisch politische Diskurse darüber, wer 'wir' — historisch — sind und welches 'unsere' Vergangenheit ist und 'unsere' Zukunft sein kann«. Der zweite Bereich bezeichnet die Art und Weise, wie die Beziehung von Vergangenheit und Gegenwart von den Subjekten erlebt und erfahren wird. Den Zugang dazu eröffnen die zahlreichen Projekte der History Workshop Bewegung, Arbeiterautobiographien und »Oral History«. Diese »privaten« Erinnerungen werden selber — allein durch ihre Publikation — in Beziehung zur öffentlichen Repräsentation gebracht.

Die aktuell-politische Frage dieses Projekts zielt auf eine Grundlage des Thatcherismus: seine Artikulation mit der Vergangenheit als »Nationales Erbe« über tradierte Bedeutungen des Nationalen im Volk.

Auf dem 14. History Workshop war gegenüber dem letztjährigen (vgl. *Das Argument* 120, 254ff.) eine eindeutige »Professionalisierung« feststellbar: Gewerkschafter und andere nicht-professionelle Historiker waren schwächer vertreten. Dennoch besteht die eigentliche Leistung des Workshops immer noch darin, daß Nichtakademiker und Akademiker aus den unterschiedlichsten Lagern der Linken gemeinsam an der aktuellen Forschungsfront diskutieren. Gaby Mischowski/Mathias Eidenbenz (Berlin/West)

Linke Sozialdemokraten und bundesdeutsche Linke — Diskussion am Beispiel der »Herforder Thesen«*

Bielefeld 31.10. — 2.11.1980

Auf die SPD zu setzen, galt in der Studentenbewegung vielen als Anfang vom Ende eines echten Linken. Heute machen Linksozialisten in der SPD einen Strategievorschlag für marxistische Politik in der Bundesrepublik, an dem die übrige Linke nicht vorbeikommt. Der Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe und die »Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft« (*spw*) brachten zur Diskussion über die *Herforder Thesen* etwa 200 SPD-Funktionäre aus allen Landesteilen und Vertreter der wichtigsten Gruppierungen der Linken zusammen.

Aber was sollen, was können strategische Vorschläge »zur Arbeit von Marxisten in der SPD«? — Dazu ein Blick auf das Kräftefeld, in dem Linksozialisten operieren: Der Rechtsruck im sozialliberalen Block, dieser indirekte Wahlerfolg von Strauß, zieht die Handlungsgrenzen der SPD-Linken enger. Gleichwohl — ein von links kontrollierter sozialdemokratischer Kanzler der Bundesrepublik könnte der — vielleicht entscheidende — Sperrriegel sein vor dem Einfallstor eines Dritten Weltkrieges. Wenn also Marxisten in der SPD an einem Bündnis von Abrüstungs-, christlicher Friedens- und Umweltbewegung mit fortschrittlichen Gewerkschaftern und SPD-Linken arbeiten, können sie die Kraft bilden helfen, die der Mehrheitssozialdemokratie bei einem erneuten »Nachrüstungsbeschluss« in den Arm fällt.

An zwei anderen Fronten werden sich die Widersprüche im sozialliberalen Block verschärfen: Arbeitslosigkeit und Umweltschutz. Wenn eine ökologische Umorientierung der Lebensweise weitere Teile der neuen Mittelschichten erfaßt, auf die sich die SPD zunehmend stützt, und auf Teile der Arbeiterklasse übergreift, läßt die Integrationskraft der sozialdemokratischen Ideologie des Wohlfahrtsstaats nach, ohne daß eine konsensfähige Alternative in Sicht wäre. Unter dem Druck von 1,1 Millionen Arbeitslosen, Rationalisierung, Nullwachstum und Aufzehrung des Eingemachten des »deutschen Wirtschaftswunders« — angefangen bei der Wohnungsmisere —, werden größere Teile der Gewerkschaften nach Alternativen in der Wirtschaftspolitik suchen und gegen die Zementierung der sogenannten Stabilitätspolitik anrennen. — In beiden Fragen haben Linke in der SPD Eingriffschancen. Die parlamentarische Linke der SPD braucht, wie *Erich Meinecke* (MdB) ausführte, theoretisch fundierte Strategieentwürfe, weil sie angesichts der gewachsenen Mehrheit der Koalition nicht mehr nur »mauern« kann.

Diesen drängenden Aufgaben muß sich eine in sich zersplitterte und zu gemeinsamem Handeln kaum fähige SPD-Linke stellen. Ein grundlegender Aspekt dieser Lähmung ist die theoretische und strategische Unselbständigkeit ihrer Teile gegenüber der

* Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf: Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, wesentlich überarbeitete, erweiterte Auflage. Hrsg. v. Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe. *spw*-Sonderheft SH 2. Berlin/West 1980.

Mehrheitssozialdemokratie einerseits, linken Positionen außerhalb der SPD gegenüber andererseits. Die Wiederaneignung des Marxismus in der Diskussion der frühen 70er Jahre über die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus war ein erster Durchbruch in dieser Richtung. Es gelang aber damals nicht, auf der Grundlage dieser Position eine mehrheitsfähige sozialistische Programmatik für die SPD-Linke zu formulieren. Die Reproduktion des zersplitterten Theoriespektrums der Linken unter dem Dach der SPD blockiert diese Arbeit bis heute. Die Bedeutung der *Herforder Thesen* liegt darin, daß sie durch produktive Kombination von theoretischen und strategischen Traditionen über die Stamokap-Position der 70er Jahre hinaus hier einen Durchbruch möglich machen. Dazu müssen sie, wie *Wolfgang Abendroth* sagte, von der Bewegung selbst ergriffen und weitergeschrieben werden.

Detlev Albers führte die strategischen Säulen der *Thesen* vor, die auf eine Aneignung dreier Traditionslinien im Marxismus gebaut sind — Austromarxismus, Gramsci und französischer Linkssozialismus der CERES-Gruppe: ein demokratischer und friedlicher Weg zum Sozialismus, der mit einer grundlegenden Demokratisierung von Staat und Gesellschaft beginnen soll; der Einstieg in diesen Prozeß der Transformation des Staates ist mit einem Programm alternativer Wirtschaftspolitik markiert, die auf die Etablierung einer neuen ökonomischen Logik zielt. Diese setzt als Bruch mit der Profitorientierung eine Mindestschwelle der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien voraus. Als soziales Subjekt dieses Prozesses nennen die *Herforder Thesen* die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen antimonopolistischen Klassen und Schichten; *politisch* könne der Übergang nur in einem Pluralismus von Parteien und politischen Strömungen vollzogen werden. Hauptaufgabe von Marxisten in der Sozialdemokratie sei die Rekonstruktion von Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse; sie müsse die ideologische Stabilisierung bürgerlicher Herrschaft im hochentwickelten Kapitalismus durch die Erringung der geistigen Hegemonie der Arbeiterklasse aufbrechen.

Wie stellten sich die verschiedenen Gruppierungen innerhalb der SPD zu diesen Vorschlägen? — *Peter von Oertzen* verblüffte die Versammelten durch weitgehende Zustimmung zum strategischen Konzept der *Herforder Thesen*: es sei das wichtigste marxistische Programm-Dokument der Sozialdemokratie nach 1945. Besonders lobte er das Festhalten am Marxismus und an der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt. In den *Thesen* fehle eine Bestimmung des Charakters der realsozialistischen Länder. Nur wenn man die Sowjetunion für sozialistisch halte, könne man sie noch nach Afghanistan als internationale Friedensmacht sehen und mit ihren Freunden *hier* Bündnisse propagieren. *Wolfgang Abendroth* setzte dagegen die Einsicht, daß die Möglichkeit für Sozialisten, heute einen demokratischen und friedlichen Weg zum Sozialismus in Westeuropa ins Auge zu fassen, erst durch die Existenz der Sowjetunion und des sozialistischen Blocks gegeben sei. Die Form des Übergangs zum Sozialismus hänge immer von den Kräfteverhältnissen — also auch vom Gegner — ab. Sozialisten müßten deswegen am meisten Interesse an der Erhaltung des internationalen Gleichgewichts haben und seiner Zerstörung durch Antikommunismus und Rüstungswettlauf widerstehen. — In einem Punkt signalisierte *von Oertzen* Übereinstimmung: eine Hauptursache des Stalinismus sei das historische Versagen der deutschen Sozialdemokratie vor dem Faschismus.

Könnte auch von dieser Diskussion gelernt werden, so hatten hier doch die alten über die neuen Fragen gesiegt. Die Gefahr zeigte sich auch in der Diskussion der anderen Themenblöcke: neue ökonomische Logik und alternative Wirtschaftspolitik, Transformation des Staates, Veränderbarkeit der Sozialdemokratie. Die verschiedenen Gruppierungen der SPD- und übrigen Linken neigen dazu, die neuen Fragestellungen der *Herforder Thesen* in die alten Fragen und Fronten rückzuübersetzen und damit ihr produktives politisches Potential zu blockieren. Die Perspektive der weiteren Diskussion

wird entscheidend davon abhängen, ob dieser Gefahr begegnet werden kann.

Die Linkssozialisten haben die Auseinandersetzung über die Möglichkeit einer alternativen Wirtschaftspolitik durch progressive Umstrukturierung des Staatsbudgets auf ihr Terrain geholt. *Herbert Schui* vertrat das Memorandum-Konzept: Kürzung der direkten und indirekten Kapitalsubventionen, Umschichtung der freiwerdenden Mittel für soziale Ausgaben und arbeitseffektive Investitionen. In der Kritik verbündeten sich *von Oertzen* und *Joachim Bischoff*, flankiert von *Wolfgang Krumbein* (ehemaliger stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender, federführender Mitautor der »Göttinger Thesen«): mit einer Übernahme der Memorandum-Position würden die Linkssozialisten den drohenden Staatsbankrott in den Übergang zum Sozialismus einbauen, sie würden die Inflationsgefahr einer linkskeynesianischen Politik unterschätzen. Die zentrale Frage, ob ein sozialistisches Programm für die Bundesrepublik im ökonomischen Teil um eine »revolutionäre Austerität« organisiert werden muß, blieb offen.

Gegenüber der ersten Fassung der Herforder Thesen (vgl. die Kritik von *Thomas Scheffler* und *Thomas Waldbubel* in *spw* 4) wird jetzt der ideologische Kampf als entscheidendes Feld sozialistischer Politik umrissen. Die *Thesen* brechen mit einem instrumentalistischen Staatsverständnis, mit der Verkürzung von Politik auf Verschleierung oder Aufklärung und mit einer schematischen Gegenüberstellung von politischer Partei und unpolitischen Gewerkschaften (»Politisierung der Gewerkschaften«, 53f.). Diese produktive Aneignung verschiedener marxistischer Traditionslinien für marxistische Politik — hier vor allem *Gramsci* — stieß auch auf unproduktive Reaktionen. *Christoph Butterwege* schlug vor, zu den alten Begriffen vom Gewaltstaat der Bourgeoisie, von »sozialistischer« vs. »bürgerlicher Demokratie« zurückzukehren. *Wolfgang Krumbein* fand umgekehrt, daß die neuen Ansätze in den *Thesen* zur Rede vom »staatsmonopolistischen Kapitalismus« nicht mehr paßten, auf diesen Begriff daher verzichtet werden müsse. Z.B. könne man den Staat nur *entweder* als mit den Monopolen »verschmolzen« auffassen *oder* als »ideellen Gesamtkapitalisten« (23) mit relativer Autonomie gegenüber den Klassen. Die Frage ist theoretisch wichtig; sie darf aber nicht zwischen Abschwören oder Zurückkehren zur Stamokap-Theorie eingeklemmt werden. Im Grunde sind die *Thesen* darüber hinaus, daß man die alten Begriffe (»Verschmelzung«, »Gesamtkapitalist«) ehrfürchtig zitiert; das hindert nur, die Krücken beim Vorwärtsgehen wegzwerfen.

Marxistische Theoriediskussion steht in der deutschen Sozialdemokratie unter einem mehrfachen Machtvorbehalt: ob sich von alledem überhaupt etwas wird durchsetzen lassen, wieviel man zuerst einmal »abstreichen« muß; ob die *Thesen* auch nur in der SPD-Linken eine Chance haben — weniger, ob sie bei den Massen eine Chance haben und *deswegen* in der SPD-Linken; und schließlich, ob »man« nicht schon Machtpositionen besetzt hat und jetzt nur noch die richtige Politik in dieses Ungeheuer einer verstaatlichten und befriedeten Arbeiterbewegung hineinfüllen müßte. Noch im Versuch, sich von diesem Machtdiskurs zu befreien, drohen die *Herforder Thesen* ihm wieder zu unterliegen, wo sie z.B. Formen und Organe einer Fundamentaldemokratisierung relativ abgelöst von der heutigen Klassenbewegung entwerfen — wohl hoffend, die Massen würden aus den Organen *für sie* Organe ihrer selbst machen. — Gegen einen unkontrollierten Staatsdiskurs in sozialistischer Programmatik schlug *Wieland Elfferding* vor, die Transformation des Staates von vornherein in der Perspektive seines Abbaus zu betreiben. Für die Wiederaneignung des gesamtgesellschaftlichen Produktionszusammenhangs müssen die Produzenten ihre Expropriation von der Politik aufheben. Die von den *Thesen* proklamierte demokratische Rekonstruktion des Parlamentarismus müsse in Bezug gesetzt werden zu den antikapitalistischen Bewegungen — Frauen, Ökologie-, Bürgerbewegungen —, die sich teils bewußt antiparlamentarisch artikulieren und organisieren.

Im Verhältnis von Linkssozialisten und »neuen sozialen Bewegungen« deutet sich eine Wende an. *Lottemi Doormann* kritisierte zu Recht, daß die Emanzipation der Frau zwar im Forderungskatalog auftaucht, ihre strategische Bedeutung für sozialistische Politik aber von den *Thesen* nicht erkannt worden sei. Die Diskussion zeigte, daß Linkssozialisten zuerst in der Frauenfrage einleuchtet, daß sich das nicht einfach unter »Bündnispolitik« abheften läßt, sondern daß hier neue theoretische und strategische Elemente in den Sozialismus hereinkommen. Da weiß man aus Erfahrung, daß sich die Frauenfrage sowenig mit der Klassenfrage beantwortet wie mit dem Eintritt in eine Arbeiterorganisation. — Schwerer verdaulich war die Provokation, die *Rudolf Bahro* mitgebracht hatte: bewußt von außen entwickelte er einen Fragenkatalog für sozialistische Politik in der Bundesrepublik:

— Gegenüber Marxens Problematik einer Widerspruchsdynamik aus dem Klassengegensatz habe sich eine Problemverschiebung auf den äußeren Gegensatz der Systeme ergeben im Verhältnis zur Dritten Welt. Welche strategischen Konsequenzen ziehen wir daraus?

— Wie begegnen Marxisten der Gefahr eines strukturellen Zuspätkommens mit ihrem Konzept der proletarischen Revolution, wo der Kapitalismus heute in der Lage ist, die ganze Menschheit zu vernichten, bevor das Proletariat zuschlagen kann? Statt das Proletariat, sozusagen den ersten Band des »Kapital«, ins Zentrum einer Strategie zu stellen, müßten wir heute mehr vom zweiten und dritten Band ausgehen: soziale Verhältnisse und Provokationen, die vom Gesamtproduktionsprozeß ausgehen.

— Verdeckt nicht die Rede vom »Sonderfall Bundesrepublik« in den *Thesen*, daß die Befriedigung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Hauptländern allgemein ist?

— Gehen wir nicht in die Irre, wenn wir z.B. Italien als Vorbild für eine mögliche Entwicklung der Klassenkämpfe nehmen? Vielleicht liegt das entsprechende Stadium der Klassenkämpfe in Deutschland schon *hinter* und nicht vor uns?

— Das alte Muster: Marxisten — Reformisten in den *Thesen* greift nicht mehr. Sind nicht heute reformistische Sozialdemokraten, die sich mit der ökologischen Front verbünden, historisch produktiver als die orthodoxen Marxisten? Diese seien nämlich in der Gefahr, »links hinter der SPD« rauszukommen statt links *vor* ihr.

— Wie könnten wir in der Perspektive eines Bruchs mit der kapitalistischen Zivilisation vorab bestimmen, um welche Klasse oder Gruppe sich ein Block über dem Generalnenner der ökologischen Frage versammeln wird? Das werde ein plurales Spektrum sein, dessen Anordnung noch nicht bekannt ist.

Für manchen hörte wohl hier die Diskussionsbereitschaft auf, es blieb bei der Provokation. Auch Bahro hatte sich seinerseits darauf eingerichtet, nur von außen zu provozieren, statt an den Punkten der *Thesen* anzuknüpfen, die neues strategisches Terrain betreten. Dabei gibt es objektiv Berührungspunkte.

Josef Cap berichtete aus Österreich, wie es den Linkssozialisten nur durch die Verknüpfung von Fronten wie Abrüstung (Chile-Panzer-Skandal) und Umweltschutz (AKW in Zwentendorf) mit der Arbeiterbewegung gelingt, die korporatistisch befestigten Gräben der Sozialpartnerschaft durch unplanmäßige Bündnisse — z.B. Abrüstungsbewegung und Arbeiterbewegung über katholische Gewerkschafter — zu durchkreuzen. *Peter Pelinka* stellte sogar die Alternative, sich an die Rekonstruktion einer politischen Arbeiterkultur innerhalb der Sozialdemokratie zu machen oder die unbewohnbaren Politikstrukturen durch Bündnisse mit den neuen sozialen Bewegungen von außen aufzubrechen.

In den *Herforder Thesen* stellen sich Linkssozialisten die Aufgabe der Rekonstruktion von Klassenbewußtsein und der Erringung »geistiger Hegemonie« der Arbeiterklasse. *Kurt Neumann* schärfte ein, daß diese Orientierung erfordert, die Funktionsweise der Formen zu untersuchen, in denen sich die Arbeiter der ideologischen Herrschaft der

Bourgeoisie unterstellen. Gerade ihr Verhältnis zu den Frauen, zur Natur, zur Kultur usw. ist von den ideologischen Mächten durchregelt. Wenn diese Herrschaft abseits der Arbeiterbewegung kritisiert und aufgebrochen wird, so ist es Aufgabe von Arbeiterorganisationen, die kulturrevolutionäre Phantasie dieser Bewegungen ernstzunehmen und die Vorschläge auf ihre Brauchbarkeit für den Sozialismus zu prüfen. Was sollte »Rekonstruktion von Klassenbewußtsein« anderes sein, als daß die Arbeiter *alle* Seiten ihres Lebens revolutionieren, um sich und die anderen zur Umwälzung der Grundverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft zu befähigen?

Marxisten in der SPD werden nur eine Chance auf Terraingewinn haben, wenn sie die produktive Auseinandersetzung und das Bündnis mit Frauen-, Ökologie-, Bürgerbewegungen suchen und ausbauen. Sonst werden sie sich in den Machtspielen der innerparteilichen Gruppierungen und Hierarchien verschleißen, ohne ihr politisches Potential wirksam werden zu lassen. Die von Bahro aufgeworfenen Fragen dürfen nicht denen überlassen werden, die zu schnelle Antworten auf sie wissen.

Was weiter tun mit den *Herforder Thesen*? Sie lesen, diskutieren und ausprobieren. So kann die übrige Linke feiern, daß ein Schub an Theorie und Strategie gerade aus einer Organisation kommt, in der Pragmatismus und Theoriefeindlichkeit herrscht. Zugleich eine fruchtbare Form, das Dilemma der Linken mit der SPD abzarbeiten: sie zu verachten, aber doch zu wählen. Natürlich kann keine Gruppierung der Linken in der Bundesrepublik heute ein sozialistisches Programm für die anderen vorschlagen. Aber daß zwischen ihnen ein *programmatischer Prozeß* in Gang gekommen ist, in dem sich Politik- und Theoriestreits an ihrer Massenfähigkeit in sozialistischer Perspektive messen lassen müssen, ist ein Schritt voran.

Wieland Elfferding (Berlin / West)

Reformismus in Weimar

Freudenberg, 9. — 11.10.1980

Der Wissenschaftliche Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung — als Fortsetzung des Bernstein-Kongresses des Jahres 1977 gedacht — hatte »Beiträge zur reformistischen Sozialismustheorie in der Weimarer Republik« zum Gegenstand.

Über den Zusammenhang von reformistischen Sozialismustheorien und sozialdemokratischer Organisationspraxis referierte *Lösche* (Göttingen). Er verwies auf den organischen Zusammenhang von sozialdemokratischem Organisationsleben und reformistischer Theoriebildung und schloß auf die »Unhaltbarkeit jener Interpretation sozialdemokratischer Geschichte, nach der die Theorie des organisierten Kapitalismus und die Konzeption der Wirtschaftsdemokratie als bloße Legitimationsideologie für die reformistische Praxis, für Koalitions- und Tolerierungspolitik zu entlarven seien«. Ein zweites innovatorisches Element in Lösches Referat war seine Kritik an der These von der Verbürgerlichung, Verbonzung, Verkalkung sowie des damit zusammenhängenden Immobilismus der zeitgenössischen Sozialdemokratie. Lösche kann zeigen, daß diese Kritik ihre Plausibilität in der Vergangenheit v.a. dem Bezug auf die vergleichsweise »jungen« und »dynamischen« kommunistischen und nationalsozialistischen »Bewegungen« verdankt; im Aspekt der heutigen Sozialdemokratie erscheine die Partei der 20er Jahre dagegen »durchaus als proletarisch, basisbezogen und vital«. Die weitgehende Auflösung der sozialdemokratischen »Solidargemeinschaft«, die sich mit den erst seit dem Ende der 60er Jahre dieses Jahrhunderts einsetzenden Prozessen der »Verjüngung, Akademisierung und Entproletarisierung« der Partei identifizieren lasse, weise zugleich auf die Unmöglichkeit der komplikationslosen Übertragung reformistischer Theoriebestandteile der Weimarer Zeit auf die Gegenwart hin.

»Theoriedefizite« (*Miller*, die eine umfassende Stagnation in der Theoriebildung der Weimarer SPD behauptet) wurden im Fall der sozialdemokratischen Staatsauffassung »aufgedeckt«. So vermißt *Euchner* (Göttingen) konsistente Analysen der »funktionalen Stellung der Staatstätigkeit im Prozeß der Kapitalreproduktion«. Zwar hätten einige intellektuelle »Leichtmatrosen« (*Fraenkel*, *Kirchheimer*, *Neumann*) an Bord des in »schwerer See« kreuzenden sozialdemokratischen »Dampfers« durchaus »innovatorische Ansätze« in die Staatsdiskussion eingebracht. Auch habe der Austromarxismus bemerkenswerte »Konzeptionen einer 'Gegenmacht' der Basis gegen die politischen Institutionen und sozioökonomischen Strukturen« beige-steuert. Trotzdem habe ein Mann wie *Rudolf Hilferding* zur Klärung bzw. Vermittlung bestimmter Widersprüche in seinen ansonsten fast modern anmutenden staats- und demokratietheoretischen Überlegungen nicht vorstoßen können. So sei »Hilferding nicht dazu gelangt, seine ansatzweise entwickelte Pluralismustheorie mit seiner Auffassung vom organisierten Kapitalismus systematisch zu verknüpfen. Er wäre dabei vermutlich auf den Widerspruch gestoßen, daß sich Konkurrenz der pluralen Interessen mit der unterstellten historischen Dominanz des sozialistischen Prinzips nicht verträgt«. Die »tragische Ironie der Geschichte«, die in der Figur *Hilferdings* geradezu personale Gestalt annehme, bestehe darin, daß er, »als das Fundament seiner neuen Staatstheorie«, das »ungefähre Gleichgewicht von Kapital und Arbeit« nämlich, bereits »zerrüttet war, noch auf die politische Form der Konkurrenzdemokratie (setzte)« und einer ohnehin schon »übertriebenen« Staats- und Institutionenfixiertheit noch Vorschub leistete. Als der Klassenkompromiß von der Bourgeoisie infrage gestellt wurde, vermochte es der Reformismus daher nicht mehr, »aus dieser institutionellen Gebundenheit Kräfte des außerinstitutionellen und außerparlamentarischen Kampfes freizusetzen«.

Gegen die von einigen Kongreßteilnehmern (wie v.a. *Heimann* und *Meyer*) in den Mittelpunkt gestellte These vom je nach dem »objektivistisch« oder »revolutionstromantisch« vereinseitigten Marxismus, der als »dogmatisiertes Lehrgebäude« (*Meyer*) das Haupthindernis für eine erfolgreiche politische Praxis dargestellt habe, setzte *Grebing* — in heller Empörung — ihr Diktum vom totalen »Bankerotte des theoretischen Reformismus«. Gerade die immer wieder aufflackernde Diskussion um Rolle und Funktion des von der Weimarer Sozialdemokratie rezipierten Marxismus illustrierte in exemplarischer Weise eine prinzipielle politische und v.a. methodische Kontroverse: Richtete sich die Kritik der einen (v.a. *Heimann*, *Meyer*, *Porthoff*, *Vilmar*) gegen eine »marxistische Theoriefassade«, die die praktische Reformarbeit in Staat und Gesellschaft nicht nur nicht anleiten konnte, sondern z.T. sogar empfindlich behinderte, so wiesen die anderen (v.a. *Lösche* und *Grebing*) darauf hin, daß sich die Konstitution der Sozialdemokratie als Solidargemeinschaft über ein spezifisches Gesellschafts- und Geschichtsverständnis hergestellt habe, das ganz wesentlich auch von *Marx* geprägt wurde. Dem legitimatorischen Interesse derjenigen, die den Marxismus als bloße Verzierung abtun wollten, sei die Frage entgegenzuhalten, warum denn der (Vulgär-)Marxismus so massenhaft rezipiert worden sei. Auch die Symbole der Arbeiterbewegung bezögen sich auf bestimmte historische Realitäten — die Realität eines scharfen Klassenkampfes mit dem Unternehmertum etwa und die Realität eines v.a. repressiven Staatsapparates (Justiz!). Während es gerade darauf ankomme, Theorie und Praxis als wechselseitig aufeinander bezogene Momente des historischen Prozesses in einen Erklärungszusammenhang zu stellen, blieben bei denen, die den Marxismus zur »mitgeschleppten Theoriefassade« (*Meyer*) oder »tradierten Formelsammlung« (*Miller*) degradierten, gerade die gesellschaftlichen Verhältnisse ausgeblendet, die bestimmte Grunderkenntnisse des Marxismus zu bestätigen schienen.

Nachträgliche Systematisierungen, die (Re-)Konstruktion einer »Traumtheorie« (*Lösche*) aus Versatzstücken, die völlig ahistorisch aus ihren jeweiligen Entstehungsbedin-

gungen gerissen werden, um der Legitimation heutiger Verhältnisse zu dienen, seien abzulehnen. Diese Kritik traf in besonderer Weise das Referat *Meyers*, dessen Analyse der sozialdemokratischen Theorieentwicklung — auf dem heutigen Verständnis eines vom Marxismus gereinigten Demokratischen Sozialismus basierend — die Theorien der Weimarer Sozialdemokratie zunächst von ihren Entstehungsbedingungen löste, dann ihrer zeitgenössischen Rezeptionsweise und Kritik entthob, ihrer wechselseitigen Verknüpfung und Bedingung entledigte und ihre Einzelteile schließlich wiederum aus der gegenwärtigen Perspektive eines ethischen und »staatstragenden« Reformismus je nach dem als »Fortschritte«, »halbe Fortschritte« oder nur »faktische Veränderungen« benotete.

Der Skepsis gegenüber einer Aktualisierung nicht nur reformistischer, sondern auch »revolutionärer« Theorie — wie sie von Lösche und Grebing vorgetragen wurde — stand — eine seltene Koalition — auch *Vilmars* und *Krumbeins* Berufung auf jeweils spezifische Sektoren der sozialistischen Theoriegeschichte entgegen. Will Vilmar der in Vergessenheit geratenen Konzeption der Wirtschaftsdemokratie notfalls unter »Zuhilfenahme des rowohlt-Taschenbuchverlags« (Vilmar) zu neuem Ruhm verhelfen, so votierte Krumbein für die Wiederaufnahme einer Theorietradition, die in der nachrevolutionären Phase der Weimarer Republik — historisch wohl unvermeidlich — zwischen Reformismus und Leninismus zerrieben und jeglicher politischer Wirksamkeit beraubt wurde. Diese Traditionslinie, in die er u. a. den rechten Flügel der USP, später die »Klassenkampf-Gruppe und Teile der SAP einreicht, extrapoliert Krumbein nun bis in die Gegenwart, um damit eine Strategie des »Dritten Weges« zum Sozialismus — wie sie heute von Sozialisten *und* Kommunisten in den romanischen Ländern Europas favorisiert wird — zu legitimieren. Einige Essentials solcher Reformstrategien, wie etwa die Idee der »Einführung von Elementen der direkten Demokratie«, die »Verbindung einer weiterhin als notwendig erkannten Verstaatlichung des Eigentums an den großen Produktionsmitteln mit einer Demokratisierung innerbetrieblicher und gesellschaftlicher Planung«, das »Beharren auf einem politischen Pluralismus in der Arbeiterbewegung« und die »Ablehnung der Übertragung des russischen Modells auf andere Länder«, die »in rudimentärer Form« (Krumbein) bereits damals vorlagen, scheinen ihm erst heute angesichts veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, auch veränderter Strukturen innerhalb der nationalen Arbeiterbewegungen eine echte Realisierungschance zu besitzen.

Ähnlich verfährt *Albers* (Bremen), dem es um eine Aktualisierung der austromarxistischen Traditionslinie zu tun ist. Deren Paradigma vom labilen »Gleichgewicht der Klassenkräfte« hält auch *Saage* (Göttingen) für ein nach wie vor heuristisch brauchbares Modell, das er seiner Analyse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik in Deutschland und Österreich zu unterlegen versucht. Bei aller Sympathie für die »sicherlich realistischere« Einschätzung der »soziopolitischen Kräfteverhältnisse« seitens der Vertreter einer konsequenten Opposition, kommt Saage gleichwohl zu einer äußerst nüchternen Beurteilung der Erfolgsaussichten für die zeitgenössischen Sozialdemokratien: »Wir wissen heute, daß weder die integrative deutsche noch die dualistische österreichische Variante sozialdemokratischer Koalitionspolitik die Zerstörung der ersten parlamentarischen Demokratie in diesen Ländern zu verhindern vermochte (...) Das Dilemma der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen bestand darin, daß unter den gegebenen sozialen und politischen Kräfteverhältnissen jeder Ansatz einer möglichen Koalitions- oder Oppositionspolitik zum Scheitern verurteilt war, weil es im bürgerlichen Parteienspektrum ab Ende der 20er Jahre keine politische Kraft mehr gab, die aktiv für die Republik einzutreten bereit war.«

Wenn *Meyer* zwar konzedierte, daß »die Realisierung des Volksparteikonzepts für die Weimarer Sozialdemokratie fast unmöglich« gewesen sein dürfte, andererseits aber be-

mängelt, die Sozialdemokratie sei über »organisatorisch-agitatorische Bemühungen« im Grunde nicht hinausgekommen und auf die Interessen und Bedürfnisse von alten und neuen Mittelklassen »nicht ernsthaft« eingegangen, dann tritt das normativ-legitimatorische Moment aller Diskussionen um Klassen- versus Volksparteikonzepte nur allzu deutlich hervor. *Krumbein* wehrte sich gegen die s.E. falsche Alternative: Mit der Ausdehnung der Lohnarbeit im gesamtgesellschaftlichen Maßstab habe sich die Sozialdemokratie zur Volkspartei entwickelt, ohne aber ihren Charakter als Klassenpartei darüber verloren zu haben. Daß die reale Interessenstruktur u.v.a. Bewußtseinslage der umworbenen, zum großen Teil lohnabhängigen Zwischenschichten (Angestellte, Beamte) dieser schlichten Gleichsetzung nicht entsprach, liegt auf der Hand. *Kremendahl* (Berlin) bemühte sich daher, eine ganze Palette politischer und gesellschaftlicher Restriktionen zu benennen, die für die Unfähigkeit der Sozialdemokratie, ihre soziale Basis über die klassische Industriearbeiterschaft hinaus dauerhaft zu verbreitern, maßgeblich gewesen sein dürfte. Dazu zählen die tradierte Binnenstruktur der Partei und ihr Agitationsstil, die das »Zusammenhalten der Stammwähler« verlangende und alle Kräfte absorbierende Spaltung der Arbeiterbewegung, das die Parteienzersplitterung begünstigende Proportionalwahlsystem, auch das Problem der Zeit, die für eine das Selbstverständnis der Klassen im Kern berührende Umorientierung nötig gewesen wäre, ferner die der Arbeiterbewegung angelasteten Deklassierungsprozesse für große Teile der Mittelschichten sowie v.a. »die beiden Hauptelemente der deterministischen Marx-Interpretation — Erwartung des naturnotwendigen Zusammenbruchs des Kapitalismus und Erwartung der Entwicklung des Proletariats zur Mehrheit der Bevölkerung«. Jene (letzte) Vorstellung war allerdings — was Lösche zu bedenken gab — keineswegs nur Agitationsstoff, sondern besaß ihre materielle Basis in dem sich vor aller Augen abspielenden Industrialisierungsprozeß. Die Frage, warum die »diversen Angebote an die Mittelschichten« (Lösche) von diesen nicht angenommen wurden, sei adäquat wohl nur durch eine präzise Analyse der Verlaufsformen der realen Klassenkonflikte zu beantworten. Voraussetzung für eine Öffnung der Sozialdemokratie sei überdies eine vorgängige Lösung des bündnispolitischen Problems, die erst in der BRD mit der Etablierung der sozialliberalen Koalition dauerhaft gelungen sei und darüber entsprechende Umschichtungen in der Sozialstruktur der SPD nach sich gezogen habe (was Lösche kritisch zur Charakterisierung der SPD als »Gewinn- und Erwerbsgemeinschaft des öffentlichen Dienstes« veranlaßte).

In der Diskussion der Mittelschichtenproblematik nahm *Fülberth* (Marburg) ausdrücklich auf Gramsci Bezug, demzufolge die anzustrebende Hegemonie der Arbeiterklasse innerhalb eines breiteren Bündnisses mindestens so lange Fiktion bleibe, wie die Klasse selbst parteipolitisch zersplittert und deshalb per se gar nicht hegemoniefähig sei. Im Gegensatz zu *Lübbe* (Landshut), der das Moment der »Fernsteuerung« kommunistischer Politik durch die *Komintern* in den Vordergrund stellte, hob *Fülberth* v.a. auf die Alltagserfahrungen von Kommunisten mit sozialdemokratischer politischer Praxis ab. Wenn Lenins Arbeiteraristokratiethese auch »empirisch schwer verifizierbar« sei, so habe das »Einrücken von Teilen der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführung« in einen sein repressives Potential immer wieder hervorkehrenden Staatsapparat zur Plausibilität und gewissermaßen erfahrungsgeliteten Umsetzung bestimmter Theorien über das Eindringen bürgerlicher Positionen in die Arbeiterbewegung gleichwohl erheblich beigetragen. Die »relative Massenverankerung« des Imperialismus-Vorwurfs an die SPD schien durch »unmittelbare Erfahrung« bestätigt zu werden: »vom Kriegserlebnis über die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts bis zum 1. Mai 1929, bis zur Tolerierung Brünnings«. Nicht vergessen werden dürfe des weiteren die fortschreitende Verelendung infolge Massenerwerbslosigkeit und Weltwirtschaftskrise: »Die Ablehnung der parlamentarischen Orientierung der SPD und letztlich der

Republik als Staatsform durch die KPD, fand eine zusätzliche Basis in der Tatsache, daß die von der SPD bejahten politischen Instrumente des Weimarer Staates nicht imstande waren, ökonomische und soziale Basisforderungen der Arbeiterschaft in vertretbaren Fristen erfüllen zu helfen.«

Novy schließlich lenkte die Aufmerksamkeit bewußt auf jene Ansätze einer positiven Ökonomie des demokratischen Sozialismus in Weimar, die — von degenerierten Restbeständen einmal abgesehen — historisch allesamt abgebrochen bzw. gescheitert sind. Novy warnte vor dem tatenlosen Abwarten und der stillen Hoffnung auf den »sozialistischen Gang der Dinge«; er verlangte, von dem »Paradigma der einheitlichen Produktionsweise« (will heißen: der alles umspannenden »Logik des Kapitals«) endlich Abschied zu nehmen und sich stattdessen »der Theorie und Realität der bewußten Veränderung der kapitalistischen Ökonomie« anzunehmen. Dazu zählen die »Sozialisierung und Planung auf zentralstaatlicher Ebene« ebenso wie die »kommunale Wirtschaft und Gemeinwirtschaft«, ferner die »organisierte Selbsthilfe«, deren Ausformungen in der Weimarer Republik Novy am Beispiel der Konsum- und Baugenossenschaften, Bauhütten, der Partei- und Gewerkschaftsbetriebe sowie der Arbeiterbanken etc. ebenso ausführlich vorstellen konnte wie die »reine Selbsthilfe« anhand der Siedlungs- und Arbeitslosenbewegung. Gerade das »Dilemma gesamtwirtschaftlicher Reformansätze« (Erwartungs- und Problemdruck, Kosten und Folgekosten der Reformen sowie Mangel an kurzfristig mobilisierbaren Produktivitätsreserven) bestätigt Novy die Bedeutung der »Wirtschaftsreform von unten«, denn das »mühsame Durchhalten zentralstaatlicher Reformmaßnahmen im Sinne der Sicherung der Loyalität« scheint ihm — wenn überhaupt — noch »am ehesten möglich, wenn im Kleinen, im Lokalen sozialistische Praxiserfahrung nah verankert ist. Ohne institutionalisierte Mobilisierung an der Basis werden die Rückschläge zentraler Reformpolitik nicht abfangbar«. Trotz (oder gerade wegen) eines »merkwürdig negativen Umgangs mit der Geschichte der Wirtschaftsreform« sowohl in der vereinseitigten zeitgenössischen Rezeption als auch in der »grotesk verzerrten« wissenschaftlichen Analyse könne an der »fortwährenden Aktualität der positiven Ökonomie des Reformsozialismus« kein Zweifel bestehen. Die soziale Bewegung habe nicht zwei, sondern »vier Säulen«: 1) Parteien, 2) Gewerkschaften, 3) Genossenschaften bzw. Gemeinwirtschaft sowie 4) die kulturellen Vereine der Arbeiterbewegung, und gerade die Geschichte der Genossenschaftsbewegung sei ein »Lehrstück über die begrenzte Rolle der Partei und ihrer großen Theoriendebatten«.

Michael Scholing (Göttingen)

1. Philosophinnen-Symposium

veranstaltet von der Internationalen Assoziation von Philosophinnen (IAPH)
Würzburg, 17. — 19.10.1980

Die IAPH versteht sich als Berufs- und Arbeitsgemeinschaft von philosophisch tätigen Akademikerinnen in und außerhalb der Universitäten und Hochschulen oder Schulen. Sie will Möglichkeiten für Frauenforschung in der Philosophie eröffnen, damit Frauenforschungsthemen in die offiziellen Lehrprogramme der Universitäten aufgenommen werden. Hiermit wird keine »weibliche« Philosophie angestrebt, wohl aber eine Reflexion, welche die Diskriminierung der Frau in der männlich dominierten Philosophie aufdecken und die verschwiegenen Anteile von Philosophinnen in der Geschichte des Denkens wiederentdecken soll.

Zu einem ersten Arbeitstreffen der Assoziation trafen sich ca. 40 Frauen aus der BRD und der Schweiz. Frauen aus dem Ostblock hatten aufgrund des alten Namens der Assoziation (»Assoziation von Philosophinnen in Deutschland«; wie konnte es nur zu

solch einem politisch-juristischen faux pas kommen?) kein Einreisevisum erhalten. Der Name wurde auf der Mitgliederversammlung korrigiert.

E. Tielsch eröffnete das zweiteilige Symposium mit ihrem Vortrag »Der Beruf der Philosophin in der Antike und die Geschichte der Geschichte der Philosophin«. Diskussionspunkte waren im ersten Teil allgemeine philosophische Themen. G. Gutzmann (Berlin) berichtete über ihre »philosophische Sozialisations«. In ihrem Vortrag »Logik und Psychologie« kritisierte sie das gegenwärtige kalkülistische Paradigma in der Logik und Mathematik als anti-emanzipatorisch und stellte ihm ein reflexions-empirisches Logikverständnis auf der Basis von Aussagenlogik entgegen. I. Abbt (Luzern) referierte über ihre Begegnungen mit der »nouvelle philosophie«. Der Großteil der anwesenden Frauen konnte sich mit diesem Ansatz, der an legitime menschliche Bedürfnisse anknüpft, aber nichts Substantielles oder gar Neues (wie der Name verspricht) anbietet, nicht anfreunden. Zudem stieß der platte Anti-Marxismus ab, der sich nur auf orthodoxe Formen bezieht. Ein intellektuelles roll-back. B. Weißhaupt (Zürich) sprach über »Philosophie und Alltag«. In der Alltäglichkeit der puren Selbsterhaltung gebunden, bleibe die Frau von der Realisierung ihrer Selbstbestimmung ausgeschlossen. Sie sei der eigentliche Sisyphos, der Sisyphos ohne Pathos, da ihre Sinnbestimmung heteronom durch den Mann definiert wird.

Der Vortrag leitete über zum zweiten Teil, der sich mit dem Thema »Weibliche Philosophie« und Ansätzen und Ergebnissen philosophischer Frauenforschung beschäftigte. H. Göttner (München) argumentierte gegen die Wissenschaftstheorie-Feindschaft und stellte wissenschaftstheoretische Konzeptionen von Frauenforschung in den USA (die empiristische Richtung um die Frauenforschungszeitschrift »Signs«; die Richtung des »Radical Feminism«, repräsentiert z.B. von Barbara Starrett und Mary Daly; Ansätze zu einem materialistischen Feminismus von Christine Delphy), in Frankreich (Irigaray) und der BRD (Maria Mies) vor. — »Gibt es eine weibliche Philosophie?« fragte literarisch-philosophisch M. Huber (München) und sprach sich aus für die Realität eines weiblichen Denkens im Bereich des noch-nicht-Gedachten. — M. Maren-Grisebach vertrat in ihrem Vortrag »Frau und Natur« eine feministische Naturphilosophie, die die (männlich?) ausbeutende und zerstörende Beziehung zur Natur anklagt und der Frau aufgrund ihrer Identität mit der Natur (ist das theoretisch notwendig? d. Verf.) die Rolle zuweist, die Teufelsspirale des quantitativen, formalen, rein zahlenmäßigen Denkens zu durchbrechen. — U. Menzer analysierte »Marcuses Feminismus-Begriff« und meldete Ideologie-Verdacht an, wo Marcuse Bestimmungen von Weiblichkeit ontologisiert und Unterschiede zwischen Mann und Frau als »natürlich« versteht (statt kulturell). Über Marcuse hinaus wird die *conditio* für eine autonome Selbstbestimmung des Subjekts nicht nur in der Aufhebung der Klassen-, sondern auch in der Aufhebung der Geschlechterschranken gesehen.

Eine Dokumentation des Symposiums wird R. Schulz-Seitz in der Reihe Beihefte zur Zeitschrift »Wissenschaft und Zärtlichkeit« im Rita G. Fischer Verlag, Tübingen-Frankfurt herausgeben. Die Dokumentation wird voraussichtlich im Herbst 1981 erscheinen. Das nächste Symposium ist für Frühjahr 1982 geplant.

Ursula Menzer (Hamburg)

Dokumentation

Ernesto Cardenal

»Sie griffen aus Liebe zu den Waffen«*

Zu Beginn möchte ich dem Stiftungsrat für den Friedenspreis und dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels für die Auszeichnung mit diesem berühmten Preis danken, der immer Persönlichkeiten von weltweitem Ruf zuerkannt worden ist. Ich verdiene ihn nicht. Aber ganz sicher verdient ihn mein Volk. In meinen Augen ist dieser Friedenspreis durch meine Person an mein Volk verliehen, und im Namen meines Volkes bin ich gekommen, ihn in Empfang zu nehmen. Die Geldsumme, die mit diesem Preis verbunden ist, wird meinem Volk zugute kommen.

Ich halte es für bedeutsam, daß dieser Friedenspreis mir, einem Mann zugesprochen wurde, der den bewaffneten Kampf seines Volkes verteidigt und besungen hat. Und es ist tatsächlich so, daß wir mit diesem Kampf den Frieden gesucht haben. Diesen Frieden haben wir jetzt errungen. Den wirklichen Frieden, der nicht nur Abwesenheit des Krieges bedeutet. Den Frieden, den die Hebräer *Shalom* nannten und der auch Gerechtigkeit ist, das friedliche Zusammenleben des einen mit dem anderen, wo jeder seinen Wein in Frieden erntet, die Aussöhnung mit dem Nächsten, die Brüderlichkeit. Diesen Frieden — *Shalom* — konnten die Menschen, der Bibel zufolge, auch mitten im Krieg haben. Es konnte sogar sein, daß wegen dieses Friedens Krieg geführt wurde. Es ist der Frieden Jesu, der seine Jünger mit dem Wort *Shalom* — »Der Friede sei mit euch« grüßte, der aber auch sagte, er sei gekommen, das Schwert zu bringen. Es ist der Friede, den es ohne Gerechtigkeit nicht geben kann, der untrennbar mit der Gerechtigkeit verbunden ist. Es gibt einen Psalm, in dem es heißt: »Gerechtigkeit und Friede küssen sich.«

In meinem Land hat es eine Revolution gegeben, die dazu geführt hat, daß sich jetzt der Frieden und die Gerechtigkeit küssen. Es ist ein Frieden, der durch einen harten Kampf erreicht wurde, einen Kampf, der Nicaragua zurückließ wie Deutschland nach dem Weltkrieg.

Es war falsch und verfehlt, daß sich gewisse Hirten der Kirche dazu hergaben, die Waffen der Unterdrückten zu segnen. Aber es ist etwas anderes und sogar völlig Gegensätzliches, die Waffen der Unterdrückten zu segnen. Zum ersten, weil die einen dazu dienen, die Unschuldigen anzugreifen und die anderen, die Unschuldigen zu verteidigen. Und zum zweiten, weil es sich um sehr ungleiche Waffen handelt. Das Schwert Goliaths zu segnen ist nicht dasselbe, wie die Schleuder Davids zu segnen. Mir kommt dieser Vergleich in den Sinn, weil, während Somoza die aufständische Stadt León mit weißem Phosphor bombardieren ließ, der Bischof von León durchs Telefon und mitten im Bombenlärm dem Journalisten einer internationalen Nachrichtenagentur zuschrie: »Dies ist ein so ungleicher Kampf wie der zwischen David und Goliath.« Aber genau wie in der Bibel besiegte in Nicaragua David den Goliath.

Es gibt Christen, die kompromißlose Pazifisten sind, vor allem in den Vereinigten Staaten, und einige von ihnen sind meine Freunde. Aber ihre Haltung stimmt nicht mit der Bibel überein. Die Bibel segnet das Schwert des Holofernes in dem Augenblick, in dem es von Judith geschwungen wird. Ein nordamerikanischer Jesuit, der ein Freund von mir und einer dieser kompromißlosen Pazifisten ist, schrieb mir einen offenen Brief, in dem er meine Verteidigung des sandinistischen Kampfes verurteilt, und mir sagt, kein noch so hohes Prinzip wiege soviel wie das Leben eines einzigen Kindes. Ich habe ihm geantwortet, damit sei ich vollkommen einverstanden, die Sandinisten kämpften für das Leben von Tausenden von Männern und Frauen, Alten und Kindern, die Tag für Tag ermordet werden, und kein noch so hohes Prinzip, nicht einmal das des kompromißlosen Pazifismus, wiege soviel wie das Leben eines einzigen dieser Kinder.

Ich wünschte, Sie hätten sehen können — oder sähen jetzt wenigstens in Filmen oder auf Fotografien — mit welcher überschwenglicher Freude unser Volk die sandinistischen Kämpfer empfing, als sie als Sieger in Managua einzogen, und wie in jedem Ort, durch den sie kamen, diesen Jungen, diesen »muchachos«, wie unser Volk sie zärtlich nannte, zugejubelt wurde. Viele von ihnen waren 15jährige oder noch jüngere Kinder, darunter auch viele Mädchen. Ich wünschte, Sie hätten sehen können, wie das Volk diese Kämpfer umarmte. Während des Krieges trugen viele Häu-

* Rede des Friedenspreisträgers des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche am 12. Oktober 1980.

serwände, die sich in jenen Tagen mit Parolen füllten, folgenden, beinahe biblisch klingenden Satz: »Gesegnet sei der Leib, der einem sandinistischen Kämpfer das Leben schenkte.« Die Kämpfer waren wirklich die Befreiung. Sie waren wirklich der Friede.

Der spanische Schriftsteller Quevedo hat einmal gesagt, es gebe nichts Schrecklicheres für ein Volk als die Tyrannei. Sie sei schlimmer als der Bürgerkrieg, weil sie der zur Herrschaft erhobene Bürgerkrieg sei. Wir haben fast ein halbes Jahrhundert lang diesen zur Herrschaft erhobenen Bürgerkrieg erlebt. Der Krieg, durch den wir uns davon befreit haben, war kein Bürgerkrieg, wie fälschlich oft behauptet wurde, sondern ein Befreiungskrieg. Und dieser Krieg hat uns den Frieden gebracht.

Die an diesem Kampf teilnahmen, wollten weniger den Tod der einen als das Leben der anderen. Ich kannte viele dieser jungen Kämpfer persönlich, einige von ihnen haben lange in meiner Kommune von Solentiname gelebt. Ich kann ihnen sagen: Sie griffen aus Liebe zu den Waffen, weil sie ein Land voller Schulen, Krankenhäuser und Kindergärten wollten, ein Land ohne Analphabeten, ohne Bettler und ohne Ausbeutung. In Nicaragua erlebten wir in den aufständischen Städten, wie ein ganzes Volk das Evangelium in die Praxis umsetzte. Einer opferte sein Leben für den anderen.

Das ganze Volk war bereit zu sterben, nur so konnte es sich befreien. Der Ruf aller war: Freies Vaterland oder Tod! Viele sind gefallen, aber diesen Toten verdanken wir heute ein freies Vaterland. Die Fahne der Sandinisten ist rot und schwarz. Sandino sagte, das Schwarz symbolisierte das Sterben und das Rot das freie Vaterland. Aber er sagte auch einmal, das Schwarz bedeute Tod und das Rot Auferstehung. Alle, die ihr Blut in diesem Kampf vergossen, in diesem Kampf aus Liebe, starben nicht um zu sterben. Sie sind auferstanden.

Heute ist das Volk glücklich mit seiner Armee. Weil es *seine* Armee ist, weil sie das Volk selbst in Waffen ist. Jeder kann nach Nicaragua kommen, um das festzustellen. Er wird merken, daß sich das Volk mit der Armee verbrüderet hat. Denn diese Armee besteht aus denen, die das Volk während des Krieges so zärtlich seine »muchachos« nannte, Jungen wie Mädchen. Heute fürchtet niemand mehr die grüne Uniform, die früher so viel Angst und Schrecken verbreitete, die früher ein wahres Trauma für Kinder wie für Erwachsene bedeutete, weil sie die Uniform des Völkermords war. Die Jugendlichen, die heute auf Posten stehen oder die Ordnung in den Straßen aufrechterhalten, 15jährige mit offenen Gesichtern, verbreiten gewiß keine Angst.

Wir haben nun einen Krieg beendet und sofort einen neuen begonnen. Vor kurzem begannen die nicaraguanischen Zeitungen, neue Kriegsberichte zu veröffentlichen. Einer von ihnen lautete: »Die verschiedenen Taktiken, die wir nach sorgfältiger Planung einsetzten in unserem Kampf gegen die Unwissenheit, zeitigten einen so nachhaltigen und durchschlagenden Erfolg, daß die Kampfmoral unserer Truppen in hohem Maße gestärkt wurde.« Und ein anderer: »Nach intensiver Erkundung der Kampfzone gelang es uns, das vom Feind hinterlassene Potential des Analphabetismus aufzuspüren. Nach Überwindung verschiedener, von der inzwischen vernichteten imperialistischen Reaktion geschaffener Hindernisse, die unsere Moral hätten untergraben können, haben wir uns von neuem in den Kampf gestürzt, der schon die ersten Früchte trägt.« Und ein dritter: »Wir sind fest entschlossen, den Kampf von neuem aufzunehmen, bis der Feind vollkommen vernichtet ist.« Und weiter: »Wir haben alle Gegenden, in denen der Feind, die Unwissenheit, unserem Angriff widerstand, belagert. Wir haben die Situation unter Kontrolle dank unseres Schnellfeuers aus Buchstaben und Liebe, und wo wir noch auf Widerstand stoßen, beseitigen wir ihn Schuß um Schuß.« In einem anderen dieser neuen Kriegsberichte heißt es: »Unsere unerbittlichen Angriffe werfen den Feind immer mehr zurück. Die Feinde unserer Revolution sollen wissen, daß der Kampf, und sei er noch so hart, weitergeht, bis die Unwissenheit besiegt ist.« Und ein weiterer: »Wir führen einen harten Kampf gegen unseren Feind, die Unwissenheit. Um auch den letzten Widerstand zu beseitigen, greifen wir schon ab zwei Uhr nachmittags an. Die heftigsten Kämpfe finden jedoch jeden Nachmittag zwischen vier und sechs Uhr statt.« »Wir haben dem Feind hart zugesetzt, da wir Waffen von großer Durchschlagskraft einsetzten, wie zum Beispiel: AEIOU. Selbstverständlich verbreiteten diese Waffen Angst und Schrecken im feindlichen Lager.«

Diese Schlacht ist nun gewonnen. Mehr als die Hälfte der nicaraguanischen Bevölkerung konnte weder lesen noch schreiben. In fünf Monaten alphabetisierte die eine Hälfte die andere. Tausende von jungen Leuten verstreuten sich über das ganze Land, bis in die entlegensten Dörfer, die dichtesten Wälder, die unzugänglichsten Berge, oft unter großen persönlichen Opfern. Sie lebten bei den Bauern, aßen wie sie, tranken wie sie und arbeiteten mit ihnen so lange, bis alle diese entlege-

nen Gebiete zu vom Analphabetismus befreiten Territorien erklärt werden konnten. Diese Jugendlichen, Jungen und Mädchen, lehrten nicht nur, sie lernten auch von den Bauern. Das allerwichtigste: Sie wurden Brüder. Die jungen Alphabetisatoren wurden von den Bauern, in deren Häusern sie lebten, Sohn oder Tochter genannt, und sie nannten sie ihrerseits »Papa« und »Mama«. Wenn sie dann in ihr altes Zuhause zurückkehrten, wußten sie, daß sie ein neues Zuhause gefunden hatten, eine neue Familie: einfach, arm und bäuerlich. Das ganze Land wurde seit diesem großartigen Kreuzzug der Alphabetisierung zu einer einzigen großen Familie. All dies war ein Sieg der Liebe.

Ich weiß, daß für viele in Deutschland das Wort »Revolution« einen schlechten Klang hat. Viele verstehen unter Revolution Terrorismus. Für uns dagegen ist es ein sehr schönes Wort, ein Wort, das wir gern aussprechen, weil es uns ein Synonym für Liebe ist. Wir leben in einem Land, in dem gerade eine Revolution gesiegt hat, und mit ihr hat der Frieden gesiegt. Zum erstenmal kann das Volk ruhig schlafen. Wer nach Nicaragua kommt, sieht dort ein Volk, das lächelt, dessen Gesichter hell sind von einer neuen Sonne. Es herrscht Freude, man hat wieder Lust, zu leben und zu arbeiten. Die Ernten waren dieses Jahr größer als früher. Das Land, das früher Somoza und seinen Anhängern gehörte — und es war ein großer Teil aller Ländereien Nicaraguas —, gehört jetzt dem Volk. Diese umfassende Agrarreform war darum so wichtig für uns, weil unser Land hauptsächlich ein Agrarland ist. Zusammen mit der Alphabetisierung war sie eine der vordringlichsten Aufgaben der Revolution. Und das war richtig so, denn es waren vor allem die Bauern, die am meisten unter der Unterdrückung gelitten hatten und die später den wichtigsten Beitrag zu unserem Kampf leisteten. Heute hat sich für die, die noch Land pachten, der Pachtpreis drastisch gesenkt. Heute ist auch in jenen Gebieten die medizinische Versorgung gewährleistet, in die etwas Ähnliches noch nie vorgedrungen war. Ist das alles nicht ein Werk der Liebe?

Ein Werk der Liebe ist der Bau von Krankenhäusern und die Einrichtung von Gesundheitszentren, die überall entstehen, trotz unserer Armut. Heute werden alle geimpft: Wir sind dabei, die Seuchen auszurotten. Heute ist die Medizin etwas ganz anderes als früher. Früher war sie hauptsächlich ein Mittel, um Geld zu machen. Heute denkt man in erster Linie an die einfachen Leute, vor allem an die Allerärmsten.

Ebenso verändert hat sich die Erziehung. Sie ist heute wirklich jedem zugänglich, und sie ist kostenlos. Es ist endlich keine Erziehung mehr, die Egoisten heranbilden will, die nur lernen, wie man andere ausbeutet. Unsere Erziehung soll solidarische Menschen schaffen, neue Nicaraguaner, die die Schöpfung des »Neuen Menschen« in unserem Land einleiten. Es ist eine befreiende Erziehung, die den Menschen nicht zu einem gefügigen Untertan in einem System der Ausbeutung formen will. Vielmehr möchte sie Geist und Bewußtsein von dieser Ausbeutung befreien. Die Zahl der Schüler ist enorm gestiegen, die Zahl der Lehrer ebenso. Überall im Land entstehen neue Schulen, trotz unserer Armut. Auch das ist ein Werk der Liebe.

All dies waren Werke der Liebe: Die Preise der Grundnahrungsmittel wurden stabilisiert, die Zahl der Arbeitslosen gesenkt mit dem Ziel, eines Tages die Arbeitslosigkeit vollkommen abzuschaffen. Das Land, das früher unbarmherzig abgeholzt worden war, wurde aufgeforstet, Wälder, Tiere und Fische, denen die Befreiung doch auch galt, wurden unter Schutz gestellt. Der Arbeit wurde neue Würde gegeben, die Forderungen der Arbeiter konnten so schnell wie möglich erfüllt werden: In wenigen Monaten entstanden mehr Gewerkschaften als während der ganzen Zeit des Somozismus. Die niedrigsten Löhne konnten angehoben werden, ohne daß diese Maßnahme zu einer Inflation führte.

Hinzuzufügen wäre unter anderem, daß das Bankwesen verstaatlicht wurde, um es aus dem Wuchergeschäft, das es früher war, zu einer gemeinnützigen Einrichtung zu machen, die dem Volk dient, anstatt es auszurauben. Der Außenhandel wurde gleichfalls verstaatlicht, um ihn dem ganzen Volk zugute kommen zu lassen. Unsere Steuerreform ist darauf ausgerichtet, daß jetzt die Hauptlast von denen getragen wird, die das größere Einkommen haben, und nicht von der arbeitenden Bevölkerung. Früher mußte das Volk die meisten Steuern zahlen, während die Reichsten am wenigsten oder gar nichts beitrugen. Die Mieten sind um die Hälfte gesenkt worden, und anstelle der früheren Elendsviertel entstehen neue Wohnungen und Stadtteile.

Für die verwaisten und verlassenen Kinder, für unversorgte Frauen und Alte und für alle, die durch den Krieg Schaden gelitten haben, wurde ein neues Ministerium gegründet. Für die Kinder, die früher als Schuhputzer, Zeitungsjungen, Kaugummivverkäufer oder Wagenwäscher arbeiteten und die nie eine wirkliche Kindheit gekannt haben, weil sie von klein auf wie Erwachsene ar-

beiten mußten, wurde ein sehr schönes Programm geschaffen, das mit dem Guerillaausdruck »Operation« bezeichnet wird und das dafür sorgt, daß sie gleichzeitig lernen und spielen können. Die Kinder Nicaraguas werden jetzt die »Lieblinge der Revolution« genannt. Das Trümmerzentrum der Hauptstadt Managua, die 1972 zerstört wurde und die Somoza nie wieder aufbauen ließ, ist jetzt ein großer Park für Kinder, der den Namen eines zehnjährigen Jungen trägt, der Anführer einer Kindertruppe war und der heute als Märtyrer der Revolution gilt.

Wir haben einen neuen Staat, demokratisch und vom Volk getragen, in dem die Bevölkerung täglich am öffentlichen Leben teilnimmt. Das Volk äußert frei seine Meinung. Es stellt seine Forderungen durch viele Gremien und alle öffentlichen Kommunikationsmittel, auf Versammlungen oder durch die Wahl von Vertretern in offenen Stadträten usw. Es gibt Radioprogramme, in denen die Regierungsvertreter Anfragen oder Beschwerden beantworten, die ihnen die Bevölkerung per Telefon stellt. Das Volk hat durch seine verschiedenen Organisationen Einfluß auf die zur Rationalisierung unserer verfügbaren Mittel notwendige wirtschaftliche Planung. Wir haben eine Regierung der nationalen Einheit, mit anderen Worten, ein Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Mittelschicht und kapitalistischen Eigentümern. Unsere Außenpolitik zielt auf Freundschaft mit allen Völkern und freundschaftliche Beziehungen zu allen Regierungen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung. Früher hatte Nicaragua praktisch keine Außenpolitik; sie wurde in Washington gemacht.

All dies wurde — wie könnte es anders sein — von einem großen kulturellen Wiedererwachen begleitet. Wir wollen erreichen, daß die Kultur nicht mehr einer kleinen Elite, sondern dem ganzen Volk gehört. Überall entstehen Kulturhäuser, fast immer durch die spontane Aktion des Volkes selbst. Unsere Folklore, die früher halb vergessen war, ist überall in außergewöhnlicher Weise zu neuem Leben erwacht. Die Produktion neuer Dichtung ist erstaunlich. Es gibt Dichterwerkstätten, in denen Zimmerleute und Maurer die richtigen Techniken lernen, um gute moderne Poesie zu schreiben, und ihre Gedichte sind tatsächlich von ausgezeichneter Qualität, so gut, wie sie früher nur die Dichter unserer literarischen Elite schrieben. Es gibt Dichterwerkstätten in den Armenvierteln, in den Fabriken, in der Armee und selbst bei der Polizei. Ich glaube, Nicaragua ist das einzige Land der Welt, in dem von der Polizei Gedichte veröffentlicht werden. Überall entstehen Volkstheater, deren Mitglieder hauptsächlich Arbeiter und Bauern sind; das gleiche geschieht mit Gesang und Musik. Wir wollen ein fröhliches Land, ein Land, in dem die Menschen singen und tanzen, und das haben wir erreicht. Das Volk hat bereits seine ersten Wandmalereien. In vielen Gegenden werden kunstgewerbliche Gegenstände hergestellt von hoher Qualität. Wahrhaftig, unser Volk hat sich die Kultur wieder angeeignet, von der es früher ausgeschlossen war und die jetzt ihm gehört, so wie ihm das Land gehört und sein eigenes historisches Geschick.

Unsere Revolution ist die großmütigste, die es je gegeben hat. Es gab keine Erschießungen und es ist viel vergeben worden. Man kann sagen, daß sich in ihr das schwere evangelische Gebot der Feindesliebe erfüllt hat. Unser Innenminister, Commandante Tomás Borge, sagte, was vor ihm schon Carlos Fonseca, der Gründer der Sandinistischen Front, gesagt hatte: »Wenn ein Soldat der Guardia Nacional als Gefangener in unsere Hände fällt, genügt es nicht, daß wir sein Leben und seine menschliche Würde respektieren; wir müssen ihn behandeln wie unseren eigenen Bruder.« Eine Parole der Sandinistischen Front war: »Unerbittlich im Kampf, aber großmütig im Sieg.« Diese Worte sind tatsächlich erfüllt worden. Auch die gefangenen ehemaligen Nationalgardisten Somozas lernen lesen und schreiben; die Alphabetisatoren sind Angehörige der sandinistischen Polizei. Selbst in den Gefängnissen gibt es Kulturdeligierte.

Insgesamt aber ist es das wichtigste, daß heute in Nicaragua der Geist der Brüderlichkeit herrscht, der Geist der Gemeinsamkeit und der Solidarität. Wir sind dabei, eine wahrhaft brüderliche Gesellschaft zu schaffen.

Ein Junge von acht Jahren schrieb in einem Gedicht:

*Die Kinder, die Lieblinge
werden die Zukunft des Volkes sein.
Wir Kinder werden das arbeitende Volk sein,
wir werden der Bauer sein,
die Hersteller aller Dinge,
wir werden Lehrer sein, Ärzte,
endlich wird es alles geben.*

Und ein zwölfjähriger Junge in einem anderen Gedicht:

*Eine bessere Welt schaffen...
Was ist eine bessere Welt?
So fragen die Kinder.
Ein Bauernkind antwortet:
Eine bessere Welt heißt frei zu sein,
aber frei, diese Freiheit aufzubauen.
Wir wollen nicht länger Landarbeiter sein
mit kaum zehn oder zwölf Jahren.
Eine bessere Welt,
schreit ein Schubputzerjunge,
ist etwas so Glänzendes wie meine Schube,
die strahlen, weil ich sie poliere mit Liebe.*

Ein zwölfjähriges Mädchen schreibt in einem Gedicht:

*Wir Kinder von Nicaragua
rufen alle Kinder der Welt auf,
sich zu vereinigen, um eine bessere Welt aufzubauen.*

Eine Elfjährige schreibt:

*Ihr Kinder der ganzen Welt, wir wollen uns vereinigen, um
eine bessere Welt aufzubauen, ohne Krieg, ohne
Ausbeutung, voller Frieden, denn die Kinder sind
die Zukunft. Wenn wir uns vereinigen, werden wir glücklich sein,
denn nur vereint können wir alles besiegen.*

Wir glauben daran, daß es auf der Welt einen Neuen Menschen geben wird. Alle Programme unserer Regierung, von denen ich Ihnen hier erzählt habe, werden durchgeführt, um ihn in Nicaragua zu schaffen. So viele haben ihr Leben dafür geopfert. Was wir jetzt haben, ist Frucht unendlicher Leiden. Es ist die Frucht vieler heroischer Taten. »Wenn das Weizenkorn nicht in die Erde fällt und stirbt, bleibt es allein, wenn es aber stirbt, wird es viel Frucht bringen.« Wir Christen finden einen österlichen Sinn in der jüngsten Geschichte unseres Landes, nämlich den von Tod und Auferstehung. Damit hat sich auch unser theologisches Denken vertieft, und unsere Gottesdienste sind neu belebt worden. Für uns Christen bedeutete die Teilnahme an dieser Revolution Treue zu Jesus Christus.

Ich hatte früher eine christliche Kommune in Solentiname, die wegen ihres revolutionären Geistes in Treue zum Evangelium von der Armee Somozas zerstört wurde. Wir sind jetzt dabei, mit ihrem Wiederaufbau zu beginnen. Früher war ihre Bedeutung, obwohl sie vielerorts bekannt war, gering; sie war nur ein bescheidener Versuch. Erst jetzt wird sie wirklich wichtig, nämlich durch die Werke, die dort durch die Revolution geschehen werden, die gleichen Werke, die überall im Land geschehen. Die einzige Bedeutung, die sie früher hatte, war die, daß wir dort die Revolution predigten, die Revolution als christliche Forderung. Erleuchtet vom Evangelium prophezeiten wir, was sich nun erfüllt hat. Einige junge Männer meiner Gemeinschaft gaben ihr Leben für diesen Traum, der jetzt Wirklichkeit geworden ist.

Eine Revolution ist eine gesellschaftliche Veränderung, das gleiche, was in der griechischen Sprache des Evangeliums *metanoia* heißt: eine Änderung der gesamten Haltung, eine Umkehr, wie das Wort für gewöhnlich übersetzt wurde. Unsere Revolution war genau dies: eine große Veränderung, eine Umkehr zur Liebe.

Für viele unter Ihnen hat das Wort »Revolution« keinen guten Klang. Aber Revolution ist das gleiche wie Evolution. Die sozialen Revolutionen sind eine Fortsetzung der Evolution der Erde und des ganzen Weltalls. Die Evolution macht Sprünge. Diese Sprünge sind in der Geschichte der Menschheit die Revolutionen.

Jede soziale Veränderung will die Menschen näher zueinander bringen. Unser Planet wird immer kleiner und die Menschheit immer größer. Managua rückt immer näher an Frankfurt heran. Diese Vereinigung der Menschheit wird mit der Zeit aus ihr einen Supra-Organismus schaffen, der aus bewußten Organismen besteht, so wie die einzelnen Organismen aus Zellen bestehen, ein Supra-Bewußtsein aus unzähligen Bewußtseinseinheiten. Das menschliche Individuum wird seine Identität in diesem Supra-Organismus nicht verlieren, wie auch die Zellen eines Organismus sie

nicht verlieren und doch Teil eines größeren Ganzen sind. Isaac Asimov sagt: Wie die Amöbe die Wellenbewegungen des Wassers wahrnehmen kann, aber nur der menschliche Organismus eine Sinfonie, so sind die von einem menschlichen Organismus aufgenommenen Sinfonien wie die von einem einzelligen Lebewesen wahrgenommenen Wellenbewegungen des Wassers, wenn man sie mit den unvorstellbaren Sinfonien vergleicht, die eine in einem Supra-Organismus vereinte Gesellschaft menschlicher Organismen wahrnehmen kann.

Ich glaube an das Himmelreich. Ich glaube, daß das Himmelreich die Erde und der Kosmos sind, die Gesellschaft der bewohnten Planeten. Und ich glaube an die Auferstehung der Toten in diesem Reich.

Ich erbitte von Ihnen und von der ganzen Welt Hilfe für die Revolution, die in unserem Land stattfindet. Es ist nur ein kleines Land, aber auch dort muß das Himmelreich geschaffen werden. Mit diesem Ziel bin ich gekommen, um den Friedenspreis in Empfang zu nehmen: von diesem Podium aus Ihnen und der ganzen Welt zu berichten, was in Nicaragua geschieht. In vielen Ländern läuft eine Kampagne der Fehlinformation gegen uns und ein Boykott des Schweigens. Ich bitte Sie auch um Solidarität und Hilfe für das Volk El Salvadors, das in der Nachfolge Christi und so wie es vorher in Nicaragua geschah sein Leben für die Gerechtigkeit opfert. Ich bitte Sie darum, bei dieser Befreiung mitzuhelfen wie auch bei allen anderen Befreiungen, die kommen werden, weil sie dem gleichen Gesetz gehorchen, das auch die Sterne lenkt, dem Gesetz der Schwerkraft, dem Gesetz der Anziehungskraft, dem Gesetz der Liebe selbst.

Herforder Thesen (Auszüge)*

1. These: Die Aufgaben marxistischer Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre

(...) Die »Herforder Thesen« verstehen sich insgesamt als Versuch einer systematischen Begründung und Handlungsanleitung für gesellschaftsverändernde Praxis im Rahmen und durch die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik. (...)

Ungeachtet der tiefgreifenden Widersprüche, die vielerorts bereits zu einer revolutionären Überwindung geführt haben, gelingt es dem internationalen Kapitalismus in seinen Zentren noch immer, einen verhältnismäßig großen Konsens der Bevölkerung bis weit in die Klasse der Lohnabhängigen hinein gegenüber den grundlegenden Mechanismen der Profitwirtschaft herzustellen. Zwar zeigen sich die »Konstruktionsfehler« einer solchen Gesellschaft auch hier mit wachsender Schärfe, wenn man das Ausmaß der mittlerweile chronischen Massenarbeitslosigkeit, der Unsicherheit der Arbeitsplätze, von Arbeitshetze und Deklassierung ganzer Bevölkerungsgruppen in diesen Ländern betrachtet. Dennoch haben der in den kapitalistischen Industrieländern von breiten Schichten des Volkes erreichte Lebensstandard, aber auch das aus heftigen, ganze Generationen umspannenden sozialen Auseinandersetzungen hervorgegangene Maß an demokratischen Einwirkungsrechten und die ideologische Integration in Gesellschaft, Staat und Kultur immer wieder einem Massenbewußtsein Auftrieb gegeben, dem der Bruch mit der vorhandenen ökonomischen Logik überflüssig oder aussichtslos erscheint. Zudem hat die schwerpunktmäßig gerade in diesen Ländern konzentrierte Entwicklung der Produktivkräfte dem Kapitalismus hier bis in der Gegenwart den Anschein eines dynamischen, Widersprüche aus eigener Kraft lösenden Wirtschaftssystems gegeben, dessen aggressive Abwälzungsstrategien im Inneren wie im Verhältnis zu den weniger entwickelten Staaten und im Machtkampf mit den sozialistischen Ländern weithin unbegriffen blieben.

Marxistisch orientierte Sozialdemokraten eines Landes, das sich noch unter den kapitalistischen Zentren in eine exponierte Sonderrolle hineindrängt, treffen unter solchen Umständen auf zusätzlich komplizierte Arbeits- und Kampfbedingungen. Weit entfernt davon, in ihrer Partei und bei den Lohnabhängigen kurzfristig auf die Entschlossenheit zu grundlegenden sozialistischen Gesellschaftsveränderungen rechnen zu können, werden sie zunächst nur gemeinsam mit allen anderen wenigstens zu einzelnen Reformmaßnahmen bereiten Kräften innerhalb und außerhalb ihrer Partei für einen aktiven, eigenständigen Beitrag der Bundesrepublik zur Spannungs- und Frie-

* Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD. Wesentl. überarb., erw. Ausg., hrsg. v. Bezirksvorstand d. Jungsozialisten Ostwestfalen-Lippe, *spu*-Sonderheft 2, Berlin/W. 1980.

denpolitik, für Abrüstung und Umverteilung zugunsten der »Dritten Welt« nach außen, nach innen für die Sicherung der demokratischen Substanz des Grundgesetzes, für eine alternative Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik im Arbeitnehmerinteresse sowie für die Emanzipation der Frau kämpfen. Da sie jedoch gleichzeitig zum »entschiedensten, immer weitertreibenden Teil der Arbeiterbewegung aller Länder« gehören, werden sie unter Bezug auf den gesamten historischen Horizont der internationalen Sozialdemokratie wie der revolutionären Erfahrungen anderer Nationen daran arbeiten, die notwendige Verknüpfung zwischen der Realisierung solcher Tagesforderungen und dem Beschreiten eines neuen, demokratischen, nur den gesellschaftlichen Verhältnissen und den Traditionen der Arbeiterbewegung des eigenen Landes verpflichteten Wegs zum Sozialismus bewußt zu machen und dann auch tatsächlich in Angriff zu nehmen.

Wie sich aus dem Zusammenhang der gesamten Thesen ergibt, kann es dabei nach unserer Überzeugung nur um eine eng mit der Arbeiterbewegung unserer westeuropäischen Nachbarländer abgestimmte Strategie gehen, in der die Garantie der vom Grundgesetz formulierten demokratischen Freiheitsrechte, mithin auch der Pluralismus politischer Parteien unabhängig von ihrer gesellschaftspolitischen Zielsetzung und die uneingeschränkte Geltung des in allgemeinen Wahlen zum Ausdruck kommenden Mehrheitswillens der Bevölkerung für alle Phasen der sozialistischen Transformation verbindlich bleibt. Die unzweideutige Parteinahme für die Strategie des demokratischen und friedlichen Wegs zum Sozialismus in der Bundesrepublik und die darin enthaltene prinzipielle Anerkennung der grundlegenden Bedeutung demokratischer Entscheidungsprozesse werden somit nicht als Anpassung an gegenwärtig vorhandene Kräfteverhältnisse oder als Rückzug auf bequemere Formen des politischen Kampfes, sondern als das hierzulande einzig mögliche, daher von den revolutionären Kräften selbst zu allererst einzuhaltende Vorgehen für die Entfaltung gesellschaftsverändernder Masseninitiativen betrachtet.

12. These: Das »Neue« der Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus

(...) Die Vorstellungen und strategischen Konzepte zur Bändigung und Überwindung der Macht der Großwirtschaft, zur Verwirklichung einer neuen, an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung orientierten ökonomischen Logik, aber auch zum Aufbau direkt-demokratischer und gewerkschaftlicher Gegenmachtpositionen, zur umfassenden demokratischen Transformation des Staates und der sonstigen gesellschaftlichen Bereiche, ebenso wie zur Garantie und inhaltlichen Entfaltung der individuellen und kollektiven Freiheitsrechte beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung — alle diese wesentlichen Teilaspekte jeder Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus sind heute in ihren Umrissen genauer bestimmbar und breiter zwischen den verschiedenen ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung konsensfähig, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. (...)

Die Entfaltung der Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen als Grundlage des Sozialismus und die Schaffung eines möglichst breiten Konsenses für die grundlegende Transformation der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind dann erreichbare Ziele, wenn die Arbeiterbewegung die bisherige bewußtseinsmäßige Vormachtstellung des Kapitals überwindet und selber eine politisch-inhaltliche Führungsrolle übernimmt.

Erst indem die Arbeiterbewegung in der geistigen und kulturellen Auseinandersetzung, im ideologischen Klassenkampf eine inhaltlich ausgewiesene und für die Bevölkerung in der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse perspektivische Führungsrolle erringt, schafft sie die Voraussetzungen dafür, daß sie in den entscheidenden politischen Auseinandersetzungen das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung des Landes gewinnt. Hierin muß zugleich die wesentliche Grundlage gesehen werden, daß die Arbeiterbewegung beim Aufbau des Sozialismus auch die demokratischen Rechte derer gewährleisten kann, die nach wie vor die kapitalistischen Verhältnisse wiederherstellen wollen; dies jedoch nur dann, wenn sie sich dabei an den gesetzlichen Rahmen halten und nicht zur Gewalt übergehen.

Die politisch-inhaltliche Führungsfähigkeit der Arbeiterbewegung ist zudem die unabdingbare Voraussetzung für ein gemeinsames Handeln der sozialistischen, antikapitalistischen und der anderen gesellschaftlichen Kräfte in den Auseinandersetzungen zur Überwindung des Kapitalismus. Je überzeugender die Führungsfähigkeit der Arbeiterbewegung und damit ihr Programm der gesellschaftlichen Alternative ist, je weiter läßt sich der Konsens über eine sozialistische Entwicklungsperspektive verbreitern. Derartige Bündnisse setzen nicht nur voraus, daß eine Vereinbarkeit von objektiven Interessenlagen vorhanden ist, sie implizieren auch, daß sich insbesondere wichti-

ge Teile der Mittelschichten ideologisch von ihren tradierten Bindungen an das monopolkapitalistische System lösen. (...)

17. These: Grundlegende demokratische Transformation des Staates

Bildet die Demokratisierung der Wirtschaft die zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung, so liefert ihr die Erringung der politischen Macht dazu das entscheidende Instrument. (...)

Die Rolle des Staates in den kapitalistischen Industrieländern ist durch einen scheinbar unaufhebbarsten Gegensatz gekennzeichnet. Einerseits ist es den demokratischen Kräften, vor allem den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung, in den meisten Ländern gelungen, die Existenz politischer, individueller und kollektiver Freiheitsrechte und den Anspruch auf demokratische Legitimation aller staatlichen Entscheidungen durchzusetzen und gegen die Widerstände der herrschenden Klasse zu behaupten.

Andererseits beweisen die Analyse der Staatsfunktionen und die zusammenfassende Einschätzung der Ergebnisse staatlicher Aktivitäten in diesen Ländern immer von neuem, daß sich damit an der Tauglichkeit des Staates zur Absicherung der Profitwirtschaft noch nichts geändert hat. Oft hat es sogar den Anschein, als ließen sich die demokratische Verfassung des Staates und seine Funktionalisierung im Interesse der Monopole bruchlos miteinander vereinbaren. Das hat dann vielfach zu der irrtümlichen Auffassung geführt, daß die Veränderbarkeit des Staates auf demokratischem Wege prinzipiell ausgeschlossen sei.

Demgegenüber ergeben sich für Sozialisten aus dem genannten Gegensatz zwei wesentliche Schlußfolgerungen. Zum einen kann es nicht genügen, über allgemeine Wahlen in den Besitz der Regierungsgewalt zu gelangen. Setzt man nicht eben diese Regierungsgewalt zur grundlegenden Demokratisierung der Wirtschaft und zur Entmachtung der privaten Monopolinteressen nach einem genau umrissenen, von der großen Bevölkerungsmehrheit bewußt unterstützten Programm ein, dann behält der Staat seine der herrschenden Klasse dienenden Funktionen, und die an seiner Verwaltung beteiligten Parteien der Linken geraten notwendig in einen unaufhebbarsten Gegensatz zu den objektiven Interessen der Arbeiterbewegung. Zum zweiten aber ist das beste, von der breitesten Bevölkerungsunterstützung getragene Programm zur Wirtschaftsdemokratisierung dann unzureichend, wenn es nicht in eine ebenso konsequente Strategie zur Transformation des Staates einbezogen wird. Gerade weil die Rolle und der Aufgabenbereich des Staates immer wieder den veränderten Anforderungen der Kapitalentwicklung angepaßt wurden (wobei schon immer ein gewisses Eigengewicht der Staatsstätigkeit zum Ausgleich gegensätzlicher Klasseninteressen bestand), kann die Arbeiterbewegung nicht erwarten, den kapitalistischen Staat, so wie sie ihn vorfindet, als Instrument der sozialen Emanzipation einsetzen zu können.

23. These: Stärke klassenbewußter und anti-kapitalistischer Positionen in der Arbeiterklasse

(...)Die Arbeiterklasse ist im Kapitalismus zum einen Objekt kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung. Über die Ausbeutung und Abhängigkeit im Produktionsprozeß erfährt sie tagtäglich ihre gesellschaftliche Stellung und zugleich die Notwendigkeit, sich kollektiv gegen die Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Zugleich aber ist die Arbeiterklasse der entscheidende Träger der vergesellschafteten Produktion, ist sie die Hauptproduktivkraft. Aufgrund dieser gesellschaftlichen Stellung ist sie das gesellschaftliche Subjekt, das allein in der Lage ist, den Kampf gegen die Ausbeutung mit einer sozialistischen Gesamtperspektive und der Umgestaltung der Gesellschaft zu verbinden. (...)

24. These: Unentfaltetes Klassenbewußtsein: Reformismus

Die Entwicklung und Festigung von Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse erfolgt weder geradlinig noch ohne Rückschläge. Die Geschichte der nationalen Arbeiterbewegungen wie ihr internationales Zusammengehen ist deutlich gekennzeichnet durch Perioden des Stillstands oder durch Rückschläge bei der Durchsetzung klassenbewußter Positionen. (...)

Im Kapitalismus wird Herrschaft nicht nur durch Gewalt, auch nicht nur durch die drohende Möglichkeit der Gewaltausübung, gesichert. Bestimmend ist vielmehr die Dominanz der Ideologie der Herrschenden als herrschendes Bewußtsein. Diese Dominanz knüpft an den verschleiernenden Formen, in denen sich der Kapitalismus darstellt und an den sich ergebenden Illusionen in der Arbeiterklasse an. Sie bezieht sich damit auf die objektive Möglichkeit und die subjektive Be-

reitschaft (eines unterschiedlich großen Teils) der Beherrschten, entscheidende Momente bürgerlicher Ideologie als eigene zu akzeptieren und in die politischen Vorstellungen aufzunehmen. Dementsprechend kann bürgerliche Ideologie Dominanz nur entfalten, wenn sie mehr als nur die allgemeinen Klasseninteressen der Bourgeoisie formuliert. Sie dominiert nur in dem Maße, in dem sie als allgemeines Selbstverständnis der Gesamtgesellschaft erscheint und von Teilen der Arbeiterklasse auch so aufgenommen wird. Ihren Ausdruck findet die bürgerliche Ideologie als herrschende nicht in ihrer Besonderheit als bürgerliche, sondern in »Formen der Allgemeinheit«, als menschliche Vernunft schlechthin oder als vorgegebene Sachlogik. In diesen Formen sind die gegensätzlichen und besonderen Klasseninteressen und die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse nicht mehr sichtbar, sie werden durch die Formen verdeckt. (...)

30. These: Gewerkschaftliche Autonomie als Prinzip sozialistischer Strategie

Die Einheit der Gewerkschaften bedeutet, daß in ihr die verschiedenen, tatsächlich in der Arbeiterklasse des jeweiligen Landes verankerten Strömungen wiederzufinden sind. Unter diesen Bedingungen ist eine wirkliche Einheit nur möglich, wenn die Gewerkschaftsbewegung ihr Handeln in voller Selbständigkeit bestimmt. Damit wird dem von einem Teil der Parteien in der Arbeiterbewegung erhobenen Anspruch, die Gewerkschaften als vorpolitische Massenorganisationen »anzuleiten«, eine Absage erteilt. In besonderem Maße müssen die Gewerkschaften ihre Forderungen und ihr Vorgehen autonom dann bestimmen, wenn im Rahmen der parlamentarischen Regierungsformen Parteien der Arbeiterbewegung an der Regierung beteiligt sind. (...)

Wie für den Prozeß des Übergangs zum Sozialismus, so gilt auch für die gesellschaftliche Entwicklung auf der Grundlage weitgehend vergesellschafteter Produktionsmittel, daß die Gewerkschaften, die unter veränderten Bedingungen weiterhin die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, ihre Entscheidungen selbständig treffen und damit einen unabhängigen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten. (...)

32. These: Pluralität unterschiedlicher Strömungen und Möglichkeit verschiedener Parteien der Arbeiterbewegung

Für alle westeuropäischen Länder ist davon auszugehen, daß weder das Eintreten für antikapitalistisch verstandene Gegenmachtpositionen noch der Kampf um die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus durch eine einheitliche politische Organisation der Arbeiterbewegung erkämpft werden kann und muß. Im Gegenteil erscheinen gesellschaftliche Veränderungen mit sozialistischer Perspektive nur auf der Grundlage erfolgversprechend, daß die Existenz unterschiedlicher Strömungen und Organisationen der politischen Arbeiterbewegung anerkannt und, von dieser Existenz und ihrer Respektierung ausgehend, Vorschläge für eine gemeinsame politische Programmatik entwickelt werden.

Diese Erkenntnis schließt aus, daß sich unterschiedliche marxistische Strömungen mit dem Anspruch auf Allgemeinvertretung oder mit dem Vorwurf des Abweicher- oder Renegatentums entgegenzutreten. Sie macht es aber auch notwendig, die internen Entscheidungen der jeweils anderen Organisationen als prinzipiell gleichberechtigt zu akzeptieren, auch wenn es nicht möglich erscheint, sie inhaltlich zu teilen. Auch innerhalb der jeweiligen Organisationen muß zwischen den unterschiedlichen Strömungen das Ringen um die richtige Bestimmung der nächsten Aufgaben und der strategischen Perspektive verbunden sein mit der grundsätzlichen Anerkennung prinzipieller Gleichwertigkeit — wenn auch nicht Gleichgewichtigkeit, die jeweils von dem Kräfteverhältnis abhängt. Dieses Prinzip der Möglichkeit unterschiedlicher Ansätze ist sowohl gegenüber marxistisch-leninistischen Avantgardavorstellungen als auch gegenüber antikommunistisch begründeten reformistischen Ausschließlichkeitsansprüchen durchzusetzen.

Erst die Kenntnisnahme und Akzeptierung der Pluralität unterschiedlicher politischer Auffassungen in der Arbeiterbewegung kann unter den gegenwärtigen Umständen die breite politische Übereinstimmung herbeiführen, die erforderlich ist, um erfolgreich den demokratischen Weg zum Sozialismus zu beschreiten. Wie die Übereinstimmung konkret herzustellen ist, wird unterschiedlich beantwortet werden müssen. Als vorteilhaft erscheint es jedoch, wenn die erforderlichen Bewußtseinsprozesse in einer breit in der Arbeiterklasse verankerten demokratischen Massenpartei stattfinden können. Dennoch muß die Möglichkeit unterschiedlicher Parteien der Arbeiterbewegung stets — auch unter sozialistischen Bedingungen — gewährleistet sein.

33. These: Breite demokratische Bündnispolitik

(...) Nicht alle gesellschaftlichen Konflikte sind unmittelbar klassen- oder schichtenspezifische Auseinandersetzungen. Besondere Bedürfnisse in bestimmten Lebenssituationen oder besondere soziale und kulturelle Interessen, die unter staatsmonopolistischen Bedingungen keine hinreichende Beachtung finden, sind Anknüpfungspunkte für eine fortschrittliche Jugend-, Sozial- und Kulturpolitik. (...)

Seit den 50er Jahren spielen die verschiedenen Bewegungen für Frieden, Entspannung und Abrüstung in unterschiedlicher Form eine beachtliche Rolle. Die Frauenbewegung ist — teilweise in neuer, sich autonom verstehender Form — erheblich gestärkt. Sie stellt einen Faktor dar, der gerade auch in den Organisationen der Arbeiterbewegung selbst auf notwendige Veränderungen drängt. Neuerdings sind Bewegungen für Umweltschutz und gegen Atomenergie besonders stark hervorgetreten. Alle diese Bewegungen drücken wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse aus; teilweise ist ihr Entstehen zugleich ein Anzeichen dafür, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung bestimmte Fragestellungen zu wenig in ihre Politik einbezogen haben. Für die klassenbewußten Kräfte kommt es darauf an, in diesen Massenbewegungen mitzuarbeiten, ohne irgendeinen Versuch dahingehend zu machen, in ihnen die eigene politische Organisationsperspektive zu propagieren und durchzusetzen. Zugleich ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der Arbeiterbewegung und diesen Massenbewegungen anzustreben, wobei immer wieder versucht werden muß, die jeweiligen Forderungen sinnvoll in eine sozialistische Gesamtperspektive einzubeziehen. (...)

49. These: Die Aufgaben der Marxisten in der SPD

(...) Aufgrund des weitgehend unentwickelten Klassenbewußtseins in der Arbeiterklasse und der fast völligen Verdrängung klassenbewußter Kräfte aus der SPD einerseits sowie der regional, zeitlich und auch inhaltlich unterschiedlich einsetzenden Herausbildung marxistischer Positionen in der SPD, ist die Herstellung eines politischen Diskussionszusammenhangs zwischen den Marxisten in der SPD wesentliche Vorbedingung für ihre weitere Verankerung und Stärkung. Dabei spielt schon jetzt im Bereich der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten der »Hannoveraner Kreis« eine zentrale Rolle. Für die notwendigen theoretischen Diskussionen steht mit der »Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft *spw*« ein wichtiges Arbeitsinstrument zur Verfügung. Arbeitstagungen der *spw* und andere organisatorische Formen der Diskussion müssen Klärungen mit dem Ziel der Vereinheitlichung auf den Weg bringen.

Die Marxisten innerhalb der SPD können und wollen aber keinen eigenen Parteiflügel oder eine eigene Fraktion darstellen. Ihnen geht es um die Herausbildung eines breiten linken Parteiflügels, in dem reformistische und marxistische Vorstellungen gleichermaßen ihren Platz haben. In dieser »Vereinigten Linken« treten sie für eine antikapitalistische Stoßrichtung und für ein möglichst geschlossenes Vorgehen ein. Zugleich werben sie für ihre programmarische Konzeption des demokratischen Übergangs zum Sozialismus. Entscheidend für die Möglichkeit der Konstituierung und Wirksamkeit einer so verstandenen »Vereinigten Linken« ist nicht eine Übereinstimmung in allen Grundsatzfragen, sondern der gemeinsame Kampf um konkrete Forderungen und Projekte. (...)

Auf dem Hintergrund sich verschärfender gesellschaftlicher Auseinandersetzungen kann es gelingen, einen immer größeren Teil programmatischer politischer Alternativen in der SPD insgesamt durchzusetzen und so die Partei in ihrer Mehrheit wieder antikapitalistisch auszurichten.

Die Veränderungsprozesse in der SPD sind nicht unabhängig von den Entwicklungen in den Gewerkschaften und der Stärke von demokratischen Basisbewegungen. Andererseits wird sich die SPD durch Druck von außen allein nicht in eine antikapitalistische Richtung entwickeln. Dementsprechend wird es stets darauf ankommen — soweit politische Übereinstimmungen hergestellt werden können —, auch mit fortschrittlichen Kräften außerhalb der SPD zusammenzuarbeiten. Dabei darf es jedoch keinerlei Mißverständnisse über die prinzipielle organisatorische Ausrichtung auf die Sozialdemokratie geben.

Angesichts der immer tieferen krisenhaften Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus, angesichts der zunehmend offenkundigen Unvereinbarkeit der Interessen der arbeitenden Menschen mit den Bedingungen kapitalistischer Produktion und angesichts der bestehenden und weiterzuentwickelnden Voraussetzungen für die Verbreiterung und Stärkung einer offensiven antikapitalistischen sozialdemokratischen Linken, ist die Umwandlung der SPD in eine mehrheitlich kon-

sequent sozialistische Partei die organisatorische Perspektive, für die Marxisten in der SPD eintreten. Dabei bestehen keine Illusionen über die Schwierigkeiten der Durchsetzung klassenbewußter Positionen in der SPD. Auch kann niemand schon heute sagen, ob sich etwa im Laufe innerparteilicher Auseinandersetzungen größere Teile des rechten Parteiflügels als die Fritz-Erler-Gesellschaft durch einen Bruch aus der Partei lösen werden oder ob administrativ oder als Folge politischer Prozesse andere organisatorische Brüche stattfinden können. Sicher ist aber, daß der Kampf um konsequent sozialistische Positionen in der Bundesrepublik nur erfolgreich geführt werden kann, wenn er in der SPD Erfolg hat. Es gibt jedenfalls keine andere Organisationsperspektive, die gegenwärtig für sich in Anspruch nehmen kann, realistischer zu sein. (...)

Interventionen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

jetzt halte ich es einfach mal nötig, Euch herzlich für Eure jahrelange Arbeit zu danken. Ich bin Gewerkschaftssekretär (von Beruf Schriftsetzer) und habe seit Argument 22 gelernt, gelernt, gelernt! Neben dem täglichen Grabenkampf der Gewerkschaftsarbeit wurde die Auseinandersetzung mit den Beiträgen zur tatsächlichen geistigen Kraftquelle.

Dem Argument wünsche ich noch mehr Abonnenten, den Trägern Stehvermögen und Glück bei der weiteren Arbeit.

Mit kollegialen Grüßen A. Wohlfart (Ulm)

<p>W.F. Haug <i>Der Zeitungsroman oder Der Kongress der Ausdrucksberater</i></p> <p>»Haug's Buch läßt sich als unterhaltsame Satire genießen. Es liefert eine Fülle treffender und amüsanter Darstellungen ideologischer Strategien der Herrschenden und der von ihnen beschäftigten Koptarbeiter ... Wie die Werbung und die Zeitungen ständig ihre Ideologie weiter verbreiten, so ist auch ihre Analyse ständig weiterzutreiben. In diesem Sinne wären Haugs Zeitungsgeschichten als operative Form nutzbar zu machen.« (Vorwärts/Zürich)</p> <p>175 S., 12,80 (f. Abonnenten 11,— DM)</p>	<p>W.F. Haug <i>Warenästhetik und kapitalistische Massenkultur (I) »Werbung« und »Konsum« Systematische Einführung in die Warenästhetik</i></p> <p>»Gegenstand der Warenästhetik ist, wie unsere eigene Sinnlichkeit und unser Bedürfnis nach sinnvollem Leben durch die Indienstnahme des Ästhetischen für die Verwertung modelliert werden. (...) Über die privaten Erfolge mißtrauischer Käufer und über die Ohnmacht kulturkritischen Protests führt hinaus nur die Theorie der Warenästhetik ... Das Buch ist auch ein Modell dafür, wie materialistische Theorie massenfähig entwickelt werden kann...« (Die Neue)</p> <p>223 S., br. 16,— DM; Ln. 19,80 DM.</p>
<p>Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Telefon 030/4619061</p>	

Besprechungen

Philosophie

Krauss, Werner: *Zur Anthropologie des 18. Jahrhunderts. Die Frühgeschichte der Menschheit im Blickpunkt der Aufklärung.* Hrsg. von H. Kortum und Ch. Gohrlich. Hanser-Verlag, München 1979 (228 S., Ln., 36,— DM).

Diese letzte größere Veröffentlichung von Krauss ist nach seinem Tode (1977) schon in der DDR herausgegeben worden (Akademie-Verlag 1978). Man sollte das Buch als das nehmen, was es weithin geblieben ist: als Fragment, als interessante Materialsammlung. Krauss stellt es zu Recht in die Nähe des systematischeren Buches von Sergio Moravia (*Beobachtende Vernunft. Philosophie und Anthropologie in der Aufklärung*), dem er freilich den vorwärtsweisenden, im guten Sinne aufklärerischen Impetus voraus hat.

Krauss faßt Anthropologie als Frage nach dem Ursprung der Geschichte der Menschheit, was in der Aufklärung insbesondere als Frage nach der *Frühgeschichte* der Menschheit thematisiert wurde, im Zusammenhang damit aber auch als »Begreifen des Menschen als Glied und Entwicklungsprodukt im Reich der Lebewesen, in einer autonomen Natur und in der Bestimmung seiner Besonderheit« (11). Mit anderen Worten ist dies die Frage nach der Entstehung des geschichtlichen Weltbildes im 18. Jahrhundert; Krauss verweist nur kurz auf die gegenwärtige wissenschaftshistorische Forschung und betont, die Frage nach der Anthropologie präzisiere »eine gewichtige Vorstufe zur heutigen Wissenschaft« und bereichere zugleich »das Bild der Aufklärung durch einen neuen Aspekt« (22). Hierzu steuert Krauss — mit den genannten Einschränkungen — in der Tat interessante Materialien und Überlegungen bei.

Krauss untersucht unter der anthropologischen Fragestellung die Werke von Dutzenden bekannter und weniger bekannter Philosophen, Wissenschaftler und Schriftsteller des 18. Jahrhunderts, insbesondere aus Frankreich, auch einiger weniger Engländer, Holländer und Deutscher. Er skizziert die Geschichte der Anthropologie von der Frühaufklärung bei Lafitau, Fontenelle, Montesquieu, Rousseau, Buffon über Goguet, Helvétius, Voltaire, Maupertuis, Robinet, Boulanger, Diderot bis hin zu Condorcet, Robertson, Volney, Holbach und zur Auflösung der Anthropologie in der Spätaufklärung und der Revolutionszeit. In thematischen Querschnitten verfolgt Krauss etwa den Mythos vom »edlen Wilden«, die Diskussion um die »Ursprache« und das Alter der Welt und der Menschheit, die Entdeckung des Matriarchats und der Eigentumslosigkeit in »primitiven« Gesellschaften. Ausführliche Exkurse behandeln die Tierseeletheorie (Auseinandersetzung um Descartes' Auffassung von den seelenlosen, als Automaten funktionierenden Tieren) und die »Türken im Urteil der Franzosen des 18. Jahrhunderts«. Es wird deutlich, daß die aufklärerische Anthropologie in ihrem Beitrag zur Historisierung des Weltbilds nicht nur das Wissenschaftssystem revolutioniert und neue Wissenschaften hervorbringt (Ethnologie, Religionsgeschichte, Geologie, Rassenkunde, Kraniologie usw.), sondern die neuen Gegenstände der Wissenschaft nur als Ausdruck der politischen, antifeudalistischen Emanzipation der Bourgeoisie überhaupt definieren kann. Nichtchristliche Religionen, eigentumslose Gesellschaftsordnungen, Matriarchat, vorantike Menschheitsepochen, Erdgeschichte: alle diese neu erschlossenen, scheinbar abgelegenen Gegenstände von Wissenschaft werden im politisch-ideologischen Kampf der Bourgeoisie gegen den Feudalismus definiert.

Krauss verweist mit Recht darauf, daß dieses aus einer »Jahrhundertdiskussion« hervorgegangene Weltbild sich an das historisch-dialektische Weltbild herantastet, daß insbesondere Hegel und Marx den Anthropologismus dieses Weltbilds überwinden und daß die danach betriebene Anthropologie als solche ihren emanzipatorischen und er-

kenntnisfördernden Charakter verliert bzw. eine »gefährliche Entgrenzung« durch eine Flut verschiedenster Anthropologien erfährt (10ff.). Freilich bleibt Krauss teilweise selbst der von ihm analysierten aufklärerischen Auffassung der Anthropologie verhaftet, indem er sie auf die *Früh*geschichte bzw. die Geschichte der klassenlosen Gesellschaften beschränkt und sie nicht in der allgemeinen Wissenschaft der Geschichte bzw. in das System der historisch gewordenen Wissenschaften auflöst. »Die anthropologische Fragestellung richtet sich auf den Menschen als den mit sich selbst identischen, immerwährenden Träger seines Schicksals und seiner Geschichte« (11): daß diese aufklärerische und als solche emanzipatorische These ihrerseits historisch zu verstehen ist und nicht anthropologisch fortgeführt werden kann, dazu hat Krauss umfangreiches Material vorgelegt. Die anthropologische Naturgeschichte des Menschen, die aufklärerischen Menschenrechte und die bürgerliche Bewegung gegen den Feudalismus bilden eine Einheit; die weitere Beschäftigung mit dem Thema kann heute nur von dem Standpunkt aus erfolgen, auf den Krauss selbst verweist: theoretisch von dem des »ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse«, praktisch von dem der Arbeiterbewegung.

Werner Rügemer (Köln)

Zeltner, Hermann: Sozialphilosophie. Die Kategorien der menschlichen Sozialität. Klett-Cotta, Stuttgart 1979 (137 S., Ln., 28,— DM).

Wer bisher geglaubt hat, existenzialphilosophische Höhenluft und plump biologisches Denken seien unüberbrückbare Gegensätze, die, wenn vielleicht in einem Kopf, so doch nicht in einem Buch mit- und nebeneinander existieren können, der muß sich durch Zeltners »Sozialphilosophie« eines Besseren oder vielmehr Schlechteren belehren lassen. Um alles »Verhalten«, mittels dessen sich die Angehörigen einer Pflanzen(!), Tier- oder Menschengesellschaft zueinander in Beziehung setzen, unter dem Etikett des »sozialen Verhaltens« vereinen zu können, muß der Autor zu dermaßen dünnen und blutarmen Abstraktionen seine Zuflucht nehmen, daß er jeden spezifischen Gegenstand verfehlt.

Wer sich vom biologischen Einschlag des Autors eine Aufarbeitung dessen erhofft, was biologische Anthropologie und Verhaltensforschung zur Rekonstruktion der »naturgeschichtlichen Gewordenheit« (Holzkamp) grundlegender menschlicher Fähigkeiten beigetragen haben (Höherentwicklung tierischer Lernfähigkeit, Ansätze von Werkzeuggebrauch, Kooperation und Traditionsbildung bei Menschenaffen etc.), sieht sich getäuscht. Statt dessen operiert der Autor mit allumfassend-nichtssagenden Termini wie »Zuwendung«, füttert den Leser mit Trivialitäten (»die Pflanze ist im allgemeinen standortgebunden ...«; 52) und wurstelt sich in einem Abschnitt von wenigen Zeilen vom Insektenstaat zum kommunistischen Kollektiv durch (53). Den »ursprünglichen Antagonismus von Individualität und Gemeinschaftlichkeit« siedelt der Verfasser gar schon in der Pflanzenwelt an: sogar der einzelne Baum »entfaltet sich ... auf Kosten anderer Individuen« (98f.). Die Bäume, von denen wir einst heruntergestiegen sind, werfen also noch immer ihren unheilvollen Schatten. Mißt man die Darstellung der Zusammenhänge an Kropotkins thematisch etwa vergleichbarem Buch »Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt« von 1902, so wirkt letzteres bei aller versponnenen Einseitigkeit genial und instruktiv. Als Grundkategorien spezifisch menschlicher Sozialität nennt Zeltner Milieuunabhängigkeit, Wahlfreiheit, Institution und Tradition (gegenüber dem periodischen und artspezifisch festgelegten Charakter tierischer »Sozialität«). Wer nun nach dem Ursprung von Traditionen, nach ihrer gesellschaftlichen Funktion und Herkunft fragt, der muß erfahren, daß ein spezifisch menschliches »Bedürfnis nach Tradition« und ein »Wille zur Dauer« offensichtlich alles ist, was zu diesem Thema sozialphilosophisch ausgemacht werden kann. Dem Leser wird nicht mehr als eine (zudem schlechte) Paraphrase des zu Erklärenden vorgesetzt.

Kommen wir abschließend zu Zeltners Begriffsbestimmung der Trias Macht — Arbeit — Eigentum. Auch wenn der Autor beständig die »Geschichtlichkeit« der menschlichen Sozialität beschwört, so ist ihm doch jegliche historische Form des Gemeineigentums vollständig unbekannt. Vom Territorialverhalten des Flußpferds bis zum bürgerlichen Eigentum ist ihm jeglicher Besitz äußere Sphäre persönlicher Freiheit, in welcher sich das Individuum objektiviert (mit sicherem Instinkt ist bei Hegel das Unbrauchbare herausgegriffen: die Bestimmung des Eigentums als freie Objektivation der Person!). Macht wird naturalisiert (es gibt sie ja schon in der berüchtigten Hackordnung des Hühnerhofs!), Arbeit romantisch verklärt. Muß da noch ausdrücklich erwähnt werden, daß der »Kommunismus« nicht etwa das Privateigentum an gesellschaftlichen Produktionsmitteln, sondern das Privateigentum schlechthin abschaffen will?

Einen Lichtblick bietet einzig die — später nicht mehr aufgegriffene — Einarbeitung der Sozialphilosophie G.H. Meads. Im Nachwort (das beiläufig den amerikanischen Soziologen Ralph Linton unter die Ethologen rechnet!) wird verraten, daß der verstorbene Autor das Manuskript in der vorliegenden Form nicht dem Druck übergeben wollte.

Clemens Knobloch (Bonn)

Schulz, Walter: Ich und Welt. Philosophie der Subjektivität. Neske Verlag, Pfullingen 1979 (278 S., Ln., 48,— DM).

Die Quintessenz seiner Studie nimmt Schulz im Vorwort vorweg: »Die Philosophie der Subjektivität ... bleibt ein ergebnisloses Unternehmen.« (13) Wenn er sich dennoch an die solchermaßen unlösbare Aufgabe macht, Subjektivität zu begründen, so betrifft dieses philosophische Unterfangen bereits das Kernproblem der Subjektivität selbst: ihre Zirkelstruktur. »Die Subjektivität ist das sich nicht einholende Sich-Voraussetzen und als solches das Überschreiten ihrer selbst, das als *Sich*-Überschreiten in sich verhaftet bleibt.« (18) Daraus ergibt sich die mit Aporien und Paradoxien geladene Konstruktion einer Denkhandlung auf ständig schwankendem Boden, resultierend aus der grundlegenden »Einsicht in die *Halblosigkeit* des Denkens der Subjektivität« (44). Dennoch und zugleich aber ist Subjektivität nicht mehr — dies betont Schulz mit kritischem Blick auf Idealismus und Existenzphilosophie — ohne Welt, ohne Suche nach Halt im Außen zu denken. In dieser doppelten Bewegung werden alle die Subjektivität charakterisierenden Bezüge und Elemente von ihrer Zirkelstruktur erfaßt: »... *Ichkern, Egoität, Selbstbezug, Selbstverhalten, Selbstreflexion sind keine zureichenden Definitionsbegriffe, sondern deuten nur auf die Problematik der Subjektivität als Zirkelbegriffe hin.*« (152; s.a. 86) Paradigma dieser derart selber der Paradoxie unterworfenen Außenwendung (vgl. 224f.), die sich nach Schulz weder nach platonischem Vorbild im Reich der Ideen (§48), noch nach christlicher Vorstellung im Reich Gottes (§50) oder nach den diversen Orientierungsmustern neuzeitlicher Wissenschaften (§51) zu fundieren vermag, ist »der andere«. Hegel und Kierkegaard folgend interpretiert Schulz diese Hinwendung zum Mitmenschen als »eine *genuine Möglichkeit* der Subjektivität« (25), zuverlässig Halt zu finden — allerdings um den Preis der Verdinglichung des anderen (Sartre), der das Ich in der Verfolgung der »Leitidee ... eines verträglichen Miteinanders« (28) vergeblich auszuweichen sucht. »Ich kann versuchen, das gegenseitige Verhältnis möglichst weitgehend abzusichern, ganz gelingt dies aber nicht. Orientierung und Halt sind auch und gerade im zwischenmenschlichen Bereich nur relative Größen.« (236) Damit sieht Subjektivität sich zurückverwiesen auf den selber paradox strukturierten Leitbegriff »Ich« (257).

Zwei Grundtendenzen bestimmen nach Schulz die Subjektivität: Weltgebundenheit und Weltlosigkeit. An ihnen muß sich jeder Versuch einer Problemlösung messen lassen. Beide Pole sind nicht alternativ zu denken (wie Idealismus und neuzeitliche Wissenschaft suggerieren), sondern strukturieren die Grundbegriffe der Subjektivität

in dialektischem Wechselverhältnis. So hat philosophische Selbstreflexion zwar »die Tendenz ..., sich vom Leben abzutrennen« (45), verliert aber damit nicht den objektivierenden Gegenstandsbezug (vgl. 194). Im sich selbst als Objekt vorstellenden Subjekt schließlich verschränken sich beide Tendenzen, weil im Vollzug dieses Aktes Subjektivität das Denken in der Form aktualisiert, »daß sie es *vorgreifend* der Intention unterstellt, *alles Welthafte dem Anspruch der Objektivität zu unterwerfen*.« (197) Dieser Zusammenhang läßt nach Schulz die grundsätzliche Prädominanz der Subjektivität vor der Objektivität erkennen (vgl. § 52), »weil sie an ihr selbst das sich rein Objektivierende ist.« (197) Damit ist auch eine Begründung für die Notwendigkeit einer *Philosophie* der Subjektivität gegeben, denn während Wissenschaft »von vornherein mich nur als welthafte Objekt anspricht« (38) und aufgrund ihres methodischen Vorgehens keinen Raum läßt für die Anerkennung der »Freiheit als pragmatische Handlungsvoraussetzung« (111; s.a. 43f.) und also die beiden Grundtendenzen negiert (ebenso wie das Alltagsbewußtsein; vgl. § 6), macht Philosophie sich zur Aufgabe, den Zirkel, in den auch Wissenschaft als selber subjektives Tun eingespannt ist, metatheoretisch zu reflektieren.

Die intendierte Neubelebung der in einigen philosophischen Sparten mittlerweile aufgegebenen Diskussion um das Subjekt-Objekt-Verhältnis ist in dieser Form nicht unproblematisch, denn die beiden Grundtendenzen sind durchaus nicht gleichrangig, sondern ihr Verhältnis gestaltet sich zu Lasten der »Weltgebundenheit«, die sich nach Schulz allererst durch das subjektive Vermögen der Selbstreflexion als *Notwendigkeit* erweist (vgl. 60). Hier rächt sich die völlige Vernachlässigung der Praxis-Kategorie: Das Subjekt wird nicht als geschichtlich-praktisches begriffen, sondern nach Art der *prima philosophia* als primär reflektierendes *gesetzt*. Der Prozeß der Selbstreflexion droht zudem zum infiniten Kreisen-in-sich-selbst abzugleiten und vermag sich nur noch selbst zu bremsen, indem nämlich der Reflektierende »beunruhigt ist, weil die Subjektivität sich nicht feststellen läßt.« (59) In dieser Konstruktion rächt sich die ontogenetische Fixierung des Ansatzes, die als methodologische und durch die Komplexität des Gegenstandes geforderte Selbstbeschränkung erscheinen könnte, würde nicht eben dadurch die Fragestellung in einer Weise einschränkend zugerichtet, daß ihre befriedigende Beantwortung von vornherein vereitelt werden muß. Der durch das Primat des Innen bei gleichzeitiger Betonung des Außen für die Konstitution des Innen entstandene Zirkel ist Folge einer Herangehensweise, die Geschichte reduziert auf das Werden und Gewordensein der Institutionen, zu denen Gesellschaft gefriert (vgl. 180f.), und die nicht selber als gestaltete und zu gestaltende in den ontogenetisch *und* phylogenetisch zu vermittelnden Konstitutionsprozeß von Subjektivität einbezogen wird.

Ralf Konersmann (Münster)

Christian, Petra: *Einheit und Zwiespalt. Zum hegelianisierenden Denken in der Philosophie und Soziologie Georg Simmels.* Duncker & Humblot, Berlin 1978 (158 S., Ln., 49,80 DM).

Zunehmend wird in jüngster Zeit durch eine Wiederbelebung Diltheys und — in besonderem Maße — Simmels die in die 20er Jahre zurückreichende Kritik und Ablehnung der Lebensphilosophie verdrängt. Vor dem Hintergrund dieser Reaktualisierung lebensphilosophischer Ideologeme sieht die Autorin sich »von dem Bemühen geleitet, sich — auf dem Wege zu einer nicht von außen kommenden, sondern 'wahrhaften Widerlegung' — zunächst in die Ebene zu begeben, in der Simmel lebt (...).« (13) Sie rekonstruiert die »Auferstehung Hegels« als Vollendung des Neukantianismus durch Windelband (20ff.) und durch Diltheys »Jugendgeschichte Hegels« (24ff.), in dessen Zentrum der Lebensbegriff steht, das Leben als die Kategorie des Ganzen, die »für Hegels begriffliche Weiterentwicklung des Lebens zum Geist konstitutiv« bleibt (25). Seit

1910 dann, so stellt Christian fest, datiert — beeinflusst eben von Dilthey — Simmels »Durchbruch zu philosophischen Grundgedanken Hegels« (18). Was aber außer der nebulösen Kategorie des Lebens, die sich nach Simmel, dem Antisystematiker kat exochen und Meister des Fragments und Essays (vgl. 70ff.), nicht in den »Zwangsscharakter des Systematischen« (Christian, 69) einpassen läßt, so daß selbst noch »das lebendige Denken« »sich seiner Befriedigung und Beruhigung im geschlossenen System« widersetzt (73), vom »hegelianisierenden Denken« Simmels übrigbleibt, ist — zumindest — mir ein Rätsel. Querverweise auf Simmels »metaphysischen Lebensbegriff« (87), der noch einmal zu denken unternimmt, was Hegels Frühschriften explizierten(?), oder auf einen Begriff wie »objektive Kultur« (in Simmels Philosophie des Geldes), dessen Analogie zu Hegels objektivem Geist wirklich nur das Adjektivattribut andeutet, vermögen nicht zu überzeugen. Wo schließlich die metaphorisch formulierte »wahrhafte Widerlegung« Simmels abbleibt, liegt restlos im Dunkeln! Werner Jung (Aachen)

Tillich, Paul: Die sozialistische Entscheidung. Medusa Verlag, Berlin 1980 (131 S., br., 16,80 DM).

Vorwort und Klappentext zur Neuauflage (es handelt sich dabei — was der Verlag verschweigt — um einen Reprint nicht der Erstausgabe von 1933, sondern des Neudrucks von 1947) eines politischen Traktats des protestantischen Theologen, Religionsphilosophen und seinerzeitigen religiösen Sozialisten Paul Tillich suggerieren die (Wieder-)Entdeckung eines vergessenen Grundlagentextes einer um die Dimension Ursprungsmythischer Mächte raumvertieften Faschismuskussion. Tillich erscheint dabei als der Vertreter des religiösen Sozialismus, in dessen Spektrum er es jedoch zu allenfalls akademisch-intellektueller Wirkung gebracht hat, die die tatsächliche religiös-soziale Bewegung überhaupt nicht berührte. Es ist bezeichnend, daß bei Tillich zwar der Name des später zum NS übergelaufenen Theologieprofessors Georg Wünsch auftaucht (14), nicht aber derjenige des langjährigen Vorsitzenden des »Bundes der religiösen Sozialisten«, Erwin Eckert, der wegen seiner KPD-freundlichen Politik der Aktions-einheit aller antifaschistischen Kräfte zuerst von der SPD ausgeschlossen und nach seinem darauffolgenden Eintritt in die KPD schließlich von seinem Pfarramt enthoben und aus dem kirchlichen Dienst entlassen wurde. Trotz einiger unbestrittener Erfolge bei dem nicht ohne Verzichtleistungen vertretenen Anliegen, den Sozialismus im intellektuellen Klima der Weimarer Republik akademisch salonfähig zu machen, hat der vom Tillich-Kreis (E. Heimann, A. Rathmann, H. de Man, F. Klatt u.a.) vertretene existenzialisierte Edel-Sozialismus doch den von Eckert so nachdrücklich geforderten Kampf »in den Kirchen, gegen die Kirchen« geradezu sträflich vernachlässigt.

Dieser Zurückhaltung entspricht auch die bei einer unter den Schlagschatten der drohenden »Machtergreifung« verfaßten Schrift auffallende Unkonkretheit der politisch-sozialen Diagnose, die sich mit Heideggers Fundamentalontologie und Jaspers »geistiger Situation der Zeit« (Neufassung 1933) im Bereich des dem Alltäglichen ent-rückten »Eigentlichen« trifft. Zweifellos ist Tillichs Buch ein nicht unbedeutendes Zeitdokument (mag auch vieles bereits bei Plenge und Rathenau zu finden sein) — einen politischen Wegweiser wird man es, das »seine Wirkung noch vor sich haben möge«, wie der Ordinarius für Religionswissenschaft am Berliner Paul-Tillich-Haus, Klaus Heinrich, im Vorwort erhofft (10), schwerlich nennen können. Dazu macht es dem Faschismus zu viele Zugeständnisse, überläßt ihm zuviel »Boden« und beschränkt sich zu sehr auf eine dämonologische Interpretation der ideologischen Selbstauslegung des Faschismus. Der Faschismus erscheint dabei vornehmlich als Rücknahme der prophetischen Verheißung und Erwartung einer Erfüllung der Geschichte und Rückwendung zu den Ursprungsmächten im Sinne der politischen Romantik. So wie diese, trotz der Anleihe bei dem durch Carl Schmitt geprägten Begriff, nicht durch ihren »Okkasionalis-

mus«, d.h. funktionell bestimmt wird, tritt der Faschismus bei Tillich dementsprechend nicht als funktionelle Einheit von großindustriell bestimmter Repressionsmacht des Staates, schein-sozialistischen Verhaltensnormen und vorbürgerlichen Wertmustern auf. — Der Härte einer sozialistischen Entscheidung, die — 1933! — nur ein Entweder-Oder erlaubte, weicht Tillich aus: er schwankt zwischen einem freischwebenden Weder-Noch und einem eklektischen Sowohl-Als-Auch. Vielleicht gerade deshalb kokettiert Tillich mittels der Kategorie der »Entscheidung« mit einer Haltung unbedingter Entschlossenheit, die mit zu jenem Dezisionismus gehört, der bei den beiden Jüngers eine ästhetische und bei Carl Schmitt eine rechtsphilosophische Weihe erhielt. Daß solche Affinitäten zur politischen Romantik, für die ja auch Schmitt bei aller Kritik ein Sensorium besaß, tiefer reichen, als auf der Ebene bloßer Begriffswahl zu vermuten wäre, belegt nicht zuletzt Tillichs Hoffnung auf eine rechtsgerichtete Aktionseinheit im Sinne einer verspäteten nationalbolschewistischen Vereinigung der Kräfte des sozialistischen und nationalistischen Radikalismus. (Solche Motive mögen die Kollaboration des belgischen Revisionisten H. de Man aus dem Tillich-Kreis mit dem Faschismus erleichtert haben.) Gerade unter den im Vorwort hervorgehobenen Aktualisierungsgesichtspunkten bietet die Tillichsche religionsphilosophische Faschismusdeutung, theologisch behindert durch ihre halbherzige Überwindung des liberalen Kulturprotestantismus, wenig, was nicht bei Ernst Bloch, zumal in »Erbschaft dieser Zeit«, besser und gegenwartsnaher ausgeführt wäre.

Wenn auch nicht die Faschismuskritik, ist doch die Sozialismuskritik des Tillich-Kreises mit ihrem rechtssozialistischen Konzept einer Verwandlung des Marxismus von innen durch ein Verstehen seiner letzten Motive aus angeblich religiösen Tiefenschichten nach dem Kriege auf einen fruchtbareren Boden gefallen. Man wollte »über Marx hinaus« (O.H.v.d. Gablentz, 1946; jedoch bereits wörtlich bei Tillich), da man jedoch weder geneigt war, empirisch noch systematisch-analytisch weiterzuarbeiten, fiel man bloß hinter Marx zurück: auf einen ethischen Sozialismus christlicher Prägung oder die Neuauflage der radikalen Gebärde des Junghegelianismus. Die evangelischen Marxismusstudien der fünfziger Jahre bieten genügend Beispiele für ein solches Gemisch von kalter-Kriegs-Theologie und einem heute unetraglichen Gerede über »Entfremdung« als tragisches anthropologisches Geschick. Die Reduktion des Marxismus auf eine Art Ersatzreligion vorwegnehmend, schreibt Tillich dem Proletariat die Rolle eines Messias zu, dessen Berufung jedoch nicht unverlierbar sei, andererseits spricht er freilich, nicht nur angesichts neuerer Forschungen über Arbeiterkultur etwas weltfremd anmutend, von der proletarischen Sinnleere, die nur durch die marxistische Theorie gefüllt werde.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich im religiösen Sozialismus Tillichs nur wenig ausmachen läßt, das nicht eine fragwürdige Erfüllung im Godesberger Programm der SPD erlangt hätte: angefangen bei der theoretischen Reinwaschung des historischen Materialismus vom Materialismus (94ff.) bis zum reformistischen Plädoyer für die Erhaltung eines freien Marktes (124ff.), wobei die Bemühung, noch angesichts des Faschismus Grenzen der Sozialisierung zu ziehen, bereits tragi-komische Züge annimmt.

Ein nicht unwesentlicher Mangel dieser Neuausgabe für den theologisch weniger versierten Leser ist das Versäumnis des Vorworts, die unter Brüchen verdeckte biographische Kontinuität in Tillichs Werk nachzuzeichnen, die ihn von der sozialistischen Entscheidung zu der in der kalten Nachkriegszeit wirksamen anti-kommunistischen Theologie der »Angst« und »Bedrohung«, der »Zerrissenheit« und Gespaltenheit« geführt hat.

Martin Blankenburg (Berlin / West)

Lindner, Burckhardt, und W. Martin Lüdke (Hrsg.): Materialien zur ästhetischen Theorie Theodor W. Adornos. Konstruktion der Moderne. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1980 (556 S., br., 18,— DM).

Um Adornos Schriften zur ästhetischen Theorie — auf sie alle bezieht sich der Materialienband, nicht auf die 'Ästhetische Theorie' aus dem Nachlaß allein — steht es heute so, daß die »Phase akademischer Aneignung« (11) angelaufen ist — erkennbar an steigenden Dissertationszahlen —, womit unweigerlich die »Gefahr der Neutralisierung und der sekundären Paraphrase« (12) einhergeht: Solcher Nivellierung oder gar 'Nacherzählung' soll die Sammlung zumeist eigenst zu diesem Zwecke verfaßter kritischer Interpretationen vorbeugen. Daß der Gegenstand den Aufwand rechtfertigt, wird sichtlich vorausgesetzt. Vorausgesetzt wird weiterhin von den Herausgebern, daß als Zentrum von Adornos ästhetischer Theorie seine »Konzeption der Moderne« (27) auszumachen sei, auf welcher Prämisse die Titel-Gleichsetzung fußt: der freilich sind durchaus nicht alle Einzelstudien umstandslos zu subsumieren, so daß der Titel doch ein wenig irritiert.

Den einführenden Bemerkungen der Herausgeber schließt sich Teil I »Ästhetische Theorie, heute« an. *Michels* bewußt subjektive Lektüre geht verschiedenen Motiven nach, deren Nebeneinander ihm unstimmig scheint: *Bubner* versteht das Ästhetischwerden der Theorie als ein Telos Adornos und bemängelt, daß Ästhetik dabei philosophischer Fremdbestimmung unterworfen werde — wie er meint, zu ihrem Nachteil; *Jaus* kritisiert aus rezeptionsästhetischer Sicht Adornos Leitgedanken der Negativität von Kunstwerken und vergleicht diesen mit Tendenzen französischer poststrukturalistischer Theorie; *Bürger* schließlich untersucht in einem gelungenen kleinen Aufsatz das Vermittlungsproblem in Adornos Kunstsoziologie und diskutiert die Tauglichkeit des Theorems vom künstlerischen Material als Schnittpunkt der Vermittlung von Kunstwerk und Gesellschaft zum einen, von Kunstentwicklung und Realgeschichte zum anderen. Der II. Teil (»Voraussetzungen«) vereint Arbeiten, die auf die Grundlagen der ästhetischen Theorie zielen, etwa auf die spezifische Liaison von Geschichtsphilosophie und Theorie ästhetischer Ausdrucksform, der *Lypp* nachgeht. *Kliche* (DDR) erörtert Gemeinsamkeiten in den theoretischen Anlagen von Lukács und Adorno, um die sich daraus entwickelnden Gegensätze zu begründen (beide Positionen werden freilich abgewertet als »quer zur Historizität der Kunst« [255] stehend); *Lindner* behandelt neben der geschichtlich-theoretischen Bedingtheit der ästhetischen Theorie, für die ja auch die Bedeutung Benjamins nicht zu überschätzen ist, ihr Konstruktionsprinzip, da sich erst auf der Basis des Zusammendenkens dieser beiden Seiten die förderlichen Einsichten und hemmenden Grenzen bestimmen ließen. 'Dialektischer Spleen' ist der Titel des allzu nonchalanten Aufsatzes von *I. Wohlfahrt*, der Adorno zunächst leichtfertig ankreidet, er handhabt Dialektik virtuos wie einen »Flipperautomaten« (320), und dann die Auseinandersetzung zwischen den Intellektuellen der Generation der Kritischen Theorie als »Familienroman« (321) liest. *Scheible* endlich benennt in einem kurzen, aber zitatenreichen Aufsatz einige Grundbegriffe von Adornos Ästhetik, um seine recht fragwürdige These zu belegen, diese Ästhetik habe ihre geheime Hoffnung in einer Idee von Erlösung, die religiös besetzt sei. Der III. Teil steht unter dem Stichwort »Implikationen und Modelle«. Resümiert werden zunächst Nietzsches Anteil an der ästhetischen Theorie (*Bolz*) sowie Adornos Beziehungen zur Frühromantik und erneut seine Affinitäten zum Poststrukturalismus (*Hörisch*). Es folgt ein Beitrag *Lüdkes*, der mit dem Motiv der 'Logik des Zerfalls' den Mittelpunkt von Adornos Philosophie isoliert, eine »geschichtsphilosophische Diagnose« mithin, die in Adornos spezifischer »Konzeption von Natur begründet ist« (439) und hier allerdings auch als »zumindest umstritten« (440) problematisiert wird. Bevor dann *de la Fontaine* und *Dahlhaus* Adornos Schönberg- bzw. Beethoven-Interpretation zum Thema machen, versucht *Schwarz*

in metakritischer Absicht die Unzulässigkeit des Verfahrens mehrerer Kritiker darzutun, bei Adorno Ästhetik gegen Geschichtsphilosophie auszuspielen — beide Momente verbinde vielmehr ein systematischer Zusammenhang. Im IV. Teil liefert *Lang* einen Forschungsbericht mit einer kommentierten Auswahlbibliographie, in der die Jahre 1969-1979 erfaßt werden.

Michael Schneider (Bonn)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Weydt, Harald (Hrsg.): Die Partikeln der deutschen Sprache. De Gruyter, Berlin 1979 (X/545 S., Ln., 178,— DM).

Das vorliegende Buch ist ein Sammelband mit 40 (überarbeiteten) Beiträgen, die ursprünglich für ein Kolloquium im September 1977 in Berlin/West entstanden sind. Das Thema von Buch und Kolloquium sind »Partikeln«, jene unveränderlichen 'Bausteine', an denen die deutsche Sprache so reich ist (»schon«, »ja«, »doch« u.ä.). Die Sammelveröffentlichung ist ein Beispiel für eine Veränderung auch und gerade in der deutschen Linguistik, deren Aufmerksamkeit sich zögernd vom Bereich des 'Systems', der 'Regeln', syntaktischer Strukturen und ähnlicher Chomsky-Nachwirkungen abwendet. Statt dessen rückt die gesprochene Sprache und damit die sogenannte »natürliche« Kommunikation eindeutig in den Brennpunkt. Mit solchen Entwicklungen hat sicher zu tun, daß die Gesichtspunkte, unter denen hier Partikeln betrachtet werden, noch äußerst uneinheitlich sind; das kann auch kaum anders sein, geht man doch überwiegend von der Erscheinungsebene aus. Die sprachliche 'Oberfläche' des Deutschen bietet dem, der 'genau hinsieht', und das scheint der methodische Ansatz der meisten Autoren zu sein, genügend Anhaltspunkte, seinen Einfallsreichtum unter Beweis zu stellen. Somit fühlt man sich zugleich erfrischt wie verwirrt — eine Wirkung, die sicher in der Absicht der Organisatoren des Kolloquiums gelegen hat. Dies gilt in sehr viel milderem Maße für die einzelnen Beiträge selbst, die sich in der Regel am Detail abarbeiten und viel zu selten einen wechselseitigen Bezug erkennen machen.

Der Sammelband ist in acht Abteilungen gegliedert: Interaktion und Dialogsteuerung, syntaktische Beschreibungen von Partikeln, Ausdrucksmöglichkeiten von Zeit und Raum in der Sprache, (divergierende) Einzeluntersuchungen, methodische Vorschläge zur semantischen Partikelanalyse, logisch-argumentative Betrachtungen, Vergleiche der Partikel-Verwendung im Deutschen und in anderen Sprachen, Grenzfälle, d.h.: 'Restkategorie'. Da es unmöglich ist, in einer kurzen Besprechung allen Beiträgen gerecht zu werden, sollen im folgenden zu jeder Abteilung einige vor allem informierende Bemerkungen gemacht werden. Im Mittelpunkt der *ersten* Abteilung stehen Partikel-Verwendungen in spontanen Alltagsgesprächen: Partikeln organisieren einzelne Gesprächsabläufe und helfen im ganzen mit, die Themen gewissermaßen in der Schwebe zu halten. Diese dynamische Funktion kam besonders im Beitrag von *Rehbein* zur »Hörersteuerung« zum Ausdruck: nachgeschaltete Äußerungen (»vastehste«, »nich?«, »logos« u.ä.) heben bestimmte sprachliche Handlungen aus dem Ablauf heraus und machen sie gemeinsamer Reflexion zugänglich. Ganz anders die *zweite* Abteilung, in deren syntaktischen Analysen *Thümmel* und *Clément* sich um eine Demonstration 'ihrer' sogenannten »kontext-freien« Syntax am Beispiel von Partikeln bemühten, während *Rudolph* gerade die Klassifizierungsbemühungen *verschiedener* Grammatiken vorführte, was dem Leser auch einen Eindruck von der terminologischen Verwirrung in der Linguistik verschaffte. Zeit und Raum (*dritte* Abteilung) eindeutig zu erfassen und zu benennen, stellt jeden Sprachgebraucher regelmäßig vor Schwierigkeiten. Für »hier«, »da« und »dort« wurden sie überzeugend gelöst von *Moilanen*. Daneben zeigte *Paprotté* anhand von Experimenten mit Kindern zwischen einem Jahr und sechs Jahren, wie stark

der Erwerb lokaler Ausdrücke von der direkten, also nicht-sprachlichen, Orientierung in den ersten Lebensphasen abhängig ist. Sehr divergierend waren die Einzelanalysen der vierten Abteilung. Die Frage, wie man Partikeln miteinander vergleichen oder voneinander absetzen kann, erbrachte auseinanderstrebende Lösungsvorschläge, z.B. Durchspielen kommunikativer Funktionen (*Abraham*) oder »Erwartungshaltung« (*Weydt*), aber auch Identifikation und Abgrenzung von Gruppen (*Schlieben-Lange*) an Münchner Dialektbeispielen. Beispielketten und Gliederung in Merkmale waren die bevorzugten Ansätze dabei. In der methodisch orientierten fünften Abteilung ging es vor allem um die Schwierigkeit, die Bedeutung von Partikeln in eindeutiger Weise zu gewährleisten. Aspekte der logischen Semantik wurden dabei in der Regel ergänzt um pragmatische 'Auftretensbedingungen' (*Bartsch* und *Posner*), d.h.: man bemühte sich um den Nachweis, daß Partikeln ohne Berücksichtigung von Interaktionsabläufen praktisch nicht zu analysieren sind. Mit dem Problem, welche Partikeln welche Argumentationshandlungen ermöglichen, setzen sich die Beiträge der sechsten Abteilung auseinander: Partikeln wie »nämlich«, »sogar«, »etwa« zeigen bestimmte »Argumentationstypen« an (*Eggs*), deren Unterscheidung die Partikelbedeutung selbst plausibler machen könnte. Mögliche Einteilungen der Partikeln werden in einem »pragmatischen Sprachmodell« von *Gerstenkorn* sprechakttheoretisch vorgenommen, wobei jedoch die Interaktion im Grunde zugunsten der Modellerfordernisse 'vernachlässigt' wurde. Sehr viel weniger abstrakt und dafür mehr aus den Bedingungen der Sprachlehr-, -lernpraxis des Deutschen als Fremdsprache abgeleitet, werden in der siebenten Abteilung »aber«, »sondern« und (engl.) »but« gegeneinander abgegrenzt (*Ashach-Schnitker*). Übungsformen für deutsche »Abtönungspartikel« für englische Studenten sehr eindringlich begründet (*Paneth*) und Überlegungen angestellt, wie sehr geltende »Höflichkeitsstereotypen« die Partikelverwendung steuern (*Stolt*). Von den Grenzfällen der achten und letzten Abteilung ist die phonologisch-pragmatische Analyse von *Ehlich* bemerkenswert, der am Beispiel von »hm«, »mhm« zeigen kann, daß die Vernachlässigung der Intonationsverhältnisse in der deutschen Linguistik dazu führt, daß der »Hörer« als wesentlicher Teil einer Kommunikation aus dieser herausfällt. Ausdrucksweisen wie »wennste« und »opste« schließlich sind für *Richter* Anlaß zur Frage, ob die vorschnelle Definition der Partikeln als »unveränderliche« Elemente nicht darauf beruhe, präventive Funktionen gegen historische Regelsysteme, die zum Teil (noch oder wieder) wirksam sind, zu übernehmen.

Bedauerlich an der vorliegenden Veröffentlichung ist die Tatsache, daß sozialwissenschaftliche Analysen offenbar außerhalb der Reichweite des Kolloquiums waren. Immerhin hätten sich interessante Fragestellungen ergeben können bei der Überlegung, ob nicht gerade starker Einsatz von Partikeln in gesprochener Sprache dem sprechenden Individuum gestatten, sich gewissen (im Sprachsystem sowieso verankerten) 'Zwängen' zu entziehen; ob nicht also die Gesellschaftlichkeit des Sprechens im Partikelgebrauch von der Persönlichkeit des Sprechers eingeschränkt werden kann, der sich somit einen nicht kontrollierbaren 'Eigenbereich' schaffen kann. Aber auch ohne solche Ansätze bleibt das Buch sehr verdienstvoll, äußerst nützlich und wegen der sorgfältigen Register (Schlagwort- und Partikelregister, letzteres mit 182[!] Partikeln) auch für Nachschlagezwecke sehr geeignet. Allen, die beruflich mit Sprachbeschreibung zu tun haben, also auch dem Fremdsprachenbereich, wird diese (leider teuer ausgefallene) Veröffentlichung gute Dienste erweisen. Für alle anderen, die weniger beschreibend als 'kritisch' mit Sprache beschäftigt sind, wird das Partikelproblem der deutschen Sprache als eine Reibefläche präsentiert, an der sich linguistische Energie entzünden kann.

Christoph Sauer (Amstelveen/Niederlande)

Binder, Hartmut (Hrsg.): Kafka-Handbuch. Bd. 1: Der Mensch und seine Zeit. Bd. 2: Das Werk und seine Wirkung. Alfred-Kröner-Verlag, Stuttgart 1979 (635 u. 970 S., Ln., 48,— u. 72,— DM).

Das zweibändige Kafka-Handbuch, an dem u.a. H. Binder, B. Nagel, H. Hillmann, G. Kurz und J. Schillemeit mitgearbeitet haben, soll »erstmalig einen deutschsprachigen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts in all seinen Aspekten« darstellen. Der 1. Band betrifft den geschichtlich-sozialen Kontext und die Biographie Kafkas. Teil I, A handelt von »Böhmen in der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Anfängen der tschechoslowakischen Republik« (P. Hilsch), B von der Geschichte Prags (Ch. Stözl), die bis zum Früh- und Hochmittelalter zurückverfolgt wird. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt bei den »Verhältnissen um 1900« (58ff.). Neben interessanten Beschreibungen über die deutsche Literatur und das Theater in Prag befinden sich so überflüssige wie die Beschreibung der »beliebten Sport- und Freizeittätten« an der Moldau (73).

Wesentlicher — wenn auch nicht weniger akribisch — ist der 2. Teil: »Der Mensch. Leben und Persönlichkeit Franz Kafkas« (Hartmut Binder). Auf 450 Seiten wird versucht, die Biographie Franz Kafkas von der »frühen Kindheit« bis zu den »letzten Wochen« nachzuzeichnen. Störend wirken sich in diesem Teil nicht nur die häufigen Analogieschlüsse biographischer und entwicklungspsychologischer Details auf das Werk Kafkas aus, sondern auch die das gesamte Handbuch durchziehende Tendenz, Kafka »in allen seinen Aspekten« darzustellen — bis hin zu einer vierseitigen Beschreibung des »Längenwachstums« und die Folgen für die Persönlichkeitsentwicklung Kafkas (221ff.). Im ganzen gesehen ist der biographische Teil mit der ausführlichen Beschreibung der sozialen, persönlichen, literarischen und philosophischen Einflüsse auf Kafka hilfreich, wozu auch die ausführliche Übersicht über die Forschungslage beizutragen vermag (103ff.).

Band 2 beginnt mit den philologischen Grundlagen, dem Nachlaß und den verschiedenen Ausgaben der Werke. Anschließend daran wird der Versuch einer zusammenhängenden Ästhetik des Kafkaschen Erzählens vorgelegt, gegliedert in die Abschnitte »Schaffensprozeß« (15ff.), »Erzählweise« (36ff.), »Bauformen« (48ff.), »Figuren« (93ff.), »Bildlichkeit« (138ff.) etc. Diesen Elementen einer »Ästhetik« folgen die Interpretationen der einzelnen Werke. Bei dem Gesamtumfang des Handbuches nehmen diese Interpretationen einen zu geringen Raum ein. So wird dem »Prozeß« gerade 20 Seiten eingeräumt (420ff.). Dieser Abschnitt ist gegliedert in »Tendenzen der Rezeptionsgeschichte«, »Zum Zusammenhang von Text und Deutung«, »Deutungsproblematik als Romanthema« etc. Wie allen Einzelabschnitten, sind auch den einzelnen Interpretationen ausführliche Verweise auf die Sekundärliteratur nachgestellt. Der IV. Teil betrifft die »Geschichte der Kafka-Rezeption« (583ff.) — hier wird die Wirkung Kafkas in den einzelnen Ländern und Kulturbereichen dargestellt —, die »Typologie der Kafka-Forschung« (787ff.), mit einer Übersicht über die verschiedenen Interpretationsrichtungen, und »Kafka-Texte als Ausgangspunkt für andere Kunstschöpfungen« (825ff.). Dieser Abschnitt enthält Material, das bibliographisch sonst schwer zugänglich ist. Jeder Teilband beinhaltet das detaillierte Inhaltsverzeichnis beider Bände und ein Namens- und Titelregister. Dadurch können die Bände auch einzeln als Nachschlagewerk benutzt werden. Querverweise in den einzelnen Abschnitten erleichtern die Arbeit.

Hansgeorg Schmidt (Mardorf)

Schumann, Klaus: Weltbild und Poetik. Zur Wirklichkeitsdarstellung in der Lyrik der BRD bis zur Mitte der siebziger Jahre. Aufbau-Verlag, Berlin/Weimar 1979 (518 S., br., 11,20 M).

Ausgehend davon, daß im 20. Jahrhundert die Produktion von Lyrik und von Theorien über sie in einem engen Wechselverhältnis stehen, verfolgt Schumann die Ent-

wicklung von Lyriktheorien seit dem Ende des 2. Weltkriegs. Zum Prüfstein kritischer Bewertung wählt er folgendes Problem: »Ist die Wirklichkeit, die den Lyriker angeht, eine objektiv existierende Realität, auf die das Gedicht direkt oder indirekt bezogen werden kann, oder ist es das Subjekt, das diese Wirklichkeit aus sich heraus und ohne jeden Bezug zur Realität schafft?« (9)

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Lyriktheorie G. Benns, die sich für die Dichtung der 50er Jahre als äußerst einflussreich erweisen sollte. Benns Forderung nach dem »absoluten Gedicht« entspricht der »Flucht in einen geschichtsblinden Ästhetizismus« (27), der eine Reaktion auf die Erfahrungen der Lyriker in der BRD der Nachkriegsjahre war. Allerdings hat die Konzeption Benns ihre Wurzeln in einer bereits in den 20er Jahren vollzogenen Umformung des spätbürgerlichen Entfremdungserlebnisses in ein »ontologisches und damit ewig menschliches« (40). Entsprechend führen die meisten Lyriker der BRD die Traditionslinie Nietzsche-Spengler-Klages weiter und feiern so unter dem Signum der Literaturrevolution ihre eigene Entfremdung. Enthistorisierung und archaisierender Mythos sollen eine poetische Gegenwelt zur Realität schaffen. — An diesem Punkt der Untersuchung wird allerdings deutlich, daß Schuhmanns Ineinsetzung von Poetik und Gedichtproduktion zu falschen Schlüssen führen muß: so sehr man seiner Bewertung der Theorie Benns und seiner Nachfolger zustimmen muß, so wenig kann man diese auch auf die verwendeten Stilmittel, die oft der surrealistischen Tradition entstammen, übertragen. Der Vorwurf einer »autonomisierten Phantasie (...), die sich von der Wirklichkeit emanzipiert hat« (93), kann sich höchstens an die Theorie, nicht aber an mögliche Rezeptionsweisen richten.

Gesellschaftskritische Züge kommen nach Schuhmann erst in der Mitte der 50er Jahre wieder zum Tragen. Die Erfahrung der raschen Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems provoziert Lyriker wie Bachmann, Enzensberger und Rühmkorf zwar dazu, »Veränderung« als Lebenshaltung zu fordern, doch bleiben ihre Zukunftsentwürfe im allgemeinen Utopien. Lyrik und Politik werden als zwei »wesensverschiedene Prozesse« (166) gedeutet. Auch die negative Einschätzung dieser theoretischen Position scheint mir auf überzogene Ansprüche des Autors an die direkte politische Wirkung von Literatur hinzudeuten.

Das völlige Aufgehen der Lyrik in den Entfremdungsprozessen der Moderne sieht Schuhmann in der »konkreten Poesie« verwirklicht, die Max Benses Textästhetik verpflichtet ist: Dichtung soll hier nur noch Strukturen und Funktionen darstellen, nicht mehr Inhalte. Der Verfasser weist an der Reduktion von Wirklichkeit auf Sprache schlüssig den Zusammenhang zwischen dem logischen Positivismus der Wiener Schule und der vermeintlichen Revolution durch Sprache nach. Die zu Beginn der 60er Jahre einsetzende Orientierung auf den »Neuen Realismus« Herburgers und Brinkmanns z.B. sieht Schuhmann als eine reine Anpassung an den Innovationszwang des literarischen Marktes, obwohl mir gerade das zu dieser Zeit oft in Anspruch genommene Vorbild der amerikanischen Undergroundlyrik auf gesellschaftliche Protestpotentiale hinzudeuten scheint.

Erst durch die Gründung des VdS und der Autorenbuchhandlungen und -selbstverlage sieht Schuhmann die materiellen Grundlagen für eine »kritisch-realistische Lyrik« (330) gesichert, obwohl vor allem bei Enzensberger noch eine vornehmlich intellektuelle Revolutionierung der Gesellschaft vorherrscht. Die Orientierung an den Kulturbedürfnissen der Massen und an der leninschen Zweikulturentheorie führt dann zur Gründung der »Werkkreise der Literatur der Arbeitswelt«, die einem neuen Verständnis der operativen Funktion von Lyrik verpflichtet sind. Damit wird Wirklichkeitskritik durch »utopische Entwürfe, Zukunftsdarstellungen und andere Arten politisch-literarischer Perspektivgestaltung« (346) möglich. Formal beziehen sich diese Lyriker nicht mehr auf die artifizielle Tradition der 50er Jahre, sondern auf progressive wie die Hei-

nes, der 48er Revolution oder der Agitprop-Praxis der Weimarer Republik. Die hier vorherrschende »dokumentarisch-analytische Schreibweise« (451), die zum Verlust von Subjektivität beitragen kann, führt Schuhmann auf das »Defizit ästhetisch-literarischer Problemerkörterungen und Selbstverständigungsversuche unter den sozialistisch engagierten Autoren« (452) zurück.

Abgesehen von der teilweise verabsolutierten Beziehung zwischen Wirklichkeitsdarstellung und Wirkungspotential von Lyrik, ist an der Arbeit auch die Aufteilung jedes Kapitels in einen Hauptteil und einen Exkurs zu kritisieren, da dieser die bereits vorgeführten Ergebnisse meist nur wiederholt und variiert, ihnen aber nichts Neues hinzufügt.

Claudia Albert (Berlin/West)

Zeller, Michael (Hrsg.): Aufbrüche: Abschiede. Studien zur deutschen Literatur seit 1968. Klett-Verlag, Stuttgart 1979 (106 S., br., 15,80 DM).

Vergleicht man Zellers Sammelband mit ähnlichen Bilanzen der Literarentwicklung in Westdeutschland seit 1968, so fällt die in allen Beiträgen durchgehaltene Perspektive auf den Gegenstand zunächst einmal positiv auf. Im Unterschied zu W. Martin Lüdkes »Literatur und Studentenbewegung« (1977) und »Nach dem Protest: Literatur im Umbruch« (1979; siehe dazu die Rezension in *Argument* 121, 444) sowie dem Literaturmagazin 4 (1975), konzentrieren sich die von Zeller herausgegebenen Studien auf Autoren und deren Werke (abgesehen von den weniger psychoanalytischen als theologischen Anmerkungen Kohlenbergers zur Narzißmus-Frage), statt wie jene autobiographische Texte, Gespräche und vor allem Auseinandersetzung mit Theoremen zu bieten. Der als Einleitung vorangestellte Versuch Zellers, »zehn Jahre westdeutscher Literatur in den Blick zu nehmen« (5), konstatiert einen auf 1967 datierten »Traditionsbruch« (10) und einen seit 1973, vollends 1975 »konsolidiert(en)« »literarische(n) Standard« (11) der »wiederentdeckten Privatheit« (10) und formuliert die Perspektive fast aller Beiträger auf die jüngste deutsche Literatur: »Hier allerdings muß man die Autoren, die heute zwischen dreißig und vierzig Jahre alt sind, fragen, was sie von ihrem Ideal des Aufbruchs aus den späten sechziger Jahren in die Gegenwart mithinübergerettet haben.« (11) Im Interesse der kritischen Sicht auf die »revidierten Formen der Privatheit« (so der Klappentext) suchte Zeller Beiträger, die ebenso alt wie die hier angesprochenen Autoren sind und in verschiedenen Bereichen der literarischen Praxis arbeiten (Schule, Universität, Medien); die Kritik ist die von Betroffenen, wie der trotz aller stilistischen Unterschiede einheitliche Gestus des Sich-als-Subjekt-Einbringens in den Studien zeigt (eine Ausnahme in doppelter Hinsicht der Beitrag Gisela Ullrichs (geb. 1930) zu Walsers »Die Gallistl'sche Krankheit«). Der Versuch der selbstkritischen Lektüre gilt vor allem dem Thema der Liebe in der Literatur der späten 60er und der 70er Jahre. Während Volker Hage und Hiltrud Gnüg die Prosa (vor allem der Männer) und die Lyrik (primär der Frauen) in materialreichen und zugleich den einzelnen Texten sehr nahe bleibenden Überblicken untersuchen, werden eine Autorin, Karin Struck (von Elisabeth Schmid) und ein Autor, R.D. Brinkmann (von Michael Zeller) in ihrer Entwicklung behandelt. Beide Verfahren ergeben Beschreibungen von thematischen Tendenzen: der Befund wird in der Regel vorsichtig einer Kritik ausgesetzt, die in erster Linie eine moralische, weniger eine ideologiekritische ist; auf Erklärungen historischer und gesellschaftlicher Art verzichtet man ebenso wie auf literaturkritische Wertungen im handwerklichen Sinne. Beispielhaft kann dafür das Resümee von Hages Aufsatz stehen, das einleitend die Hauptmotive der Romane Handkes, Strauß', Meckels, Roths, Borns u.a. bündelt: »Die Neigung zur Trennung, die Lust an der Trauer, die Unfähigkeit, einen Partner anzunehmen und zu halten, der narzißhafte Genuß an der eigenen Empfindsamkeit — das sind scheinbar private Erschütterungen, deren Häufung eine tiefergehende Krise signalisiert (...) Die Literatur macht die Anzeichen einer großen

Verstörung öffentlich, jeder mag nun sein eigenes Dilemma daran messen.« (24) Nicht nur, daß Hage auf die Frage nach den Ursachen verzichtet, ist ihm vorzuhalten, sondern eher noch, daß er die durchaus differenzierten Antworten darauf unterschlägt, die die von ihm behandelten Texte selbst enthalten; vor allem Taschua »Landfriede« und Kinders »Der Schleiftrog« werden wohl erst von Hage auf jenen 'konsolidierten literarischen Standard' eingeebnet. Gnügs Diagnose einer »selbstkritisch-kritische(n) bis resignierende(n) Haltung« (39) in der Liebeslyrik kennt letztlich zwar nur ein literaturimmanentes Erklärungsmuster (»Reaktion auf«, 39), aber in der systematisierenden Beschreibung selbst sind andere durchaus angelegt (gesellschaftliche Veränderungen der Sexualmoral, 28; der Emanzipationsanstrengungen der Frauen, 33; der Beziehungen zwischen Arbeit und Privatsphäre, 37, u. a.). Eine Verlegenheit bei der Suche nach Erklärungen zeigt sich im ironischen Umgang mit dem Slogan von der Midlife Crisis (37). Auf das Problem, daß über alle diese der 'Neuen Subjektivität' zugerechneten Texte so verallgemeinernd geschrieben werden kann, weil es z. B. für 'neu-subjektive' Prosa Figuren- und Situations-, Motiv- und Fabelklischees gibt, macht der Aufsatz von Schmid über Karin Struck aufmerksam: »Ich habe den Eindruck, hier kämen Erfahrungen, die so allgemein sind, so unverbindlich nachvollziehbar, daß sie schon fast eher den Charakter von etablierten Ansichten tragen, mit dem Gestus des Allerpersönlichsten befrachtet daher, als heischten sie das Mitgefühl des Lesers dort, wo dieser ärgerlich feststellt, daß er liest, was als Statement des aufgeklärten Jederman, der er selber ist, überall schon kursiert.« (87) Die betroffene und zugleich sehr gründliche Untersuchung problematisiert den Fetisch der unmittelbaren Erfahrung, von dessen Verehrung die behandelte Literatur zu einem nicht geringen Teile lebt. Die These wiederum, daß in den späten 60ern ein Traditionsbruch erfolgt sei, wird implizit von den Beiträgen über Achternbusch und Brinkmann in Frage gestellt. Vor allem der Beitrag des Herausgebers stellt die Kontinuität der literarischen Methode, hier Brinkmanns, heraus, in die die Politisierung der 60er nicht verändernd eingriff (53, 55). Die Charakterisierungen Achternbuschs (77), Brinkmanns (54) und Strucks (86) verweisen auf Gemeinsamkeiten, die erklärt werden müßten. Diese folgen wohl nicht nur pauschal aus der Desillusionierung durch das 'Scheitern' der Studentenbewegung; die Bedingungen der Illusionierung müßten untersucht werden, statt daß man, wie Peter Mosler, die gescheiterten Illusionen noch einmal als das 'Authentische' festschreibt. Helmut Peitsch (Berlin/West)

Pasolini, Pier Paolo: *Ketzererfahrungen*. »Empirismo eretico«. Schriften zur Sprache, Literatur und Film. Carl Hanser Verlag, München 1979 (295 S., br., 25,— DM).

Es handelt sich bei den »Ketzererfahrungen« um ein Theoriewerk, das sich auf Lyrik und Prosa des Neo-Realismus und der Neo-Avantgarde bezieht, und das mit einer Betrachtung des Films abschließt. Die deutsche Herausgabe der »Ketzererfahrungen« muß erstaunen, da die wenigsten Werke dieser Epochen, auf die sich Pasolini in seiner Analyse bezieht, in einer deutschen Ausgabe vorliegen; ja nicht einmal Pasolinis eigene Lyrik, seine Prosa und seine Dramen waren bisher von verlegerischem Interesse. Somit offenbaren die »Ketzererfahrungen« einen großen Nachholbedarf der Rezeption des Neo-Realismus, als dessen Vertreter in Deutschland lediglich drei Schriftsteller einigermaßen gründlich wahrgenommen wurden: Vittorini, Pavese und Moravia. Selbst der Neo-Realist Ignazio Silone, der aus seinem schweizer Exil in deutscher Sprache veröffentlichte, entging nahezu ganz der Aufmerksamkeit der sich mit der Exilliteratur befassenden Germanistik.

Man kann den italienischen Neo-Realismus als eine Stilrichtung bezeichnen, die sich während der Anfänge des Faschismus herausbildete und in den letzten Kriegsjahren zum Bestandteil des antifaschistischen Widerstandes wurde. Die weiteste Definition

dieser Stilrichtung läßt sich mit dem Begriff »Volkstümlichkeit« fassen, zu der das politische Stichwort des Lyrikers Salvatore Quasimodo »rifare l'uomo« (den Menschen neuschaffen) lautet. Diese politische Parole der Literatur behielt auch nach dem Sieg über Mussolini ihren revolutionären Impetus, verflachte jedoch in den späten fünfziger und beginnenden sechziger Jahren zunehmend in einer Verbürgerlichungstendenz. Dennoch behielt die Bezeichnung »neo-realismo« als Symbolbegriff der älteren Schriftstellergeneration ihre Gültigkeit, während die neue Schriftstellergeneration der zukünftigen Studentenbewegung mit der programmatischen Erklärung des Todes des Neo-Realismus die Polemik der Auseinandersetzungen über künstlerische Formen und Inhalte auf die Spitze trieb. In einem Gedicht bezieht sich Pasolini auf diese Auseinandersetzungen mit den Zeilen: »Friends, Romans, Countrymen, lend me your ears! Ich bin hier, den italienischen Realismus zu beerdigen, nicht, um die Grabrede zu halten.« Er schließt dieses Gedicht mit den Zeilen: »Die Werke und Handlungen, die euch der Realismus hinterläßt, werden ihn überleben! Denn dies ist seine Kraft.« Es war Pasolini um die Erneuerung des Instruments der Artikulation der Literatur zu tun, der Sprache; und nicht zufällig war die Diskussion um diesen Erneuerungsprozeß von der Sprachphilosophie des französischen Strukturalismus bestimmt. Seine Indienstudie war die Abkehr vom ästhetischen Dogmatismus einer auf Gramsci basierenden Kunsttheorie.

Es war die »neue Avantgarde«, besonders die Gruppe 63, die mit ihrer literarischen Praxis als erste die Abkehr vom alten Neo-Realismus provozierte. Sie setzte an die Stelle des alten Gehalts den neuen: demzufolge spricht der Theoretiker Guliani von »neoconterutismo«. Der neue Gehalt galt als Abbild einer neuen Realität, die sich vermittels einer neuen Sprache ihren Ausdruck verschaffte. Dies sah in der literarischen Praxis so aus, daß die alte von der Rhetorik der Renaissance beeinflusste Semantik aufgebrochen wurde durch das Prinzip der semantischen Unordnung. Die »Ketzererfahrungen« in der Auseinandersetzung mit der Neo-Avantgarde dokumentieren, wie Pasolini sich gegen diese totale Negation der literarischen Tradition wandte. Er plädiert hierin für eine Synthese des Marxismus und der Avantgarde in der Form des realistischen Avantgardismus. Pasolini wollte letztlich damit die wertvolle Kraft des Neo-Realismus erhalten wissen; die Sprache hingegen sollte den bürgerlichen Verhältnissen im positiven Sinn angepaßt werden. Eine neue Sprache sollte sich somit auf eine neue Realität beziehen.

Für Pasolini selbst war die mehrjährige Auseinandersetzung mit Balestrini und Sanguineti, den führenden Köpfen der Neo-Avantgarde, ein Prozeß der Suche nach neuen Ausdrucksmitteln. Er wandte sich vom aktiven Schreiben ab und entdeckte für sich den Film. Die »Ketzererfahrungen« als Aufsatzsammlung eines Zeitraums von zehn Jahren verdeutlichen anschaulich, daß mit Pasolinis Hinwendung zum Film ein konsequenter Entwicklungsprozeß durchlaufen wird, der notwendig beim Film enden muß. Er ist die Entdeckung eines Mediums der neuen Sprache und eines Mediums des direkteren Realitätsbezuges, das zwei Darstellungsebenen in Einklang bringt: die literarische Struktur des Drehbuchs und die visuelle Struktur der bewegten Bilder. In der Synthese beider Strukturen ist das Kino — durch die Reproduktion der Wirklichkeit — das geschriebene Moment der Wirklichkeit. Nur so, schreibt Pasolini, kann die neue Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft als eine lesbare Realität abgebildet werden.

Pasolinis »Ketzererfahrungen« haben ihren unbestreitbaren Rang im Modellcharakter der Analyse und Bilanz einer entscheidenden literarischen Epoche des Übergangs. An dieser Schwelle hält Pasolini Rückblick und Ausschau; sie wird markiert durch eine entscheidende Sprachkrise, die seismographisch anzeigt, daß in der italienischen Gesellschaft etwas grundlegend Neues geschieht. Dieses Neue besteht in der Herausbildung einer im negativen Sinn einheitlichen Nationalsprache, die in den Betrieben, den großen Industrien und den Medien geboren wird. Im Rückblick erscheint somit der Neo-Realismus als eine Epoche des Übergangs, die jedoch noch so viel künstlerische Kraft

besitzt, daß sie die Elemente einer neuen Epoche bereithält. In der Ausschau sieht Pasolini Dantes »Göttliche Komödie« — freilich auf anderer historischer Stufe — als Vorbild eines in utopischer Ferne geahnten Universalkunstwerks einer unentfremdeten Gesellschaft. So wird Dante zur konkreten Utopie eines Dichters, der sich im Kunstwerk umfassend in der Darstellung der Realität einbringt. Erhard Kölsch (Bremen)

Kunst- und Kulturwissenschaften

Schivelbusch, Wolfgang: Das Paradies, der Geschmack und die Vernunft. Eine Geschichte der Genußmittel. Hanser Verlag, München-Wien 1980 (247 S., Ln., 39,80).

Der durch seine preisgekrönte »Geschichte der Eisenbahnreise« (1977), die der Veränderung der Raum- und Zeitwahrnehmung im Zuge der Industrialisierung des Reisens nachspürte, bekanntgewordene Autor hat in seinem neuen, mit leichter Hand geschriebenen und reich illustrierten Buch Ansätze zu einer historischen Anthropologie der Genußmittel vorgelegt. Beschränkt wird der Gegenstand, abgesehen von einem mehr einleitenden Kapitel über die Gewürze, vor allem auf jene erregenden und betäubenden Genußmittel wie Kaffee, Tee, Tabak, Branntwein und Opium, welche der Altmeister Louis Lewin in seinem klassischen Werk »Phantastica« (1924) genannt hat. Ausgespart bleiben dabei zumeist solche Aspekte des Strukturwandels der Volksernährung, wie sie etwa Fernand Braudel in seiner ausgezeichneten Längsschnittuntersuchung »Capitalism and Material Life 1400-1800« (engl. 1967) in globaler Weise umrisst hat, und damit ein alltäglicher Horizont, vor dessen Hintergrund sich eigentlich erst abzeichnet, was man die Elitenzirkulation unter den Luxuskonsumtionsmitteln nennen könnte. Ohne die grundlegende soziologische Rückbindung an eine Geschichte des Alltagslebens geraten deshalb Schivelbuschs Erklärungsversuche um so spekulativer, je zeitlich weiter solche bemerkenswerten Geschmacksrevolutionen zurückliegen. Er weist z. B. ernährungsphysiologische Erklärungsversuche für den bekannten unmäßigen Gewürzhunger des europäischen Mittelalters als zu trivial zurück und wagt eine mehr symbolische Deutung des Mentalitätenprofils der Zeit und ihrer Paradies-Assoziationen bei orientalischen Gewürzen. Bei aller Relevanz solcher Imaginationenwerte und phantastischen Gegenstandsbedeutungen sowie der auch für den Gewürzkonsum geltenden Rolle der »conspicuous consumption« (Veblen), muß doch gleichwohl auf das soziologische Gewicht hingewiesen werden, das volkstümlichen Konservierungstechniken (z. B. dem Einsalzen von Pökelfleisch und Stockfisch) zukommt, die gerade den Geschmack von, im Sinne Norbert Elias' weitgehend unzivilisierten, Oberschichten noch erheblich prägen. Durch Salz haltbar gemachte Nahrungsmittel, deren Anteil ja erst durch die neuen Kühltechniken geschrumpft ist (trotzdem ist gerade in Deutschland die proletarische Küche vergleichsweise noch stark salzhaltig!), müssen stets sorgfältig entsalzt, d. h. gewässert werden — verständlich, daß bei der Zubereitung von so ausgelegtem Material Gewürze eine erhebliche Rolle spielen müssen. Schivelbusch weist jedoch richtig darauf hin, daß die Gewürze, die den Reichtum der »Pfeffersäcke« ausmachten, nach der Entdeckung des Seewegs nach Indien durch die eben dadurch bewirkte unaufhaltsame Verbilligung zunehmend ihre hierarchische Stellung unter den Genußmitteln verloren haben. »Der Kaffee, der Tee, die Schokolade, der Zucker, kurz die sogenannten Kolonialwaren (...) übetnehmen ökonomisch und kulturell die Rolle, die bis dahin die Gewürze spielten.« (24) (Den bedeutsamen Wandlungen des Zuckerverbrauchs geht er jedoch leider nicht nach.) Schivelbusch differenziert sinnfällig am Bildmaterial die klassenspezifische Ausprägung des Kaffeekonsums: Der Adel zelebrierte mehr die äußere Form und den Dekor des Genusses, das

Bürgertum hingegen begeisterte sich an der, zumal gegenüber dem Alkohol, durch den Kaffee beförderten Ernüchterung, wobei sich bei Kaffee wie auch bei Tee die Genußseite von der Nahrungsfunktion emanzipiere (im Gegensatz beispielsweise zum Bier!). Eine »neue Mäßigkeitsauffassung« (40) kennzeichnet im 16. Jh. den neuen Geist des aufsteigenden Kapitalismus und macht den Kaffee mit seinen ihm zugeschriebenen Intensivierungsleistungen zum eigentlichen bürgerlichen, gleichsam »rationalistischen« Getränk. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen über die Beziehung der zeitgenössischen Beurteilung des Kaffees mit der alten humoralpathologischen Temperamentenlehre, wonach der Kaffee den Schleim im Körper austrockne und somit dem Phlegma seine humorale Basis entziehe. »Der Kaffee wirkt in diesem Sinne als der große Trockenleger an der Schwelle der Moderne.« (59) Aufschlußreich ist auch der Abriss der Geschichte der Kaffeehauskultur, die nicht nur die weltgrößte Versicherungsbörse, Lloyd's in London, hervorgebracht hat, sondern z.B. auch von maßgeblichem Einfluß auf die Formierung der Gesprächsprosa und der bürgerlichen Romanform war. Nebenbei: So sehr es für das 18. Jh. zutreffen mag, Deutschland eine »blühende Kaffeehausliteratur« (68) rundheraus abzusprechen, so unterschätzt bleibt doch damit die Rolle von Cafés wie Josty, Kranzler und dem »Größenwahn« genannten Café des Westens in der Berliner Kulturszene der Jahrhundertwende, die z.B. eine Existenz wie Peter Hille hervorgebracht hat. Man vermißt in diesem Kapitel befremdlicherweise auch einen Hinweis auf die Rolle der »politischen Kaffeehäuser« in der französischen Revolution, wie sie der sozialdemokratische Publizist Heinrich Cunow einmal in einer kulturhistorischen Miniatur (1925) beschrieben hat.

Überzogen, wenn auch nicht substanzlos, mutet Schivelbuschs allgemeines Gesetz der Entwicklung von Innovationen an, die — wie das Kaffeehaus zum Kaffeekränzchen — von einer heroischen Phase der Öffentlichkeit zu einer konformistisch-privaten herabsanken. Dieses, wohl Habermas abgelaschte, Gesetz, glaubt er auch bei der Entwicklung der Kommunikationsmittel, etwa von der Eisenbahn zum Privatwagen zu erkennen. Auch die Bildauswahl, die er zum Beleg seiner These einer spezifisch deutschen Biedermeierlichkeit am Beispiel von deutschen und französischen Kaffeehausinterieurs trifft, wäre unschwer durch Gegenbeispiele aus seinen eigenen Quellen, etwa der kenntnisreichen Kulturgeschichte des Gegenstandes von Wolfgang Jünger, zu ergänzen. Vielleicht hängt dies jedoch aber auch mit den Grenzen einer subjektiven Darstellungsweise zusammen, deren sporadischer Glanz zumeist nicht das Elend aufwiegt, in welches die Kulturgeschichtsschreibung als Genre unverdienterweise gefallen ist. Schlechte Subjektivität in einem doch nicht schlechten Buch: Offenbar als allzu dünn und durchsichtig wird der Tee auf knapp drei Textseiten abgehandelt! Dem Abschnitt über die schließlich auch substantiellere Schokolade, »Getränk der europäischen Aristokratie« (99), ist dann auch soziologisch mehr zu entnehmen.

Ein Viertel des Buches ist der »trockenen Trunkenheit« des Tabaks und der Evolution des Rauchens samt seiner Utensilien vorbehalten. Dabei ergibt sich u. a., daß der Zigarre gegenüber der Pfeife einst genau die Attribute zugesprochen wurden, die schließlich an die Zigarette übergegangen sind: Leichtigkeit, Eleganz und Geschwindigkeit. Über die Trockenheit des Tabaks stellt Schivelbusch eine »unterirdische Verbindung« (109) zum Kaffee her: Beiden wurde eine anti-phlegmatische und enterotisierende / vergeistigende Wirkung zugeschrieben. Darüber hinaus stehen sie in einem reziproken Ergänzungsverhältnis: Kaffee regt an, Tabak hingegen beruhigt. Dem vom Autor konstatierten kulturellen Beschleunigungsprinzip, dem auf diesem Gebiet vor allem die im 18. Jh. überaus differenzierte gestische Kultur des Schnupfens zum Opfer gefallen ist, wird auch die Ablösung des gegorenen Bieres als Berausungsmittel durch destillierten Brantwein (164f.) zugeschrieben. Verfolgenswerte Ansätze zu einer interaktionistischen Soziologie des Konsumverhaltens und seiner örtlichen und zeitlichen Einbin-

dung liefert Schivelbusch in seinen den Ritualen und den Lokalitäten des Trinkens und Rauchens gewidmeten Kapiteln.

Die Opiumabschnitte hingegen bringen nichts eigentlich Neues; hervorhebenswert vielleicht der Hinweis auf die Verbreitung von Laudanum beim englischen Proletariat des 19. Jh., das zeitweilig mehr noch als die Religion das (mit Alkohol gestreckte) Opium des Volkes darstellte, und die profitable Opiatisierung Chinas durch die East-India-Comp., gewissermaßen im Zwangstausch gegen Tee für England. Daß die politische Rolle der Rauschdrogen keineswegs bloße Vergangenheit ist, wie der Autor anzunehmen scheint, zeigen die Hintergründe des neuesten Militärputsches in Bolivien, die auf einen maßgeblichen Einfluß der Kokainmafia deuten. Angesichts solcher Konstellationen nicht nur in Südamerika und den vielen kleinen Herointragödien vor unserer Haustür, verstimmt ein wenig die Naivität, mit der Schivelbusch den geschichtsphilosophischen Bogen seines gut geschriebenen Buches vielleicht doch überspannt: mit einer waghalsigen Analogie der »Rückzugsgefechte mittelalterlicher Weltanschauung« gegen Kaffee und Tee mit dem heutigen Verbot der Rauschdrogen als »Rückzugsgefechte(n) bürgerlicher Rationalität und Selbstdisziplin« (238).

Martin Blankenburg (Berlin/West)

Scherhorn, Gerhard (Hrsg.): *Verbrauchererziehung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bestandsaufnahme.* Burg-Verlag, Baltmannsweiler 1979 (387 S., br., 24,— DM).

Der Herausgeber scheint nicht zu bemerken, daß sich vor der Figur des »Verbrauchers« zunächst die des Käufers bewegt, und daß der Käufer in Wirklichkeit zunächst Verkäufer seiner eignen Arbeitskraft und anschließend Produzent oder Verteiler von Gebrauchswerten (sei es in Form von Gütern oder von Dienstleistungen) sein mußte. Scherhorn und seine Autoren stellen stattdessen dem »Verbraucher« den »Anbieter/Produzenten« gegenüber. Sie beseitigen also, möglicherweise unbewußt, aus dem Begriff der Gegengestalt die in Wirklichkeit dominierenden Bestimmungen der Kapitalverwertung. Kurz, die gesamte Bestandsaufnahme bleibt tief in der Ideologie stecken. Dennoch ist sie nützlich, weil sie Informationen zusammenstellt, die sonst in dieser kompakten Form nicht ohne weiteres greifbar wären. Folgende Materialgruppen werden (unvollständig) dargestellt: »Verbrauchererziehung« in Schulfunk- und -fernsehen; in Gestalt von Filmen für den Schulgebrauch; in Zusammenarbeit der Schulen mit anderen staatlichen und privaten Instanzen; in der Lehrerbildung; in der Lehrerfortbildung; in der Erwachsenenbildung; in Funk und Fernsehen; in Lehrplänen; in Schulbüchern. Den Abschluß bildet eine Bibliographie.

Scherhorn definiert »Verbrauchererziehung« in der Einführung als »zielgerichtete Beeinflussung des Verbraucherverhaltens durch Familie, Schule, Erwachsenenbildung und Massenmedien, die von dem Bestreben geleitet ist, Verbraucher im Erkennen und Verfolgen ihrer eigenen Interessen zu stärken« (3). Ziel insbesondere der Schule sei es dabei, Heranwachsende als Mündige in die »Konsumwelt« entlassen zu können (ebd.). Dieser Bestimmung widerspricht ein Großteil des aufgenommenen Bestands. Denn es zeigt sich, daß es nicht zuletzt die Großkonzerne und die Verbände der Unternehmer sind, die mit gewaltigem Aufwand Material, Personal und Einrichtungen in den Dienst der Beeinflussung von Lehrern und Schülern stellen. BASF und Oetker, Thyssen und Coca-Cola, Esso, Shell, BP, SEL, IBM, Braun sowie Hoechst werden besonders genannt. Dazu kommen u. a. die »Juniorenkreise der deutschen Wirtschaft«, die »Wirtschaftsakademie für Lehrer«, das »Bildungswerk der bayrischen Wirtschaft«, die »Bundesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft«, der Bundesverband deutscher Banken, die Bundesverbände Junger Unternehmer und der Pharmazeutischen Industrie, die Deutsche Bank, das Institut der deutschen Wirtschaft, der Verband der chemischen Industrie,

der Zentralausschuß der Werbewirtschaft u.a.m. Sie alle bieten Filme, Diaserien, Drucksachen und Lehrgänge oder »Medienkoffer« an. Hinzu kommt: »Die Schulbetreuungsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen dürften nach Einschätzung des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn 'nur zu einem Bruchteil der Öffentlichkeit bekannt werden ...'« (62, zit. Mertes, H.H., Nachhilfe für Schüler u. Lehrer. In: Manager-Magazin, 8/1976, 50-55). — Annemarie L. Hoffmann, die das betreffende Kapitel bearbeitet hat, stellt den »parteilichen« Charakter dieser Indoktrinationsflut fest (63) und fordert daher, »zunächst 'wertfreies' Material zu erarbeiten« (64). Die Bestandsaufnahme zeigt, daß die öffentlich-rechtlichen Versuche ebenso halbherzig wie lückenhaft sind. Einzig an den Hochschulen sehen die Verfasser Ansätze für eine »neutrale« »Verbrauchererziehung« in ihrem Sinn. Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

Soziologie

Herkommer, Sebastian, und Heinz Bierbaum: *Industriesoziologie*. Bestandsaufnahme, Kritik, Weiterentwicklung. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1979 (VI u. 221 S., br., 19,80 DM).

Herkommer / Bierbaum verbinden mit ihrem Buch »Industriesoziologie« drei Zielsetzungen: sie wollen zum einen »Studenten an Hochschulen und Fachschulen« in die Industriesoziologie einführen, zum zweiten »interessierte Industriearbeiter und Gewerkschafter« zur Beschäftigung mit industriesoziologischen Ergebnissen anregen und zum dritten einen Beitrag zur Diskussion unter »Fachkollegen« leisten (III).

Im ersten Teil »Industriesoziologie als Kritik« (1) entwickeln Herkommer / Bierbaum ihre Konzeption einer »Industriesoziologie als Kritik der kapitalistischen Produktionsweise« (25), nachdem sie zuvor auf einige Positionen der Industriesoziologie in der BRD kritisch eingegangen sind und die für sie zentralen Gegenstände der Disziplin umrissen haben. Ihr theoretischer Ausgangspunkt ist die Marxsche Theorie, wobei sie insbesondere der »Analyse des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit« (26) einen zentralen Stellenwert für industriesoziologische Untersuchungen beimessen. Sie sind der Auffassung, daß auch in den bislang vorliegenden Entwürfen der Industriesoziologie als »kritische Wissenschaft« (29) »auf die Marxsche Theorie nur bruchstückhaft zurückgegriffen und deren innerer Zusammenhang — bestenfalls — einfach unterstellt wurde« (29), und legen deshalb im zweiten Teil des Buches »Allgemeine Bestimmungen der gesellschaftlichen Produktion im Kapitalismus« (29) eine eigene »Interpretation der Marxschen Theorie« (29) vor. Hinsichtlich Ansatz und Durchführung dieser besonderen Marx-Rezeption verweisen die Verfasser auf die Arbeiten von J. Bischoff und des Berliner Projekts Klassenanalyse. Auf etwa 30 Seiten unternehmen die Autoren den Versuch, »die wichtigsten Bestimmungen der im 'Kapital' dargestellten Theorie von Marx zusammenzufassen, soweit sie für die Analyse der in der Industriesoziologie abgehandelten Gegenstände und Probleme notwendig sind« (28). Da ihrer Meinung nach das »Wissen über die marxistische Gesellschaftstheorie ... von eklatanter Oberflächlichkeit« ist, halten sie insbesondere eine »begriffliche Klärung« für notwendig, wobei es »unabdingbar« sei, die »Schrittfolge«, welche Marx selbst in seiner Darstellung gewählt habe, einzuhalten (28). Im dritten Teil »Der Industriebetrieb als Unternehmung« steht die besondere »ökonomische Form der gesellschaftlichen Arbeit« im kapitalistischen Industriebetrieb im Mittelpunkt der Untersuchung (59). In Abgrenzung zu anderen Positionen in der westdeutschen Industriesoziologie legen sie ihr eigenes Verständnis von der ökonomischen Formbestimmung der Arbeit im Kapitalismus dar. Daran anschließend gehen sie kurz auf Probleme der Planung, Kontrolle und Leitung im Unternehmen sowie auf Fragen der Organisation und der Sozialstruktur des Betriebs ein. Der vierte Teil

»Technologie, Arbeitsorganisation, Arbeit« beschäftigt sich insbesondere mit den Konsequenzen, welche die dem »Verwertungszwang« (91) subsumierte Technik und Arbeitsorganisation auf die Bedingungen der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft hat. Herkommer/Bierbaum nehmen hier eine kurze Bestimmung der wesentlichen Triebkräfte und Durchsetzungsformen industrieller Produktivkraftentwicklung vor, wobei sie auf die zuvor im Abriß dargestellten Kategorien der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie zurückgreifen. Außerdem setzen sie sich in diesem Abschnitt mit verschiedenen Ansätzen und einer Reihe von Ergebnissen industriesoziologischer Untersuchungen zum Verhältnis von technisch-organisatorischen Veränderungen im industriellen Produktionsprozeß und gewandelten Qualifikationsanforderungen auseinander und gehen auch kurz auf ausgewählte Aspekte industrieller Arbeitsbedingungen und ihrer Konsequenzen für die Arbeitenden ein. Der fünfte Teil »Lohn, Leistung, Leistungslohn« (131), der im Buch den größten Raum einnimmt, verfolgt die Absicht, den Lohn in seiner zentralen Bedeutung für den »vermittelten Charakter« der »Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft« herauszuarbeiten (188). Der sechste und letzte Teil »Bewußtsein als Gegenstand der Industriesoziologie« (189) ist demgegenüber recht knapp gehalten und befaßt sich zunächst mit einer Erörterung des Zusammenhangs von sozialer »Stellung, Arbeitsprozeß und Bewußtsein als Vermittlungszusammenhang« (195); daran anschließend sichten die Verfasser einige neuere Untersuchungen zum Arbeiterbewußtsein in der BRD.

Gegenüber den meisten anderen Einführungen in die Industriesoziologie zeichnet diesen Band aus, daß seine Autoren von einer klaren wissenschaftlichen Position aus eine fundierte Kritik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, insbesondere ihrer Konsequenzen für die Stellung, Funktion und Lage der abhängig Arbeitenden im industriellen Produktionsprozeß entfalten. Jeder, der an der Weiterentwicklung einer historisch-materialistischen, sozialökonomisch fundierten Industriesoziologie in unserem Land interessiert ist, wird dieses Buch als einen wichtigen Beitrag hierzu begrüßen müssen. Von einer eigenen Interpretation der Marxschen Theorie aus, die sie von anderen marxistischen Positionen verschiedentlich prononciert abgrenzen, haben Herkommer und Bierbaum zu ausgewählten Schwerpunkten der Industriesoziologie eine Vielzahl bislang vorliegender Arbeiten in wichtigen Aspekten kritisiert, korrigiert und teils weiterführend ergänzt. Wenn auch ihre Überlegungen nur selten (wie z. B. in der Frage der Humanisierung; 126ff.) bis zur Entfaltung von Ansätzen für konkrete Gestaltungsmaßnahmen fortgeführt werden, bleibt doch unzweifelhaft, daß ihre wissenschaftliche Position auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Arbeitenden abhebt.

Allerdings sind in dem Buch auch eine Reihe von Kritikpunkten festzustellen, deren Aufweis den Verfassern nicht das Verdienst schmälern soll, den Anlauf zu einer eigenen Einführung in die Industriesoziologie unternommen zu haben. Die folgenden kritischen Einwände verstehen sich als Beitrag zu einer Diskussion, von deren »Nutzen« angesichts des gegenwärtigen Entwicklungsstandes der Disziplin auch Herkommer/Bierbaum überzeugt sind (25/26).

Der erste Einwand betrifft die Gliederung und den Aufbau des Bandes. Aus der Aufeinanderfolge der einzelnen Teile geht keine erkennbare Systematik hervor; der Zusammenhang der einzelnen Abschnitte scheint äußerlich, beinahe zufällig zu sein. Die Ursache dafür ist wohl in dem Sachverhalt begründet, daß die Verfasser nicht nur auf eine »Definition von Industriesoziologie« (1) verzichten, sondern es auch unterlassen, eine systematische Entfaltung des Gegenstandes und der Methoden der Disziplin vorzunehmen. Sie erwarten statt dessen von der Aufzählung einer Reihe von Gegenständen aus der »aktuellen Forschung« (1) gewissermaßen im didaktischen Selbstlauf eine Veranschaulichung jener Themen, die sich »heute der Industriesoziologie unter dem

Eindruck der Krise unserer Gesellschaft selbst aufdrängen« sollen (2). Auch wenn man nicht die strengen Maßstäbe hinsichtlich Systematik und Ableitung wissenschaftlicher Erörterungen anlegt, die Herkommer / Bierbaum selbst nicht nur für die Interpretation der Marxschen Theorie reklamieren und deren Nichtbeachten sie bei anderen Fachkollegen so scharf kritisieren, darf man wohl festhalten, daß ein solches Vorgehen unbefriedigend bleiben muß.

Auch wenn man berücksichtigt, daß natürlich von keinem Buch schlechthin Vollständigkeit erwartet werden kann, fallen doch in der Arbeit von Herkommer / Bierbaum gravierende thematische Lücken auf, die man einer im Klappentext als »umfassend« apostrophierten Einführung in die Industriesoziologie ungern nachsieht. So findet sich in dem ganzen Band, sieht man von verstreuten Anmerkungen ab, beispielsweise keine Erörterung zu Fragen des Arbeitsmarkts, auch keine Darstellung von Problemen des Arbeitsrechts und auch keine Untersuchung der organisierten Beziehungen zwischen den Repräsentanten von Kapital und Arbeit.

Ein anderer Einwand bezieht sich auf die quantitative wie qualitative Ungleichgewichtigkeit der verschiedenen Abschnitte, die in der Regel weder von ihrer Bedeutung her abgeleitet, noch vom Gegenstand her begründet erscheinen. Neben recht umfangreichen Teilen, die sich, wie z.B. das Kapitel über den Lohn, einem bestimmten wichtigen Aspekt industriesoziologischer Forschung widmen und die einer klaren Argumentation folgen, finden sich andere Abschnitte, die eher kompilatorisch einzelne Aspekte eines Gegenstandsbereichs darstellen, wie dies z.B. in dem Teil über die Arbeitsbedingungen der Fall ist. Enttäuschen muß aber auch der Teil über das Arbeiterbewußtsein, von dem man sich, kennt man andere Arbeiten der Autoren zu diesem Thema, wohl mehr versprechen durfte. Auch wenn man die Auffassung der Verfasser von der Interpretation der Marxschen Theorie nicht gänzlich teilt und zudem dafürhält, daß nicht ein jedes Buch mit einer »Ableitung« der Kategorien der politischen Ökonomie beginnen muß, wird man den zweiten Teil des Bandes, in dem sehr knapp die für die Analyse industrieller Produktion zentralen Kategorien der Marxschen Theorie resümiert werden, sicherlich zu den Stärken des Buches rechnen dürfen. Der mit den Marxschen Schriften einigermaßen vertraute Leser wird diese 30 Seiten mit Genuß und Gewinn zur Kenntnis nehmen. Aber es darf getrost bezweifelt werden, ob damit zum einen die Lücke in der theoretischen Rezeption der politischen Ökonomie, welche die Autoren beklagen, geschlossen wird und, wichtiger noch, ob mit diesem Abriss zum anderen für »Studenten an Hoch- und Fachschulen« sowie für »Industriearbeiter und Gewerkschafter« (III) tatsächlich ein sinnvoller Beitrag zur Einführung in die Industriesoziologie geleistet wird, wie die Verfasser beanspruchen. Bei aller Stringenz und Brillanz dieses Abschnitts ist angesichts seines Abstraktionsgrades zu befürchten, daß jene, die ihn verstehen, ihn nicht brauchen und die, die ihn brauchen, ihn nicht verstehen.

Den konventionellen Einführungen in die Industriesoziologie nicht unähnlich, orientiert sich die Darstellung von Herkommer / Bierbaum eher an Positionen der Disziplin und der industriesoziologischen Ideengeschichte, als am Gegenstand selbst, dem industriellen Produktionsprozeß in seinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und seinen sozialen Konsequenzen. Durch die Konzentration auf eine kritische Revue industriesoziologischer Positionen und Forschungsergebnisse kommen Ansätze zu erkennbar handlungsrelevanten Gestaltungsmaßnahmen der Arbeits- und Lebensverhältnisse abhängig Arbeitender, wiewohl Intention der Verfasser, beinahe zwangsläufig zu kurz. Ihr Verständnis einer »Industriesoziologie als Kritik der kapitalistischen Produktionsweise« (25) wird dadurch nicht »praktisch« im Sinne der Marxschen Idealismuskritik, so daß ihre Kritik der bestehenden Verhältnisse kaum irgendwo einen Ansatz zu einer konkreten positiven Aufhebung erkennen läßt.

Ein letzter Einwand schließlich bezieht sich auf die Einschätzung der »Frontbildun-

gen« (6) innerhalb der Industriesoziologie, welche implizit in dem Band von Herkomer/Bierbaum aufscheint. Offensichtlich haben die Verfasser hinter ihrer bisweilen scharfen Kritik auch an anderen kritischen Positionen der Industriesoziologie den Umstand übersehen, daß immer noch historisch-materialistische Ansätze in dieser Disziplin einen weit geringeren Anteil ausmachen, als dies die spärliche Rezeption der nach wie vor vorherrschenden Richtungen in ihren verschiedenen Variationen in dem Buch vermuten lassen könnte. An diese herkömmlichen Frontbildungen wird man allerdings durch die Rezension von H. Stirn nachdrücklich erinnert, der über das Buch in der Zeitschrift für Arbeitswissenschaft (Heft 2/1980, 128) schlichtweg schreibt: »Die Kritik, die die offensichtlich veraltete Mehrwertlehre sich gefallen lassen muß, trifft auch dieses Buch. Es gibt Theorien, die die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit besser in den Griff bekommen. Es würde ja ans Wunderbare grenzen, wenn eine sozialwissenschaftliche Theorie aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts heute noch Bestand hätte.«

Alfred Oppolzer (Kassel)

Heinsohn, Gunnar, Rolf Knieper und Otto Steiger: Menschenproduktion.

Allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979 (257 S., br., 11,— DM).

Die 1977 in der DDR erschienene »Marxistisch-Leninistische Bevölkerungslehre« von Khalatbari orientiert sich ähnlich wie historische Demographen bürgerlicher Staaten am Dogma des natürlichen Kinderwunsches: »Gesellschaftliche Motive können weder den natürlichen Instinkt der Arterhaltung unterdrücken, noch den Menschen das Elternnglück ersetzen.« (189) Derartigen Anschauungen setzen die drei Bremer Hochschullehrer eine These entgegen, die den Weg zu einer Erklärung des in allen Industriestaaten zu beobachtenden Geburtenrückgangs freimachen soll: »Es gibt keine natürliche Vermehrung des Menschen.« (12)

Mit der Verallgemeinerung der Lohnarbeit in der Neuzeit schwindet das ökonomische Motiv für den Wunsch nach eigenen Kindern. Spätestens mit dem Verbot der Kinderarbeit in der Mitte des 19. Jahrhunderts und der Schaffung kollektiver Altersversorgungssysteme steht Kinderaufzucht im Gegensatz zu den ökonomischen Interessen lohnabhängiger Eltern. Die deutlichste Folge sind spätestens dann sinkende Geburtenraten, wenn die Lohnarbeiter sich ein Verhütungswissen erkämpft haben. Die Austilgung dieses Verhütungswissens mittels staatlichen und kirchlichen Terrors am Beginn der Neuzeit, dem zwischen hunderttausend und 30 Millionen mit der Kunst der Abtreibung und Empfängnisverhütung vertrauter Frauen, sog. Hexen, zum Opfer fielen (54), war die erste große Kampagne zur Steigerung der Menschenproduktion im Interesse der neuen expansiven Produktionsform und im Gegensatz zum Interesse der Produzenten. Das »Polizey«-Wesen des bürgerlichen Staates wurde vom 15. Jahrhundert an wesentliches Instrument zur Förderung der Menschenproduktion, was vor allem heißt: terroristische Bekämpfung von Abtreibung, Empfängnisverhütung und aller Formen außerehelicher, nicht zur Fortpflanzung führender Sexualität (61).

Diese Bevölkerungspolitik führte zu einem explosionsartigen Bevölkerungswachstum, einer wesentlichen Randbedingung für die von Europa ausgehende imperialistische Eroberung des Erdballs. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts jedoch beginnt erst in Frankreich, dann in allen Industrieländern die Geburtenrate zu sinken, was zunächst noch nicht das absolute Bevölkerungswachstum hindert. Gegen herrschende Ideologie und »Polizey«-Zwang setzt sich das ökonomische Interesse des modernen Lohnarbeiters an Kinder- und Familienlosigkeit durch, was zur Ausbildung einer mehr oder weniger effektiven Sozialpolitik von seiten der bürgerlichen, später auch der sozialistischen Staaten führt. »Finanzielle Prämien auf das Gebären werden in der Neuzeit zuerst in Frankreich (seit 1918) in Gestalt der Familienausgleichskassen verwirklicht«

(182). Aber gerade das Beispiel Frankreich zeigt, daß nicht die Einkommenshöhe, sondern die Einkommensquelle über die Entstehung des Interesses an Familie und Kindern entscheidet. Nach kurzfristig steigenden Geburtenraten setzte sich der alte Trend wieder durch. »Obwohl Geldzuwendungen als Freisetzung des 'natürlichen Kinderwunsches' von allen besonderen materiellen Belastungen deklariert werden, nehmen die Betroffenen sie bestenfalls als alternative Einkommensquelle wahr. Ein Indiz dafür ist, daß überwiegend solche Frauen sich von dem Angebot verlocken lassen, deren sonstige Erwerbsarbeit monoton, gesellschaftlich verachtet ist und ohne Qualifikationsverlust jederzeit wieder aufgenommen werden kann. Die deutlichsten Daten dazu liegen bisher für die ungarische Volksrepublik vor.« (182)

In der marxistischen Diskussion tragen Heinsohn, Knieper und Steiger mit ihrer schlüssigen Interpretation der neuzeitlichen Bevölkerungsentwicklung zur Überwindung naturrechtlicher Auffassungen von der Ehe- und Familienhaftigkeit des Menschen bei. Deren Spuren verfolgen sie von Marx, der vom »natürlichen Zuwachs der Bevölkerung« spricht (121; vgl. MEW 23, 664), über den Kampf Lenins, Zetkinds und Luxemburgs gegen den Neomalthusianismus (167ff.) bis zur Familien- und Sexualpolitik der Sowjetunion seit den 30er Jahren. Als praktisches und brennendes Problem erweist sich nicht so sehr die wahnsinnige Angst vor dem Aussterben der Gattung oder dem Nichterreichen eines völlig fiktiv gesetzten »Bevölkerungsoptimums« (115), als vielmehr die Kindervernachlässigung: »Wo immer die Menschenproduktion gewaltsam erzwungen oder aufgrund finanzieller Prämien angeregt wird, scheitert die Herstellung eines sozialisationswirksamen Bandes zwischen den Generationen. Dauerhaft existentielle Solidarität kann so nicht zustande kommen. Erst die wirkliche gegenseitige Zuständigkeit nötigt die Erwachsenen zu sorgsamem Umgang mit den Kindern, verleiht den 'Kleinen' eine angstvermindernde Machtposition gegenüber den 'Großen'.« (183f.)

Das letzte Kapitel des Buches trägt die Überschrift: »Wie der Glaube an den 'natürlichen Heirats- und Fortpflanzungswunsch' zur Fallgrube der Analyse wird oder: Das familistische Scheitern der Wissenschaft vom Geburtenrückgang« (185ff.). Es enthält eine Kritik der Bevölkerungstheorien dieses Jahrhunderts von Kautsky, P. Mombert und L. Brentano bis zu Theoretikern der sog. Chicago-Schule. Abschließend wird ein mathematisch formalisierter Versuch unternommen, »wie die alternative ökonomische Erklärung des Geburtenrückgangs darzustellen ist« (231ff.).

Manfred Herzer (Berlin/West)

Schindele, Eva: Mieter stören. Alltag und Widerstand in einem Berliner Sanierungsgebiet. Rotbuch-Verlag, Berlin 1980 (207 S., br., 12,— DM).

Der hier geschilderte »Sanierungsfall« Klausener Platz in West-Berlin stellt im Vergleich zu anderen Sanierungsgebieten ein eher positives Beispiel dar. Davon sollre der Leser Kenntnis haben, um adäquat die gegenwärtige Sanierungspolitik beurteilen zu können. Im Unterschied zur gängigen Fachliteratur, die kühl städtebauliche Aspekte in den Vordergrund stellt, werden in diesem Buch die sozialen Probleme bei der Sanierung beront. Anschaulich wird die Bedeutung sichtbar, die Wohnung, Haus, Nachbarschaft und Stadtreil für den Menschen hat. Sie sind mit ihnen gewachsen und haben sie geprägt. Dies wird nun alles durch Sanierung zerstört. Mit ausführlichen Interviews vermittelt das Buch konkrete Lebens- und insbesondere Wohnrealität in einem Berliner Kiez, der zum Sanierungsgebiet erklärt worden ist. Die Autorin steckt mitten im Sanierungsgeschehen drin, einmal als »Sozialplanbefragerin« — angestellt beim zuständigen Sanierungsträger der Neuen Heimat, in deren Auftrag sie Sozialdaten sammelte —, zum anderen als Betroffene, die im Gebiet wohnt und sich gegen die Sanierungspraxis von Senat und Sanierungsträger wehrt. Dieser offensichtliche Konflikt löst sich bald.

Sie wird von der Neuen Heimat entlassen. — Besonders eindrucksvoll sind die Gespräche mit alten Leuten vor und nach ihrer »Umsetzung«. Für viele bedeutet die Umsetzung den Verlust ihrer manchmal einzigen sozialen Kontakte. Die Methoden der Neuen Heimat, um den Mietern im Sanierungsgebiet die Neubauwohnungen schmackhaft zu machen, erinnern an billige Reklame. Glanzbroschüren und Kaffeefahrten in Panoramabussen zu Neubausiedlungen werben für die Umsetzung. Mieter, die sich konkrete Informationen erhofft hatten, gehen leer aus. So kommt die Autorin zu einer sehr kritischen Beurteilung der Sanierung: »Die Sanierung hat vor allem einen Zweck. Sie ist ein Geschäft für Wohnungsbaugesellschaften und Bauwirtschaft. Ein Geschäft mit staatlicher Unterstützung und auf Kosten der Mieter. Es geht um die bessere Verwertbarkeit von städtischem Grund und Boden und / oder 'Altbaumasse'. Egal, ob in Berlin am Klausener Platz oder im Wedding, egal, ob in Frankfurt, München, Bremen oder Hamburg, egal, ob durch 'Neue Heimat', 'Degewo' oder andere Wohnungsbaukonzerne. Sanierung unter kapitalistischen Bedingungen hat keine Achtung vor geschichtlich-räumlicher Identität, greift ein, zerstört, was gewachsen ist.« (4)

Ausführlich werden Formen des Widerstandes im Sanierungsgebiet Klausener Platz beschrieben. Probleme innerhalb der dort ansässigen Mieterinitiative verweisen auf allgemeine Probleme basisorientierter Betroffenenpolitik, wenn z.B. eine in der Politik versierte Gruppe von Jungsozialisten sich in der Mieterinitiative engagiert und dort so gleich den Ton angibt, oder wenn die besonders hart betroffenen Schichten in der Mieterinitiative gar nicht vertreten sind. Als Reaktion auf den Widerstand im Kiez richtete die Neue Heimat den Mieterbeirat ein. Dazu ein Mitarbeiter der Neuen Heimat: »Mieterinitiativen oder Bürgerinitiativen führen oft zu Verzettelungen wegen der politischen Strömungen. Im Mieterbeirat finden sich zwar oft die Aktiven dieser Gruppen wieder, aber man weiß dann, mit wem man es zu tun hat und hat den Wildwuchs unter Kontrolle.« (91)

Nach der Beschreibung der Sanierung und der Situation der Mieterinitiative, geht die Autorin im letzten Teil ihres Buches auf ihre Hausgemeinschaft im Kiez ein. Auch hier tritt wie in den anderen Kapiteln die persönliche Betroffenheit der Autorin stark in den Vordergrund. Sie erzählt ein Stück ihrer eigenen Geschichte, die eng mit diesem Berliner Viertel verknüpft ist. Trotz der Vernachlässigung von erklärender Gesellschaftstheorie und der damit verbundenen Reduktion auf die Erscheinungsebene gewinnt das Buch von Schindele auch in der wissenschaftlichen Diskussion zu Stadtforschung und Stadtplanung insofern Gewicht, als ein aus direkter Sachkenntnis resultierender und empirisch fundierter Bericht über ein Fallbeispiel bislang nicht vorlag.

Ulla Terlinden (Berlin/West)

Heuer, Hans, und Rudolf Schäfer: Stadtfucht. Instrumente zur Erhaltung der städtischen Wohnfunktion und zur Steuerung von Stadt-Umland-Wanderungen. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1978 (235 S., Abb., br., 32,— DM).

Das Buch besteht aus zwei Teilen: Im ersten Teil wird die bundesdeutsche Stadtfucht mit Zahlen belegt und versucht, ihre Hauptursachen zu nennen, im zweiten wird das städtebauliche Instrumentarium zur Gegensteuerung aufgeführt. Infolge der Expansion des Warenhandels- und Dienstleistungskapitals in der Kernstadt (city) und der daraus resultierenden Verschlechterung des Wohnumfeldes setzte Mitte der 60er Jahre eine Abwanderung »vorwiegend jüngerer, besser verdienender Bürger aus den innerstädtischen Wohnquartieren in das Umland der Städte« (7) ein. Der Umbau der Innenstädte wurde von den Kommunen gefördert — Ausweisung der Kernstadt als kommerzielles Zentrum / Wohnen im Grünen (Eigenheim) als städtebauliches und architektonisches Leitbild —, um die »Wirtschaftskraft« der Städte zu stärken. Der so entstandene Bevölkerungsverlust fast aller bundesdeutschen Großstädte konnte jedoch bis An-

fang der 70er Jahre durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer ausgeglichen werden; die Bevölkerungszahlen der meisten Großstädte wiesen sogar noch steigende Tendenz auf. Der Einwanderungsstopp infolge der Wirtschaftskrise, der Geburtenrückgang und die unvermindert anhaltende Abwanderung der deutschen Bevölkerung führten in den 70er Jahren dazu, daß fast alle Großstädte z.T. erhebliche Wanderungsverluste zu beklagen hatten. Vor allem ließen sich jetzt die Folgeerscheinungen der »Stadtfucht« nicht mehr übersehen: Verödung der Innenstädte, soziale Segregation, Zersiedlung der Landschaft, Reduktion der Stadt- auf Verkehrsplanung. Diese negativen Symptome des kapitalistischen Stadtbbaus sollen durch verschiedene Gegensteuerungsmaßnahmen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene behoben werden. »Über die Notwendigkeit von Gegensteuerungsmaßnahmen« herrsche bei den »betroffenen Politikern und Planern wohl weitgehend Einigkeit. Über die konkret zu ergreifenden Maßnahmen zur Bekämpfung der 'Stadtfucht' gehen die Meinungen indessen weit auseinander« (36). Da die Autoren der Meinung sind, daß sozioökonomische Prozesse durch politische Maßnahmen »entscheidend« beeinflußt werden können, sehen sie die Hauptgründe für die »Stadtfucht« in Steuerungsdefiziten »vor allem im politisch-administrativen System selbst« (37). Im zweiten Teil der Publikation wird ein systematischer Überblick über das juristische Instrumentarium für Gegensteuerungsmaßnahmen gegeben. Von Bund und Ländern werden als flankierende Maßnahmen die polyzentrische Stadtentwicklung (Bau von Entlastungszentren), ein Überdenken der Verkehrsplanung (Erschwerung des Individualverkehrs) sowie der Abbau der starken steuerlichen Förderung des Eigenheims gefordert.

In einer Schlußbetrachtung bezweifeln die Autoren die »Wirksamkeit des Steuerungspotentials« selbst (180), da die Bemühungen »um eine Verbesserung der städtischen Lebensqualität vor allem durch das geltende Bodenrecht« (181) in Frage gestellt werden. Darüber hinaus wäre zu fragen, wem überhaupt die Wiederherstellung der Wohnattraktivität der Großstädte zugute käme.

Wer statistische Fakten zur Stadtfucht sucht und eine systematische Übersicht über das juristische Instrumentarium erhalten will, kommt bei der Publikation auf seine Kosten; wer dagegen eine sozioökonomische Analyse erwartet und mit dem Appell an die Vernunft nicht zufrieden ist und statt dessen etwas über Durchsetzungsstrategien sowie über alternative städtebauliche und architektonische Leitbilder erfahren will, wird enttäuscht.

Joachim Petsch (Bonn)

Hach, Jürgen: Gesellschaft und Religion in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung in die Religionssoziologie.

Quelle & Meyer Verlag, Heidelberg 1980 (217 S., br., 18,80 DM).

Das Buch überzeugt in der *Beschreibung* des »religiösen Sektors unserer gegenwärtigen Gesellschaft«, die den Leser auf die »Begegnung« mit der Theorie vorbereiten soll (7, 37-180). Ergebnisse empirischer Forschung und historische Daten sind in drei Kapitel zu individueller, organisierter und gesellschaftlicher Religion aufgeteilt; in sie integriert sind kurze Theoriereferate. Nach einführenden Überlegungen über die Schwierigkeiten, die Soziologen mit dem Religionsbegriff haben (9-36), folgen sozialkundliche Informationen über Mitgliedschaft der westdeutschen Bevölkerung in religiösen Organisationen, Beteiligung an Riten und Verbreitung von Glaubensüberzeugungen (37-69), über die Vielfalt von Kirchen und religiösen Verbänden, Anstalten und Vereinigungen (81-130) und über den historischen Werdegang vom Zeitalter der Staatskirche bis zur Volks- und Freiwilligkeitskirche (135-146). Die Aktualität der Daten (Stand: 1978/79) macht diese Abschnitte brauchbar für Studium und Unterricht oder zum Nachschlagen (Namens- und Begriffsregister ist vorhanden). Weniger übersichtlich sind die zum Teil in den Text eingefügten, zu anderen Teilen an die Kapitel angehäng-

ten oder ans Ende des Buches gesetzten Literaturangaben.

Trotz des didaktisch guten Aufbaus macht das Buch dem Leser die Orientierung in der Fülle religionssoziologischer Theorie nicht leicht. Am besten gelingt das noch im Abschnitt »Säkularisierung / Kulturreligion« (165-179), in dem der Autor Diskussionen zusammenfaßt. Meist verschwimmen Zusammenhang und Gegensätzlichkeit von Theorien aber hinter einem Kaleidoskop von Meinungen und Deutungen. Z.B. hält der Autor *Lenskis* These von der Kausalbedeutung des »religiösen Faktors« für eine Ergänzung zu *Webers* Religionssoziologie (78); dabei zielt sie auf das Gegenteil von *Webers* *historischer* Theorie des Zusammenhangs von Religion und Kapitalismus, an deren Ende die (vom Autor nicht berücksichtigte) These von der Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Ordnung steht. Ein anderes Beispiel ist der Abschnitt über »sogenannte Jugendreligionen« (118-130). Er bietet viel Beschreibendes über exotisch anmutende Lebensgewohnheiten und einige Ansichten über Orientierungslosigkeit, Protest, Profit und neue Religiosität. Der Autor meint, unsere Gesellschaft sei »in der Sozialisation der nachwachsenden Generation möglicherweise weniger effektiv« (130). In den Bergen von Literatur zum Thema läßt sich zwar kaum Besseres finden; vor dem Hintergrund der lebhaften Debatte um gesellschaftliche Legitimationsprobleme und veränderte Adoleszenz ist dieses Resümee dennoch recht mager. Irritierend für den Leser ist das Schlußkapitel, in dem ihm unter dem Titel »Soziologische Theorie der Religion« exemplarisch *Bergers* und *Luckmanns* Ansichten über »das Verlangen des Menschen nach Sinnhaftigkeit« begegnen (181-214: 194). Der Autor zeigt nicht, welche Erklärungskraft diese von ihm favorisierten, in phänomenologischer Tradition stehenden Konzepte haben. Er legt stattdessen ein Bekenntnis zum Wissenschaftspluralismus ab: Der Religionssoziologe verschafft sich mit der Wahl einer Definition von Religion »seinen jeweils eigenen Zugangsbereich in das weite Feld religiöser Phänomene, in dessen selbst gewählten Grenzen seine Theorien und Ergebnisse für jede Soziologie der Gesellschaft zentrale Bedeutung haben« (212f.).

Traugott Schöfthaler (Berlin / West)

Hanke, Helmut: Freizeit in der DDR. Dietz Verlag, Berlin/DDR 1979
(182 S., br., 4,20 M).

Das Buch des wohl bekanntesten Freizeitforschers der DDR enthält neben knappen allgemeinen Darlegungen zu Geschichte und Begriff der Freizeit eine Untersuchung der DDR-Freizeit, die nahezu ausschließlich auf bereits veröffentlichtem Material fußt. Dabei geht es um das Zeitbudget der Bevölkerung, Kulturbedürfnisse in der Freizeit, Unterschiede im Freizeitverhalten sowie das Verhältnis von Freizeit und Lebensweise. Freizeit wird doppelt verstanden: Einmal als der gesamte Zeitraum außerhalb der Arbeitszeit, zum anderen qualitativ als Zeit für die Entwicklung des Individuums und der sozialistischen Lebensweise außerhalb der Arbeit. Zu beiden Aspekten präsentiert er eine Fülle von Daten. Die Ergebnisse der Zeitbudgetforschung etwa zeigen, daß der Tagesablauf entscheidend von der Arbeitszeit bestimmt wird, während der zeitlich größte Teil des Tages von verschiedenen Formen der Reproduktion der Arbeitskraft besetzt ist (= Schlaf, Hausarbeit, Mahlzeiten, Kinderbetreuung u. ä.). Die Zeit für Bildung, gesellschaftliche Tätigkeit, Information, Kunstgenuß, Sport, Unterhaltung »nimmt im Zeitbudget den dritten Rang ein. Im täglichen Zeitbudget dominiert hier der Gebrauch der Massenmedien, vor allem Fernsehen« (59). Dieser globale Befund wird bestätigt und differenziert durch Mitte und Ende der siebziger Jahre durchgeführte Untersuchungen zum Freizeitverhalten von Industriearbeitern und Großstadtbewohnern. Auch hier ist Fernsehen (ebenfalls am Wochenende, nicht im Urlaub) die beliebteste Freizeitbeschäftigung, weit vor Erholung, Geselligkeit und kultureller Selbstbetätigung. Jedoch zeigen sich deutliche Unterschiede je nach Alter, Geschlecht und Schichtzugehörigkeit. So spielt beispielsweise der Kinobesuch bei Jugendlichen eine weit größte-

re Rolle als bei Erwachsenen, ist die frei verfügbare Zeit für Frauen signifikant geringer als für Männer und ist der Konzertbesuch ein Dorado der Intelligenzschicht. Hanke rühmt freizeitpolitische Erfolge, wie die, »daß zum ersten Mal in der Geschichte in das Alltagsleben der arbeitenden Menschen im Massenumfang auch andere Tätigkeiten eingeführt werden« (174). Andererseits sieht er Erscheinungen nicht nur »überlebter Tradition«, sondern auch »unentwickelter Bedürfnisse«, und zwar »im Kult des Privaten in der Freizeit, in der Aggressivität und dem Rowdytum im öffentlichen Leben und im persönlichen Umgang, in der Langeweile, im Desinteresse oder im ausschließlichen Streben nach persönlicher Bereicherung« (29). Ein objektiver Grund für das Phänomen der Langeweile in der Freizeit findet sich nach Hanke in »Arbeitsbedingungen, die zur routinemäßigen Wiederholung von über längere Zeit gleichbleibenden, einfachen Tätigkeiten zwingen« (175). Gerade die Orientierung auf solche alltäglichen Freizeitprobleme mag den Verfasser dazu veranlassen, trotz mancher Bemerkung über den Nutzen der Muße Freizeit wesentlich als Reproduktionszeit zu bestimmen. Das ist zweifellos die Realität nicht nur der DDR, es ist aber zu fragen, ob die Polemik Hankes gegen ein »vorindustrielles Kulturideal« (110) wirklich jene Teilnehmer einer Freizeit-Diskussion in der Studentenzeitschrift »Forum« trifft, die meinen, daß »im Sozialismus« nach dem Sieg über den Kapitalismus im Weltmaßstab »die Zeit, die nicht in der materiellen Produktion verbracht wird, die Hauptarbeitszeit sein wird« (Forum Nr. 13/1978). So etwas heißt für Hanke »an der Realität vorbeizudiskutieren« (7). Im Unterschied zu Hanke meine ich, daß der Rückgriff auf Marxsche Überlegungen von disponibler Zeit als dem Maß gesellschaftlichen Reichtums nachkapitalistischer Gesellschaften einem Land gut anstehen könnte, das die Gestaltung einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft proklamiert hat. Gleichwohl mag es gerade die Skepsis des Autors gegenüber solchen ihm utopisch dünkenden Zielvorstellungen gewesen sein, die ihn dies Buch so faktenreich und voller Sympathien für das alltägliche Leben der Arbeitenden schreiben ließ. Daraus erwächst eine flüssige Schreibweise, die sich wohltuend von anderen DDR-Publikationen abhebt und den Band nicht nur wegen seines Informationswertes empfehlenswert macht.

Volker Gransow (Berlin/West-Bielefeld)

Rilling, Rainer (Hrsg.): Sozialismus in der DDR. Dokumente und Materialien. Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1979 (2 Bände, 819 S., br., 27,— DM).

Die der Auswahl und Strukturierung der Dokumente und Materialien zugrundeliegende Konzeption ist den Problemstellungen und der Sichtweise einer materialistischen Gesellschaftstheorie verpflichtet. Die durchweg verbreitete Manier, an die Entwicklungsgeschichte der DDR die Maßstäbe bürgerlicher politischer Kultur heranzutragen, die in einem Großteil der professionellen DDR-Forschung ermüdende Tradition hat, wird hier durchbrochen. Daher werden »die Arbeits- und Lebensbedingungen, die Struktur und Entwicklung, die Organisation und das politische Verhalten der arbeitenden Bevölkerung immer wieder in den Mittelpunkt der Darstellung gerückt« (I, 18). Damit verknüpft sich das formations- und klassentheoretisch geleitete Bestreben, die Geschichte der SBZ/DDR zu begreifen als widersprüchlichen Konstitutionsprozeß der Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse. Die Bände gliedern sich in die Darstellung der »Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (1945 bis 1961)«, und in den »Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der DDR seit 1961«. Innerhalb dieser übergreifenden historischen Untergliederung wird systematisch unterschieden zwischen den drei Bereichen »Wirtschaft«, »Politik« und »Gesellschaft«, deren jeweilige Entwicklung wiederum historisch betrachtet wird. Jedes Haupt- und Unterkapitel ist mit ausführlichen Einleitungen und Bibliographien versehen. Dokumenten- und Stichwortverzeichnis runden den Band ab.

Die Dokumentation ist mit 359 Dokumenten um ein Mehrfaches umfangreicher als

andere gegenwärtig vorliegende Dokumentationen zur DDR. Behandelt werden Probleme wie: wirtschaftliche Ausgangsbedingungen, Entnazifizierung, Umwälzung der Eigentumsverhältnisse nach 1945 in Landwirtschaft und Industrie, 17. Juni 1953, kalter Krieg, »Personenkult und Dogmatismus«, Arbeitsbedingungen, Lebensweise, »sozialistische Betriebsdemokratie«, nationale Frage und internationale Stellung der DDR etc. Diese Probleme werden in den gängigen Einführungen unzureichend, kaum oder gar nicht behandelt. In der verbreitetsten Dokumentensammlung zur DDR von Deuerlein findet sich z.B. kein Wort über die betrieblichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der DDR oder die Rolle der Gewerkschaften. Auch Arbeitsbedingungen und Wohnverhältnisse werden in aller Regel völlig ausgeklammert. Hervorzuheben ist die Einbeziehung der sozialstrukturellen Dimension. Für alle sonst vorliegenden Dokumentationen zur DDR ist charakteristisch, daß nur das ökonomische und politische System sowie einzelne gesellschaftliche Gruppen (Familie, Intelligenz usw.) behandelt werden. Für das Verständnis der gesellschaftlichen Natur der DDR leisten Rillings Bände wesentlich mehr, als die üblichen, politikzentrierten Dokumentationen. Unter diesen Aspekten ist die Arbeit ein Gewinn und uneingeschränkt für den Gebrauch in Schule und Hochschule zu empfehlen. Kritisch wäre zu vermerken: Der Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der DDR seit Anfang der 60er Jahre (II, 15-34) stellt im Unterschied zur sonstigen Vorgehensweise des Verfassers im wesentlichen nur wirtschaftspolitische Passagen aus Rechenschaftsberichten des ZK der SED zusammen; hinreichende Einsicht in die wirtschaftspolitischen (z.B. strukturpolitischen) Strategien und realen Entwicklungsergebnisse in den 60er und 70er Jahren ist auf diese Weise nicht zu gewinnen. Die ökonomische Geographie der DDR wird nicht behandelt. Angesichts der innen- und außenpolitischen Bedeutung ist die sehr knappe Behandlung der Bereiche Gesundheit/Bildung/Kultur und Sport unverständlich, zumal — im Unterschied zur Dokumentation des politischen Systems — die Dokumente die Widersprüche, Konflikte und Ungleichheiten in diesen Bereichen nicht deutlich machen. Dasselbe gilt für den sehr kurzen Abschnitt über die Rolle und Situation der Frauen in der DDR. Hier hätten — z.B. aus der Belletristik der DDR — viel aufschlußreichere Texte herangezogen werden können. Im Abschnitt über die Planwirtschaft der DDR (II, 217ff.) fehlt eine Dokumentation der volkswirtschaftlichen Bilanzierung. Endlich vermißt man in den Einleitungen eine durchgängige Berücksichtigung konkurrierender, sich auf die marxistische Tradition der Sozialismusanalyse berufender Konzeptionen.

Michael Langhof (Bielefeld-Berlin/West)

Erziehungswissenschaften

Schön, Bärbel, und Klaus Hurrelmann (Hrsg.): *Schulalltag und Empirie. Neuere Ansätze in der schulischen und beruflichen Sozialisationsforschung.* Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1979 (266 S., br., 26,— DM).

Schulische (und auch berufliche) Sozialisationsforschung steckt noch weithin in den Anfängen — sofern sie sich nicht mit der Deduktion funktionalistischer oder auch gesellschaftskritischer Modellkonstruktionen oder mit der statistischen Deskription von Häufigkeiten und Verteilungen begnügt. Aus diesem Grund hat die Deutsche Gesellschaft für Soziologie eine Arbeitsgruppe zum Thema 'empirische Schulforschung' gebildet und mehrere Tagungen dazu veranstaltet. Die »wichtigsten Unterlagen« sind in dem vorliegenden Band versammelt: Einmal werden methodologisch-methodische Problemstellungen erörtert und fallspezifisch gelöst, zum andern werden in Form von Werkstattberichten laufende Forschungsprojekte, ihre methodischen Überlegungen sowie erste Zwischenergebnisse, vorgestellt. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Beiträge

von einer »fruchtbaren Verunsicherung« geprägt, vom Unbehagen über die geringe Ergiebigkeit, die immanente Widersprüchlichkeit, die »chronische Bedeutungslosigkeit« (31), aber auch über die verwertbare Opportunität der etablierten Schulforschung, die die Ignoranz gegenüber der Subjektivität, der Lernfähigkeit und Handlungsmächtigkeit der sog. 'Forschungsobjekte' und damit ihre praktische Irrelevanz fast zwangsläufig bewirken. Im Sinne interaktionstheoretischer und ethnomethodologischer Theoreme plädieren sie hingegen für eine größere Realitätsnähe und einen situativen Bezug, für das Einlassen auf die jeweilige soziale Wirklichkeit und den uneingeschränkten Respekt für die Deutungsmuster, Alltagstheorien und Handlungsstrategien der dort Involvierten, also der Lehrer und Schüler: »Die wichtigste methodologische Prämisse bei unserer Vorgehensweise ist, Lehrer, aber auch Schüler als prinzipiell orientierungs-, deutungs- und theoriemächtig anzusehen und zu behandeln«, argumentiert am konsequentesten die Essener (jetzt Bielefelder) »Arbeitsgruppe Schulforschung« (der beiden Herausgeber), die sich um die Erforschung von Verarbeitungen, Deutungen und Erklärungen des Schulversagens bei Schülern bemüht: »Diese in ihrer inneren Logik nachzuzeichnen, zu vergleichen, in ihrer Entwicklung zu verfolgen und mit Interpretationsmustern und Deutungsangeboten anderer wichtiger Bezugsgruppen aus dem gleichen Handlungsfeld, bei uns Lehrern und Eltern, zu konfrontieren, stellt die eher systematische, analytische Absicht unseres Forschungsprojekts dar.« (175 u. 177) Dahinter steht außer einer neu erwachten, unverstellten wissenschaftlichen Neugier die Erkenntnis von der »subkulturellen Differenz« zwischen der Alltagswelt der Lehrer, der Schüler und der Forscher, auch wenn diese auf den ersten Blick unerheblich sein mag. Die »nomologisch orientierten Verfahren und meßtheoretischen Vorannahmen« ignorieren sie weitgehend oder verzerren sie sogar zugunsten der vorgefaßten methodischen Stringenz und Effektivität: Bestätigt wird dabei letztlich nur die Methode, als operationalisierter Ausdruck des »bereits Gewußten«. Allein qualitative und interpretative Verfahren, die in der Erhebungssituation offen sind für die ganze Komplexität und Kontingenz der Realität, scheinen dafür geeignet, weil sie den Forschungsprozeß in eine kommunikative Verständigung und ein wechselseitiges Lernen transformieren und »dyadische Daten« erheben, und zwar günstigenfalls nicht als willkürliche, von außen beschlossene Momentaufnahme, sondern als einen (prinzipiell unabgeschlossenen, nur forschungspragmatisch terminierten) in die lebensgeschichtliche Entwicklung eingebetteten Längsschnitt.

So konsequent und prinzipiell wie F.-O. Radtke in seinem Plädoyer für die Restitution der Subjektivität von Forschenden und Erforschten und damit (?) der Politik oder wie die Arbeitsgruppe Schulforschung in ihrer langfristig angelegten Exploration der subjektiven Schulkirchlichkeit (anhand des Krisenpunktes der Nichtversetzung) verfahren nur wenige der anderen Beiträge: Wenn W. Nöth mit zum Teil stichhaltigen Argumenten — weil die institutionalisierte Arbeitsteilung zwischen Forschenden und Erforschten nicht aufzuheben sei, weil auch die qualitative Forschung nicht auf die »grundsätzlichen Problemstellungen« wie »intersubjektive Nachprüfbarkeit«, »Validität« und »Reliabilität« verzichten könne und beide Verfahrensweisen notwendig theoriegeleitet seien — das Ende der »großen Kontroverse« und die pragmatische, fallspezifische Kombination fordert; oder wenn K. Feldmann »konkrete Alltagstheorien von Professionellen« mit einem bereits weitgehend standardisierten Verfahren mittels vorgefertigten Problembeschreibungs-Kärtchen erfassen will, die von den Probanden zu einem Ursache-Wirkungs-Diagramm zusammengelegt werden sollen, und W. Drexler diese »pfadanalytische Methode« also gleich für den Kollegunterricht verwendet sehen will, um auf »didaktisch neue Weise Alltagstheorien mit immer komplexeren wissenschaftlichen Theorien zu konfrontieren« (123), dann droht die konstruktive wissenschaftstheoretische Verunsicherung und Neubesinnung allzu rasch wieder zu verdampfen und den habituellen Operationalisierungs- und Verwertungsinteressen unterworfen

zu werden: Auch die Alltagstheorien und qualitativen Verfahren sind davor offenbar nicht gefeit.

Just die Störung des »harmonischen Ineinandergreifens von Forschungs- und Verwertungslogik« hat indes F.-O. Radtke in seinem Eingangsbeitrag intendiert, weil nur so Selbstirritation und -reflexion methodische Routine und Konsistenz ablösen können und die »Dialektik von Herrschaft und Knechtschaft« wenn schon unter kapitalistischen Verhältnissen nicht gelöst, so doch in den forschungsrelevanten Horizont eingebracht werden kann. In dem von ihm vorgestellten Projekt teilnehmender Unterrichtsbeobachtung (warum nicht Teilnahme?) läuft der Forschungsprozess letztlich auf eine Selbsterfahrung und ein wechselseitiges Lernen von Forschern und Lehrern entsprechend der »Arbeit in (modifizierten) Balint-Gruppen« hinaus.

Auf die weiteren vorgestellten Projekte sei nur in Kurzform verwiesen: Mehrperspektivisch und -methodisch sind sie alle auf Längsschnittuntersuchungen angelegt: Am Konstanzer Zentrum für Bildungsforschung (P. Schuhler) wird aus entwicklungspsychologischer wie sozialisationstheoretisch-ökologischer Sicht nach den Bedingungen und Ausformungen sozialer Kognitionen von Schülern gefragt — eine noch reichlich vage Fragestellung, wie mir scheint; H. Striebeck untersucht vorwiegend anhand von Beurteilungen und anderen Schuldokumenten die 'Karrieren' von Gesamtschülern, um die Wechselbeziehungen und die Einflußpotentiale von schulischen und außerschulischen Faktoren abschätzen zu können; der Problematik des bildungspolitischen Schlagworts der Chancengleichheit sind auch B. Caesar-Wolf und Th. Roethe anhand der Berliner »Eingangsstufen« empirisch (im Sinne Oevermanns »objektiver Hermeneutik«) mit der Frage auf der Spur, ob sich die Intentionen der »progressiven Pädagogik« angesichts einer zunehmenden Administrierung und 'Curricularisierung' der pädagogischen Prozesse nicht in ihr Gegenteil verkehren; Alltagstheorien über Ursachen und Motive von schulischen Aggressionen bei Lehrern will ein weiteres Projekt des Konstanzer Zentrums für Bildungsforschung (H.-D. Dann u. F. Krause) untersuchen und anschließend in einem praktischen Lernprozeß versuchen, »gemeinsam mit den Lehrern deren Unterrichtsverhalten zu verändern, so daß aggressive Interaktionsstile in den Schulklassen dieser Lehrer abgebaut und durch konstruktive, kooperative Umgangsformen ersetzt werden« (216) — eine Erwartung, die sich wohl nur bei ungenügender Diagnose gänzlich einlösen läßt; an der Bremer Universität (W.R. Heinz, E. Wachtveitl, A. Witzel) wird das vielschichtige Wechselverhältnis zwischen familial-schulischer Sozialisation und Berufsfindung bei Lehrlingen ergründet, um den bislang recht »globalen Charakter« des »Übersetzungsmechanismus« von sozialer Schicht, Arbeitsbedingungen und -erfahrungen des Vaters (bzw. der Eltern) und späterer Berufslaufbahn zu differenzieren; und schließlich wird in das Projekt »Lebenspraxis und -perspektive von gewerblich-technisch Auszubildenden« der Sozialforschungsstelle Dortmund (U. Müller) Einblick gegeben, wobei die übliche These von der Schulunlust der Hauptschüler in Gruppendiskussionen eine Relativierung erfährt und die Erfahrungen und Bedeutungszuweisungen von schulischer und beruflicher Ausbildung gegeneinander abgewogen werden. Mehr oder weniger rücken die Projektberichte entweder methodische Überlegungen oder erste Ergebnisse in den Vordergrund. Ihnen gemeinsam sind die vielfältigen und bisher noch weithin ungelösten Probleme der Auswertung, wobei ihre Bewältigung — darauf macht schon die Einleitung der Herausgeberin aufmerksam — über die Ergiebigkeit und auch Praktikabilität der qualitativen Methoden entscheidet. Denn »der unüberschaubare Berg von produziertem Papier, (die) Aktenordner voller Interviewtranskriptionen und solche voll mit Auswertungen einzelner Interviewpassagen« (22), befördern noch keine allgemeine Erkenntnis. Es wäre zu wünschen, daß die Arbeitsgruppe der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zu gegebener Zeit darüber ebenso verläßlich berichtet.

Hans-Dieter Kübler (Bielefeld)

Jung, Manfred, und Werner Zimmermann (Hrsg.): Kommentierte Bibliographie Pädagogik. Klett Verlag, Stuttgart 1979 (215 S., br., 18,— DM).

In Anbetracht der Vielzahl vorliegender pädagogischer Literatur und einem jährlichen Zuwachs von ca. 1500 deutschsprachigen Neuerscheinungen ist der Versuch, eine kommentierte Bibliographie zu erstellen, die sich mit Ausnahme der Fachdidaktik auf den gesamten Bereich der Pädagogik bezieht, äußerst lobenswert. Denn: Die Frage der Orientierung, also des Wissens allein von der Existenz und darüber hinaus in groben Zügen über den Inhalt vorhandener Literatur, stellt in diesem literaturextensiven Wissenschafts- und Praxisbereich seit langem ein Problem für die in ihm Tätigen dar. Zwar liegen mehrere kommentierte pädagogische Fach- und Spezialbibliographien vor, der Versuch einer Sichtung, Auswahl und Bewertung von Fachliteratur aus dem gesamten Spektrum der Pädagogik ist meines Wissens jedoch einzigartig.

Die Bibliographie — eine Gemeinschaftsarbeit von 16 Autoren — wendet sich an Lehrer, Lehrerstudenten und Erzieher und umfaßt, nach 18 Sachbereichen geordnet, 273 kommentierte Titel sowie rund 1100 Titelzitate.

Weil die eigenständige wissenschaftliche Leistung ausgewählter und kommentierter Bibliographien durch die Bestimmung, Ableitung bzw. Begründung der ihre Auswahl und Bewertung leitenden Kriterien ausgewiesen ist, seien Anspruch und Methode(Kriterien) der Autoren zitiert: »Die Autoren haben es sich zur Aufgabe gesetzt, einen ausgewogenen Überblick über den aktuellen Stand von Forschung und Lehre sowie über das Bildungswesen und die Schulpraxis zu vermitteln und dabei ausgewählte Werke hinsichtlich ihrer Aktualität, Repräsentanz, Vermittlungsfunktion und Adressatenorientierung zu kommentieren. Entsprechend dieser Zielsetzung wurden der Auswahl folgende Kriterien zugrundegelegt:

- die Aktualität der Veröffentlichung (d.h. in der Regel nach 1945 erschienen)
- ihre Repräsentanz einer maßgeblichen wissenschaftlichen, pädagogischen oder politischen Position
- ihre Vermittlungsfunktion als Gesamt-/Einzeldarstellung, System-, Situations- oder Problemanalyse, Theorie oder Modellentwurf
- ihr Adressatenbezug in Hinblick auf unterschiedliche Interessenslagen und Studienvoraussetzungen der Ratsuchenden in Aus- und Fortbildung sowie Praxis.«
(4f.)

Sieht man einmal davon ab, daß die Kriterien für die Auswahl mit denen für die Bewertung herangezogenen identisch sind, so erscheinen bereits an dieser Stelle Zweifel an der Möglichkeit der Rezensenten, ihren Anspruch einzulösen. Denn es ist kaum zu erwarten, daß sich auf der Grundlage dieser willkürlich gesetzten, primär formalen und — sofern sie sich auf den inhaltlichen Aspekt der Literatur beziehen — unpräzise formulierten Kriterien eine hinreichend transparente Auswahl, geschweige denn inhaltsbezogene Beurteilung vornehmen läßt. Eine intensivere Betrachtung der Auswahl und Kommentierung der in den verschiedenen Sachbereichen aufgelisteten Literatur bestätigt alsdann auch diese Vermutung. Als (kompetenter) Benutzer sieht man sich ständig mit den gleichen Fragen konfrontiert: »Warum wurde dieses Buch nicht kommentiert?« »Warum wurde jenes Buch nicht einmal zitiert?« »Warum erfuhr dieses Buch jene, jenes Buch diese Beurteilung?«

Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen: Unverständlich muß bleiben, warum in der Sachgruppe »Allgemeine Darstellungen« Benner, Speck, Seiffert, Röhrig, Schaller, Groothoff und Wolf/Weber kommentiert, Klafki, Wulf, Lassahn, Giesecke, Braun usw. dagegen nicht kommentiert, Gamm, Naumann, Langeveld, König usw. nicht einmal zitiert werden; in der Sachgruppe »Erwachsenenbildung« von Werder, Negt, Weymann/Mader nicht einmal zitiert werden; in der Sachgruppe »Jugendkunde« (!) man vergeblich nach Deppe-Wolfinger sucht; anglo-amerikanische Arbeiten in der Sach-

gruppe »Lernpsychologie und Verhaltensmodifikation« (!) fast den gesamten Raum einnehmen, die Arbeiten von Piaget nur zitiert werden, die Arbeiten der sowjetischen Lernpsychologie (z.B. Galperin) gänzlich unerwähnt bleiben; warum in der Sachgruppe »Motivation« die Arbeit von Holzkamp-Osterkamp fehlt; in keiner Sachgruppe die Arbeit von Becker/Jungblut zu finden ist; in der Zeitschriftenliste zwar die Periodika »Der evangelische Erzieher« und »Fernsehen und Bildung«, nicht dagegen »Demokratische Erziehung«, »Materialien zur politischen Bildung«, »Zeitschrift für erziehungswissenschaftliche Forschung« u.a.m. berücksichtigt werden und und und.

Ob Zufall oder Methode (den Vorwurf der Linksäugigkeit erspart sich diese Bibliographie mit Sicherheit), ob schlichtweg Resultat der subjektiven Auswahl der jeweils zuständigen Sachgruppenrezensenten oder ganz einfach die Unkenntnis dieser Arbeiten, sei ebenso dahingestellt wie die Frage nach den konkreten Auswirkungen dieser Selektion auf die Literatúrauswahl v.a. von Studienanfängern.

Die durchschnittlich 20 Zeilen umfassenden Kommentare sind, weil letztlich dem Belieben der einzelnen Rezensenten unterworfen, von sehr unterschiedlicher Qualität. In der Mehrzahl begegnet man kurzgefaßten Inhaltsverzeichnissen, die — wenn überhaupt — mit mehr oder minder kurzen Kommentaren versehen sind. Diese Kommentare gehen zum Teil nicht über triviale Statements hinaus (»Seiffert legt mit diesem Buch ein allgemein verständliches Lehrbuch der E.wissenschaft vor, dessen Grundkonzeption allerdings nicht kritiklos übernommen werden sollte.«, 12), sind zum Teil von sehr fragwürdigem Aussage- bzw. Benutzerwert (vgl. den Kommentar zu Röhrigs »Einführung in die Erziehungswissenschaft«, 11) oder aber in hohem Maße diffus und — für den Adressaten der Bibliographie allemal — unverständlich. So erfährt der Leser über Brezinkas »Metatheorie der Erziehung«: »Dieser metatheoretische Integrationsversuch kann letztlich nicht überzeugen: die rigoros vorgenommene Separation von Theorie der Erziehung kann durch die metatheoretische Reflexion nicht integrativ überwunden werden.« (15) Gewissermaßen einen Höhepunkt solcher Art von Adressatenorientierung stellt die Einleitung des Sachbereichs »Sexualerziehung« dar, in dem die Rezensentin den Ansatz von Duhm wie folgt skizziert: »Duhm 1975 interpretiert Eros als eine umfassende Kraft, die körperliche, geistige und metaphysische Komponenten beinhaltet. Die so definierte erotische Vitalität begreift er als einen Faktor, der gesellschaftlichen 'Trennungsstrukturen' entgegenzuwirken vermag. Eros: ein Energiestrom mit relativer Eigendynamik, der verfestigte gesellschaftliche Verhältnisse vital attackiert, somit permanent wider den Stachel gesellschaftlicher Vereinnahmung löckt.« (100) Wer glaubt, mit solch selbstgefälliger Sprachakrobatik den Verständnishorizont von Studienanfängern, sechssemestrigen Lehrerstudenten oder Erziehern zu erreichen, hat die Erfahrungen der eigenen Studienzzeit entweder sehr schnell vergessen oder aber er kennt die Probleme dieser Zielgruppen, wenn überhaupt, nur vom Hörensagen. Wenngleich, wie eingangs betont, nicht alle Titelkommentare dieser Kritik unterliegen, so vermögen die wenigen informativen *und* in ihrer Kritik nachvollziehbaren Rezensionen das Gesamtbild dieser Bibliographie nicht wesentlich zu beeinflussen. Diese Bibliographie wurde ihrem Anspruch nicht gerecht. Ihre Auswahl ist in dem gleichen Maße fragwürdig, wie die Kommentare selbst zu einem Großteil informationsarm sowie in ihrer Zusammenfassung und Kritik unverständlich sind. Dieses negative Fazit wird abgerundet durch einige formale Mängel, die, weil sie den technischen Gebrauchswert einer Bibliographie entscheidend mitbestimmen, abschließend nicht unerwähnt bleiben sollen. So vermißt man ein Verzeichnis der besprochenen Bücher bzw. ein Autorenverzeichnis, was dazu führt, daß man viel zu lange herumblättern muß, um einen Titel zu finden oder festzustellen, daß er überhaupt nicht besprochen wird. Ebenfalls unter zeitlichem Aspekt ist die Abkürzung der Autoren-Vornamen zu bemängeln. Um unnötigen Zeitaufwand bei der Sucharbeit an Bibliothekskatalogen zu vermeiden, wäre

es sinnvoll gewesen, zumindest die Vornamen häufiger vorkommender Familiennamen (z.B. Becker, Roth, Zimmermann) anzugeben. Joachim Stary (Berlin / West)

Psychologie

Meyer, Heinz: Frau - Sein. Generische Disposition und gesellschaftliche Prägung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1980 (268 S., br., 29,80 DM).

Meyer geht es in seiner Arbeit über das 'Frau-Sein' um Beschreibung, nicht um engagierte Stellungnahme, nicht direkt um Veränderung, sondern zunächst einmal um das Charakterisieren der Verhältnisse« (9). Ziel ist die »Darstellung eines Sachverhalts, möglichst unabhängig von einem bestimmten Handlungsziel« (260). »Konservative Positionen« sollen dabei ebenso kritisch unter die Lupe genommen werden, wie »innovatorische Ansätze« (10). Entsprechend will er weder »ein Plädoyer für eine eindeutige biologisch-genetische Determination des Frau-Seins« liefern, noch »eine uneingeschränkte Stellungnahme für seine gesellschaftliche Prägung. Beide Gesichtspunkte sollen vielmehr verbunden und die unterschiedlichen Bestimmungskräfte als Glieder eines komplexen Wirk- und Funktionszusammenhangs dargestellt werden« (7). Die *tatsächliche* Tendenz des vorliegenden Bandes wird allerdings bereits eingangs deutlich, wenn der Verfasser hervorhebt, wie er sich gegen bestimmte »Bestandteile des Zeitgeistes« (8) wenden will: »Das einseitige Votum für die Gesellschaftsbedingtheit des Verhaltens wird durch den Hinweis auf genetische Dispositionen relativiert, und das engherzige Postulat der Gleichheit insofern kritisch reflektiert, als Konflikte zwischen der Egalitätsforderung einerseits und funktionalen Notwendigkeiten der Gesellschaft andererseits aufgezeigt und im Zusammenhang damit Grenzen der Realisierbarkeit von totaler Gleichheit erörtert werden« (8). Die Argumentation zeigt hier bereits konservative Züge. Wenn Meyer insgesamt versucht, etwas differenzierter zu argumentieren als viele seiner Vorgänger, dann trägt er damit wohl der Tatsache Rechnung, daß nach jahrelangen Diskussionen über die Lage der Frau allzu plumpe Erklärungsmuster mehr oder weniger ungehört verhallen würden. Hinweise auf solche 'Konzessionen an den Zeitgeist' finden sich m.E. in gewissen vorsichtigen Relativierungen auch der biologischen Faktoren (z.B. 161, 168, 179, 192; die grundlegenden Aussagen bleiben davon unberührt!), sowie bei der 'Auseinandersetzung' mit marxistischen Klassikern (Marx/Engels, Bebel, Zetkin). Diese werden von Meyer z. T. zur Unterstützung der eigenen Position herangezogen (vgl. 103ff., 228, 235f.), oder auch von 'links' kritisiert bzw. der teilweise konservative (!) Gehalt ihrer Aussagen hervorgehoben (vgl. 112ff., 120, 133, 236).

Die Arbeit umfaßt insgesamt dreizehn unterschiedlich große Kapitel, die jeweils wieder mehr oder weniger stark untergliedert sind, sowie ein Literaturverzeichnis (261-268); Namen- und Sachregister fehlen. Im zweiten Kapitel — »Die eigene Position als determinierender Faktor« (10-15) — finden sich lediglich einige allgemeine Hinweise auf Faktoren, die die Sichtweise eines Forschers beeinflussen und zu einer »perspektivische(n) Verzeichnung« (10) der Wirklichkeit führen können. Für den weiteren Gang der Untersuchung sind diese Anmerkungen (leider!) ohne Relevanz, wie sich u.a. in der kritiklosen Übernahme von 'Ergebnissen' (soweit sie in das Konzept passen) aus Nachbarwissenschaften, gerade auch der Ethologie, zeigt. Es folgen »Allgemeine Anmerkungen zum Problem genetischer Disposition und gesellschaftlicher Prägung« (16-24). Hier stellt der Autor u.a. fest: »Gesellschaftliche Normen bestimmen das Verhalten nicht beliebig. Häufig sind sie zu verstehen als Interpretationen genetischer Verhaltensdispositionen oder als Konkretisierungen, als spezielle Manifestationen allgemeiner genetischer Tendenzen« (19). Daß soziale Normierungen (in Ausnahmefällen; vgl. 200f.) in Widerspruch stehen können zur genetischen Basis, wird zugestanden

(19). Im vierten Kapitel behandelt er »Funktionale Auswirkungen der gesellschaftlichen Stilisierung des Verhaltens« (25-31), unterteilt in »Paarung, Vermehrung und Partnerbindung« (25-28) und »Die Funktion der Mutterbrust« (28-31). Der Abschnitt »Zur sexuellen Differenzierung und ihrer gesellschaftlichen Bewertung« (32-65) enthält Bemerkungen zur (in den meisten Gesellschaften) 'üblichen' geschlechtlichen Arbeitsteilung (32-35), einige primär ideengeschichtliche Abschnitte über das Verständnis des Frau-Seins (35-58), sowie Ausführungen über »Männliche und weibliche Eigenschaften« (58-60) und »Die geschlechtsspezifische Sozialisation« (61-65). Die Erörterung über »Das Problem Matriarchat« (66-95) beginnt mit der schon traditionellen (und auch in diesem Fall: falschen) Darstellung der Theorien Bachofens und Morgans (66-69) und beinhaltet u. a. auch eine für die allgemeine Beurteilung des Autors interessante Passage: »Die Hausmacht der Frau und die Flucht des Mannes in die Öffentlichkeit« (80-84). Der mehr sozialwissenschaftliche Teil der Arbeit endet mit »Anmerkungen zur Geschichte der Emanzipation der Frau« (96-153). In Kapitel 8 — »Männliche und weibliche Aufgaben im Tierreich« (154-168) beginnt schließlich die schon erwartete Suche nach »funktionale(n) Analogien« (154) im Verhalten von Mensch und Tier; sie wird im 9. Kapitel »Zur genetischen Disposition des Frau-Seins« (169-192) teilweise fortgesetzt. Bei der Auswahl der Beispiele ist der Autor keineswegs wählerisch. Sie reichen von den »Geißeltierchen« (190) über verschiedene Vogelarten (z.B. 156) bis hin zu den Affen (z.B. 166). Den letzten Teil der Arbeit bilden die Abschnitte: »Zur gesellschaftlichen Prägung männlichen und weiblichen Verhaltens« (193-201), »Grenzen der gesellschaftlichen Prägung« (202-217), »Die Interdependenz genetischer Disposition und gesellschaftlicher Prägung« (218-254) und »Schlußbemerkungen« (255-260). Das Fazit: »Wer Gleichheit und Gerechtigkeit konsequent verwirklichen möchte, hat mit dem Widerstand der 'Natur' zu rechnen; er muß auf Reibungen und Rückschläge gefaßt sein« (258). Eine Gesellschaft ohne Familie »läßt sich [zwar] denken, wahrscheinlich jedoch nicht verwirklichen, da sie bestimmten 'natürlichen' Dispositionen des Menschen ... nicht entspricht« (208).

Vom Kauf des Buches ist abzuraten. Wer sich für des Autors teilweise lesenswerte Argumentationen interessiert, sollte sich an die örtlichen Bibliotheken wenden, die den äußerlich durchaus ansprechenden Band gewiß anschaffen werden.

Hans-Jürgen Hildebrandt (Mainz)

Keseling, Gisbert: Sprache als Abbild und Werkzeug. Ansätze zu einer Sprachtheorie auf der Grundlage der kulturhistorischen Psychologie der Wygotski-Schule. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979 (220 S., br., 15,— DM).

Wie dem Untertitel zu entnehmen ist, steht die Arbeit im Rahmen der Bemühungen, Ergebnisse des kulturhistorischen bzw. in seiner Weiterführung kritisch psychologischen Theorieansatzes in der Sprachwissenschaft fruchtbar zu machen. Dabei konzentriert sich das Vorhaben auf den linguistischen Teilbereich »sprachliche Tätigkeit«. Am Beginn der Überlegungen stehen die Mängel der Sprechakttheorie und der Gesprächsanalyse: Trotz ihrer Handlungsorientiertheit erkennen diese die Analyse von Systemregeln als ihre zentrale Aufgabe an und müssen daher die »umfassenderen Ziele von Sprechakten bzw. Sprechaktsequenzen« (187) aus ihren Untersuchungen ausblenden, was bedeutet, daß entscheidende — insbesondere auf Praxis bezogene Fragestellungen (wie z.B. nach Verbesserung sprachlicher Fähigkeiten) — durch sie nicht erfaßt werden können. Keseling rückt deshalb Praxisrelevanz in den Mittelpunkt seines »Alternativkonzepts« (24), das eben die Untersuchungsergebnisse von Sprechakttheorie/Gesprächsanalyse auf ihren notwendigen Zusammenhang mit der »lebenserhaltenden Tätigkeit« zurückführen möchte. Entwickelt werden soll also ein Begriffssystem, das sowohl die Bestimmung sprachlicher Handlungen durch die Notwendigkeiten des jewei-

ligen gesellschaftsformationsbezogenen Handlungszusammenhangs (»Makrostruktur«) als auch das sich bedingende Zusammenwirken sprachlicher und materiell-gegenständlicher Momente (»Mikrostruktur«) expliziert. Zur Erreichung dieses Ziels schlägt der Verfasser das folgende Verfahren vor: Kategorien und Begriffe der Sprechakttheorie/ Gesprächsanalyse bezüglich des kulturhistorischen bzw. kritisch psychologischen Theorieansatzes uminterpretieren (wobei der »funktionale Gesichtspunkt« [26] als wichtigstes Kriterium zu gelten hat) und dessen zentrale Kategorien konkretisieren, so daß auch sprachliche Handlungs- und Kommunikationsabläufe beschrieben werden können.

Für den Linguisten erhebt sich aber zum einen die Schwierigkeit, eine Begrifflichkeit auszuarbeiten, die das Primat ökonomisch gesellschaftlicher Analyse (die gesellschaftliche Funktion in den jeweiligen sprachlichen Handlungen transparent machen ...) systematisch mit der Theorie sprachlichen Handelns verbindet. (Einen Vorschlag zur Lösung stellen für Keseling die aufeinanderbezogenen Beschreibungsebenen »Tätigkeitsebene« [Aspekt gesamtgesellschaftlicher Reproduktion], »Handlungsebene« [beobachtbare Handlungsabläufe] und »Sinnebene« [subjektive Korrelate] dar.) Zum anderen muß er feststellen, daß das »Neben- und Miteinander von gegenständlicher und sprachlicher Tätigkeit« (141) in der konkreten Kommunikationssituation »innerhalb des kulturhistorischen Ansatzes weitgehend ausgeklammert wurde« (131). Der Linguist ist also herausgefordert, über die Holzkampfschen kritisch psychologischen Kategorien »Gegenstandsbedeutung« und »Symbolbedeutung« hinaus, die Verwobenheit symbolischer und gegenständlicher Momente innerhalb einer Handlungsfolge begrifflich zu erfassen. Im Hinblick auf dieses Ziel entwickelt (bzw. bestimmt neu) Keseling u. a. Kategorien und Begriffe wie der »Grundtyp sprachlicher Äußerung« und dessen Komponenten »Übersetzen« (einer Handlung in einen sprachlichen Kode) und »Umstrukturieren« (eines Wirklichkeitsabbilds für und durch den Adressaten), »Diskurs«, »Sprechhandlung«, »Sprechakt«, »Handlung«, »sprachliche Handlung«, sowie das wichtigste Kriterium für das Klassifizieren sprachlicher Handlungen, deren Ziele und Effekte nämlich: die »Umstrukturierung« eines Wirklichkeitsabbilds etc. Hierbei ist hervorzuheben, daß Keseling, wie schon erwähnt, eine synthetische Konzeption mit erklärender Systematik anstrebt.

Susanne Tinkl (Duisburg)

Geschichte

Schleifstein, Joseph: Die »Sozialfaschismus«-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1980 (94 S., br., 6,50 DM).

Joseph Schleifstein versucht in dieser »kurzen Skizze« (5), die Politik der KPD und der Kommunistischen Internationale gegenüber Faschismus und Sozialdemokratie »sowohl in ihrer fundamental richtigen antiimperialistischen und antifaschistischen Zielsetzung wie in ihren strategisch-taktischen Fehlern« verständlich zu machen (15).

Schleifstein entwickelt keine neue Theorie. Er stützt sich auf die offiziellen Dokumente der kommunistischen Weltbewegung, zitiert sie ausführlich und kommentiert vorsichtig. Das Neue liegt in der Auswahl und Aufbereitung des Materials: Darstellung und Kritik eigener Fehlentwicklungen sind in kommunistischer Einführungsliteratur meist unsystematisch als zweitrangige, die positive Gesamtbilanz allenfalls einschränkende Bemerkungen eingestreut. Dadurch werden sie konturenlos. Sie aus ihrer Versenkung zu heben, ist für den Leser mühsam, wenn nicht unmöglich. In Schleifsteins Darstellung dagegen werden Reichweite und Schädlichkeit der Sozialfaschismusthese deutlich: Sie war ein »ernster Fehler« der KI und der KPD (5). Sie hat die Herstellung

einer gemeinsamen Front der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus erschwert (24). In der Einheitsfrontpolitik der KPD — Schleifstein zitiert nun aus den Dokumenten der »Brüsseler Konferenz« — »überwog mehr der Versuch zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die Partei. Vor allem verhinderte ... das in der Partei tief eingewurzelte Sekundierertum ... ein wirklich ernstes Herangehen an die sozialdemokratische Arbeiterschaft« (zit.n. 35).

Bereits 1924 bezeichnete Stalin die Sozialdemokratie als »objektiv den gemäßigten Flügel des Faschismus« (z.n. 22). Laut Programm der KI 1928 spielt sie »besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, eine faschistische Rolle« (z.n. 22). Erst in der Vorbereitung des VII. Weltkongresses und der »Brüsseler Konferenz« (Sommer und Herbst 1935) wurde diese Einschätzung korrigiert. Die entscheidende Rolle spielte hier die Erfahrung der Volksfrontpolitik in Frankreich (28/29).

Die Durchsetzung der Sozialfaschismusthese hänge mit der fehlenden Analyse der ideologischen Dynamik und der spezifischen Herrschaftsform des Faschismus zusammen: Während Clara Zetkin bereits 1923 darauf hinwies, daß der Faschismus auf Grund seiner ideologischen Dynamik und seiner Massenbasis nicht auf gewalttätigen bürgerlichen Terror reduziert werden kann (17/18), wurde 1928 auf dem VI. Weltkongreß die Unterscheidung zwischen bürgerlich-autoritärer Klassenherrschaft und Faschismus fallengelassen. Es verstärkte sich die Tendenz, »den Faschismus nur als eine andere Regierungsmethode, nicht aber als eine *grundverschiedene Staatsform* bürgerlicher Klassenherrschaft im Verhältnis zu den bürgerlich-parlamentarischen Regimen anzusehen« (21). Das XI. EKKI-Plenum vom April 1931 gibt die verhängnisvolle Handlungsanweisung, man müsse aufhören mit der »Konstruierung« (!) eines Gegensatzes zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie (z.n. 24). Dies führte zu einer inflationären Anwendung des Faschismus-Begriffs auf bürgerlich-autoritäre Regierungsformen (z.B. Brüning, Papen) und damit zu einer Unterschätzung der faschistischen Gefahr (24/25). Gleichzeitig proklamierte die KPD die »proletarische Volksrevolution«, »obwohl dies nicht den Bedingungen und dem subjektiven Reifegrad der Arbeiterbewegung entsprach« (24).

In dieser Zeit der kommunistischen Linkswendung wurde auch die Definition des Faschismus als offen terroristische Diktatur des Monopolkapitals entwickelt. Der VII. Weltkongreß übernahm sie lediglich (vgl. 21; 26). Noch heute wird ihre Gültigkeit behauptet und *gegen* eine Einbeziehung der sozialen Basis und der spezifischen ideologischen Funktionsweise in die Begriffsbestimmung des Faschismus verteidigt (z.B. Opitz). Schleifstein dagegen referiert die Fragestellung, ob es zur »präzisen Charakterisierung des Faschismus« nicht notwendig sei, »in die Definition des Faschismus die Frage seiner sozialen Massenbasis unmittelbar einzubeziehen« (31). Er zitiert zustimmend den englischen Komintern-Delegierten R. Palme Dutt, der erklärt, der spezifische Zug des Faschismus bestehe »nicht im Grad seiner Reaktion, seines Terrors, eines Chauvinismus, sondern in dem *besonderen sozialpolitischen Mechanismus* zur Durchführung dieses Terrors« (z.n. 31).

Die Sozialfaschismusthese könne durch die falsche Politik der SPD nicht entschuldigt werden (79). »Aber sie war nicht die Ursache, sondern die Reaktion auf die sozialdemokratische Politik seit dem August 1914 und seit der Novemberrevolution 1918.« (88/89) Schleifstein zeigt, wie die antikommunistische und letztendlich selbstzerstörerische Politik der SPD die kommunistische Fehleinschätzung mit hervorgerufen hat: Die Sozialfaschismusthese wurde nicht in erster Linie von oben ausgegeben, sondern setzte sich in der Mitgliedschaft der KPD als spontane Gedankenform durch, genährt und immer wieder bestätigt durch die Erfahrungen mit sozialdemokratischer »Tolerierungs«-Politik, z.B. die Erfahrung des »Blutmai« 1929 in Berlin, für den der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel die Verantwortung trug (54/55).

Schleifstein verzichtet in seiner SPD-Kritik auf die sonst übliche moralisierend-instrumentalistische Kategorie des »Verrats«. Die Kritik wird nicht entlarvend von außen herangetragen, sondern aus Dokumenten und Publikationen der SPD entwickelt. Die Negierung des Zusammenhangs zwischen Faschismus und Monopolkapital führte zur Reduzierung des Faschismus auf eine Revolte des Kleinbürgertums (42/43) und zu seiner totalitaristischen Gleichsetzung mit dem Kommunismus (43; 45/46). Die »kaum glaubliche Unterschätzung« der faschistischen Gefahr (46) bestimmte sogar noch nach Hitlers Auftreten im Düsseldorfer Industriellenklub Januar 1932 die Tolerierungspolitik der SPD: Im Frühjahr 1932 unterstützt sie die Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten, da nur so die Machtübernahme der Faschisten verhindert werden könne (60). Nach dem Staatsstreich Papens gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung am 20. Juli 1932, lehnt sie nicht nur das Einheitsfrontangebot der KPD ab, sondern verzichtet auch auf eigene Kampfaktionen (61-65). Noch nach der Machteinsetzung Hitlers meinte die SPD-Führung, die Zeit für außerparlamentarische Aktionen sei noch nicht gekommen, denn man dürfe Hitler nicht »den Anlaß geben, die Verfassung zu brechen« (z. n. 78).

Seit der Bildung der »antifaschistischen Front« im Frühjahr 1932 sei trotz der *publizistischen* und *theoretischen* Beibehaltung der Sozialfaschismusthese in der *Praxis* der KPD die sektiererische Fehlentwicklung weitgehend überwunden worden (54; 79). Die Einheitsfrontappelle der KPD vom 20. Juli 1932 und 30. Januar 1933 an SPD und ADGB als Organisationen (also nicht nur »Einheitsfront von unten«) waren »ehrlich« (80): Sie »enthielten keinerlei Bedingungen, ihre Forderungen waren rein antifaschistischer und allgemein demokratischer Natur« (82). Dies belegt Schleifstein auch mit der kompromißbereiten und uneigennütigen Bündnispolitik der KPD im preussischen Landtag (81).

Innerhalb der Frontstellung gegen sozialdemokratische Rechtfertigungsliteratur ist Schleifsteins Argumentation überzeugend. Er zeigt die analytischen und strategischen Fehler auf beiden Seiten, wägt sie gegeneinander ab und schlussfolgert zu Recht, daß trotz schwerer Fehleinschätzungen die antiimperialistische und klassenkämpferische Politik der KPD der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik historisch überlegen war (53). Unklar bleibt jedoch der Prozeß der Fehlerproduktion selbst. Die theoretische Grundlage der Sozialfaschismusthese und die allgemeine Strategie, innerhalb derer sie produziert wird, werden von Schleifstein nicht behandelt. Er zeigt zwar, daß die Durchsetzung der Sozialfaschismustheorie mit der Vernachlässigung der politischen und ideologischen Eigendynamik von Parteien und der Vernachlässigung der bürgerlichen Staatsform verbunden war. Aber er führt nicht aus, wie sie zusammenhängen.

Die der Sozialfaschismustheorie zugrundeliegende Anschauung besteht darin, daß politische Bewegungen und Parteien lediglich als »Ausdruck« oder »Instrument« von Klassen begriffen werden. Auch der Staat wird auf seine Funktion als »Instrument« der herrschenden Klasse reduziert. Diesem Denkschema, das in der aktuellen marxistischen Diskussion als »Klassenreduktionismus« bezeichnet wird, entspricht eine Praxis der Entlarvung, die sich darauf beschränkt, die jeweilige Partei einer Klasse zuzuordnen und nachzuweisen, daß sie ihr »dient«. Die Massenbasis, die Differenzen und Kämpfe im Staat und in den politischen Bewegungen und die ideologische Ausstrahlung und Dynamik bleiben im Rahmen dieser Theoriebildung notwendig unberücksichtigt.

Damit ist der Weg zur sozial-faschistischen Gleichsetzung geebnet. Denn auch die SPD der Weimarer Republik trug zur Aufrechterhaltung großkapitalistischer Klassenherrschaft bei. Entscheidend für den Erzeugungsmechanismus der Sozialfaschismustheorie war die Einarbeitung dieser unbestreitbaren empirischen Beobachtungen in den theoretischen Rahmen des Klassenreduktionismus: die SPD als bloßes »Instrument« des Monopolkapitals, hierin ähnlich dem Instrument Faschismus. Die Sozialfaschismusthe-

se war also nicht nur psychologisch und politisch verständlich, sondern innerhalb der in der KPD dominanten Verarbeitungsform folgerichtig. Sie kann in einer ähnlichen politischen Konjunktur wieder wirksam werden, wenn ihre Überwindung nicht gleichzeitig den ihr zugrundeliegenden klassenreduktionistischen Erzeugungsmechanismus überwindet. — Unklar bleibt auch, welche innerparteilichen Entscheidungsstrukturen die Durchsetzung der Sozialfaschismusthese gegen bessere Analysen der politischen Lage begünstigten. Bessere Analysen gab es sowohl innerhalb der Parteiführung als auch im Bündnisbereich der KPD, z.B. bei der ausgeschlossenen »rechten Abweichung« um Brandler, Thalheimer, Abendroth, mit denen sich Schleifstein leider nicht auseinandersetzt.

Schleifstein zeigt, daß die Tolerierungspolitik eine bürgerlich-faschistische Blockbildung begünstigte, die sich als Widerstand des Volkes gegen den Staat der Weimarer Republik artikulieren konnte. Denn sie »ermöglichte es der Nazipartei und den Deutschnationalen, sich als 'konsequente Opposition' ... zu gebärden und aus der Unzufriedenheit der Werktätigen politischen Gewinn zu ziehen« (57). Aber er beschränkt sich darauf, der Tolerierungspolitik den richtigen, aber zu allgemein bestimmten »Weg des entschlossenen Massenkampfes, der Anwendung der außerparlamentarischen Kampfmittel« entgegenzustellen (54). Es fehlte der KPD damals eine Gesamtstrategie, wie man den Faschisten den von ihnen besetzten berechtigten Volksprotest streitig machen und auf die Seite einer proletarischen Klassenpolitik hinüberziehen kann. Ebenso fehlte eine genaue Analyse der verschiedenen ideologischen Apparate des Staates und der Widersprüche in ihnen, was die Ausarbeitung einer gezielten und kontinuierlichen Bündnispolitik mit bürgerlich-republikanischen Kräften erschwerte. Die Dominanz des Klassenreduktionismus in der KPD hat eine solche, in die ideologische Konjunktur eingreifende Politik nur sporadisch und strategielos ausprobieren lassen.

Jan Rehmann (Berlin/West)

Eichholtz, Dietrich, und Kurt Gossweiler (Hrsg.): Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980 (459 S., Ln., 38,— DM).

Drobisch, Klaus, Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler u.a.: Faschismus in Deutschland. Faschismus in der Gegenwart. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980 (308 S., br., 14,80 DM).

Gerade in der Faschismusforschung ist es hierzulande weithin Usus, Positionen der DDR-Historiographie lediglich in illustrativer Funktion als Exempel eines unfruchtbareren Ökonomismus zu notieren, ohne den aktuellen Stand der dortigen Diskussion überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Das wird in Zukunft nicht mehr leicht möglich sein, denn in der DDR — und durch eine Lizenzausgabe des Pahl-Rugenstein Verlages auch bei uns — ist jetzt erstmals ein Sammelband vorgelegt worden, der »zusammenfassend den Stand der Faschismusforschung in der DDR« (16; alle Zitate nach »Faschismusforschung«) dokumentiert. In drei Abteilungen — Faschismus und Imperialismus, Fragen der faschistischen Ideologie, Antifaschistischer Kampf und ideologische Auseinandersetzung — sind 17 Beiträge versammelt, mit einem breiten Themenspektrum und zum Teil auf Grundlage neuer Quellen.

Eingeleitet wird der Band von *Lewerenz* mit einer Skizze zur Faschismusanalyse der Kommunistischen Internationale von 1922 bis 1935, die belegt, daß im Zentrum dieser Analyse die Frage nach dem Klassencharakter des Faschismus stand. Gleichzeitig sind allerdings an diesem Beitrag selbstauferlegte Fesseln der DDR-Historiographie symptomatisch. So werden zwar verschiedene Interpretationsansätze in der Frühphase der KI differenziert dargestellt, wird etwa Clara Zetkin kritisiert (26) und ein Bruch zwischen IV. (1923) und V. (1924) Weltkongreß konstatiert (29); mit der »Bolschewisierung der

kommunistischen Parteien« seit 1924/25 aber beginnt eine gradlinige Entwicklung, in der »die weitere Analyse des Faschismus (...) immer enger mit der schöpferischen Aneignung der Leninschen Imperialismustheorie verknüpft« (30) wurde. In diese Linie wird explizit auch der VI. Weltkongreß von 1928 gestellt, der insgesamt »die richtige Orientierung für die Stoßrichtung des antifaschistischen Kampfes« (35) gegeben habe, während die damit verbundene Sozialfaschismusthese eher als störende Nebenerscheinung gesehen wird, als eine »gewisse (...) Gleichsetzung von bürgerlicher Demokratie und Faschismus« (39), wodurch »nicht alle Möglichkeiten zur Einbeziehung breiter werktätiger Massen« (39) in den antifaschistischen Kampf ausgenutzt werden konnten. Eine radikal kritische Auseinandersetzung scheint hier (noch) nicht möglich zu sein.

Eichholtz behandelt »Probleme der Entwicklung der Produktionsverhältnisse unter der faschistischen Diktatur« (49), vor allem die »Regulierung der Ausbeutungsbedingungen« (55) und unterstreicht die These, daß »als Charakteristikum jeder voll ausgebildeten faschistischen Diktatur« auf ökonomischem Gebiet »die Stabilisierung bzw. Restauration der kapitalistisch-monopolistischen Eigentumsverhältnisse« (65) angesehen werden müsse. Fortgeführt wird damit die vor 12 Jahren im *Argument* begonnene Diskussion um das Verhältnis von sozialer Herrschaft und politischer Macht, erweitert allerdings u. a. um eine Kritik an Kuczynskis These, daß die Führer der NSDAP durch den Einsatz ihrer politischen Macht selber zu Großeigentümern an Kapital geworden seien (67).

Die Spezifika der staatlichen Entwicklung des Faschismus behandelt *Gottschling* (73ff.), der zwei Etappen bei der »Umformung des staatlichen Herrschaftsmechanismus« (81) unterscheidet. Die erste zeichnet sich aus durch »Änderungen in den Tätigkeitsformen und im Kaderbestand der Staatsorgane« (81), die zweite durch »Negation der bürgerlichen Demokratie und der bürgerlichen Gesetzmäßigkeit im umfassenden Sinne« (82). Diese Periodisierung wird am deutschen Beispiel konkretisiert. Im Vergleich von Italien und Deutschland untersucht *Gossweiler* das Verhältnis von »Faschismus und Arbeiterklasse« (99ff.) und zieht das Fazit, daß in beiden Ländern der Faschismus eine Bewegung entsteht, »die ihren Ursprung einem neuartigen politischen Bedürfnis der reaktionärsten Kreise der herrschenden Klasse verdankt, nämlich dem zweiseitigen Bedürfnis nach Vernichtung der Arbeiterbewegung *und* ideologischer Eroberung großer Teile der Arbeiterschaft« (122); die Begrifflichkeit Gossweilers, nach der die NSDAP als in diesem Sinne geeignetste Organisation am Ende einer »Experimentierreihe« stand, die »geradezu lehrbuchmäßig« (111) verlief, birgt allerdings die Gefahr, den realen und von subjektiven Intentionen konkreter Protagonisten geprägten Prozeß der Genese faschistischer Organisationen in ein logisches Schema zu zwingen. — Auch *Ruge* behandelt das Problem der faschistischen Massenbasis, vertritt aber einen anderen Standpunkt als Gossweiler. Während dieser davon ausgeht, daß die oben zitierte Funktionszuweisung für die NSDAP zumindest für den gesamten Zeitraum bis zur »Machtergreifung« Gültigkeit besaß, geht Ruge davon aus, daß bereits in den frühen 20er Jahren eine »massenpolitische Umorientierung der faschistischen Bewegung auf das Kleinbürgertum« (137) vorgenommen wurde.

Knappe, aber dennoch sehr genaue Abrisse über den »Terror und seine Institutionen in Nazideutschland« (157ff.) und über »Ursachen, Triebkräfte und Bedingungen der antijüdischen Politik« (181ff.), liefern *Drobisch* bzw. *Pätzold*. Hervorzuheben ist jeweils das Bemühen um eine exakte Bestimmung der Entwicklungsstufen des faschistischen Terrors und deren Ableitung aus den Gesamtbedingungen des Herrschaftssystems.

Weissbecker gibt einen Überblick über den »Faschismus in der Gegenwart« (209ff.) unter dem Leitmotiv, daß dieser »geschlagen, aber immer noch gefährlich« (213) ist. In diesem Beitrag wird ein Problem deutlich, das bei der Anwendung der Faschismustheo-

rie auf die Gegenwart generell anzutreffen ist: eine weitgehende Unsicherheit über den Beurteilungsmaßstab dafür, was etwa faschistische Organisationen seien. Weissbecker entgeht nur scheinbar dieser Schwierigkeit, wenn er »im wesentlichen (?) von den Einschätzungen der kommunistischen Parteien der betreffenden Länder« (224) ausgeht. Das als Anlage beigefügte »Auswahlverzeichnis der wichtigsten nach 1945 in Erscheinung getretenen rechtsextremistischen und neofaschistischen Organisationen« (232-236) jedenfalls wirft mehr Fragen auf als es Informationen vermittelt. So fehlen für die Bundesrepublik etwa DRP und SRP, dafür ist der Bund der Vertriebenen verzeichnet. Für Italien sind die Roten Brigaden aufgenommen worden. Wenn diese m.E. falsche Kennzeichnung aber schon vorgenommen wird, warum fehlt dann die RAF in der Sammlung der Organisationen aus der Bundesrepublik etc.? Schwierigkeiten mit einer exakten Begriffsbestimmung hat auch *Hackett* mit seiner Skizze über »Faschismus in Lateinamerika« (237ff.) vor allem in der Abgrenzung zu »traditionellen Militärdiktaturen« (240).

Drei ausgezeichnete Beiträge enthält die zweite Abteilung des Bandes: *Petzold* untersucht die »Entstehung der Naziideologie« (261ff.) und umreißt dabei vor allem die Verbindungslinien zwischen Alldutschen und NSDAP. *Malorny* — ursprünglich Dilthey-Spezialist — behandelt sehr differenziert das Thema »Friedrich Nietzsche und der deutsche Faschismus« (279ff.), wobei vor allem die unterschiedlichen Fraktionen der »faschistischen Philosophie« in ihrem Verhältnis zu Nietzsche beleuchtet werden. *Krause* analysiert das Verhältnis von »Faschismus und bürgerliche(r) politische(r) Ökonomie« (303ff.). Dieser Aufsatz ist sehr interessant, weil er ausführlich auf die »Diskussion in der DDR« über die »Rolle des Keynesianismus im faschistischen Deutschland« (315) eingeht.

Im dritten Teil behandelt zunächst *Mammach* den »antifaschistischen Kampf der KPD« (323ff.). Sichtbar wird die schon bei Lewerenz beobachtete Tendenz, eine »immer klarer« (326) den Faschismus analysierende KPD vorauszusetzen, deren »fester Bestandteil« das »Ringeln um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse« (328) gewesen sei. *Wrona* skizziert die Entwicklung der »marxistisch-leninistische(n) Faschismuskritik« (355ff.) in den ersten Jahren der SBZ und würdigt dabei kritisch Arbeiten u.a. von Girnus, Lukács, Abusch sowie das Referat Grotewohls über die »geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus« (371). *Kowalski/Thom* geben einen Überblick über »Faschismusauffassungen in der Sozialistischen Arbeiterinternationale« (375ff.), wobei die Diskussionen auf der Pariser Konferenz von 1933 sehr detailliert behandelt werden (386ff.). *Niemann* untersucht gesondert das Faschismusbild der deutschen Sozialdemokratie und stellt dabei die These auf, daß der »gemeinsame Boden« für die Faschismusanalyse rechter wie linker Sozialdemokraten der »Antikommunismus« (401) gewesen sei, ohne diesen Begriff allerdings näher zu erläutern oder das Verhältnis von SPD und KPD auch als Wechselverhältnis zu sehen. Unbelegt ist die von ihm behauptete Sympathie des jungrechten Flügels der SPD mit der »faschistischen Strasser-Gruppe« (404).

Lozek/Richter beschließen den Band mit einer polemischen Auseinandersetzung »mit vorherrschenden bürgerlichen Faschismustheorien« (417ff.), die zunächst knapp in ihrer historischen Entwicklung periodisiert werden. Besondere Aufmerksamkeit gelten dann den Ansätzen von Nolte, Schieder, Mason, Bracher u.a., aber auch dem »subjektivistischen Grundzug« (442) »bürgerlicher« Faschismusanalyse, ersichtlich etwa in der »Hitlerwelle« (443). — Insgesamt liegt ein Band vor, der umfassend die Positionen, aber auch die Probleme der Faschismusforschung der DDR auf dem jetzigen Stand verdeutlicht. Für die Lizenzausgabe ist dem Verlag zu danken. Unverständlich ist allerdings, warum in einer Taschenbuchausgabe unter dem Titel »Faschismus in Deutschland. Faschismus in der Gegenwart« lediglich die Hälfte dieser Aufsätze einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden, ohne diese Auswahl auch nur mit einem Satz

zu begründen. Weggefallen ist auch das Personenregister, bei Weissbecker wurde der Anhang — ohne Vermerk! — getilgt. Etwas mehr Sorgfalt bei der Taschenbuchausgabe hätte gutgetan.

Axel Schildt (Hamburg)

Mutius, Bernhard v.: Die Rosa Luxemburg-Legende. Band 1. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1978 (280 S., br., 12,50 DM).

Vergegenwärtigt man sich, mit welch ungebrochenem Eifer auch noch 60 Jahre nach ihrer Ermordung die Persönlichkeit und politische Theorie Rosa Luxemburgs von den unterschiedlichsten Richtungen und Strömungen nicht nur der Arbeiterbewegung in Beschlag genommen werden, so wird man jeden Versuch begrüßen, der wild wuchernden Legendenbildung um die Gestalt der großen Revolutionärin entgegenzutreten und die wahren Grundlagen und Ziele ihres politischen Wirkens offenzulegen. Dies umso mehr, als auch die Partei der Arbeiterbewegung, an deren Gründung Luxemburg selber entscheidenden Anteil hatte, lange Zeit nur »mangelhaft und halbherzig« daranging, Luxemburgs Schriften vollständig auszuwerten und zu rezipieren (202). Wenn in den 30er, 40er und 50er Jahren in der kommunistischen Bewegung fast nur noch die gelegentlichen taktischen Unzulänglichkeiten oder politischen Fehleinschätzungen Rosa Luxemburgs und der deutschen Linken in den Vordergrund geschoben und stark überzeichnet, ihre praktischen Verdienste um die Arbeiterbewegung und ihre theoretischen Leistungen hingegen weit unterschätzt wurden (257, Fn.2), so war dies einerseits schon eine Reaktion auf die im Entstehen begriffene Luxemburg-Legende — wobei die Legende fälschlicherweise für bare Münze genommen wurde — und mußte andererseits eben dieser Legendenbildung neue Nahrung geben. Das Ergebnis war eine Flut bürgerlicher, sozialdemokratischer, linkssozialistischer, anarchistischer u.a. Literatur, deren gemeinsame Klammer Luxemburgs angeblicher Antileninismus, und deren gemeinsamer Grundstein Luxemburgs tatsächliche Äußerung: »Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden« ist.

Mutius' Herangehen an das Werk Rosa Luxemburgs zeichnet sich demgegenüber dadurch aus, daß er nicht selektiv vorgeht, also etwa Äußerungen Luxemburgs zu Fragen der Spontaneität, der Massenaktion, der Organisation, der Bürokratie u.ä. aus dem historischen Kontext löst und sie gewissermaßen zu je eigenen Theorien verabsolutiert, sondern versucht, das theoretische Werk Luxemburgs auch noch in seinen Widersprüchen als eine Einheit aufzufassen und darzustellen.

Der hier vorliegende erste Band der »Luxemburg-Legende« umfaßt das Wirken Rosa Luxemburgs von ihrem Eintritt in die deutsche Arbeiterbewegung 1898 bis zum Vorabend der russischen Revolution 1905. In den drei einleitenden Kapiteln werden sowohl die politischen und sozialen Voraussetzungen, wie sie Rosa Luxemburg in ihrer polnischen Heimat vorgefunden hat und von denen sie entscheidend geprägt wurde, als auch die Verhältnisse in der deutschen Sozialdemokratie in den 90er Jahren geschildert. Für Luxemburg bedeuteten die polnischen Erfahrungen vor allem die Trennung von den »utopisch-terroristischen Ideen der Volkstümlerbewegung« (24), wobei zu Recht auf die Bedeutung Plechanows in diesem Prozeß hingewiesen wird (27f.); die deutsche Sozialdemokratie galt ihr — wie allen anderen Marxisten der internationalen Arbeiterbewegung jener Zeit — als Vorbild des revolutionären Sozialismus, und zwar nicht nur wegen ihrer organisatorischen Stärke und ihres Masseneinflusses, sondern auch wegen der theoretischen Grundlagen der Partei, insbesondere des »wissenschaftlich ausgereiften« (zit. 59) Erfurter Programms. Mutius verneift es sich, im Anschluß daran direkt zum »herausragendsten Ereignis« in Luxemburgs politischer Laufbahn, ihrer brillanten Polemik gegen Bernstein, überzugehen. Er weist vielmehr darauf hin, daß es »zuvor und parallel dazu Gefechte auf mehr alltäglichem, praktischem Felde« gegeben habe (63), in denen es darum gegangen sei, Möglichkeiten und Grenzen des

täglichen ökonomischen und politischen Reformkampfes der Arbeiterbewegung zu bestimmen. Luxemburgs Argumentation für eine »positive« Parlamentsarbeit, bei Beibehaltung des grundsätzlich oppositionellen Standpunkts der Partei, gehören genauso zum theoretischen Hintergrund der eigentlichen Revisionismus-Debatte wie ihre intensive wissenschaftliche Beschäftigung mit neu auftretenden Erscheinungen des deutschen und internationalen Kapitalismus (Kap.V). Letzteres veranlaßt Mutius sogar zu der interessanten Bemerkung, »daß der 'oberflächlichere' Ansatz ihrer Schriften aus den Jahren 1898/99 näher an die Lösung der Probleme des Imperialismus herangeführt« als ihr späteres ökonomisches Hauptwerk (Die Akkumulation des Kapitals, 1913), eine Behauptung, die aber leider nicht weiter expliziert wird (227, Fn.14).

Mutius hält die Darstellung der Bernstein-Diskussion relativ kurz und wendet sich stattdessen Fragen zu, die in der einschlägigen Literatur bislang vernachlässigt wurden. So z.B. der mehrjährigen Diskussion um die historisch erstmalige Beteiligung eines Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung (Millerand in Frankreich), in deren Verlauf Luxemburg zur Formulierung einer revolutionären Bündnispolitik im Zusammenhang mit einer sehr stark an Lenins späteres »Etappenmodell« und an Gramscis »Hegemoniekonzeption« erinnernden Strategie der proletarischen Machtübernahme vordringt. — Oder Luxemburgs seltsam anmutende Aktualisierung Ferdinand Lassalles. Ihr ging es dabei allerdings nicht um eine Rekonstruktion der Ideen Lassalles, sondern um die Erinnerung an dessen Aktivismus, an dessen »kühne Tat« (zit. 168), eine verständliche Reaktion auf das zunehmende Vertrauen der deutschen Sozialdemokraten in den ruhigen, objektiven Gang der Dinge. Keimhaft sind hier bereits die Diskussionslinien der Massenstreikdebatte sowie der späteren Auseinandersetzung mit dem Zentrismus vorgezeichnet.

Diese Themen sollen (wie auch die Fortsetzung der in Kap. XII begonnenen Kontroverse Luxemburg-Lenin) im 2. Band der »Luxemburg-Legende« behandelt werden, auf dessen Erscheinen man gespannt sein darf.

Peter Strutynski (Kassel)

Le Congrès de Tours. Edition critique. Editions sociales, Paris 1980
(919 S., Ln., 160 Fr.).

Der Parteitag von Tours — Gründungsparteitag der heutigen FKP — fand vor 60 Jahren statt: vom 25. bis 30. Dezember 1920. Beschlossen wurde der Beitritt der damaligen Sozialistischen Partei zur Kommunistischen Internationale. Die Gegner des Beitritts, die sich in der Minderheit befanden, beugten sich allerdings nicht dem Mehrheitsbeschluß, verließen den Parteitag und vereinigten sich zur Wiedegründung der SP (unter Léon Blum).

1921 wurden die Arbeiten des Kongresses veröffentlicht, inzwischen sind sie unauflindbar geworden. Das vorliegende Werk macht sie wieder zugänglich: es enthält neben den vorbereitenden Dokumenten des Parteitags die drei Berichte, die bisher unveröffentlicht geblieben sind und in persönlichen Archiven aufgefunden wurden, weiterhin die Anträge, Resolutionen und Reden der sechs Kongreßtage sowie des Minderheitskongresses. Diesen Arbeiten vorangestellt ist eine Einführung in den nationalen und internationalen Kontext: Die Kommunistische Internationale, ihre Gründung unter russischem Übergewicht, ihren revolutionären Messianismus, die konjunkturelle Bedingtheit der 21 Aufnahmebedingungen und deren quasi-militärischer, zentralistischer Stil.

Frankreich ist gegen Kriegsende ein Siegerland, dem der Sieg mit 2,5 Millionen Toten und Schwerbeschädigten, einem verwüsteten Osten und Norden teuer zu stehen kam. Deutschland soll dafür zahlen. Für die französischen Arbeiter bedeutete der Krieg vor allem Überausbeutung, gerechtfertigt durch den »Burgfrieden«. Ein Chanson gibt über die damaligen Mentalitäten Auskunft: »Adieu la vie, adieu l'amour / Adieu

toutes les femmes / C'est bien fini, c'est pour toujours / De cette guerre infâme (...) Car nous sommes tous condamnés / Nous sommes les sacrifiés / Ceux qu'ont le pogon, ceux-là reviendront / Car c'est pour eux qu'on crève» (29).

Am 4. August hatte die SP einstimmig Kriegskredite und Ausnahmezustand gebilligt, in die nationalistische Welle stimmte sie verstärkend ein. Erst im Januar 1916 — nach dem Manifest von Zimmerwald — nimmt der Widerstand gegen den Krieg auch in Frankreich kollektive und organisierte Formen an. Nach der russischen Februarrevolution kommt es im Frühling 1917 zu Meutereien an der Front und Streiks im Hinterland. Nach der Oktoberrevolution gehen zahlreiche Mehrheitler aus SP und CGT zur Linken über und plädieren für Frieden. Die Kenntnisse über die sowjetische Wirklichkeit im Jahre 1919 sind ärmlich, ohnmächtig, den durch spontane Sympathie hervorgegerufenen Wissensdurst zu stillen.

Auf dem Parteitag von Tours legen Cachin/Frossard einen Aufnahmeantrag für die III. Internationale vor, er erhält 3208 Mandate, Longuet/Faure einen Antrag auf Aufnahme »unter Vorbehalt«: 1022 Mandate und Blum einen Antrag für »internationale Einheit«, den er vor der Abstimmung zurückzieht (397 Enthaltungen). Bereits zu Beginn des Parteitags wissen sich die Beitrittsanhänger in der Mehrheit. Als Gründe werden — in dieser Reihenfolge — genannt: Opposition zu den Parlamentariern und elektoralistischen Mandatsträgern, Opposition zum »Kriegssozialismus«, Wille zur Neuorganisation der Partei, Bruch mit dem Reformismus und die Oktoberrevolution (70f.). Die Skepsis gegenüber den eigenen Parlamentariern erklärt sich mit aus der Zusammensetzung der Partei: an der Basis mehrheitlich aus Arbeiterkreisen stammend, nimmt der Arbeiteranteil in Richtung Partei-Führung immer mehr ab — 33 % der Kandidaten für die Legislativwahlen und nur noch 16 % der Deputierten.

Hauptfragen, über die sich die Kongreßteilnehmer stritten, waren: wie kann ein erneuter imperialistischer Krieg wie der, der Europa soeben blutig heimgesucht hatte, verhindert werden? Wie ist auf den Appell der Komintern zu antworten, ein neues Werkzeug zum Kampf für die sozialistische Weltrevolution zu schmieden? Welche Lektionen können die französischen Revolutionäre aus der Oktoberrevolution und der Existenz des ersten sozialistischen Staates ziehen? Ein umfangreicher kritischer Apparat mit 400 Biographien der bekannten Kongreßteilnehmer sowie Tabellen mit den Resultaten der einzelnen Departements ergänzen die Originaltexte, die für jeden Wissenschaftler eine Forschungsquelle darstellen. Die Debatten, die zur mehrheitlich beschlossenen Umwandlung einer sozialistischen in eine kommunistische Partei führten, können damit von jedem Interessierten wieder nachverfolgt werden.

Wolfgang Kowalsky (Paris)

Samuel, Raphael (Hrsg.): People's History and Socialist Theory.

Routledge & Kegan Paul, London, Boston, Henley 1981 (417 S., br., £ 6,95).

Das Buch enthält überarbeitete Beiträge und Referate vom gleichnamigen 13. History Workshop in Oxford (vgl. den Bericht in: *Das Argument* 120, 254ff.), ergänzt durch bibliographische Angaben und Diskussionsprotokolle; dazu ein Vorwort des Herausgebers über die verschiedenen Traditionslinien und Praxen von People's History — konservative, liberale und sozialistische — und ein Nachwort über die Geschichte der History Workshops. Der Leser erhält einen umfassenden Überblick über Forschungs- und Diskussionsstand der sozialistischen Praxis von People's History. Die Themen: Local History, Oral Tradition, Peasant Studies, The State, Capitalism, Socialism, Feminism, Fascism and Anti-Fascism, Cultural Studies, Socialist History in Europe, African History, Labour History; eine Debatte zwischen *Sheila Rowbotham* und zwei Redakteurinnen des History Workshop Journals über den Begriff des Patriarchats und vor allem die Debatte über »Culturalism« zwischen *E.P. Thompson* auf der einen und *Stuart Hall*/

Richard Johnson auf der anderen Seite (vgl. *Das Argument* 119, 39ff.). Anlässlich der Althusserpolemik von Thompson in seinem Buch »The Poverty of Theory« wird hier eine seit den 60er Jahren geführte Debatte über marxistische Theoriebildung und empirische Geschichtsforschung wieder aufgenommen. Über zahlreiche Beiträge aus Italien, Frankreich, Schweden und der BRD erhält der Leser einen Einblick in die internationale »Geschichtsschreibung von unten«. Aus der BRD sind vertreten: *Lutz Niethammer* (Antifaschismus nach '45 in Deutschland), *Franz-Josef Brüggemeier* (Ruhrarbeiter und ihre Geschichtsschreiber), *Hans Medick* (Erneuerung der Debatte zum Übergang Feudalismus/Kapitalismus), *Alf Lüdtke* (Staat und soziale Herrschaft in Preußen im 18./19. Jahrhundert).
Gaby Mischkowski (Berlin/West)

Engelmann, Bernt: Preußen. Land der unbegrenzten Möglichkeiten. C. Bertelsmann Verlag, München 1979 (447 S., Ln., 36,— DM).

Engelmann behandelt mehr als 400 Jahre preußischer Geschichte von den Anfängen bis zur Auflösung Preußens durch den Alliierten Kontrollrat im Jahr 1947. Er schreibt einerseits zur Ehrenrettung der »anderen« Preußen wie Kant und E.T.A. Hoffmann, der »roten Preußen« Marx, Engels und Bebel, andererseits geht es ihm um die Widersprüchlichkeit der preußischen Geschichte. »Denn Schwarz und Weiß, die Farben Preußens, symbolisieren das Nebeneinander der Gegensätze in diesem untergegangenen Staat. Wer nur das eine, nicht auch das andere sieht, wird Preußen nicht gerecht.« (425). — Engelmann verfolgt in seinem Buch zwei große Linien: Zum einen widerlegt er die sich bis heute zäh behauptenden preußischen Legenden (z. B. war das Ansehen Friedrichs des Großen als Feldherr »im wesentlichen das Resultat sehr geschickter Eigenpropaganda«, 116), indem er die preußische Hofgeschichtsschreibung auf ihren Wahrheitsgehalt hin untersucht und die bundesrepublikanische bürgerliche Historikerzunft (Gerhard Ritter, Golo Mann) kritisiert. Dabei stützt sich Engelmann auf Franz Mehring und DDR-Historiker wie Streisand, Vogler und Vetter.

Die zweite große Linie ergibt sich aus der Geschichte der Untertanen. Engelmann beschreibt ausführlich die elenden Lebensverhältnisse der Soldaten und Bauern, das Erstarken des Bürgertums und das Entstehen der Arbeiterbewegung. Indem er das harte Leben der Untertanen gegen die offizielle preußische Geschichte setzt, macht er »Preußens Gloria« durchsichtig, zeigt er, auf wessen Kosten das hohenzollernsche Familienunternehmen Großmacht wurde. Gut lesen läßt sich das Buch, weil Engelmann eine klare Gegenwartssprache benutzt, er verwendet z. B. das Wort »Slums« zur Kennzeichnung der Unterkünfte der Ärmsten im 13. Jahrhundert oder spricht von der »Großfahndung« nach Michael Kohlhaas.

Eine Einschränkung betrifft den ersten Teil des Buches, die Vorgeschichte Preußens. Hier tauchen historische Begriffe wie »Schultheiß« oder »Stapelrecht«, deren Bedeutung nicht jeder Sachbuchleser kennen kann und die Engelmann hätte erläutern müssen, wie er es auch in den übrigen Kapiteln getan hat. Eine große Anzahl von Abbildungen und Quellen verschiedenster Art wie Briefe, Reden, Zeitungsartikel, Flugblätter lockern den Text zu einer spannenden und anschaulichen Lektüre auf. Engelmanns Vorhaben, die preußische Geschichte »vorurteilsfrei ... Revue passieren zu lassen ...« (36), hat zu einem ausgezeichneten Sachbuch geführt, das nur einen Nachteil hat: es ist zu teuer.
Elke Opolka (Berlin/West)

Družinin, Nikolaj Michajlovič: Vospominanija i mysli istorika (Erinnerungen und Gedanken eines Historikers). Izdatel' svo Nauka, Moskva 1979 (168 S., br., 45 Kopeken).

In dem kleinen Buch gibt der sowjetische Historiker N.M. Družinin (geb. 1886) Rechenschaft über mehr als 70 Jahre wissenschaftlicher Arbeit. Dem Text sind eine Werkbibliographie und eine Biobibliographie beigegeben.

Im Diskussionszusammenhang von »kružki« (Zirkeln) wandte sich der Moskauer Gymnasiast in den Jahren 1902-1904 von den in der Schule vermittelten althistorischen Themen ab. Der Wunsch, sich »unmittelbar mit dem Volk zu berühren« (7) wurde zum Motiv des Interesses an der Geschichte der russischen Bauern, welcher Družinin bis heute seine Arbeitskraft widmet. 1904 hörte der junge Student an der historisch-philologischen Fakultät u. a. die parallelen, kontroversen Vorlesungen von Rožkov und Kizeveter über die Bauernbefreiung. 1905 wurde der Student gefaßt, als er illegale Literatur verbreitete, und nach Saratov verbannt. Dort arbeitete er im lokalen Komitee der sozialdemokratischen Partei mit, und auch nach der Rückkehr in die Universitätsstadt führte er diese Zusammenarbeit fort.

Im Herbst 1906 gelangte er jedoch zu der Überzeugung, daß es zwischen Berufsrevolutionär und Wissenschaftler keinen Mittelweg geben könne, und entschied sich für den letzteren Beruf. Nach den Reformen von 1905 war an der Moskauer Universität die Eigeninitiative der Studenten stärker gefragt; sein Lehrer M. M. Bogoslovskij (der Družinin nach dem Ende des Militärdienstes 1918 an die Universität holte) strebte an, seine Seminare so zu organisieren, daß sie wie ein »Orchester ohne Dirigent« abliefen (23).

Als Parteiloser arbeitete Družinin nach der Oktoberrevolution in Aufklärungsabteilungen mit und wurde 1926 Sekretär des neu gegründeten Revolutionsmuseums. An der Wende der Wissenschaftspolitik 1929 wurde er dann zu einem der Opfer Pokrovskijs, der seine erste größere Arbeit über eine Gutsbesitzerzeitschrift in der Pravda angriff, ohne dem Angegriffenen die Möglichkeit zur Verteidigung zu geben. Družinins Antwortbrief, der damals unpubliziert blieb, wird im vorliegenden Band mit fünfzigjähriger Verspätung veröffentlicht. Die Dissertation wurde trotz der Attacke angenommen — als »verteidigt, wenn auch nicht marxistisch« (45). Als Dozent für Museumspädagogik überstand der Historiker die folgenden Jahre.

Schon fünf Jahre später harte die wissenschaftspolitische Lage sich völlig geändert. Aus der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften wurde wieder eine Fakultät für Geschichte, und der junge Dozent erhielt eine Professur am Lehrstuhl für russische Geschichte, den A. M. Pankratova innehatte. Gemeinsam (und schließlich erfolgreich) führten sie den Kampf gegen die »primitiv-schülerhaften Ansichten« von Mitgliedern des Volkskommissariats für Bildungswesen, welche selbständige Quellenarbeit nicht als Teil der Universitätsausbildung anerkennen wollten (50).

1938, mit der Berufung an das 1936 gegründete Akademieinstitut für Geschichte, begann Družinin seine Forschungen über die Reform der Staatsbauern unter Kiselev 1837-38. Der Koffer mit Exzerpten zum Thema folgte ihm während der Evakuierung der Universität nach Alma-Ata und später wieder zurück nach Moskau. 1957 konnte der Autor diese, seine zweite große Arbeit mit dem zweiten Band abschließen. Dabei macht er deutlich (100), daß der Versuch utopisch gewesen wäre, Kiselevs Akten insgesamt durchzuarbeiten. Er betont die Bedeutung der Archivistudien; meint aber, daß man sich ihnen erst zuwenden solle, nachdem man sich über die Fragestellung klar geworden sei und Literatur wie publizierte Quellen gründlich erarbeitet habe.

Ein besonderer Reiz des Buches liegt in den deutlichen Urteilen. So in der Verurteilung der »Zitatologie«, bei der Opponenten ihre Gegner mit Zitaten aus Marx, Engels oder Lenin »vernichten« wollen (62); oder in der Kritik des großrussischen Nationalismus in der sowjetischen Geschichtsschreibung während der Periode 1945-53 (78). Nach der Ernennung zum Leiter des »Sektors für sowjetische Geschichte des 19. und beginnenden 20. Jhdts.« im Institut für Geschichte und der Wahl zum Mitglied der Akademie im Jahre 1946 überwachte dann die Organisationsarbeit die Forschung — 1953, so hat er ausgerechnet, verbrachte er ein Fünftel seiner Arbeitszeit allein auf Sitzungen. Auch in diesem Punkt ist sein Urteil deutlich (75).

Družinin schließt sein Buch mit einer Art Vermächtnis an die sowjetische Geschichts-

wissenschaft. Darin fordert er unter anderem, daß die Monographie über ein selbst gewähltes Thema im Zentrum der Forschungstätigkeit eines Wissenschaftlers bleiben müsse. »Wenn ein Thema von außerhalb aufgedrängt wird und nicht im Denken und Fühlen des Autors auf eine tiefe Spur trifft, läuft seine Arbeit das Risiko, abgequält und oberflächlich zu bleiben« (88). Die selbständige Wahl des Themas hindere nicht die Mitarbeit an nach Plan von einem Kollektiv durchgeführten Arbeiten. Die Bedeutung der Kollektivarbeit tritt für die Entwicklung des Wissenschaftlers jedoch hinter der Einzelarbeit zurück. Eine andere Forderung lautet — nochmals in Kritik an Pokrovskijs Methoden, »die ihn leider überlebten« —, »Fakten, und nur die Fakten, gesichert, verglichen und miteinander verbunden« gelten zu lassen. Als »Kriterium für Auswahl und Erklärung der Fakten« sei der Marxismus-Leninismus ein »geeignetes Mittel« und helfe, »einen Weg aus dem Labyrinth des grenzenlosen Faktenmaterials zu finden« (108). Das »Prinzip der Eigeninitiative« aber dürfe dadurch nicht aufgehoben werden; jeder junge Historiker müsse es vielmehr in sein Glaubensbekenntnis aufnehmen (115).

Das Werk Družinins ist durch ein Insistieren auf jenem sachlichen Zusammenhang geprägt, der in seinem letzten Buch auch im Titel genannt ist: *Russkaja derevnja na perelome* — »Das russische Dorf im Umbruch«. Seine Autobiographie macht deutlich, wie sehr das Verhältnis von Stadt und Land, und vor allem aus dieser Perspektive, von Intelligenz und Volk auch eine Lebensfrage für ihn ist; das Foto vor dem Titelblatt zeigt den Autor im Bauernkittel unter der Anzugjacke. Die Art, in der er mit dieser Frage umgeht, läßt einen Strang von Kontinuität zwischen der russischen und der sowjetischen Geschichtswissenschaft erkennen, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte.

Hans-Heinrich Nolte (Hannover)

Soziale Bewegung und Politik

Deppe, Frank: *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse.* Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaften, Marburg 1979 (243 S., br., 12,80).

Angesichts der Weltmarktkrise zeichnet sich ein Umbruch der gewerkschaftlichen Strategie ab und spitzen sich die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zu. In solcher Zeit werden Eingriffe wie Deppes Buch dringend gebraucht, das zentrale Aufgaben der Arbeiterbewegung anmahnt: »korporativistische Tendenzen ... überwinden« (230), »die Einsicht entwickeln, daß Erfolge nur errungen und gesichert werden können, wenn die Macht des Kapitals über zentrale Entscheidungsbereiche wie die Investitionen und die betriebliche Arbeits- und Produktionsplanung eingeschränkt wird« (231). Das Verdienst des Buches liegt darin, daß es die politische Aufforderung durch eine geschichtliche Bilanz (»30 Jahre Gewerkschaftspolitik«, 38-86) und durch eine theoretische Analyse der Bedingungen gewerkschaftlicher »Autonomie« (87-198) zu untermauern versucht.

Die geschichtliche Bilanz endet mit der Feststellung, es sei in keinem westeuropäischen nichtfaschistischen Land gelungen, »ein der BRD vergleichbares Modell der gesellschaftlichen und politisch-ideologischen Integration und 'Befestigung' der Gewerkschaftsbewegung ... durchzusetzen« (86). Weil aber die ökonomische Krise die gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen verändert, wird heute die »Notwendigkeit einer autonomen Interessenartikulation ... auf die Tagesordnung ... gerückt« (87). Welche »besondere Funktionsbestimmung und Aufgabenstellung der Gewerkschaften« beinhaltet nun das »Autonomieprinzip« (ebd.)? Deppe antwortet im ersten Schritt durch Hinweis auf Kämpfe, die dem kollektiven Schurz der »Arbeitskraftinteressen« gelten und in deren Verlauf Gesetze der kapitalistischen Ökonomie »durchbrochen und modi-

fiziert« werden (89f.). Freilich bleiben dabei die *Grundgesetze* des Kapitalismus unangetastet, da jene Kämpfe bloß Reaktion auf die vorausgegangene Aktion des Kapitals sind, sie voraussetzen und reproduzieren (93). Als Schutzkoalition sind Gewerkschaften nicht autonom (97): dies beginnen sie erst bei Modifikation, Durchbrechung, Außerkräftsetzung der »Logik der Selbsterhaltung und Fortentwicklung des kapitalistischen Systems« zu werden (98). Da nun Gewerkschaften »unabdingbar« an die Reproduktionsinteressen ihrer Mitglieder »gebunden« sind, können sie nicht das Subjekt eines solchen Prozesses sein, vielmehr erlangen sie Autonomie durch Selbstüberschreitung, durch »Bestimmung ihres Platzes«, »vor allem ihres Verhältnisses zu ... den Arbeiterparteien« (99). Nun ist allerdings die »klare Trennung zwischen den nur-ökonomischen und den allgemein-politischen Interessen und Kampfaufgaben ... heute mehr denn je unmöglich geworden«, deshalb müssen die gewerkschaftlichen Kämpfe ungeachtet ihres beschränkten Aufgabenfeldes »in den politischen Raum drängen« (190). Je mehr sie das tun, desto »unmittelbarer« sind die Institutionen politischer Herrschaft mit der »autonomen, politischen Qualität der Gewerkschaftsbewegung konfrontiert« (ebd.). — Dem gewerkschaftlichen Weg zur Autonomie steht das Bestreben des Kapitals entgegen, die gewerkschaftliche Durchbrechung von Gesetzen selbst wieder zu »überwinden bzw. zu absorbieren« (146). Hierin sieht Deppe »den gesellschaftstheoretischen und strategischen Kern des Integrationsproblems« (143). Wenn die ökonomischen Bedingungen günstig sind, d. h. wenn wegen Nichtvorhandenseins »schwerer Krisen« Mittel für die »Absorption sozialökonomischer Interessen« der Arbeiter vorhanden sind (165), dann kann solche Kapitalpolitik auf innergewerkschaftliche Unterstützung zählen, nämlich auf einen integrationistischen Flügel, der für die »Arbeitsgemeinschaft« von Kapital und Arbeit eintritt (163). Selbst in schweren Krisen geschieht die Auflösung integrationistischer Bewußtseinsformen allerdings »nicht automatisch«, schon deshalb nicht, weil »Furcht vor dem Kommunismus« erzeugt wird und Sozialisten administrativ kaltgestellt werden (170). Weitere Faktoren von Integrationismus folgen »keinem einheitlichen Schema« (171), u. a. können »bestimmte Formen der Mitbestimmung« zu ihnen zählen (172).

Es ist schade, daß an dieser Stelle nicht weitergefragt wird, *welche* Mitbestimmung integrationistisch wirkt. »Die entwickelte Form eines Integrationismus findet sich dort, wo ... eine Einbeziehung von Teilen der Arbeiterbewegung in den Herrschaftsmechanismus des Systems selbst erfolgt.« (ebd.) Deppe begnügt sich mit dieser Feststellung, *faktisch einer Definition des Korporatismus-Problems*, als einer *letzten Antwort*. Aber diese Antwort legt die Schwächen der vorausgegangenen Argumentation bloß. Wenn staatliche Mitherrschaft der Arbeiterbewegung Integrationsmechanismus sein kann, ist es dann nicht falsch, ein abstraktes »Drängen in den politischen Raum« zu propagieren? Eine solche Empfehlung kann wegen ihrer Unbestimmtheit geradezu linker Flankenschutz bei der Errichtung korporativer Staatsapparate sein. Ob dann die autonomiefördernde Politik der »Arbeiterparteien« weiterhilft, ist fraglich, zumal sich Deppe über sie ausschweigt.

Das ist überhaupt die Merkwürdigkeit dieses Buches, daß sein allseitig beleuchteter Gegenstand, die »Autonomie der Gewerkschaft«, nach eigener Auskunft gar nicht existiert, während die kompensatorisch existierende *Autonomie der »Arbeiterparteien«*, die doch auch erst erwiesen werden müßte, ganz im toten Winkel verschwindet. Das Problem, das hier sichtbar wird, betrifft nicht nur Deppes Ansatz: wahrscheinlich wirkt bereits der Autonomie-Begriff als solcher desorientierend, egal, welche Arrangements man mit ihm trifft. Das Ziel der Arbeiterklasse ist Selbstaufhebung als Klasse, nicht Selbständigkeit; auf dem Weg von der Unselbständigkeit zur Klassenlosigkeit gibt es kein Zwischenstadium der »Autonomie«. Hat nicht der Versuch, realen Subjekten »Autonomie« zuzuschreiben, stets zur Verwicklung in Zweideutigkeiten geführt und denen

in die Hände gespielt, die meinen, Integration sei unentrinnbares Schicksal — weil Integration über derlei imaginäre Widerstände mit Leichtigkeit übergreift, sie als Einfallstüre gebraucht? Umgekehrt: Im Reden über die *Auflösung von Integration* durch den *revolutionären Prozeß* kommt man ganz gut ohne Autonomie-Begriff aus. Deppe selbst gibt dazu Hilfestellung; nicht da, wo er über Autonomie, sondern da, wo er über Integration spricht.

Seine Fassung von Integration als »Negation der Negation« ist ein wichtiger theoretischer Fortschritt, den wir wie folgt rekonstruieren und weiterführen können: Zunächst gelingt es einer systemoppositionellen Aktion, die Ersetzung eines *abgeleiteten Gesetzes* des Systems durch ein Antisystemgesetz zu bewirken. Danach aber gelingt es den Systemkräften, das Antisystemgesetz im Raum der allgemeinsten Gesetze des Systems, seiner *axiomatischen Grundlagen*, zu »reinterpretieren«. Aufs Ganze gesehen hat die oppositionelle Aktion bloß die *Ersetzung eines abgeleiteten Gesetzes durch ein anderes* erreicht. So wurde in den westlichen Ländern der Arbeiterstreik, von dem Marx, Lenin und Luxemburg hofften, er würde durch permanente Intensivierung zur Revolution führen, d.h. in die Axiomatik des Systems eingreifen, stattdessen auf abgeleiteter Ebene in sich zurückgebogen; ein Teil seines Potentials wurde amputiert und der Rest bewegt sich im Prokrustesbett des Systems. *Aber man kann nicht voraussetzen, daß mit den Axiomen des Kapitalismus jede beliebige Integrationsaufgabe lösbar ist.* Vielmehr wird es eine Entwicklung geben, in der *progressive* durch *degenerative Integration* abgelöst wird. In der progressiven Phase werden die Arbeiter das kapitalistische System durch ihre Aktionen selbst erst Schritt für Schritt aufbauen, wird der Strukturkern dieses Systems seine relative historische Wahrheit dadurch bewähren, daß er solche Aktionen zu seinen eigenen Anwendungen macht. Der Prozeß muß schon allein wegen der Dynamik der Akkumulationsgeschichte des Kapitals in eine degenerative Phase umschlagen; immer noch sind dann Arbeiterkämpfe Reaktion auf vorausgegangene Kapitalaktion, aber diese hat sich verändert und mit ihr jene; soweit die Ergebnisse von Kämpfen dem kapitalistischen Strukturkern angepaßt werden, kommt es zu ungesunder Überkomplexität des Systems, zu ad hoc-Justierungen, damit zur Brüchigkeit. Früher oder später wird eine erneute systemoppositionelle Aktion *von der abgeleiteten auf die axiomatische Ebene des Systems durchschlagen*. Dann hören die Integrierten auf, integriert zu sein: nicht weil sie autonom geworden sind, sondern weil es keinen Integrationsmechanismus mehr gibt.

Wir können auf Grundlage von Deppes Argumentation nicht darüber nachdenken, in welchem Stadium dieses Prozesses wir uns heute befinden und was die Gewerkschaft heute tun könnte, um ihn zu beschleunigen. Nur eins scheint mir klar: eine Gewerkschaft, die sich selbst »unabdingbar« an einen »Platz bindet«, außerhalb dessen sich ein Partner mit größerer politischer Kompetenz befinden soll — ob dieser nun SPD, DKP oder anders heißt —, strebt nicht aus der Integration heraus, sondern denkt sich in sie hinein. Sie reproduziert den bürgerlichen Dualismus von staatlichem Allgemein- und gesellschaftlichem Privatinteresse durch Selbstzerteilung der Arbeiterindividualität. Die Frage nach »gewerkschaftlicher Autonomie« ist wahrscheinlich kein Mittel, um solcher Schizophrenie zu entrinnen.

Michael Jäger (Berlin/West)

Bamberg, Hans-Dieter, Hans Jürgen Kröger und Reinhard Kuhlmann (Hrsg.): Hochschulen und Gewerkschaften. Erfahrungen, Analysen und Perspektiven gewerkschaftlicher Kooperationspraxis. Bund-Verlag, Köln 1979 (541 S., Ln., 39,80 DM).

In der zunehmend sicht- und spürbaren Bedeutung von Wissenschaft für die Gestaltung und Gestaltbarkeit der Arbeits- und Lebensbedingungen einerseits sowie der »Säkularisierung« der Universitäten zu Dienstleistungsbetrieben, der fortschreitenden An-

gleichung der sozialen Lage vieler Hochschulangehöriger und Absolventen an die der Arbeiter und Angestellten insgesamt, liegen die Hauptbedingungen für die Annäherung von Gewerkschaftsbewegung und Hochschulen. Dieser Prozeß, angestoßen durch die Studentenbewegung und seither mühsam vorangehend, ist nicht nur Ergebnis von Veränderungen, er bewirkt und erfordert auch Veränderungen auf beiden Seiten. Der umfangreiche Sammelband, in dem Kollegen aus Gewerkschaft und Hochschule gemeinsam zu Wort kommen, ist geeignet, notwendige Lernprozesse zu fördern. Die Aufarbeitung von bislang Erreichtem und Gescheitertem vermittelt sowohl faktische Kenntnis als auch analytisches Rüstzeug.

Am Beginn des übersichtlich gegliederten Bandes steht eine Abhandlung der Herausgeber über die »sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen einer Kooperation von Gewerkschaften und Hochschulen«. Die Verfasser gehen davon aus, daß es sich bei Wissenschaftsfragen um »interessengebundene Machtfragen« (22) handelt. Die Tatsache, daß diese Macht- und Interessengebundenheit auch *innerhalb* der Gewerkschaftsorganisation besteht, bleibt jedoch unberücksichtigt. Damit wird die Reflexion über diesbezügliche praktische Konsequenzen abgeschnitten.

Die Herausgeber stellen zwar die Anforderungen der Gewerkschaftsbewegung an Strukturen und Verhalten im Hochschulbetrieb recht konkret dar und bieten somit eine nützliche Grundlage für künftige Diskussionen. Umgekehrt bleibt es jedoch *Leminsky* vorbehalten anzumerken, daß die Umsetzung von Wissenschaft im Arbeitnehmerinteresse auch verhindert werden kann, wenn die »Gewerkschaften ihre Strukturen nicht oder nur unzulänglich (ändern). Auch hier gibt es Bequemlichkeit, Trägheit und reflexionsfeindlichen Pragmatismus. Angst vor konstruktiv-kritischer Auseinandersetzung mit anderen Positionen, Verlust kritischer Distanz durch bürokratisches und administratives Denken und Erschwerung des Aufgreifens neuer Probleme durch unterschiedliche Zuständigkeiten und Kompetenzen. Umsetzung von Wissenschaft im Arbeitnehmerinteresse muß deshalb die kritische Untersuchung der gewerkschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten einschließen« (375). Die fehlende Erfahrungsauswertung dieses Problembereiches schmälert den praktischen Wert des Buches für kooperationswillige Wissenschaftler. Möglicherweise verdankt sich dieser Mangel der Berechtigung der von Leminsky angeführten Kritik. Bedauerlich ist es auch, daß die Herausgeber das »Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik« — eine seit Jahren existente und politisch relevante Kooperation zwischen Gewerkschaftern in und außerhalb des Hochschulbereichs — zu erwähnen vergessen, obwohl sie selbst zu den Mitunterzeichnern gehören.

Ein entscheidendes Problem sprechen die Herausgeber an, wenn sie darlegen, daß sich einerseits arbeitnehmerorientierte Wissenschaft notwendigerweise kritisch mit den herrschenden Verhältnissen auseinandersetzen muß, aber andererseits nicht in der Lage sein kann, die dazu nötige Grundvoraussetzung, einen demokratischen Wissenschaftsbetrieb, ohne Schutz der und Engagement in den Gewerkschaften zu sichern (64).

Informativ und anregend, vor allem für Wissenschaftler in der »Diaspora«, sind die Abschnitte, in denen von Kollegen außerhalb und innerhalb der Hochschulen die Bereiche der Zusammenarbeit (Aus- und Weiterbildung, Forschung) und die spezifischen Themen praktizierter Kooperationsvorhaben dargestellt werden. Allerdings fällt dabei auf, daß Geschichts- und Kulturwissenschaften ausgespart sind. Gibt es hier keine Arbeitnehmerinteressen? Garantiert nicht gerade die Dominanz des Bildungsbürgertums die historische Orientierungslosigkeit arbeitender Menschen sowie die Zerstörung und Verhinderung ihrer kulturellen Identität?

Die Berichte über lokale Kooperationsvorhaben und Erfahrungen lassen u. a. in folgenden Hauptpunkten einen durchgehenden Konsens sichtbar werden: 1. Entscheidend ist nicht eine bestimmte *Form* der Kooperation. Auch unter repressiven äußeren

Bedingungen ist Zusammenarbeit möglich. 2. Arbeitnehmerorientierte Wissenschaft sollte sich nicht nur an Interessen und Bedürfnissen der Lohnabhängigen orientieren, sondern diese möglichst auch selbst am Wissenschaftsprozess teilhaben lassen. 3. Das Fundament der Kooperation ist umso solider, der Effekt umso größer, je mehr die beteiligten Wissenschaftler selbst als aktive und zuverlässige Gewerkschafter vor Ort bekannt sind.

Die theoretischen Aufsätze von *Helfert* und *Leminsky* liefern nicht nur wichtige Überlegungen zur Grundlegendiskussion über die Zusammenhänge von Interessenorientierung, gewerkschaftlichem Durchsetzungsinstrumentarium und der Umsetzung von Wissenschaft im Arbeitnehmerinteresse. Zugleich stellen die aufgeworfenen Fragen eine Aufforderung dar zur alternativen Erarbeitung dessen, was sich die bürgerliche (Herrschafts-)Wissenschaft stets aufs neue schafft: einer interessenbezogenen und praxisrelevanten Wissenschaftstheorie.

Der abschließende Dokumentenanhang trägt mit dazu bei, daß der Band auch als Lehr- und Arbeitsbuch für Studenten sowie Gewerkschafter in und außerhalb der Hochschulen zu empfehlen ist.

Hagen Kühn (Betlin/West)

Montanmitbestimmung. Geschichte, Idee, Wirklichkeit. Mit Beiträgen von Hans Becker, Otto Brenner, Rudolf Judith, Eugen Loderer, Franz Ludwig, Wolfgang Spieker, Heinz Oskar Vetter. Bund-Verlag, Köln 1979 (108 S., br., 9,80 DM).

Montanmitbestimmung. Dokumente ihrer Entstehung. Zusammengestellt und eingeleitet von Jürgen Peters, Bund-Verlag, Köln 1979 (213 S., br., 14,80 DM).

Die im erstgenannten Band wiederabgedruckten Texte wurden erstmals — mit Ausnahme des abschließend wiedergegebenen Referats von Otto Brenner aus dem Jahre 1972 — im Jahre 1976 in gewerkschaftlichen Organen publiziert. Die Texte versuchen unter verschiedenen Aspekten in Anbetracht der Verabschiedung des neuen, die nicht-montanen Branchen betreffenden Mitbestimmungsgesetzes der sozialliberalen Koalition und in Anbetracht einer Klage der Kapitaleseite gegen dieses Mitbestimmungsgesetz mit potentiellen Folgewirkungen auch für die Montanmitbestimmung, eine Bilanz von fünfundsanzig Jahren Montanmitbestimmungsgesetz und dreißig Jahren Montanmitbestimmung seit Ende des zweiten Weltkrieges zu ziehen.

Während *Heinz Oskar Vetter* einleitend die auch aus der Erfahrung des Faschismus und der Rolle der deutschen Montanindustrie bei dessen Aufstieg begründete Entstehung der Montanmitbestimmung und deren Entwicklung über das Montanmitbestimmungsgesetz des Jahres 1951 über das Mitbestimmungsergänzungsgesetz des Jahres 1956 bis zu den Mitbestimmungssicherungsgesetzen der Jahre 1967 und 1971 sowie über parallel erfolgende Mitbestimmungsbetriebsvereinbarungen skizziert, und sie wie Eugen Loderer als bewährt (12,24), wenn auch stets gefährdet (11, 24) kennzeichnet, nennt *Rudolf Judith* vor allem die Mängel der Gesetze zur Montanmitbestimmung. Nachdem er die Montanmitbestimmung, wie die Streikandrohung vor dem Gesetz des Jahres 1951 und der Streik vor dem des Jahres 1956 belegen, als historisch nur im Konflikt zu erringen gekennzeichnet hat, geht er vor allem auf die Mängel des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes von 1956 ein. Dieses sichert zwar eine Mitbestimmung auch für die Konzerne, die nur nach ihrem überwiegenden, nicht aber nach ihrem ausschließlichen Unternehmenszweck der Montanindustrie angehören, bringt aber im einzelnen Verschlechterungen dieser Mitbestimmung. Nach Judith, der im Vorstand der IG Metall seit Jahren für Mitbestimmungsfragen verantwortlich zeichnet, vermochten weder dieses Mitbestimmungsergänzungsgesetz, noch die beiden späteren Mitbestimmungssicherungsgesetze den durch die Konzentration und Zentralisation in der Mon-

tanindustrie verursachten Substanzverlust der Montanmitbestimmung zu verhindern. Sie — und vor allem die von der Gewerkschaft mangels entsprechender Gesetze herbeigeführten Betriebsvereinbarungen wie das Lüdenscheider und weitere Abkommen (37) — vermochten diesen Substanzverlust nur zu verlangsamen. In der Konsequenz amtiert heute nur noch weniger als die Hälfte aller Arbeitnehmervertreter in der Montanmitbestimmung auf Grundlage eines Gesetzes (37f.). Trotz des von Schrumpfung bedrohten Geltungsbereichs der Montanmitbestimmung ist für ihn die Bilanz der Montanmitbestimmung positiv. Die erreichten Sozialpläne, gesicherten Betriebsrenten, erteilten werksärztlichen und sicherheitstechnischen Dienste, etc. belegen dies.

Die Bilanz der Versuche zur Ausdehnung oder auch nur Sicherung der Montanmitbestimmung per Gesetz ist für *Wolfgang Spieker* in Anbetracht eines auch nach Meinung *Heinz Oskar Vettters* (13f.), *Eugen Loderers* (24) und *Rudolf Judiths* (42ff.) weit hinter gewerkschaftlichen Zielen zurückbleibenden sozialliberalen Mitbestimmungsgesetzes für die nichtmontanen Branchen negativ. Spieker sucht daher in seinem Text nach alternativen, nicht parlamentarischen Wegen zu mehr Mitbestimmung. Für ihn ist die Montanmitbestimmung erstens auf nur zwei Branchen beschränkt, zweitens auf zwei damals eher stagnierende und wenig zukunftsfrüchtige Branchen angewiesen und drittens ein weder nach unten in den Betrieb noch nach oben in die Wirtschaft ergänzter Torso. Zudem sieht er nicht nur die Montanmitbestimmung, sondern die »institutionelle Mitbestimmung« (55) generell in einer Krise. Kennzeichen dieser Krise sind für ihn u. a. die Tatsachen, daß die unternehmerische Macht der mitbestimmten nationalen Unternehmen sinkt, daß diejenigen der nichtmitbestimmten multinationalen Unternehmen steigt, daß konzentrationsbedingt die Distanz zwischen mitbestimmter Entscheidungsstelle und Auswirkungsort wächst, daß schließlich solidarisches Bewußtsein durch institutionelle Mitbestimmung nur unzureichend befördert wurde (55f.). An die Stelle bislang ausgebliebener gesetzlicher Regelungen will Spieker mehr tarifvertragliche Regelungen setzen, welche er durch eine stärkere Mobilisierung der Gewerkschaft und ihrer einzelnen Mitglieder zu erreichen hofft (vgl. 57). Gesetzliche und richterliche Regelungen zur Mitbestimmung sollen dies durch Freiraumgewährung unterstützen (57ff.).

Aus der Sicht des Gewerkschafters im Betrieb und aus der des Gewerkschafters als Arbeitsdirektor ziehen *Hans Becker* (60ff.) und *Franz Ludwig* (65ff.) eine allzu knappe positive Bilanz der Montanmitbestimmung. Der abschließende Beitrag von *Otto Brenner* ordnet die Montanmitbestimmung noch einmal in das gewerkschaftliche Konzept zur Neuordnung der Wirtschaft ein (89ff.) und öffnet den Blick auf die europäische Diskussion um Mitbestimmung (101ff.).

Die im zweiten Band wiederabgedruckten Texte werden eingeleitet von einem die Jahre 1946 bis 1951 umfassenden Tagebuch der Montanmitbestimmung von *Dieter Schneider* (15ff.). Die etwa vierzig Texte selbst reichen von den ersten Nachkriegserklärungen der deutschen Parteien (CDU, SPD, KPD), einschließlich beispielsweise des Ahlener Programms, und der Alliierten über die Mitbestimmung und Mitbesitz der Gewerkschaften offerierende Briefe der Kapitalvertreter Jarres, Reusch, Hilbert, Hehe-mann u. a. bis hin zu hessischen Vorschlägen für die Errichtung von Sozialgemeinschaften als Trägern vergesellschafteter Schlüsselindustrien (vgl. 54ff.). Neben den das Umfeld der Entstehung der Montanmitbestimmung im weiteren Sinne betreffenden Dokumenten, sind im engeren vor allem die Dokumentation des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 und die darauf gestützten Betriebsvereinbarungen der Stahlwerke Bochum und Os-nabrück (vgl. 112ff.) zur Mitbestimmung sowie das Gesetz Nr. 27 und die daran anschließende Diskussion über die Montanmitbestimmung (147ff.) interessant. Hier werden der Briefwechsel zwischen *Hans Böckler* und *Konrad Adenauer* zum angedrohten Streik für den Erhalt der Montanmitbestimmung (151ff.), der Aufruf der IG Metall zur

Urabstimmung (158f.), die Richtlinien über die Mitbestimmung in der Kohle und Eisen schaffenden Industrie vom Januar 1951 (160ff.) und der diese kodifizierende Regierungsentwurf (165ff.) sowie Auszüge aus Parlamentsreden während der drei Lesungen des Montanmitbestimmungsgesetzes dokumentiert (172-199). Auch der Gesetzestext selbst fehlt nicht (207ff.).

Wer über die sehr knappe Einleitung von Jürgen Peters, die Informationen Dieter Schneiders und eine abschließend dokumentierte Einschätzung der SPD (200ff.) — entnommen deren kaum noch erinnerten Periodikum »Arbeit und Freiheit« — hinaus nach einem roten Faden durch das Montanmitbestimmungsgetümmel der letzten dreißig Jahre sucht, wird enttäuscht werden. Ergänzend zu diesen beiden Bänden wird er weitere Literatur hinzuziehen müssen, wie für die Jahre bis 1956 einschließlich Erich Potthoffs »Kampf um die Montanmitbestimmung« (Bund Verlag, 150 S., 1957).

Hans Willi Weinzen (Berlin/West)

Kalbitz, Rainer: Aussperrungen in der Bundesrepublik. Die vergessenen Konflikte. Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung 14. Europäische Verlagsanstalt, Köln 1979 (176 S., br., 20,— DM).

Die im Frühjahr vom DGB getragene argumentative Kampagne gegen die »Aussperrung« liegt hinter uns. Das Thema bleibt auf dem Tisch. Die Untersuchung von Kalbitz ist daher von hoher Aktualität. Ausführliche Recherchen (durch Analyse von Zeitungen, Gewerkschafts- und Unternehmerverbandsveröffentlichungen etc.) ermöglichen Kalbitz, eine verbesserte Statistik zu erstellen. Sie zeigt, daß die öffentliche Statistik 63% der 71 von Kalbitz eruierten Aussperrungen, 9% der davon Betroffenen und 22% der dabei ausfallenden Arbeitstage nicht erfaßt. Aus der statistischen Übersicht geht hervor, daß das Gewicht der Aussperrungen gegenüber der Weimarer Zeit erheblich zugenommen hat (Verdreifachung der Ausfalltage und Versiebenfachung der Beteiligungszahlen). Auch innerhalb der Geschichte der Bundesrepublik bekommen die Aussperrungen nach und nach größere Bedeutung (40). Es konstituiert sich um die Jahre 1955/56 herum die expansive Aussperrungsvariante, bei der mehr Lohnabhängige ausgesperrt werden, als in dem meist vorhergehenden Streik beteiligt waren. Spätestens ab 1959 nimmt die Rolle von Verbandsaussperrungen zu, während zuvor fast nur Aussperrungen von einzelnen Unternehmern zu registrieren waren. Kalbitz geht auch der Frage nach, inwieweit die Grundsatzentscheidung des Großen Senats des Bundesarbeitsgerichts vom 28.1.1955 bezüglich der Aussperrung mit der Aussperrungspraxis in Zusammenhang steht. Seine Ausführungen hierzu bleiben etwas widersprüchlich, wenn er zum einen festhält, daß die Entscheidung des BAG nichts enthielt, »was man von gewerkschaftlicher Seite nicht aus einer bereits akzeptierten Aussperrungspraxis gewohnt war« (118), zum anderen auch formuliert, daß »das Bundesarbeitsgericht durch seine ständige Rechtsprechung über 20 Jahre hinweg die Aussperrung in das Sozialgefüge der Bundesrepublik eingeführt (!) und fest darin verankert hatte« (92).

Nachdem in Abschnitt I und II auf die »Vergessenen Konflikte« sowie »Tatbestände und Prozesse« aufmerksam gemacht wurde, werden ausführlich die »Funktionen und der Funktionswandel der Aussperrungen« (III) dargestellt. Abgesehen von dem Mangel, daß zum Beispiel der Unterschied von suspendierender und lösender Aussperrung (in letzterem Fall ist die Wiedereinstellung nicht sichergestellt) dem juristischen Laien nicht auf Anhieb klargemacht wird (52, 56, 75), hat die Darstellung der Differenzierung der Funktionen, die eine Aussperrung in Unternehmersicht haben kann, einen grundsätzlichen Mangel: Die begriffliche Einbettung der Aussperrung in einen größeren sozialökonomischen Zusammenhang wird erst spät im Text angegangen und dann auch nur unzulänglich. Erst auf Seite 84 wird angedeutet, daß die formale Kampfparität von Streik und Aussperrung auf Basis des sozialen Gefälles »zwischen Besitzern und

Nichtbesitzern an Produktionsmitteln« wohl eher eine Imparität ist. Erst gegen Ende des Buches (125, 142) wird formuliert, daß das »Prinzip der formalen Gleichstellung ungleicher gesellschaftlicher Tatbestände« (des Koalitionsmittels Aussperrung, das zur Ruinierung der gewerkschaftlichen Existenz führen kann, und des Koalitionsmittels Streik, das die Gewerkschaft zunächst nur befähigt, bei Auseinandersetzungen mit den Produktionsmittelbesitzern auf einigermmaßen gleichem Fuß zu stehen) der sozialen Klassenwirklichkeit nicht gerecht wird.

In Abschnitt IV (Gewerkschaften und Aussperrungen) werden die Grade der relativen Betroffenheit der Einzelgewerkschaften von Aussperrungen aufgezeigt (Spitzenreiter: IGM und IGDrupa und mit größerem Abstand Gewerkschaft Textil und Bekleidung sowie ÖTV) und die über lange Strecken mangelnde oder bis 1963 sogar nicht existente Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit dem umsichgreifenden Phänomen der Aussperrung moniert. Sehr spannend ist die Darstellung einer Reihe von Aussperrungen in den 50er Jahren. Sie ist auch lehrreich, weil man sehen kann, wie sektiererische Gewerkschaftspolitik der KPD (vorbei an offiziellen Entscheidungsträgern) und Prinzipienlosigkeit seitens großer Teile der Gewerkschaften (gegen Aussperrung wurde nicht vorgegangen, wenn man sie in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit der KPD instrumentalisieren konnte) dazu führt, daß der angerichtete Schaden langfristig viel größer ist als der vermeintliche organisationspolitische Nutzen. Die von der IGM (1951, 1953, 1955) und der ÖTV in Seehafenbetrieben (1951, 1955) geduldeten und instrumentalisierten Aussperrungen von KPD-beeinflussten Arbeitnehmern und die von der IGDrupa hingenommenen Aussperrungen in Auseinandersetzungen, die von der Konkurrenzgewerkschaft »Deutscher Senefelder Bund« wesentlich getragen wurden (1955), förderten die praktische Verankerung der Aussperrung als »normales« Mittel der Tarifaueinandersetzung. Wenn die Gewerkschaften inzwischen gelernt haben, das Problem der Aussperrung verstärkt in die öffentliche Diskussion zu tragen, ist das zu begrüßen. Es bleibt zu hoffen, daß bezüglich der sich in den nächsten Jahren verschärfenden Diskussion über gewerkschaftliche Zielvorstellungen und Wege auch die andere Lehre Berücksichtigung findet: Daß innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen möglichst ohne den Druck oder gar die Hilfe des prinzipiellen Gegners (der Kapitaleseite) ausgetragen werden müssen.

Im letzten Abschnitt (V Auf der Suche nach Legitimation) wird auf die Argumentationsmuster der Unternehmer und auch die in Presse und Rundfunk breitgetretenen Meinungen kritisch eingegangen. — Was fehlt, ist ein Abschnitt über den Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und Aussperrungspraxis. Nur zu bemerken, daß die Umstrukturierung im Gefüge der Aussperrungen seit ca. 1958 einen Grund u.a. in der Kapitalkonzentration hat (34), ist zu wenig. Wenn man Kalbitz' Daten mit ökonomischen Daten vergleicht, fällt z.B. auf, daß die Jahre, die von bedeutenden Aussperrungen geprägt waren (1953, 1958, 1963, 1971 und 1976), nicht als ausgesprochene Boomjahre zu bezeichnen sind, sondern gewisse Wachstumsschwächen aufwiesen. Purer Zufall scheint dies nicht zu sein. — Trotz des etwas unsystematischen Eindrucks, den das Buch hinterläßt, lohnt es sich, vor allem wegen der reichhaltig dokumentarischen Teile, nicht nur für »Aussperrungsspezialisten«, einen Blick hineinzuwerfen.

Thomas Hagelstange (Duisburg)



11/12'80

- J. Ostrowsky: Das südliche Afrika am Wendepunkt
 W. Geisler: BRD-Engagement in Namibia
 A. Baging: Die Multis - Stütze der Apartheid
 C. Mzale: Bewaffneter Kampf in Südafrika
 G.G. Marquez: Im Innern Vietnams
 P. Maaskola: Die Türkei nach dem Militärsch
 A. Bresche: Türkeihilfe Bonns und der Westmächte
 J. Roth: Seichter Umgang mit »Grauen Wölfen«
 H. Lederer: Aushöhlung des Asylrechts
 T. Ataöv: Persönlichkeit und Kultur der Palästinenser (I)
 Kommuniqué der ägyptischen Nationalprogressiven
 W. Brönnert: Krieg am Persischen Golf
 H. Denk: Rückkehr zur Zivilherrschaft in Peru
 D. Mies: Stroessners »vollgültige Demokratie«
 G. Stuby: Menschenrechtsverletzungen in El Salvador
 Fidel Castro über Ronald Reagan
 R. Falk: Stillstand im »Nord-Süd-Dialog«
 Rückblick/Rezensionen/Filme/Kurzinformationen
 Kommentar: Freie Fahrt für CIA?
 11. Jg. 1980

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, J. v. Freyberg, W. Gehrecke, M. Jansen, G. Kwiatowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeier, F. Werkmeister, E. Wülfel. Erscheint monatlich. Einzelheft 2.— DM; Doppelheft 3,50 DM; Jahresabo 20.— DM. AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

autogestions

2/3'80

- o. corpet: un autre regard, une autre Allemagne
 c. weill: du mouvement étudiant aux initiatives civiques
alternatives
 p. démerin: le vide et le trop-plein
 g. gabert: communautés pour l'autogestion
 r. dietrich: les collectifs autogérés de jeunes chômeurs
 c. wend: réseaux et coordination des alternatives
 c. woessler: l'autogestion existentielle
contre-information et créativité collective (dossier)
politiques
 o. seul: le mouvement des Bürgerinitiativen
 a. chataigner, p. maudet: l'autogestion en couleur
 i. cullin: vers une nouvelle culture politique en RFA?
 interview de u. schmiederer: le bureau socialiste
 à propos de rudolf bahro (débat)
cogestions
 g. sandoz: principes et pratiques de la cogestion
 g. szell: régions et cogestion
 le bund juif et l'Allemagne (wolf birmann) - le tambour qui disperse, la voix qui brise (hélène puiseux) - publications récentes à propos de l'Allemagne
 13. Jg. 1980

Redaktion: 54 Boulevard Raspail, F-75006 Paris — Erscheint jährlich in 4 Heften. Einzelheft: 50.— F. Jahresabo: 90.— F (Ausland) — Administration, Diffusion: Editions PRIVAT, 14 rue des Arts, F-31000 Toulouse

Filmkritik

FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

7 '80

Peter Nau: *Die Kunst des Filmesehens*
Filmbeschreibungen zu 23 Filmen, ausge-
wählt für Studenten der DFFB

Roland Barthes: *Anlitze und Gesichter*
(Visages et figures, 1953)

Im Kino gesehen: Westberliner Erstauf-
führungen im April und Mai

8 '80

Passage durch Filme von John Ford
Gelbe Streifen — Strenges Blau
von Hartmut Bitomsky

Dritter Teil

9 '80

Jorge Luis Borges über Film
In der Zeitschrift *Sur* erschienene Artikel
aus den Jahren 1931 - 1945

Hinweis auf das Werk von Ludwig Hohl
von Johannes Beringer

24. Jg. 1980

323 / 324 '80

K. Pitter: Ror-schach! Comic strip

Forum des Forum:
Antisowjetismus, Nenningsonne

Österreich

H. Haas: Braunes Blut. 60 Jahre Abwehr-
feiern gegen Kärntner Slowenen

Polen: Arbeiter & Juden

M. Siegert: Polen noch in unserem Besitz.
Augenzeugenberichte II

E. Geisel/J. Monetal/J. Taut: Die Juden-
falle. Hersch Mendel oder wie ostjüdische
Arbeiter Zionisten wurden

Literatur

F. Geyrhofer: Traum & Faulheit. Bürger
unter der Haut: Sartre contra Flaubert (I.
Teil)

Sonne

Für ein halbwegs grünes Fernsehen: Nen-
nings Puck-Film mit Beiträgen von Hun-
dertwasser, Lorenz, Lötsch, Salcher

Afghanistan

C.B. Richter: Keiner wird gewinnen.
Durchs wilde Nuristan, Sommer 1980

Sozialdemokratie: Partei der fröhlichen Zwerge

G. Nening: Kreiskysmus für Piefkes.
SPÖ-Programm in Anekdoten und Bei-
spielen

Rezensionen

27. Jg. 1980

Einzelheft 6,— DM; Jahresabonnement 56,— DM
(Stud. 51,— DM) plus Porto; erscheint monatlich. Verlag
und Herausgeber: Filmkritiker-Kooperative, Kreitt-
mayrstr. 3, 8000 München 2

Herausgeber: Günther Nening. — Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki, M. Siegert. — 6 Hefte im
Jahr. — Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS. Jahresabo 48,—
DM, 320 ÖS. Studentenabo 36,— DM, 240 ÖS. — Fo-
rum, Museumstr. 5, A-1070 Wien.

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



26 '80

Krieg & Frieden

H.-E. Richter: Politik und Wahnsinn

Ökologie & Technikkritik

C. Engell/L. Mez: Einige Bemerkungen zum Bericht der Enquete-Kommission »Zukünftige Kernenergie-Politik« des Deutschen Bundestages

Polen — vom 'realen' zum wirklichen Sozialismus?

J. Elleinstein: Der polnische Sommer — Zeichen der Ermutigung

R. Bahro/E. Mandel/P.v. Oertzen: Perspektiven des Dissens in Osteuropa

Nekrolog

T. Bergmann: Zum Tode Titos

Forum internationale Gewerkschaftspolitik

G. Junne: Entwicklungstendenzen und Folgen der internationalen Arbeitsteilung

G. Wellmer: Kommentar zum Bonner Südafrika-Hearing (23.6.1980)

P. Jansen/P. Kühne/R. Volz: LIP: Sieben Jahre Kampf und immer noch kein Ende

D. Müller: Die spanischen Gewerkschaften — von der Einheit weiter entfernt als je zuvor

W. Olle: Gewerkschaftseinheit — made in Germany

Lateinamerika

T. Mutter: Bolivien — Kein Putsch wie jeder andere

Tumulte in Zürich

8. Jg. 1980

Hrsg.: Ulf Wolter. Redaktionsbeirat: Rudolf Bahro (Bremen), Fernando Claudin (Madrid), Rudi Dutschke (*), Ossp K. Flechtheim (Berlin), Helmut Fleischer (Darmstadt), Robert Jungk (Salzburg), Ekkehart Krippendorff (Berlin), Lucio Lombardo Radice (Rom), Ernest Mandel (Brüssel), Klaus Meschkat (Hannover), Lutz Mez (Berlin), Jakob Moneta (Frankfurt), Arno Münster (Paris), Oskar Negt (Hannover), Theo Pirker (München/Berlin), Bernd Rabehl (Berlin), Jochen Steffen (St. Peter Ordning)

41 '80

»Modell Deutschland« in der Diskussion

A.S. Markovits/T. Ertmann: Das 'Modell Deutschland' — Eine Herausforderung für die USA

Krise des Marxismus oder Krise der Demokratie? Ein Gespräch zwischen Norberto Bobbio und Otto Kallscheuer

A. Bolaffi/G. Maramao: Wer hat Angst vor Bad Godesberg?

O. Kallscheuer: 'Bad Godesberg' in der italienischen Linken

C. Weill/F.-K. Fretchen: Ein 'Modell Deutschland' in den Farben Frankreichs? Gespräch mit Frieder O. Wolf

A. Adler: Der 'historische Block' des 'Modell Deutschland'

K. Hübner/M. Stanger: Schwierigkeiten der Begründung alternativer Wirtschaftspolitik

M. Jäger: Sozialliberaler Korporatismus: Die Zukunft des 'Modell Deutschland'

E. Maire: Arbeiterbewegung und Krisenideologie

Andre Gorz erwidert Edmond Maire

10. Jg. 1980

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altvater, G. Armanski, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Spohn, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM. im Abo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

SOCIALISM IN THE WORLD

19

u. a.

S. Bowles/H. Gintis: The Crisis of Capital and the Crisis of Liberal Democracy

Raul M. Castro: The Workers' Movement an Trade Union Bureaucratism

K. Coates: The British Labour Party: A Voice of the Unions?

F.M. Curto: Self-Mangement

B. Denitch: Some Obstacles in Building a Mass Socialist Left in USA

Discussion: Political Subjects in Socialism and Their Strategy.

Interview with Eric Hobsbawm.

20

u. a.

P.G. Casanova: Les rapports d'exploitation et les idéologies socialistes

K.R. Menon: The Subjective Forces of Socialism

P. Vusković/B. Elgueta: Les forces subjectives du socialisme dans la lutte latino-américaine

Discussion: Socio-Class and Political Subjects in Socialism: J.-P. Jouary, A.C. Comin/R. Mesa, A. Bibič, u. a.

The Role of Marxism and Other Socialist Theories in the Functioning of Subjective Forces of Socialism:

W.F. Haug, G. Besse, F. Bodrogyvari, H. Nielsen, E. Altvater u. a.

3. Jg. 1980

Editor: International Conference «Socialism in the World», Cavtat, and IC «Kommuniste», NIP Kommunist, Beograd, Jugoslavia. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65. Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).

SOZIALISMUS

6'80

Großbritannien

»Unsere Politik muß viel radikaler sein, sonst sind wir am Ende« — Tony Benn im Gespräch mit Eric Hobsbawm
Linksrutsch in der Labour Party

Gewerkschaftstage

HBV: Einheit und Pluralismus

IG Metall: Keine neuen Aspekte

GdED: Gegen Privatisierung

IG Chemie: Verpaßte Chancen

DAG: Gelbe Gewerkschaft? Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft in Konfrontation mit dem DGB

Frauen + Familie

A. Heller: Frauen, bürgerliche Gesellschaft und Staat

Frauen zurück an den Herd? Gefahren des Rückschritts für die Frauenbewegung

Kapitalistischer Weltmarkt

Die internationale Krise: Hintergründe des Machtverlusts der USA

Entspannung

PCE: Blockunabhängige Außenpolitik

Spanien

Brot für heute, Hunger für morgen — Soziales Elend im modernen Industriestaat

Alternative Wirtschaftspolitik

Vergesellschaftung und Selbstverwaltung — Ansätze zur Umgestaltung der Industrie in der BRD (2. Teil)

Industrie

Krankmachender Arbeitsalltag: Probleme und Praxis einer 'Humanisierung' der Arbeitswelt

6. Jg. 1980

Redaktion: W. Breum, G. Cüppers, H. Kuhls, M. Laufenberg, W. Pachali, M. Resch, E. Schneider, D. Schwan, C. Thomasberger. Redaktionsbeirat: J. Bischoff, K. Maldaner — Erscheint zweimonatlich — Einzelheft DM 9,—, Jahresabo DM 44,—. VSA Verlag, Postfach 260230, 2000 Hamburg 26

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

9'80

Aktueller Kommentar

E. Nohara: Friedenssicherung in Mitteleuropa

Diskussionsschwerpunkt:

Kontroversen zur Wirtschaftspolitik

F. Beckenbach: Sozialistische Steuerpolitik

H. Kepplinger: Verstaatlichte Industrie als Instrument des Staatsinterventionismus

C. Rix-Mackenthun: Die Antwort der britischen Labour Party auf die Herausforderungen des Thatcherismus

Außerhalb des Schwerpunktes

M. Häupl: Von Otto Bauer zu Franz Bauer — Zur Situation der österreichischen Sozialdemokratie

Interview

H. Scherf und G. Beling zum Wahlausgang Interview mit dem Vorsitzenden der Schweizer Jungsozialisten, Andreas Gross

Dokumentation

H. Hawreliuk: Einheitsgewerkschaft und innerorganisatorische Demokratie

»10-Punkte-Programm für ein sauberes Österreich«

Die Konsequenzen aus der Entspannungspolitik ziehen. Berliner Juso-LDK-Beschluß vom Juli 1979

Berichte

L. Eitel: Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall

Anmerkungen zum HBV-Gewerkschaftstag

3. Jg. 1980

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hündels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: H. Beinert, J. Betzstein, R. Brögeler, F. Heidenreich, M. Karnatz, H. Raßmes, Chr. Rix-Mackenthun, D. Scholz, M. Zens. Die spw erscheint in 4 Hefen jährlich. Einzelheft DM 7,70, im Jahresabo DM 5,— zuzüglich Postversand. Bestellungen über spw-Vertrieb, Moltekestraße 21, D-1000 Berlin 45

tendenzen
Zeitschrift für engagierte Kunst

132

Schwarzafrika: Kunst und Befreiung

O. Tambo: Der Künstler und die Revolution. Auszug aus einer Rundfunkansprache

B. Weimer: Wir sind der Elefant. Aus einem Interview mit Lefifi Tladi in Botswana
Das Kulturabkommen mit dem Rassistenregime muß umgehend gekündigt werden. Resolution des VS in der IG Druck und Papier

N. Burwitz: Auf des Messers Schneide

E. Zylla: Die Apartheid Südafrikas und der Maler Manfred Zylla

U. Beier: Neue Kunst in Afrika. Bildkommentare

U. Beier: Middle Art

W. Bender: I no be gentieman at all, I be african man original. Musik, Kunst und Politik. Die Schallplattencover von Gharikwu Lemi zu Fela Anikulapo-Kurtis Musik

M. Opperskalski: Kunst der Befreiung im Iran

W. Grape: Ein Arbeiterbildnis von Tutilo Karcher

R. Hiepe: Das große Vitale. Fritz Martinz, dem kolossalischen Maler

B. Zachow: Zum Beispiel: Manfred Daut, Förderpreisträger der Stadt Nürnberg 1979

B. Zachow: Alternative mit Tradition. Das Galerie-Gasthaus »Heinrich VIII.« in Nürnberg

F. Buchrieser: Zu Göttlichers »Foltermethoden in Lateinamerika«.

21. Jg. 1980

Redaktion: H. v. Damnitz, H. Erhart, R. Hiepe, U. Kiempel, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherkamp, G. Sprigath, G. Zingerl. — Erscheint alle drei Monate. — Einzelheft 8,50 DM. Jahresabo 32,— DM (Stud. 27,— DM). — Damnitz Verlag, Hohenzollerstraße 144, 8000 München 40

TEXT+KRITIK

69/70

Helmut Heißenbüttel

H. Heißenbüttel: 3 Erzählungen
(1945-1947)

H. Heißenbüttel: Frühe Gedichte

H. Heißenbüttel: Unterdrückte Sprech-
wörter 1962

G. Dischner: »Während ich erzählt werde
erzählt sich das zu Erzählende«
Zu Helmut Heißenbüttels autobiographi-
schem Entwurf in den »Textbüchern«

c. bezzel: satz und text — zu einem ge-
dicht von helmut heißenbüttel

F. Mon: »eine Art von Erinnerung hatte
sich erhalten«. Zu »Deutschland 1944« von
Helmut Heißenbüttel

G. Lindemann: Unterwegs zwischen zwei
Situationen. Zu Helmut Heißenbüttel:
drittes Gelegenheitsgedicht auf mich selbst
im Konjunktiv 1980 Ernst Jandl gewidmet.

E. Fried: Trilogie.

K. Riha: Komplikationen mit einfachen
Geschichten. Zu Helmut Heißenbüttels
»Projekt 3/1-3«

O. Lorenz: Schreiben wie nach einem
Bäckrezept. Poststrukturalistische Theorie
als Prämisse von Heißenbüttels »Projekt 3«

H. Heißenbüttel: Die Erfindung der Libi-
do. Das deutsche Epos in der zweiten Häl-
fte des 19. Jahrhunderts.

H. Heißenbüttel: eins überher Sprüche
November 1980

A. Stein: Auswahlbibliographie

Herausgeber: H.L. Arnold, redaktionelle Mitarbeiter: I.
Lautien, U. Voskamp. — Erscheint jährlich in 4 Heften.
— Abopreis 30,— DM zzgl. Versandkosten edition
text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

Zeitschrift für Soziologie

1'81

Zur Eröffnung des zehnten Jahrgangs —
Vorwort der Herausgeber

W.J. Cahnman: Tönnies und die Theorie
des sozialen Wandels. Eine Rekonstruktion
M. Schmid: Struktur und Selektion. E.
Durkheim und M. Weber als Theoretiker
struktureller Evolution

H. Tyrell: Ist der Webersche Bürokratiety-
pus ein objektiver Richtigkeitstypus? An-
merkungen zu einer These von Renate
Mayntz

H. Klingemann: Organisationale Zielkon-
flikte im Resozialisierungsbereich: Jugend-
strafvollzug und Öffentliche Erziehung

H. Esser: Aufenthaltsdauer und die Ein-
gliederung von Wanderern. Zur theoretischen
Interpretation soziologischer 'Vari-
ablen'

Z. Széman: Die Herausbildung und Auf-
lösung der Großfamilie in Ungarn

Nachruf

R. Heberle: Werner J. Cahnman †
(30.9.1902-27.9.1980)

Mitteilungen

16. Internationale Tagung der Sozialaka-
demie Dortmund

Call for Papers: IVth Annual Meeting of
the International Society of Political Psy-
chology

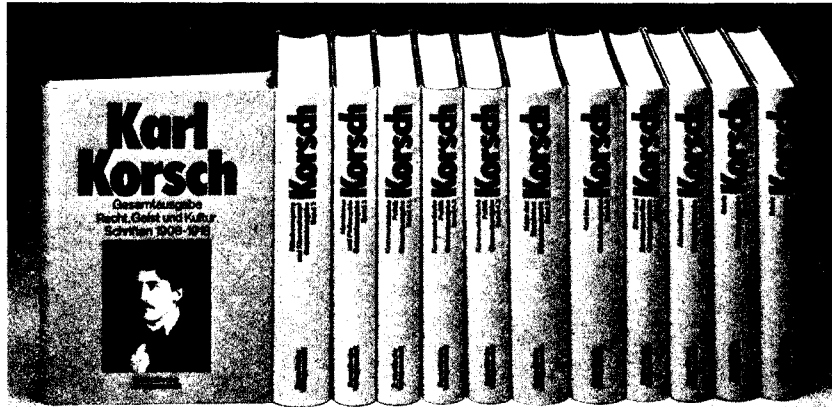
International Seminar on Cross-Natio-
nal Comparative Research

English contents Page

English Abstracts

10. Jg. 1981

Herausgeber: Fakultät für Soziologie, Universität Biele-
feld. — Herausbergergremium: P. Flora, T. Harder, R.
Klima, W. Lipp, M. Sprondel — Redaktion: R. Klima
— Vierteljährlich: Einzelheft 23.25 DM — Jahresabo
76,— DM — Studentenabo 44,— DM — Ferdinand En-
cke Verlag Stuttgart, Herdweg 65, 7000 Stuttgart 1



KARL KORSCH GESAMTAUSGABE

Im Auftrag des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam, und des Seminars für Wissenschaft von der Politik der Universität Hannover. In Zusammenarbeit mit Götz Langkau und Jürgen Seifert. Herausgegeben von Michael Buckmiller.

10 Bände. Zusammen etwa 4000 Seiten.

Die Bände erscheinen in Abständen von jeweils einem halben Jahr. Im Herbst 1980 werden die Bände 1 und 2 ausgeliefert. Bei Übernahme der Verpflichtung, alle Bände abzunehmen, wird ein Subskriptionspreis eingeräumt, der etwa 15% unter dem jeweiligen Verkaufspreis liegt.

Bd. 1: Recht, Geist und Kultur

556 S. Ln. 79 Mark, kt. 58 Mark.

Subskr. Preis: Ln. 68 Mark, kt. 49 Mark

Der Band mit den Schriften 1908-1918 dokumentiert nicht nur Korsch's theoretische und politische Entwicklung vor seiner Hinwendung zum marxistischen Sozialismus, sondern zugleich den intellektuellen Gärungsprozeß in der jungen Generation am Anfang des Jahrhunderts.

Bd. 2: Rätebewegung u. Klassenkampf

Schriften zur Praxis der Arbeiterbewegung

701 S. Ln. 94 Mark, kt. 72 Mark

Subskr. Preis: Ln. 78 Mark, kt. 58 Mark

Neben der Entwicklung von Korsch's basisdemokratischem Konzept der »industriellen Autonomie« aus der Zeit 1919-1923 bringt dieser Band erstmals den vollständigen Text von *Arbeitsrecht und Betriebsräte* sowie in einem ausführlichen Anhang die Reden des Politikers Korsch.

**Europäische
Verlagsanstalt**

»Eine Neuausgabe der Schriften von Karl Korsch ist nicht rückwärtsgewandte Theoriegeschichte, sie ist ein aktueller Beitrag zur zeitgenössischen sozialistischen Diskussion.«

(Erich Gerlach)



Hiermit subscribiere ich die Gesamtausgabe von Karl Korsch im Umfang von 10 Bänden über die Buchhandlung

Bitte senden Sie mir ausführliche Informationen über die Gesamtausgabe von Karl Korsch.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Bitte einsenden an: Europäische Verlagsanstalt,
Savignystraße 61-63, 6000 Frankfurt am Main 1

Über die Autoren

- Ackermann, Wolfgang**, geb. 1944; Tutor f. Amerikanistik an der Uni Bremen. Veröffentl. zur Lage der Indianer und zur Formationstheorie. Arbeitsgebiet: Kolonisationsgeschichte Nordamerikas. Mitglied in GEW und BdWi.
- Albert, Claudia**, geb. 1953; Wiss. Mitarbeiterin der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Entwicklung bürgerlicher Kunst und Kultur im 18. Jh., Brecht, Exil. Mitglied der GEW.
- Bindseil, Ilse**, Dr.phil., geb. 1945; Studienrätin z. A. Veröffentl.: *Ambiguität und Ambivalenz* (1976). Arbeitsgebiete: Kritik bürgerlicher Text- und Triebtheorien, Ästhetik und Warenästhetik.
- Blankenburg, Martin**, M. A., geb. 1929; TZA am Inst. f. Soziologie der FU Berlin. Letzte Veröffentl.: *Philosophie als Institution* (in: Heidtmann [Hrsg.]: *Dialektik I: Orientierung der Philosophie*, Köln 1980). Arbeitsgebiete: Philosophie und Wissenschaftsgeschichte, Kulturosoziologie.
- Braun, Volker**, Mitarbeiter am Berliner Ensemble. Letzte Veröffentl.: *Unvollendete Geschichte* (1977), *Großer Frieden*. Schauspiel (in: Im Querschnitt, 2/1979), *Training des aufrechten Gangs*, Gedichte (1980).
- Brosius, Gerhard**, geb. 1943; Dr.rer.pol., Wiss. Mitarbeiter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Letzte Veröffentl.: *Zur Herausbildung gewerkschaftlicher Wirtschaftstheorie* (1980). Arbeitsgebiete: Krisentheorie, Monopoltheorie, Gewerkschaftsbewegung. Mitglied der GEW.
- Cardenal, Ernesto**, Dr.phil., geb. 1925; Dichter, Priester, Mitglied der Sandinistischen Befreiungsfront, Kulturminister Nicaraguas. Wichtigste Veröffentl.: *Das Evangelium der Bauern von Solentiname; Südamerikanische Psalmen; Gebet für Marilyn Monroe*.
- Daxner, Michael**, Prof.Dr.phil., geb. 1947; Arbeitsgebiete: Wissenschaftsentwicklung, Verhältnis von Natur- und Sozialwissenschaften und Technologie. Mitglied der GEW.
- Dörhage, Walter**, Dipl.Volkswirt, wiss. Angest. an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.
- Elfferding, Wieland**, geb. 1950; Dipl.Pol., Staatsexamen in Sozialkunde und Russisch; Redaktion und Sekretariat des *Argument*-Verlages. Arbeitsgebiete: Produzentendemokratie in der Sowjetunion; Ideologie-Theorie; Politik-Theorie; Mitglied in GEW und DVPW.
- Eidenbenz, Mathias**, geb. 1954; Stud. der Geschichte. Arbeitsgebiet: Agrargeschichte der Weimarer Republik.
- Gransow, Volker**, Dr.phil., geb. 1945; Privatdozent an der FU Berlin und Uni Bielefeld. Letzte Veröffentl.: *Konzeptionelle Wandlung der Kommunismusforschung* (1980). Arbeitsgebiete: Politische Kultur, politische Soziologie. Mitglied in SPD, GEW, DVPW.
- Hagelstange, Thomas**, Dr., geb. 1947; Hochschulassistent an der GHS Duisburg. Arbeitsgebiet: Sozialstruktur-analyse.
- Hallerbach, Jörg**, Dipl.Ing., geb. 1945. Wichtigste Veröffentl.: *Comecon: Hammer, Schild und Atom* (1979). Arbeitsgebiete: Zusammenhang von Natur, Technik, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Haug, Wolfgang Fritz**, Prof.Dr.phil., geb. 1936; lehrt Philosophie an der FU Berlin; Herausgeber des *Argument*. Letzte Veröffentl.: *Faschismus und Ideologie* (1980, zus. mit PIT); *Zeitungsroman* (1980); *Warenästhetik und kapitalistische Massenkultur I* (1980). Mitglied in GEW, BdWi, Deutscher Werkbund.
- Herzer, Manfred**, (Berlin/West), geb. 1949; Bibliothekar. Mitglied in ÖTV, Allgemeine Homosexuellenarbeitsgemeinschaft Berlin (AHA).
- Hildebrand, Hans-Jürgen**, M. A., geb. 1947; Studium der Ethnologie, Soziologie und Psychologie. Arbeitsgebiete: Familiensoziologie, Evolutionstheorie. Mitglied in BdWi und ÖTV.
- Hosfeld, Rolf**, M. A., geb. 1948; Doktorand. Veröffentl. in Sammelbänden und Zeitschriften zur Gegenwartsliteratur und Fragen marxistischer Theorie. Arbeitsgebiete: Vormärz, Gegenwartsliteratur. Mitglied in der GEW.
- Jäger, Michael**, geb. 1946; Doktorand. Veröffentl. zu wissenschaftstheoretischen Fragen und zur Parteitheorie Gramscis. Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie, Staatstheorie. Mitglied der GEW.
- Jung, Werner**, geb. 1955; M. A., Wiss. Angst. Wichtigste Veröffentl.: *Wandlungen einer ästhetischen Theorie* — *Georg Lukács' Werke 1907-1923*. Arbeitsgebiete: Ästhetische Theorie im 19. Jh., Geschichte des Hegelianismus. Mitglied der GEW.
- Knobloch, Clemens**, Dr.phil., geb. 1951; Wiss. Angest. am Institut für deutsche Sprache, Berliner Forschungsstelle. Wichtigste Veröffentl.: *Orientierung und Koorientierung* (1980). Arbeitsgebiete: Kommunikationssoziologie, Sozialphilosophie. Mitglied der GEW.
- Kölsch, Erhard**, M. A., geb. 1952; Studium der Germanistik und Philosophie, Dramaturg an der Badischen Landesbühne in Bruchsal.
- Konersmann, Ralf**, geb. 1955; Studium der Philosophie und Germanistik. Arbeitsgebiete: Literatur und Philosophie des frühen 19. Jh. in Deutschland, Subjektivität, Utopie, Ideologie.
- Kowalski, Wolfgang**, geb. 1956; Studium der Soziologie an der FU Berlin. Mitglied der HBV.
- Kreuzer, Michael**, geb. 1950; Assist. am Inst. f. Soziologie an der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Gewerkschaftsforschung und Rechtssoziologie. Mitglied der ÖTV.

- Kübler, Hans-D.**, Dr.phil., geb. 1947; Wiss. Ass. an der PH Westfalen-Lippe. Wichtigste Veröffentl.: *Unterhaltung und Information im Fernsehen* (1975). Arbeitsgebiete: Medienwissenschaft, Kulturtheorie, Didaktik des Deutschunterrichts. Mitglied in GEW, SPD, Kulturpolitische Gesellschaft.
- Kühn, Hagen**, Dr.ter.pol., geb. 1943; Dipl.Volkswirt, wiss. Angest. am Wissenschaftszentrum Berlin. Wichtigste Veröffentl.: *Politisch-ökonomische Entwicklungsbedingungen des Gesundheitswesens* (1980).
- Lange, Jürgen**; Sozialwirt, Doktorand am Fachbereich Sozialwissenschaften an der Uni Hamburg.
- Langhof, Michael**, geb. 1947; Dipl.-Soziologe, wiss. Mitarbeiter an der Uni Bielefeld. Arbeitsgebiete: Sozialistische Planungssysteme, Territorialplanung in der DDR.
- Maase, Kaspar**, Dr.phil., geb. 1946; Lektor und Publizist. Veröffentl. zur Kulturtheorie und -politik und zur Freizeitsociologie.
- Mattenklotz, Gert**, Prof.Dr.phil., lehrt Literaturwissenschaft an der Uni Marburg. Mitherausgeber der Reihe *Literatur im historischen Prozeß*.
- Mattfeldt, Harald**, Prof.Dr., geb. 1943; Hochschullehrer an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Arbeitsgebiete: Inflationstheorie, Wirtschaftslenkung.
- Mischkowski, Gaby**, geb. 1953; Studium der Geschichte an der TU Berlin. Arbeitsgebiet: Geschichte der Armenfürsorge und Sozialpolitik in Deutschland.
- Nolte, Hans-Heinrich**, Prof.Dr., geb. 1938; Prof. f. osteuropäische Geschichte in Hannover. Letzte Veröffentl.: *Gruppeninteresse und Außenpolitik* (1979). Mitglied in HDS, GEW.
- Opolka, Elke**, geb. 1950; 1. Staatsexamen.
- Oppolzer, Alfred**, Dr.phil., geb. 1946; Prof. f. Industrie- und Betriebssoziologie an der GHS Kassel. Wichtigste Veröffentl.: *Entfremdung und Industriearbeit* (1974), *Industrielle Arbeitnehmer im Schwalm-Eder Kreis* (1980). Arbeitsgebiete: Industrie- und Betriebssoziologie. Mitglied in GEW, DGS und GfA.
- Peitsch, Helmut**, Dr.phil., geb. 1948; Wiss.Ass. an der FU Berlin. Wichtigste Veröffentl.: *Westberliner Projekt Grundkurs 18. Jb. 2.Bd.* (Mitautor, 1976). *Georg Forsters 'Ansichten vom Niederreihn'* (1978).
- Peitsch, Joachim**, Dr.phil., geb. 1939; Akad. Oberrat am Kunsthistorischen Institut der Univ. Bochum. Wichtigste Veröffentl.: *Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich* (1976). Mitglied in GEW und BdWi.
- Rehmann, Jan**, geb. 1953; Studium in Französisch und Geschichte. Mitglied bei Ads Romanistik.
- Rilling, Rainer**, Dr., geb. 1945; Privatdozent an der Uni Marburg. Wichtigste Veröffentl.: *Theorie und Soziologie der Wissenschaft* (1975), *Sozialismus in der DDR* (1979).
- Rügemer, Werner**, Dr.phil., geb. 1941; Redakteur der Zeitschrift *Demokratische Erziehung*. Wichtigste Veröffentl.: *Philosophische Anthropologie und Epochenkrise* (1979). Aufsätze. Arbeitsgebiete: Bürgerliche und marxistische Philosophie und Pädagogik im Imperialismus.
- Sauer, Christoph**, M.A., geb. 1948; wiss. Mitarbeiter am Düits Seminarium. Arbeitsgebiete: Deutsch als Fremdsprache, empirische Sozialforschung, Diskursanalyse.
- Schildt, Axel**, geb. 1951; Doktorand und Lehrbeauftragter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Arbeitsgebiete: Geschichte der Weimarer Republik, Faschismustheorie, Geschichte der Arbeiterbewegung. Mitglied in GEW und BdWi.
- Schmidt, Hansgeorg**, geb. 1956; Studium der Germanistik, Philosophie und Politik in Marburg.
- Schneider, Michael**, M.A., geb. 1947; Lehrer an einer Privatschule. Wichtigste Veröffentl.: *Geschichte als Gestalt* (1980). Arbeitsgebiete: Literatur der Neuzeit, Ästhetik.
- Schöffthaler, Traugott**, geb. 1949; Wiss.Ass. am Inst. f. Allgemeine Erziehungswissenschaften der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Wissens- und Religionssoziologie, vergleichende Bildungsforschung. Mitglied der ÖTV.
- Scholing, Michael**, geb. 1954; Dipl.-Sozialwirt, Hilfsass. am Seminar f. Politik der Uni Göttingen. Veröffentl.: *Bernstein-Renaissance in der Sozialdemokratie* (1979). Arbeitsgebiet: Reformismus/Revisionismus. Redakteur der Zeitschrift *Sozialist*.
- Strutynsky, Peter**, Dr.phil., geb. 1945; wiss. Mitarbeiter f. Soziologie/Politologie an der GHS Kassel. Letzte Veröffentl.: *Industrielle Arbeitnehmer im Schwalm-Eder Kreis* (1980, Mitverf.). Arbeitsgebiete: Regionbezogene Sozialwissenschaft, Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte, Geschichte. Mitglied in GEW, BdWi, Dt. Freidenkerverband.
- Terlinden, Ulla**, M.A., geb. 1945; wiss.Ass. an der TU Berlin. Wichtigste Veröffentl.: *Baulich-räumliche Herrschaft* (1980); *Ökologie und Frauenbewegung* (1980). Arbeitsgebiete: Frauenforschung, Stadtforschung. Mitglied im Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum (FFBIZ e.V.).
- Tinkl, Susanne**, geb. 1957; Studium in Deutsch u. Franz. Arbeitsgebiet: Semantik. Mitglied in SHB u. GEW.
- Weinzen, Hans Willi**, Dipl.Pol., geb. 1953; Doktorand. Wichtigste Veröffentl.: *Wirtschaftsdemokratie heute?* (1980). Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der deutschen Sozialdemokratie, Gewerkschaftsbewegung.
- Wöhle, Armin**, Dipl.Päd., geb. 1950. Lehrauftrag an der Fachhochschule für Sozialwesen, Esslingen. Arbeitsgebiete: Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschule, Sozialpädagogik. Mitglied der ÖTV.

Summaries

G. Brosius/H. Mattfeldt: Economic Policy in the Plan of the »DGB-Grundsatzprogramm«

At present the West-German trade unions are discussing a new platform which will be passed at the union congress in March 1981. The topics of this article are those passages of this platform which deal with economic policy. Besides a short comparison with the platform of 1963, the positions for economic policy of the trade unions are evaluated with respect to their ability to strengthen the idea of the unitary trade union, how close the relations are to the programmatic positions of the SPD and whether positions of economic policy are established based on labor-interest which enable the union to counteract the real and ideological attacks of the capitalist side.

A. Wöhrle: Social Political Programme of the Trade Unions since 1919

The contribution deals with the change of trade union essentials concerning the economic and social order from 1919 to the present day. It shows that the perspectives of these essentials develop from the building of a socialist economic order (1919 and following years) over the construction of an anti-fascist republic with democratic-socialist economic structure based on a broad union of political forces (after 1945) towards an increasingly contradictory conception (50s and 60s), in which elements of the former concepts are contained but become only means of a pragmatic conception, which draws on continuous economic growth and doesn't any longer confront the existing system with a principal alternative. Since the outbreak of crisis in the middle of the 1960's the preconditions of trade union essentials have begun changing.

R. Rilling: Trade Union Organisation and Left-Wing Orientation of Science

This contribution investigates the trade-union organisation and left-wing orientation in the British scientific intelligence from 1919 to 1945 based on the first trade union of scientists in the world (the Association of Scientific Workers) and the overlapping Social Relations of Science Movement, to which Bernal, Needham, Levy, Haldane, Huxley and others belonged. The scientific concept of the movement is analysed. Economic, social, professional and scientific causes of this development, that covered a considerable part of the English scientific elite, are presented.

R. Hosfeld/M. Kreutzer: Weiss' »Ermittlung«: Fascism and Juridical Ideology

Taking the example of a new performance of Peter Weiss' oratorio »Die Ermittlung« at the »Freie Volksbühne« in Berlin (West) the authors show the role that juridical ideology played in the constitution of West-German state-legitimacy. This appears in one act as a mystification of the origins of fascism as well as, in a positive sense, a confirmation of juridical »antifascism«. It has been and still is the function of juridical ideology to divide the fascist system into two parts: a criminal »center« that ruled over but did not alter the essential fabric of civil life. Thus the origins of fascist terror have never been a theme within a juridical dispositive which only poses the question of individual guilt. The performance opens a view to that problem in that it shows the Auschwitz-trial in the form of a comedy through which the drama of Auschwitz is systematically overdetermined. It opens a »metonymical« point-of-view from the dramatical time of the events to the time of a society whose structures of power can never in a strict sense be problematized by juridical ideology.

J. Hallerbach: Alternatives of Capitalist Technology Annotated Bibliography: Environmental Problems

The review gives an overlook about the historical developments of technology crisis and critics: from the criticism of mere applications to the damnation of technology itself, respectively the responsible economic and military circumstances. The historical steps of a non-capitalistic (utopian) relationship to nature is outlined, as well as the various tendencies of actual technology criticism — not only in Germany. The thesis is intended, that a future »ecological technology« cannot refer its standards in ruling over nature or even simple economic approaches but only as a part in the entire and dynamic system of recognized nature. Not »small is beautiful« but nature — and worth being respected, even with technology.

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Weydt, Harald</i> (Hrsg.): Die Partikeln der deutschen Sprache (C. Sauer)	122
<i>Binder, Hartmut</i> (Hrsg.): Kafka-Handbuch (H. Schmidt)	124
<i>Schumann, Klaus</i> : Weltbild und Poetik (C. Albert)	124
<i>Zeller, Michael</i> (Hrsg.): Aufbrüche: Abschiede. Studien zur deutschen Literatur seit 1968 (H. Peitsch)	126
<i>Pasolini, Pier Paolo</i> : Ketzenerfahrungen (E. Kölsch)	127

Kunst- und Kulturwissenschaften

<i>Schivelbusch, Wolfgang</i> : Das Paradies, der Geschmack und die Vernunft. Eine Geschichte der Genußmittel (M. Blankenburg)	129
<i>Scherhorn, Gerhard</i> : Verbraucherziehung in der BRD (W.F. Haug)	131
<i>Sontag, Susan</i> : Krankheit und Metapher (I. Bindseil)	70

Soziologie

<i>Herkommer, Sebastian, und Heinz Bierbaum</i> : Industriosozologie (A. Oppolzer)	132
<i>Heinsohn, Gunnar, u.a.</i> : Menschenproduktion (M. Herzer)	135
<i>Schindele, Eva</i> : Mieter stören (U. Terlinden)	136
<i>Heuer, Hans, und Rudolf Schäfer</i> : Stadtflucht (J. Petsch)	137
<i>Hach, Jürgen</i> : Gesellschaft und Religion in der BRD (T. Schöfthaler)	138
<i>Hanke, Helmut</i> : Freizeit in der DDR (V. Gransow)	139
<i>Rilling, Rainer</i> : Sozialismus in der DDR (M. Langhof)	140

Erziehungswissenschaften

<i>Schön, Bärbel, und Klaus Hurrelmann</i> : Schulalltag und Empirie (H.-D. Kübler)	141
<i>Jung, Manfred, und Werner Zimmermann</i> : Kommentierte Bibliographie Pädagogik (J. Siary)	144

Psychologie

<i>Meyer, Heinz</i> : Frau-Sein. Genetische Disposition und gesellschaftliche Prägung (H.-J. Hildebrandt)	146
<i>Keseling, Gisbert</i> : Sprache als Abbild und Werkzeug (S. Tinkl)	147

Geschichte

<i>Schleifstein, Joseph</i> : Die »Sozialfaschismus«-These (J.C. Rehmann)	148
<i>Eichholtz, Dietrich, und Kurt Gossweiler</i> : Faschismusforschung (A. Schildt)	151
<i>Drobisch, Klaus, u.a.</i> : Faschismus in Deutschland. Faschismus in der Gegenwart (A. Schildt)	151
<i>Mutius, Bernhard v.</i> : Die Rosa Luxemburg-Legende, Bd.1 (P. Strutynski)	154
Le Congrès de Tours. Edition critique (W. Kowalsky)	155
<i>Samuel, Raphael</i> (Hrsg.): People's History and Socialist Theory (G. Mischkowsky)	156
<i>Engelmann, Bernd</i> : Preußen (E. Opolka)	157
<i>Druzinin, N.M.</i> : Erinnerungen und Gedanken eines Historikers (H.-H. Nolte)	157

Soziale Bewegung und Politik

<i>Deppe, Frank</i> : Autonomie und Integration (M. Jäger)	159
<i>Bamberg, Hans-Dieter, u.a.</i> (Hrsg.): Hochschulen und Gewerkschaften (H. Kühn)	161
Montanmitbestimmung. Geschichte, Idee, Wirklichkeit (H.W. Weitzen)	163
Montanmitbestimmung. Dokumente ihrer Entstehung (H.W. Weitzen)	163
<i>Kalbitz, Rainer</i> : Aussperungen in der Bundesrepublik (T. Hagelstange)	165